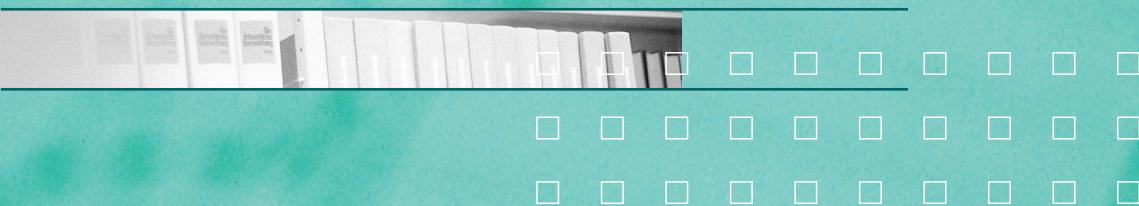




F a c h b l i c k
Das Ministerium

Monatsbericht des BMF Mai 2002



Monatsbericht des BMF

Mai 2002

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	22
Entwicklung der Länderhaushalte	25
Termine	26
Analysen und Berichte	29
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	31
Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Quartal 2002	37
Entwicklung der Kommunalfinanzen und Gemeindefinanzreform	57
Lage der Weltwirtschaft	67
Wirtschaftslage und Reformprozess in den EU-Beitrittskandidaten	71
Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung („Financing for Development“) in Monterrey, 18. bis 22. März 2002	85
Grünes Licht für die neue Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	87
Strukturreform der Deutschen Bundesbank – ein weiterer Schritt zur Förderung des Finanzplatzes Deutschland	91
Statistiken und Dokumentationen	97
Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	102
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	134
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	154
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage (Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de)	159

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die meisten Wirtschaftsexperten gehen von einer deutlichen Wachstumserholung im Laufe dieses Jahres aus. Viele Prognosen liegen über dem Wert, den die Bundesregierung selbst erwartet. Unsere Prognose, die wir am Anfang des Jahres abgegeben haben und die erst vor wenigen Tagen mit der Frühjahrsprognose bestätigt wurde, ist realistisch: Wir erwarten gut $\frac{3}{4}\%$ reales Wachstum. Unsere Schätzungen für das nächste Jahr werden ebenfalls von internationalen Institutionen bestätigt. Europäische Union, OECD oder IWF, alle liegen in der gleichen Bandbreite, die auch die Bundesregierung mit $2\frac{1}{2}\%$ real prognostiziert. Die EU erwartet im nächsten Jahr in Deutschland sogar 2,7 %.

Auf der Grundlage ihrer jüngsten Prognosen sehen der IWF und die OECD die Weltwirtschaft auf dem Weg zurück zu höherer Wachstumsdynamik. Schon im 2. Halbjahr 2002 wird eine deutliche Belebung erwartet. Eine noch höhere Dynamik wäre möglich, wenn sich in den USA die Stabilisierung des privaten und die Ausweitung des öffentlichen Konsums in höheren Unternehmensinvestitionen niederschlägt. Unser Beitrag gibt Auskunft über die Entwicklung in den einzelnen Regionen – Europa, Deutschland, USA, Japan sowie Schwellen- und Transformationsländer.

Seit Jahrzehnten wird in Politik, Wissenschaft und Praxis eine Diskussion über die Finanzausstattung der Gemeinden geführt. Die Entwicklung der Kommunalfinanzen im Jahr 2001 – nach drei Jahren mit Überschüssen wiesen die Kommunen wieder Defizite aus – macht dieses Thema aktueller denn je. In unserem Beitrag werden die Probleme der Kommunen sowohl von der Einnahmen- als auch von der Ausgabenseite her beleuchtet. Mit einer erfolgreichen Gemeindefinanzreform würde ein wesentlicher Beitrag zur Verstärkung und Sicherung der Kommunalfinanzen getan.

Die Verhandlungen zur Erweiterung der Europäischen Union sind im Jahr 2001 erfolgreich verlaufen. Auf der Basis der erreichten Fortschritte und der weiteren Anstrengungen zur Erfüllung der Beitrittskriterien, insbesondere beim Ausbau der Verwaltungskapazitäten, soll bis zum Ende des Jahres 2002 über den Beitritt der ausreichend vorbereiteten Länder entschieden werden. Insgesamt können die Beitrittsländer auf ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr 2001 zurückblicken. Auch wenn aufgrund der weltwirtschaftlichen Abschwächung eine geringere Dynamik sichtbar wurde, lag das Wachstum in den Beitrittsländern insgesamt über dem der EU. Die Arbeitslosigkeit befindet sich allerdings trotz der positiven Wachstumsentwicklung immer noch auf hohem Niveau. Eine insgesamt rückläufige Inflation ließ Spielräume für Zinssenkungen, die zum Jahresende und zu Jahresbeginn 2002 genutzt wurden. Die Aussichten für das Jahr 2002 lassen erneut ein über dem EU-Durchschnitt liegendes Wachstum erwarten. Um jedoch die weiter bestehenden Probleme erfolgreich zu lösen, müssen Wirtschafts-, Finanz- und Strukturpolitik in den Beitrittsländern ein nachhaltiges und dauerhaftes Wachstum unterstützen. Im Mittelpunkt stehen die notwendigen Strukturreformen, die, insbesondere auch im Finanzsektor, konsequent weitergeführt werden müssen.

Vom 18. bis 22. März fand in Monterrey die Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung statt. Gegenstand der Beratungen war das gesamte Themenspektrum der Entwicklungspolitik. Die im Abschlussdokument festgehaltenen Ergebnisse sind Ausdruck einer neuen Partnerschaft zwischen Entwicklungs- und Industrieländern und werden von allen Beteiligten der Konferenz als Erfolg gewertet.

Angesichts der Veränderungen, die sich international auf den Finanzmärkten abzeichnen, ist es unser Ziel, Anleger und Verbraucher besser zu schützen und so auch den Finanzplatz Deutschland zu stärken. Eine funktionierende Aufsicht ist eine der wichtigsten Voraussetzungen

dafür. Hier gibt es einen wichtigen Fortschritt: die Zusammenführung der bisherigen Aufsichtsämter für das Kreditwesen, das Versicherungswesen und für den Wertpapierhandel zu einer integrierten Finanzdienstleistungsaufsicht, die am 1. Mai 2002 ihre Arbeit aufgenommen hat.

Mit der vom Deutschen Bundestag beschlossenen Bundesbankstrukturreform wird die notwendige Konsequenz aus dem Übergang der geldpolitischen Kompetenz auf die Europäische Zentralbank gezogen. Ziel der Reform ist die Stärkung der Rolle der Bundesbank und ihres Präsidenten im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB). Durch die Schaffung von Rah-

menbedingungen zur Verbesserung der Struktur und Effizienz der Deutschen Bundesbank leistet das Gesetz darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Finanzplatzes Deutschland.

Die Mitarbeiter in der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Die Kontaktaufnahme ist am einfachsten über:
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de



Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	22
Entwicklung der Länderhaushalte	25
Termine	26

Überblick zur wirtschaftlichen Lage¹

Im ersten Vierteljahr 2002 bewegte sich die gesamtwirtschaftliche Leistung – nach den vorliegenden Einzelindikatoren zu urteilen – voraussichtlich leicht über dem Niveau des Vorquartals. Positive Impulse gingen vor allem von der Exportwirtschaft aus, was auf einen Konjunkturaufschwung nach traditionellem Muster hindeutet.

- Der Wert des deutschen Warenexports ist im Durchschnitt des ersten Vierteljahrs gegenüber dem Schlussquartal 2001 saisonbereinigt (s. b.)² um 1,3 % gestiegen. Dabei zeigte sich im Verlauf der ersten drei Monate eine beschleunigte Aufwärtsbewegung.
- In der Industrie hat sich im ersten Quartal – bei insgesamt gleichbleibendem Produktions-

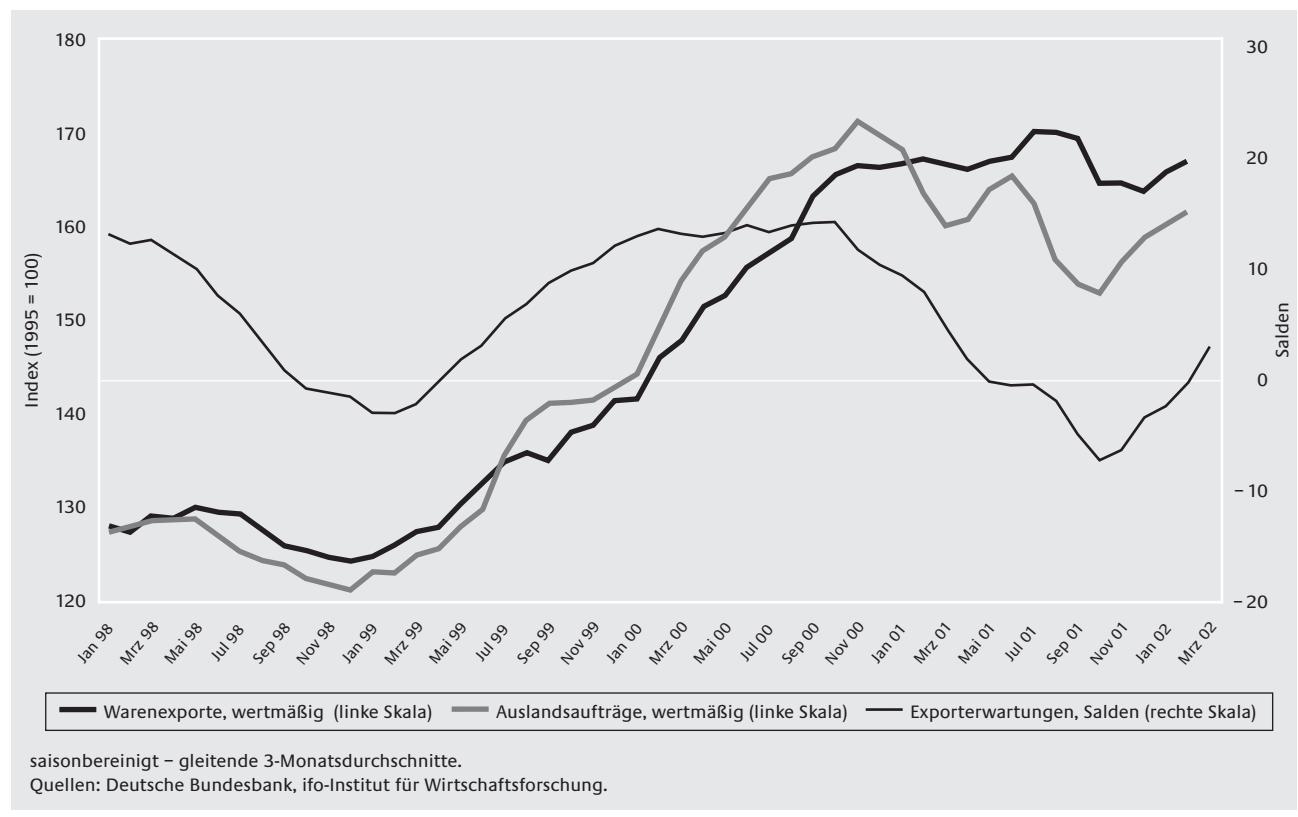
niveau – die Erzeugung im Vorleistungsgütersektor spürbar (s. b. +2,0 %) erhöht. Ein Produktionsanstieg bei Vorproduzenten lässt üblicherweise einen nachfolgenden Zuwachs bei der Herstellung von Fertigerzeugnissen erwarten. Im Vorleistungsgüterbereich haben sich zuletzt nicht nur die Auslandsumsätze sondern auch der Inlandsabsatz, wenn auch weniger stark, erhöht.

- Die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen blieb weiter aufwärts gerichtet (erstes Quartal s. b. +0,9 %). Dabei standen sich ein deutlich steigender Auftragseingang aus dem Ausland und eine leicht abnehmende Bestellattivitàt im Inland gegenüber.
- In der ostdeutschen Industrie waren weitere Fortschritte im Aufholprozess festzustellen. Produktion und Nachfrage entwickelten sich im ersten Quartal deutlich günstiger als im Westen.

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 16. Mai 2002 vorlagen.

² Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

Warenexporte insgesamt, Auslandsaufträge und Exporterwartungen in der Industrie



- Im Bauhauptgewerbe ist die Produktion wieder merklich abgesunken (erstes Quartal s. b. - 1,5 %), nachdem sich im zweiten Halbjahr 2001 eine gewisse Besserung abgezeichnet hatte. Die Baunachfrage hat sich jedoch im Januar/Februar leicht belebt.
- Im Einzelhandel blieb die Verkaufstätigkeit schwach. Nach den vorläufigen statistischen Angaben, die allerdings in letzter Zeit häufig stark revidiert wurden, sind die Umsätze im ersten Vierteljahr gegenüber dem Vorquartal s. b. um 3,3 % zurückgegangen.
- Am Arbeitsmarkt hat sich im April die saisonübliche Frühjahrsbelebung fortgesetzt (Arbeitslosenzahl gegenüber Vormonat

- 132 000). Aus konjunktureller Sicht haben sich erwartungsgemäß – Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sind nachlaufende Indikatoren – kaum Veränderungen ergeben. Insgesamt waren zuletzt 4,02 Mio. Arbeitslose registriert, 156 000 mehr als vor Jahresfrist.
- Das Preisklima blieb weiterhin entspannt, wenngleich sich die Risiken aufgrund der wieder anziehenden Rohölnotierungen erhöht haben. Der Preisindex der Lebenshaltung verzeichnete im April sowohl nach der nationalen Statistik als auch in international vergleichbarer Abgrenzung (HVPI) einen jährlichen Anstieg von 1,6 %. Dies war die niedrigste Teuerungsrate seit zwei Jahren.

Konjunkturindikatoren im internationalen Vergleich

	Jahr				1999				2000				2001			
	1998	1999	2000	2001	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt real^{1, 2}																
Deutschland	1,7	1,7	3,2	0,8	0,7	1,0	2,0	3,0	2,9	4,4	3,2	2,5	1,8	0,7	0,4	0,0
Eurozone (EUR-12) ⁴	2,9	2,6	3,4	1,5	2,0	2,2	2,8	3,6	3,6	3,9	3,2	2,8	2,4	1,6	1,4	0,6
Europäische Union (EU-15)	2,9	2,6	3,4	1,6	2,0	2,2	2,7	3,5	3,5	3,8	3,2	2,8	2,5	1,7	1,5	0,7
Japan	- 1,1	0,8	1,5	- 0,4	- 0,4	1,0	2,1	0,4	2,4	1,0	0,3	2,3	1,4	- 0,6	- 0,5	- 1,9
Kanada	4,0	5,1	4,6	1,1	3,7	4,3	5,4	5,2	5,1	5,1	4,7	3,6	2,1	1,7	0,3	0,2
USA	4,3	4,1	4,1	1,2	4,0	3,9	4,0	4,4	4,2	5,2	4,4	2,8	2,5	1,2	0,5	0,5
Jahresdurchschnitt 2001																
1999	2000	2001	Apr	Mai	Juni	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr	
Arbeitslosenquoten in %^{2, 3}																
Deutschland	8,6	7,9	7,9	7,8	7,8	7,9	7,9	7,9	7,9	8,0	8,0	8,0	8,1	8,1	8,1	8,1
Eurozone (EUR-12) ⁴	9,9	8,9	8,4	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	*
Europäische Union (EU-15)	9,1	8,2	7,7	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	*
Japan	4,7	4,7	5,0	4,8	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	5,4	5,4	5,5	5,3	5,3	5,2	*
Kanada	7,6	6,8	7,2	7,0	7,0	7,0	7,2	7,2	7,3	7,5	8,0	7,9	7,9	7,7	7,6	*
USA	4,2	4,0	4,8	4,4	4,4	4,6	4,6	4,9	5,0	5,4	5,6	5,7	5,6	5,7	6,1	
Verbraucherpreise^{1, 3}																
Deutschland	0,6	2,1	2,4	2,9	3,6	3,1	2,6	2,6	2,1	2,0	1,5	1,5	2,3	1,8	1,9	1,6
Eurozone (EUR-12) ⁴	1,1	2,3	2,6	2,9	3,4	3,0	2,8	2,8	2,5	2,4	2,1	2,0	2,7	2,4	2,5	2,4
Europäische Union (EU-15)	1,2	2,1	2,4	2,6	3,1	2,8	2,6	2,6	2,4	2,2	1,8	1,9	2,5	2,3	2,3	2,2
Japan	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,8	- 0,5	- 0,7	- 0,6	- 0,9	- 1,2	- 1,4	- 1,6	- 1,2	*
Kanada	1,7	2,7	2,5	3,6	3,9	3,3	2,6	2,8	2,6	1,9	0,7	1,3	1,5	1,8	*	
USA	2,1	3,5	2,8	3,3	3,6	3,2	2,7	2,7	2,6	2,1	1,9	1,6	1,1	1,1	1,5	1,6

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.

¹ Veränderung in % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis.

² Saisonbereinigt.

³ Harmonisiert.

⁴ Bis einschließlich Berichtsjahr 2000 EUR-11.

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben liegen mit 88,6 Mrd. € um 2,7 Mrd. € über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die hieraus resultierende Veränderungsrate von 3,2 % ist vornehmlich auf zwei Faktoren zurückzuführen: Die Entwicklung der Ausgaben für die Soziale Sicherung (44,5 Mrd. €/+ 5 %) – insbesondere die Sozialversicherung (28,1 Mrd. €/

+ 4,6 %) – und der Zinsausgaben (15,4 Mrd. €/ + 12,9 %) bewegen sich weiterhin auf einem relativ hohen Niveau.

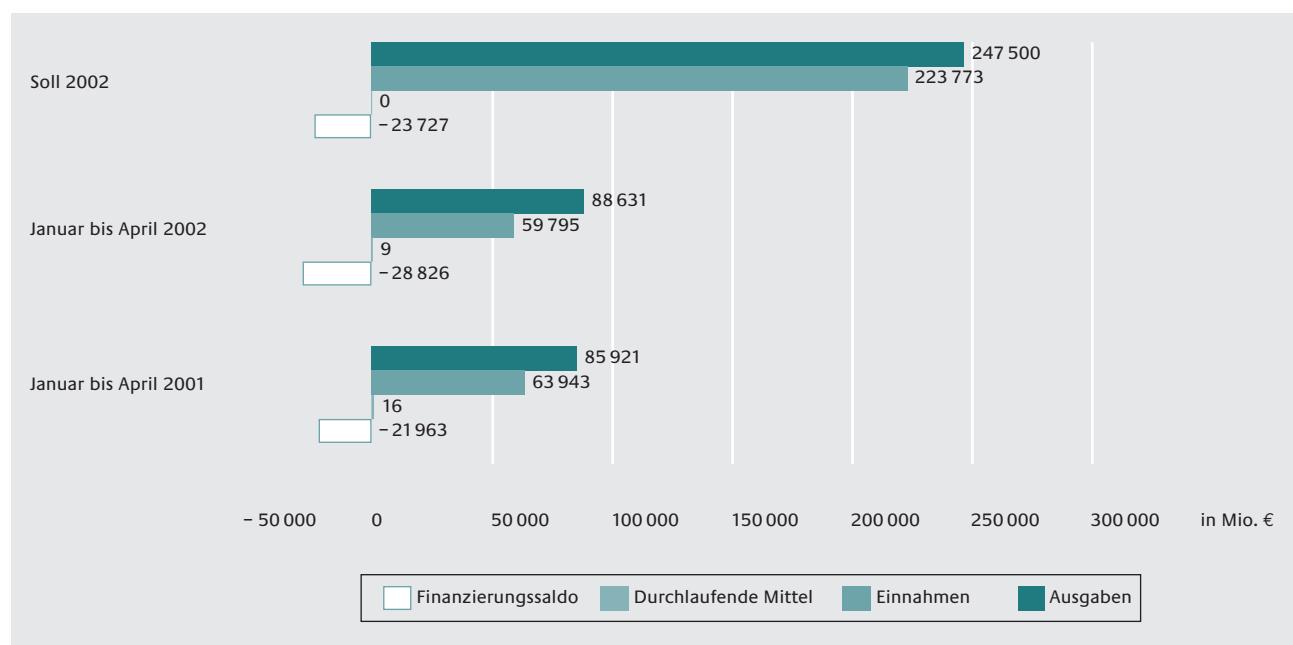
Die Einnahmen unterschreiten mit insgesamt 59,8 Mrd. € das Vorjahresergebnis in Höhe von 64 Mrd. € um 4,2 Mrd. € (– 6,5 %). Das Steueraufkommen trägt mit Mindereinnahmen in Höhe von 3,6 Mrd. € (– 6,6 %) den überwiegenden

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2002	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis April 2002
Ausgaben (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	247,5 1,8	88,6 3,2
Einnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	223,8 1,6	59,8 – 6,5
Steuereinnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	199,2 2,8	51,1 – 6,6
Finanzierungssaldo (Mrd. €) Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €) Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 23,7 – – 2,7	– 28,8 – 25,5 0,0
Nettokreditaufnahme (Mrd. €)	– 21,1	– 3,3

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Anteil an den geringeren Einnahmen. Erzielte der Bund bis April 2001 noch 54,7 Mrd. € Steuereinnahmen, so sind es bis April 2002 rund 51,1 Mrd. €.

Die Erlöse aus Verwaltungseinnahmen haben sich stabilisiert. Nach einer hohen, negativen Veränderungsrate von 12,1 % im Zeitraum bis März

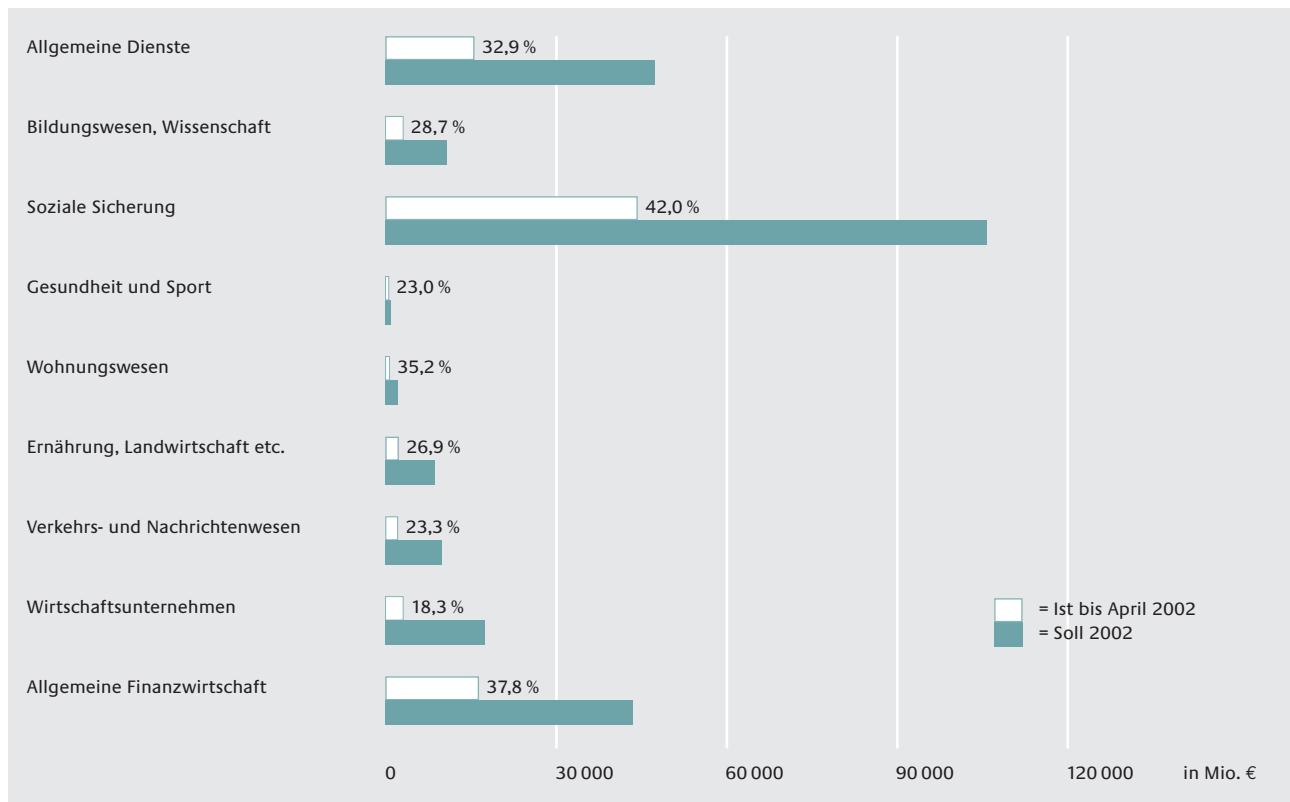
2002, führt der Rückgang in Höhe von 0,5 Mrd. € zu einer relativen Abschwächung der Einnahmen von -5,8 %. Die Erlöse erreichen nunmehr 8,7 Mrd. € (Vorjahr: 9,2 Mrd. €).

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von 28,8 Mrd. € können keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden.

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	Soll 2002	Ist 2002	Ist 2001	Verän-	
	Mio. €	Januar bis April	Januar bis April	derungen	Vorjahr
		Anteil		ggü.	in %
Allgemeine Dienste					
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	47 634	15 666	17,7	16 234	18,9
Verteidigung	3 621	1 250	1,4	1 385	1,6
Politische Führung, zentrale Verwaltung	27 485	9 187	10,4	9 685	11,3
Finanzverwaltung	8 898	2 813	3,2	2 973	3,5
	2 970	944	1,1	-	-
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	10 944	3 144	3,5	2 920	3,4
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1 100	285	0,3	315	0,4
BAföG	810	370	0,4	271	0,3
Forschung und Entwicklung	6 778	1 854	2,1	1 690	2,0
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	105 997	44 505	50,2	42 374	49,3
Sozialversicherung	70 187	28 127	31,7	26 892	31,3
Arbeitslosenversicherung	2 000	4 520	5,1	4 252	4,9
Arbeitslosenhilfe	13 000	4 570	5,2	4 090	4,8
Wohngeld	2 100	724	0,8	592	0,7
Erziehungsgeld	3 458	1 129	1,3	1 115	1,3
Kriegsopfersversorgung und -fürsorge	3 764	1 526	1,7	1 652	1,9
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 012	233	0,3	272	0,3
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 075	731	0,8	853	1,0
Wohnungswesen	1 611	673	0,8	792	0,9
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	8 775	2 363	2,7	3 881	4,5
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	275	0,3	1 421	1,7
Kohlenbergbau	2 929	1 286	1,5	1 618	1,9
Gewährleistungen	2 200	286	0,3	359	0,4
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 965	2 321	2,6	2 029	2,4
Straßen (ohne GVFG)	5 540	1 069	1,2	948	1,1
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	17 510	3 201	3,6	2 375	2,8
Postunterstützungskassen	5 423	638	0,7	361	0,4
Bundeseisenbahnvermögen	6 211	1 671	1,9	1 058	1,2
Deutsche Bahn AG	4 682	500	0,6	578	0,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	43 589	16 466	18,6	14 984	17,4
Fonds „Deutsche Einheit“	2 462	820	0,9	1 102	1,3
Zinsausgaben	38 887	15 368	17,3	13 608	15,8
Ausgaben zusammen	247 500	88 631	100,0	85 921	100,0
					+ 3,2

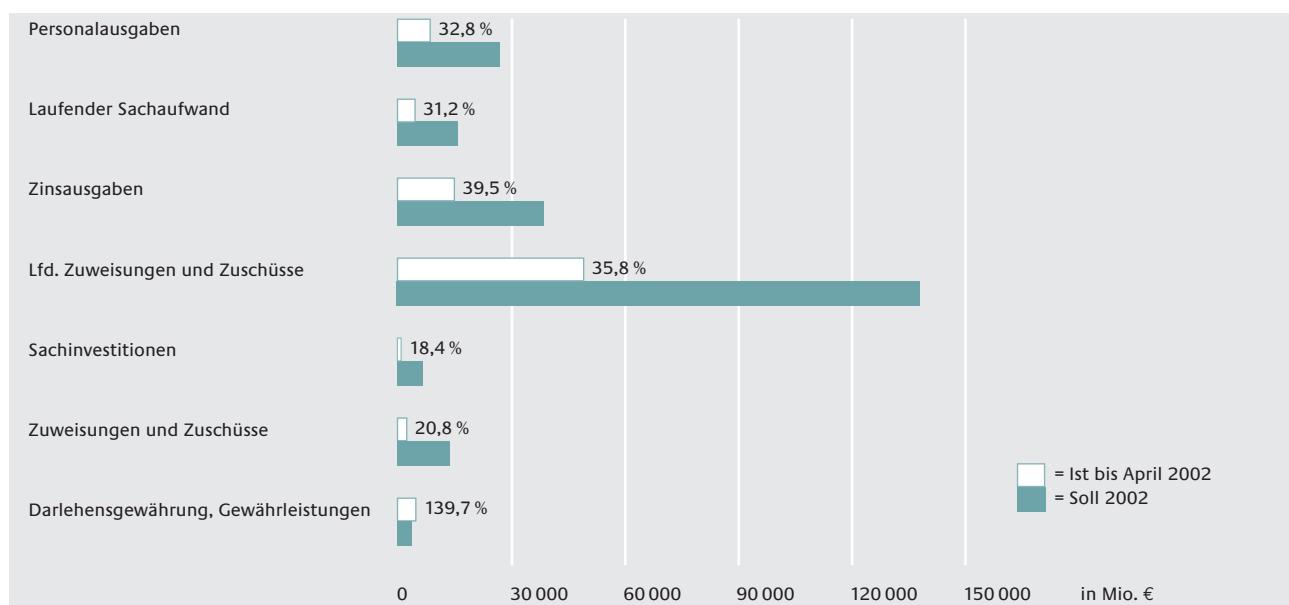
Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis April 2002



Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	
Konsumtive Ausgaben	220 978	78 967	89,1	74 982	87,3
Personalausgaben	27 132	8 899	10,0	9 024	10,5
Aktivbezüge	20 620	6 687	7,5	6 750	7,9
Versorgung	6 513	2 212	2,5	2 273	2,6
Laufender Sachaufwand	16 069	5 008	5,7	5 307	6,2
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 592	370	0,4	344	0,4
Militärische Beschaffungen	7 331	2 485	2,8	2 913	3,4
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 147	2 154	2,4	2 050	2,4
Zinsausgaben	38 887	15 368	17,3	13 608	15,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen	138 443	49 539	55,9	46 697	54,3
an andere Bereiche darunter	14 859	4 552	5,1	3 983	4,6
Unternehmen	123 584	44 924	50,7	42 693	49,7
Renten, Unterstützungen u. a.	16 865	4 467	5,0	4 347	5,1
Sozialversicherungen	20 651	7 386	8,3	7 054	8,2
Sonstige Vermögensübertragungen	82 311	31 826	35,9	30 262	35,2
	446	153	0,2	346	0,4
Investive Ausgaben	25 041	9 664	10,9	10 940	12,7
Finanzierungshilfen	18 238	8 415	9	9 687	11,3
Zuweisungen und Zuschüsse	13 905	2 887	3,3	4 305	5,0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 699	5 167	5,8	5 044	5,9
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	634	361	0,4	339	0,4
Sachinvestitionen	6 803	1 249	1,4	1 253	1
Baumaßnahmen	5 586	997	1,1	977	1,1
Erwerb von beweglichen Sachen	787	167	0,2	195	0,2
Grunderwerb	430	84	0,1	81	0,1
Globalansätze	1 481	0		0	
Ausgaben insgesamt	247 500	88 631	100,0	85 921	100,0
					+ 3,2

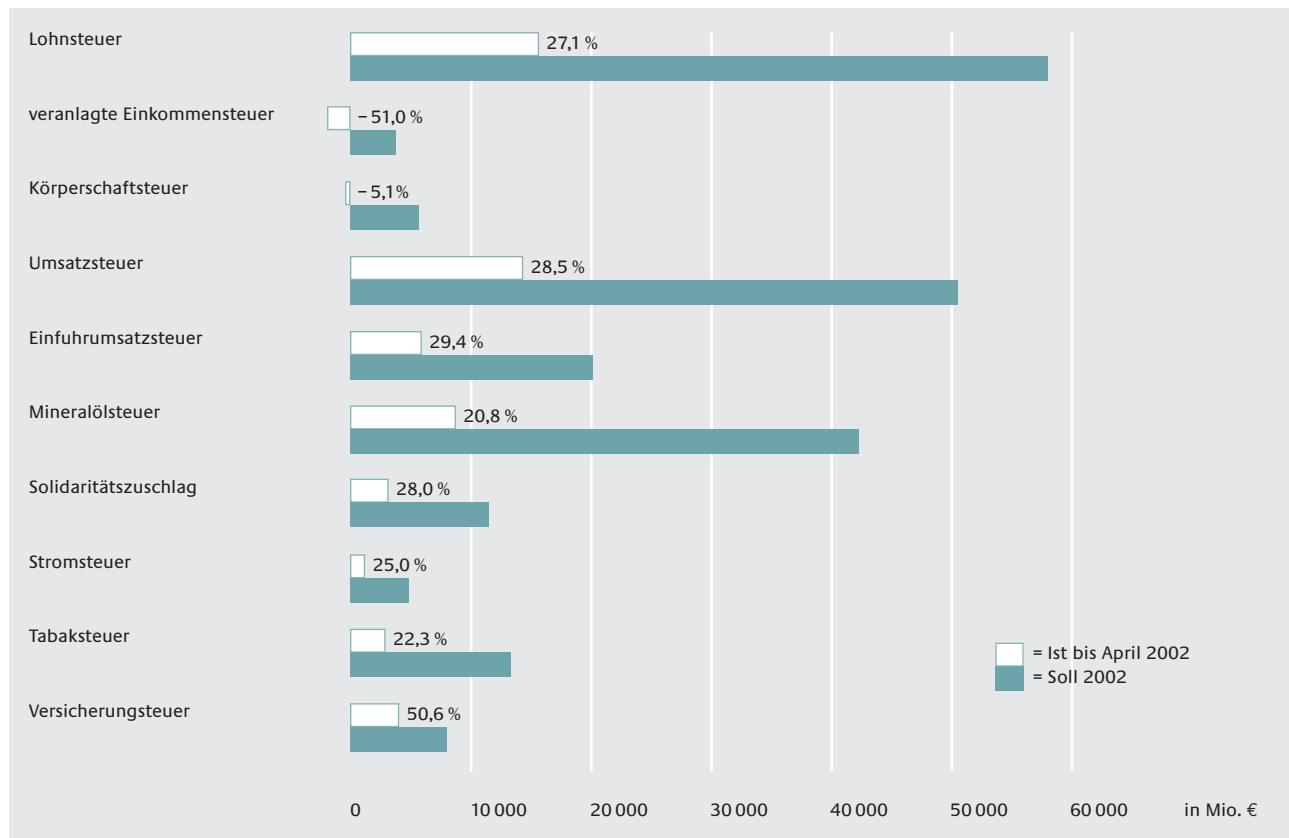
Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis April 2002



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Verän-	
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	derungen gegenüber Vorjahr in %
I. Steuern	199 239	51 138	85,5	54 752	85,6	- 6,6
Bundesanteile an:	150 272	38 720	64,8	43 229	67,6	- 10,4
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	77 229	18 082	30,2	21 313	33,3	- 15,2
davon:						
Lohnsteuer	58 225	15 776	26,4	16 262	25,4	- 3,0
veranlagte Einkommensteuer	3 781	- 1 929	- 3,2	- 1 464	- 2,3	+ 31,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 500	2 592	4,3	4 302	6,7	- 39,7
Zinsabschlag	3 973	1 936	3,2	1 956	3,1	- 1,0
Körperschaftsteuer	5 750	- 292	- 0,5	257	0,4	-
Umsatzsteuer	50 755	14 473	24,2	14 568	22,8	- 0,7
Einfuhrumsatzsteuer	20 281	5 971	10,0	7 118	11,1	- 16,1
Gewerbesteuerumlage	2 007	194	0,3	230	0,4	- 15,7
Versicherungsteuer	8 100	4 100	6,9	3 876	6,1	+ 5,8
Solidaritätszuschlag	11 550	3 236	5,4	3 522	5,5	- 8,1
Tabaksteuer	13 400	2 982	5,0	2 634	4,1	+ 13,2
Kaffeesteuer	1 050	328	0,5	318	0,5	+ 3,1
Branntweinsteuern	2 075	483	0,8	477	0,7	+ 1,3
Mineralölsteuer	42 500	8 847	14,8	8 483	13,3	+ 4,3
Stromsteuer	4 950	1 236	2,1	1 054	1,6	+ 17,3
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 715	- 3 897	- 6,5	- 3 334	- 5,2	+ 16,9
BSP-Eigenmittel der EU	- 12 700	- 3 190	- 5,3	- 3 389	- 5,3	- 5,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 731	- 1 830	- 3,1	- 2 254	- 3,5	- 18,8
II. Sonstige Einnahmen	24 534	8 657	14,5	9 191	14,4	- 5,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 095	3 712	6,2	3 802	5,9	- 2,4
Zinseinnahmen	1 055	331	0,6	1 011	1,6	- 67,3
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	11 296	1 950	3,3	1 700	2,7	+ 14,7
Einnahmen zusammen	223 773	59 795	100,0	63 943	100,0	- 6,5

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis April 2002



Steuereinnahmen im April 2002

Die **Steuereinnahmen insgesamt** (ohne Gemeindesteuern) lagen im April 2002 um **-1,8 %** unter dem Ergebnis des April 2001. Sowohl bei den gemeinschaftlichen Steuern (-5,1 %) als auch bei den reinen Ländersteuern (-3,7 %) waren Rückgänge zu verzeichnen, während die reinen Bundessteuern einen kräftigen Zuwachs aufwiesen (+ 12,3 %), der allerdings maßgeblich auf kassentechnisch bedingte Schwankungen bei den Tabaksteuereinnahmen zurückzuführen ist.

Die kumulierte Veränderungsrate Januar bis April 2002 der **Steuereinnahmen insgesamt** liegt bei **-4,9 %**. Sie hat sich damit im Vergleich zum März 2002 (-5,8 %) verbessert.

Die **Lohnsteuereinnahmen** lagen im April 2002 erstmals in diesem Jahr in einem Monat höher als im Vorjahresmonat (+0,2 %). Der Vergleich wird allerdings – wie schon in den Vormonaten – durch die Kindergelderhöhung zum Jahresbeginn 2002 überlagert. Vor Abzug des Kindergeldes fällt die Zunahme mit +2,7 % deutlicher aus.

Bei der **veranlagten Einkommensteuer** ergab sich mit -0,9 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr (-1,1 Mrd. €) ein geringeres Kassenminus. Vor

Abzug von Erstattungen und Zulagen errechnet sich brutto jeweils ein positiver Aprilwert (2002: + 1,8 Mrd. €; 2001: + 1,5 Mrd. €).

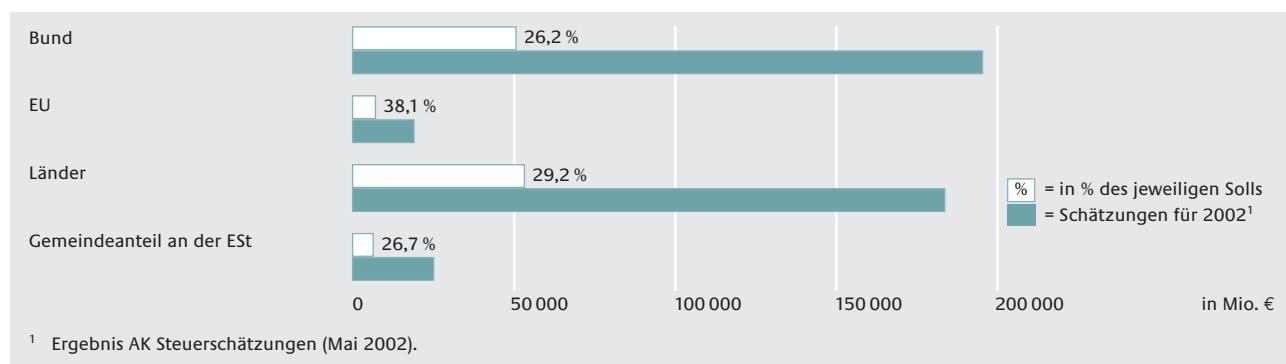
Das **Körperschaftsteueraufkommen** fiel mit einem Kassenminus von -1,3 Mrd. € etwas höher als im Vorjahresmonat (-1,2 Mrd. €) aus. Eine Erholung zeichnet sich – wie auch der Vergleich der für Januar bis April kumulierten Kassenergebnisse zeigt (2002: -0,6 Mrd. €; 2001: + 0,5 Mrd. €) – bislang noch nicht ab.

Bei den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** setzte sich im April erwartungsgemäß der starke Rückgang im Vorjahresvergleich mit -73,8 % fort, der auf die Normalisierung des Ausschüttungsverhaltens in diesem Jahr zurückzuführen ist.

Ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat ist bei den **Steuern vom Umsatz** mit 2,0 % zu verzeichnen. Dem liegt im April ein deutlicher Aufkommenszuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer von 9,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat zugrunde, wohingegen bei der Umsatzsteuer ein leichter Rückgang (-0,7 %) zu beobachten war.

Bei den **reinen Bundessteuern** werden die Einnahmen in einzelnen Monaten bisweilen stark durch kassentechnische Effekte überlagert. Daher

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis April 2002



ist es angebracht, in den Vorjahresvergleich neben dem aktuellen Monat auch das von Januar bis April kumulierte Ergebnis einzubeziehen. Für die reinen Bundessteuern insgesamt ergab sich im April mit + 12,3 % im Vorjahresvergleich ein starker Einnahmезuwachs, der über die Zunahme für das kumulierte Ergebnis (+ 4,1 %) deutlich hinausgeht.

Bei den einzelnen Steuern stellte sich die Aufkommensentwicklung unterschiedlich dar: Zuwächse ergaben sich bei der Mineralölsteuer (April 2002: + 3,7 %/Januar bis April 2002: + 4,3 %), der Tabaksteuer (+ 101,8 %/ + 13,2 %), der Branntweinsteuer (+ 14,7 %/+ 1,4 %) und der Stromsteuer

(+ 26,2 %/+ 17,3 %), während bei der Versicherungssteuer (- 11,6 %/+ 5,8 %) beim Aprilvergleich und beim Solidaritätszuschlag (- 14,3 %/- 8,1 %) auch beim kumulierten Ergebnis Rückgänge zu verzeichnen waren.

Beim Aufkommen der **reinen Ländersteuern** fiel der April um - 3,7 % schwächer aus als im Vorjahr. Dabei wies die Kraftfahrzeugsteuer als die finanziell bedeutendste Ländersteuer mit + 1,1 % zwar ebenso wie die Biersteuer mit + 5,9 % Einnahmезuwächse auf. Bei der Grunderwerbsteuer (- 5,7 %) und der Erbschaftsteuer (- 9,3 %) waren die Einnahmen aber deutlich rückläufig.

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr¹

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)

2002	April	Verän- derung gegenüber Vorjahr	Januar bis April	Verän- derung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2002		Verän- derung gegenüber Vorjahr
					in Mio. €	in %	
Gemeinschaftliche Steuern							
Lohnsteuer ²	9 969	0,2	40 351	- 1,9	135 200	1,9	
veranlagte Einkommensteuer	- 896	.	- 4 539	.	8 500	- 3,1	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	549	- 73,8	5 184	- 39,8	11 380	- 45,5	
Zinsabschlag	483	- 16,9	4 400	- 1,0	9 040	0,9	
Körperschaftsteuer	- 1 250	.	- 585	.	7 900	.	
Steuern vom Umsatz	10 253	2,0	44 784	- 0,8	142 300	2,4	
Gewerbesteuerumlage	603	44,1	695	54,6	4 237	24,4	
erhöhte Gewerbesteuerumlage	324	13,7	371	24,6	2 063	- 1,9	
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	20 035	- 5,1	90 661	- 6,7	320 620	1,7	
Bundessteuern							
Mineralölsteuer	3 134	3,7	8 847	4,3	42 400	4,2	
Tabaksteuer	1 124	**	2 982	13,2	13 050	8,1	
Branntweinsteuer	147	14,7	483	1,4	2 100	- 2,0	
Versicherungsteuer	345	- 11,6	4 100	5,8	8 000	7,7	
Stromsteuer	353	26,2	1 236	17,3	5 200	20,3	
Solidaritätszuschlag	580	- 14,3	3 236	- 8,1	11 100	0,3	
übrige Bundessteuern	97	3,3	452	- 0,7	1 536	- 1,1	
Bundessteuern insgesamt	5 780	12,3	21 336	4,1	83 387	5,2	
Ländersteuern							
Erbschaftsteuer	262	- 9,3	928	- 11,7	3 042	- 0,9	
Grunderwerbsteuer	410	- 5,7	1 657	- 6,6	4 720	- 2,7	
Kraftfahrzeugsteuer	742	1,1	2 855	- 5,0	7 950	- 5,1	
Biersteuer	155	- 8,4	636	- 0,1	820	- 1,0	
Rennwett- und Lotteriesteuer	65	6,0	246	2,3	1 968	2,6	
übrige Ländersteuern	24	67,8	160	0,3	496	- 15,0	
Ländersteuern insgesamt	1 668	- 3,7	6 567	- 6,0	18 996	- 3,2	
EU-Eigenmittel							
Zölle	244	- 0,3	932	- 9,8	3 150	- 1,3	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	812	4,1	3 279	5,1	6 000	- 29,5	
BSP-Eigenmittel	794	- 6,1	3 190	- 5,9	10 300	28,3	
EU-Eigenmittel insgesamt	1 850	- 1,1	7 401	- 1,9	19 450	- 1,4	
Bund³	11 780	- 1,8	51 365	- 5,6	196 379	1,3	
Länder³	12 465	- 2,3	53 900	- 4,7	184 729	3,4	
EU	1 850	- 1,1	7 401	- 1,9	19 450	- 1,4	
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 632	1,7	6 830	- 4,1	25 594	1,7	
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	27 727	- 1,8	119 496	- 4,9	426 152	2,1	

¹ Methodik: kassenmäßige Buchung der Einzelsteuern, rechnerische Aufteilung auf die Ebenen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Entwicklung der Einnahmen des Bundes ist methodisch bedingt.

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2002.

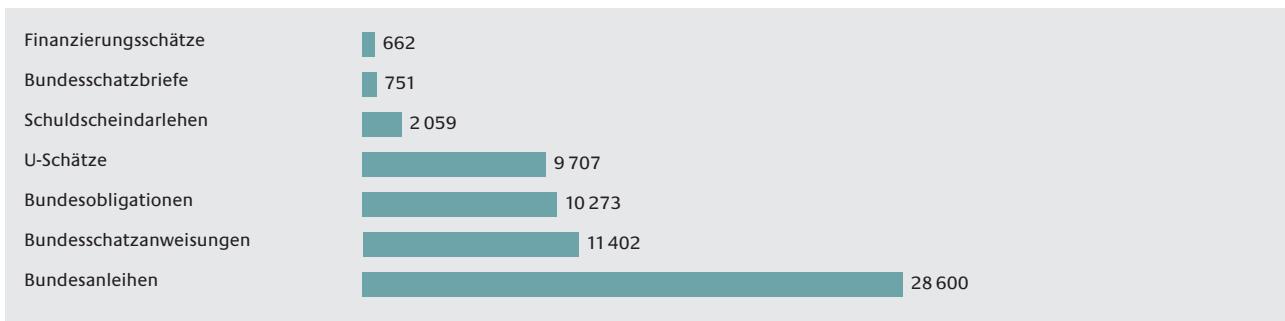
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug in den ersten vier Monaten dieses Jahres 50,6 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der

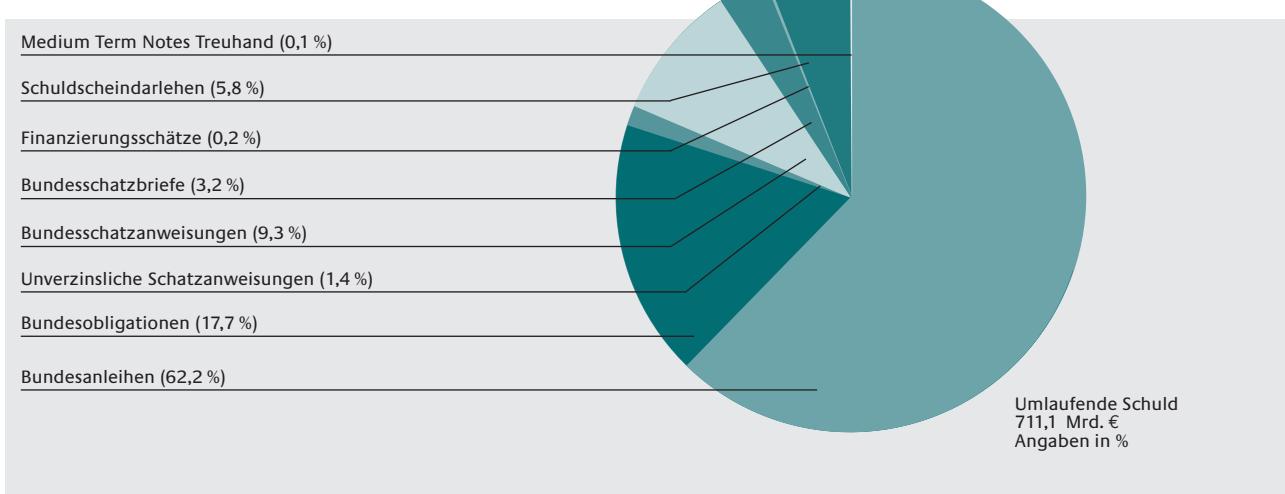
Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betragen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 63,5 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2001 haben sich die Schulden des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 30. April 2002 um ca. 1,4% auf 711,1 Mrd. € erhöht. Dieser Betrag umfasst auch die seit 1. Juli

Bruttokreditaufnahme des Bundes im April 2002 in Mio. €



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 30. April 2002



1999 in die Bundesschuld eingegliederten Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundesisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Der Bund beabsichtigt, im zweiten Quartal 2002 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle dargestellten Emissionen zu begeben (3., 15. und 24. April bereits tatsächlich begebenes Volumen):

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der Emissionskalender für das dritte Quartal 2002 wird in der dritten Dekade Juni 2002 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP-Sondervermögen belaufen sich im zweiten Quartal 2002 auf insgesamt 29,8 Mrd. € (darunter 2,6 Mrd. € für die Sondervermögen).

Emissionsvorhaben des Bundes im zweiten Quartal 2002

Wertpapier	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 697 Aufstockung	3. April 2002	Restlaufzeit: 1 Jahr, 11 Monate fällig 12. März 2004 Zinslaufbeginn: 12. März 2002 erster Zinstermin: 12. März 2003	5 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 442 Aufstockung	15. April 2002	6 Monate fällig 16. Oktober 2002	5 Mrd. €
Bundesanleihe („Bunds“) WKN 113 519 Aufstockung	24. April 2002	Restlaufzeit: 9 Jahre, 9 Monate fällig 4. Januar 2012 Zinslaufbeginn: 4. Januar 2002 erster Zinstermin: 4. Januar 2003	5 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 443 Aufstockung	13. Mai 2002	6 Monate fällig 13. November 2002	ca. 5 Mrd. €
Bundesobligationen (Bobls) WKN 114 139 Aufstockung	15. Mai 2002	Restlaufzeit: 4 Jahre, 9 Monate fällig 16. Februar 2007 Zinslaufbeginn: 22. August 2001 erster Zinstermin: 16. Februar 2003	ca. 8 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 444 Aufstockung	10. Juni 2002	6 Monate fällig 11. Dezember 2002	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 698	26. Juni 2002	2 Jahre fällig 25. Juni 2004 Zinslaufbeginn: 25. Juni 2002 erster Zinstermin: 25. Juni 2003	ca. 7 Mrd. €*
Zweites Quartal 2002 insgesamt			ca. 40 Mrd. €
* Einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschließlich Absatz aus der Daueremission.			

¹ Einschließlich der seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundesisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Tilgungen im zweiten Quartal 2002 (in Mrd. €)

	April	Mai	Juni	2. Quartal 2002
Anleihen des Bundes	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	6,6	-	6,6
Bundesschatzanweisungen	-	-	5,0	5,0
U-Schätzte des Bundes	10,1	-	-	10,1
Bundesschatzbriefe	0,1	0,9	1,6	2,6
Finanzierungsschätzte	0,1	0,1	0,1	0,3
Anleihe ERP	-	2,6	-	2,6
Schuldscheindarlehen	1,0	0,6	1,0	2,6
Insgesamt	11,3	10,8	7,7	29,8

Entwicklung der Länderhaushalte

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder von Januar bis März 2002 stellen sich zusammenge-

fasst wie in der nachfolgenden Tabelle dar.

Auf die grafische Darstellung der Zuwachsrate und Anteile am Soll wird verzichtet, da diese derzeit noch keine Aussagekraft haben bzw. derzeit noch nicht vollständig vorliegen (Haushaltssoll 2002).

Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2002

in Mio. €	Flächenländer (West)	Flächenländer (Ost)	Stadtstaaten	Länder insgesamt
Bereinigte Einnahmen	36 167	10 204	6 670	52 414
darunter:				
Steuereinnahmen	28 335	5 397	4 296	38 027
Übrige Einnahmen	7 832	4 808	2 374	14 387
Bereinigte Ausgaben	43 609	12 037	8 935	63 953
darunter:				
Personalausgaben	18 781	3 490	3 295	25 566
Bauausgaben	305	190	172	667
Übrige Ausgaben	24 523	8 356	5 468	37 721
Finanzierungssaldo	- 7 442	- 1 832	- 2 265	- 11 539
(Länderzusammenfassungen ohne Zahlungen der Länder untereinander).				

Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 3. bis 4. Juni 2002 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 12. Juni 2002 – Finanzplanungsrat
- 15. Juni 2002 – G-7-Finanzministertreffen in Halifax/Kanada
- 18. Juni 2002 – Jahrestreffen Wirtschaft, Politik und Bundesunternehmen
- 19. Juni 2002 – Kabinettbeschluss zum Bundeshaushalt 2003
- 21./22. Juni 2002 – Europäischer Rat in Sevilla

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Klarsicht – **Erbschaft- und Schenkungsteuer**
- Innenansichten – **Die Steuerreform 2000 (aktualisierte Ausgabe)**
- Innenansichten – **Einkommen- und Lohnsteuer (aktualisierte Ausgabe)**
- Innenansichten – **Steuern von A bis Z (aktualisierte Ausgabe)**
- Innenansichten – **Die Bundeszollverwaltung**
- Innenansichten – **Das Bundesministerium der Finanzen/ (Englische und Französische Ausgabe)**
- Fachblick – **Gewerblicher Rechtsschutz – Jahresbericht 2001**

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen

– Referat Bürgerangelegenheiten –

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

Telefon 0 18 88 6 82 – 17 96

Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2002	Juni	Mai 2002	24. Juni 2002
	Juli	Juni 2002	25. Juli 2002
	August	Juli 2002	26. August 2002
	September	August 2002	26. September 2002
	Oktober	September 2002	25. Oktober 2002
	November	Oktober 2002	25. November 2002
	Dezember	November 2002	23. Dezember 2002

Terminplanung für die Aufstellung des Entwurfs zum Bundeshaushalt 2003 und für die Finanzplanung 2002 bis 2006

- 20. Dezember 2001 – BMF-Rundschreiben an die Ressorts zur Aufstellung des Haushalts 2003 und des Finanzplans (2002 bis 2006)
- bis 1. März 2002 – Übersendung der Haushaltsvoranschläge der Ressorts an das BMF
- bis Ende Mai 2002 – Verhandlungen zwischen BMF und den Ressorts auf Arbeitsebene
- 14. bis 16. Mai 2002 – Steuerschätzung
- Anfang Juni 2002 – Haushaltsverhandlungen auf Ministerebene (Chefgespräche)
- 12. Juni 2002 – Finanzplanungsrat (Koordination der Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden)
- 19. Juni 2002 – Kabinettbeschluss zum Haushaltsentwurf und zum Finanzplan**

Analysen und Berichte

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	31
Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Quartal 2002	37
Entwicklung der Kommunalfinanzen und Gemeindefinanzreform	57
Lage der Weltwirtschaft	67
Wirtschaftslage und Reformprozess in den EU-Beitrittskandidaten	71
Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung („Financing for Development“) in Monterrey 18. bis 22. März 2002	85
Grünes Licht für die neue Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	87
Strukturreform der Deutschen Bundesbank – ein weiterer Schritt zur Förderung des Finanzplatzes Deutschland	91

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland¹

1 Gesamtwirtschaft	31
2 Produzierendes Gewerbe	32
3 Privater Konsum	33
4 Außenwirtschaft	33
5 Arbeitsmarkt	34
6 Preise	35

1 Gesamtwirtschaft

Im ersten Vierteljahr dieses Jahres haben sich – den vorliegenden Einzelindikatoren zufolge – die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten stabilisiert und wiesen insgesamt eine leicht positive Tendenz auf, nachdem in den beiden Vorquartalen jeweils ein leichter Rückgang zu verzeichnen gewesen war. Somit bestehen gute Voraussetzungen, dass der konjunkturelle Aufschwung im weiteren Jahresverlauf deutlich an Fahrt gewinnt.

Diese Erwartung wird inzwischen von den meisten Konjunkturexperten in wissenschaftlichen Einrichtungen, Banken und internationalen Gremien geteilt. So gehen die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute Deutschlands in ihrer Frühjahrsdiagnose von einer erheblichen Wachstumsbeschleunigung im Jahresverlauf aus. Insgesamt rechnen sie im Jahresdurchschnitt 2002 mit einem realen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,9 %. Auch die Bundesregierung hat Ende April turnusmäßig ihre Wachstumsprognosen überprüft. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen rechnet sie für dieses Jahr mit einem realen BIP-Anstieg von $\frac{3}{4}\%$. Dies entspricht dem bereits im Jahreswirtschaftsbericht 2002 prognostizierten Wirtschaftswachstum und bedeutet ein Einschwenken der Wirtschaft auf einen Wachstumspfad von 2 bis 3 % in der zweiten Jahreshälfte.

Die bis März/April vorliegenden Wirtschaftsdaten stützen diese Annahmen. So kommt der Export immer besser in Schwung und hat in den ersten drei Monaten seinen Tiefpunkt vom vierten Quartal 2001 bereits deutlich hinter sich gelassen. Die kräftige Aufstockung der Exportaufträge und die optimistischen Exporterwartungen in den Industrieunternehmen sprechen für eine Fortsetzung dieser Entwicklung. Hiervon dürften auch spürbare Impulse auf andere Wirtschaftsbereiche ausgehen. In der Industrie verlief im ersten Quartal die Produktion insgesamt stabil. Die Gesamtnachfrage nach Industrieprodukten blieb weiter aufwärts gerichtet, wobei einem deutlich steigenden Auftragseingang aus dem Ausland eine leicht abnehmende Bestellaktivität aus dem Inland gegenüber stand.

Am Arbeitsmarkt setzte die saisonübliche Frühjahrsbelebung ein. Aus konjunktureller Sicht gab es nur wenig Veränderung. Mit einer spürbaren Verbesserung der Arbeitsmarktsituation ist zu rechnen, wenn der Aufschwung an Breite gewonnen hat.

Trotz wieder anziehender Notierungen an den internationalen Rohölmarkten blieb in Deutschland das entspannte Preisklima erhalten. Im April ist die jährliche Teuerungsrate bei den Verbraucherpreisen auf den niedrigsten Stand seit zwei Jahren gefallen. Damit besteht auch preislich ein positives Umfeld für eine weitere konjunkturelle Erholung. Allerdings ist es bei den Verbrauchern offenbar zu Irritationen, verbunden mit einer gewissen Kaufzurückhaltung, gekommen, weil einige wenige, aber gut sichtbare Ausgabenpositionen sich im Zuge der Euro-Bargeldeinführung merklich verteuert haben. Diese eher selektive Wahrnehmung dürfte aber im Ergebnis einer längeren und genaueren Beobachtung der tatsächlichen Preisentwicklung einschließlich der vom Markt erzwungenen Korrekturen bald an Bedeutung verlieren.

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 16. April 2002 vorlagen.

2 Produzierendes Gewerbe

In der **Industrie** ist die **Produktion** nach drei Quartalen einer rückläufigen Entwicklung erstmals nicht weiter gesunken. Im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 2002 hielt sie sich praktisch auf dem Niveau des Vorquartals. Nahezu parallel dazu bewegte sich die Kapazitätsauslastung, die zuletzt sogar wieder etwas gestiegen ist.



Positiv anzumerken ist, dass im **Vorleistungsgütersektor** sich jetzt sowohl die Nachfrage als auch die Produktionstätigkeit kräftig belebt hat. Die Erzeugung stieg hier im ersten Vierteljahr saisonbereinigt² um 2,0 %. Erfahrungsgemäß gilt der Produktionsanstieg in diesem Bereich als Vorzeichen für ein späteres Anspringen der Produktion von Fertigerzeugnissen. Allerdings können die Vorprodukte zunächst für den Lageraufbau bzw. den Export bestimmt sein, so das die folgenden Produktionsstufen erst mit Verzögerung reagieren. Hervorzuheben ist, dass in der Chemischen Industrie die Produktion bereits auf vollen Touren läuft (erstes Quartal + 9,8 %). Außerdem weist auch die Position Metallerzeugung und -bearbeitung zuletzt einen beachtlichen Zuwachs auf (+ 5,0 %).

Für die gesamte Industrie gilt, dass der **Export** – wie bereits in früheren Konjunkturzyklen – jetzt wieder die Rolle des Konjunkturmotors übernommen hat. So sind im ersten Vierteljahr die Auslandsumsätze gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 3,8 % gestiegen, während das Inlandsgeschäft nochmals leicht zurückging

(- 0,5 %). Erfreulich war jedoch, dass im Vorleistungsbereich auch die Inlandsumsätze bereits wieder zulegten (+ 0,9 %).

Das entsprechende **Vorjahresniveau** der gesamten Industrieproduktion wurde im ersten Quartal weiterhin deutlich unterschritten (arbeitsmäßig bereinigt - 5,2 %). Der vergleichsweise hohe Vorjahresabstand hängt auch mit einem Basiseffekt zusammen, da vor Jahresfrist die industrielle Erzeugung letztmalig angestiegen war.

Aus der Nachfrageentwicklung ist abzuleiten, dass auch in der nächsten Zeit die Hauptimpulse für die Industriekonjunktur aus dem Ausland kommen werden. So war insgesamt der **Auftragseingang** im ersten Quartal aufwärts gerichtet (preis- und saisonbereinigt + 0,8 %). Dies resultierte ausschließlich aus einer Nachfragebelebung aus dem Ausland (+ 3,4 %), während die Inlandsbestellungen nochmals zurückgingen (- 1,3 %). Wie bei der Produktionsentwicklung hat derzeit auch beim Auftragseingang der Vorleistungsgüterbereich die Vorreiterrolle inne (insgesamt + 2,8 %). Bemerkenswert war, dass für diese Produkte auch die inländische Nachfrage erstmals seit längerem wieder zugenommen hat (+ 0,9 %).

Für eine weitere Belebung der Industriekonjunktur sprechen auch die Umfrageergebnisse des **ifo-Konjunkturtests** von April. Danach blieb die Stimmung in den westdeutschen Industrieunternehmen – nach fünfmaliger, teilweise erheblicher Verbesserung – zuletzt praktisch unverändert. Diese „Atempause“ nach einem langen Anstieg ist nicht ungewöhnlich und bedeutet kein Ende des Aufwärtstrends. Dies wird auch dadurch unterstrichen, dass weiterhin eine deutliche Mehrheit der Unternehmen optimistisch in die Zukunft blickt.

In der **ostdeutschen Industrie** verläuft die Gesamtentwicklung weiterhin günstiger als im

² Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten saisonbereinigten Zahlen um Berechnungen nach dem Census-Verfahren.

Westen, sodass in diesem Bereich weitere Fortschritte beim Aufholprozess festzustellen sind. Die Produktion ist im ersten Vierteljahr deutlich angestiegen (saisonbereinigt +2,1 %) und hat damit – anders als im früheren Bundesgebiet – ihr Vorjahresniveau sogar wieder etwas übertrffen. Auch die Auftragslage ist in den ostdeutschen Industrieunternehmen deutlich besser als im Westen. Im ersten Vierteljahr hat sich die Nachfrage sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland merklich belebt (insgesamt +9,0 %). Im Exportgeschäft kam es Dank etlicher Großprojekte zu einem regelrechten Auftragsschub. Damit war insgesamt auch das Niveau der Vergabertätigkeit höher als ein Jahr zuvor (+4,0 %).

Die Bauwirtschaft konnte sich noch nicht aus der konjunkturellen Talsohle lösen. Im ersten Vierteljahr ist die Produktion des **Bauhauptgewerbes** saisonbereinigt um 1,5 % gesunken, nachdem sich in den beiden Vorquartalen eine leichte Besserung abgezeichnet hatte. Aufgrund der vorangegangenen Entwicklung lag die Bauproduktion zuletzt nur wenig unter dem zuvor stark abgesenkten Niveau des Vorjahrs (−0,8 %). Bei den Bauaufträgen hat sich im Januar und Februar 2002 die seit dem Sommer des vergangenen Jahres bestehende Abwärtstendenz nicht fortgesetzt. Besonders Tiefbauleistungen wurden vermehrt nachgefragt. An der pessimistischen Grundstimmung im Bauhauptgewerbe hat dies jedoch – den Ergebnissen der ifo-Konjunkturumfragen zufolge – bis April kaum etwas geändert.

3 Privater Konsum

Von den Privaten Konsumausgaben dürften in den ersten drei Monaten dieses Jahres nur geringe konjunkturelle Impulse ausgegangen sein. Eine genauere Einschätzung kann aber erst erfolgen, wenn die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das erste Quartal vorliegen. Die derzeit zur Verfügung stehenden Einzeldaten lassen nur ein recht unscharfes Bild der gegenwärtigen Verbrauchskonjunktur erkennen. Insbesondere wird die bislang übliche

Nutzung der **Einzelhandelsumsätze** als Kurzfristindikator wegen der zahlreichen und gewichtigen Revisionen immer problematischer. Unstrittig ist jedoch, dass die deutsche Konjunktur derzeit durch einen schwachen privaten Konsum gekennzeichnet ist. Dies bestätigen auch verschiedene Umfrageergebnisse (GfK-Institut, ifo-Institut, HDE). Auch die Reiseausgaben der Deutschen im Ausland und die Umsätze im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe sowie die Pkw-Zulassungen fielen niedriger aus als ein Jahr zuvor. Der gesamte Einzelhandelsumsatz ist nach den vorliegenden Angaben im ersten Vierteljahr preis- und saisonbereinigt um 3,3 % zurückgegangen. Im Vorjahresvergleich ergibt sich ein Abstand von −3,8 %. Dabei haben der Facheinzelhandel, insbesondere in den Branchen Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat, der Elektrofachhandel sowie die Tankstellen und der Kfz-Handel überdurchschnittliche Umsatzeinbußen hinnehmen müssen.

4 Außenwirtschaft

Rund 80 % des deutschen **Warenexports** besteht aus Industrieerzeugnissen. Die bislang positive Entwicklung der Exporterwartungen, der Exportaufträge und jetzt auch der Auslandsumsätze in der Industrie hat demzufolge den gesamten Außenhandel stark beflogelt. Der Wert der deutschen Warenexporte ist vom vierten Quartal 2001 – seinem letzten Tiefpunkt – zum ersten Vierteljahr 2002 saisonbereinigt um 1,3 % gestiegen. Dabei hat sich im Verlaufe der ersten drei Monate die Entwicklung offenbar beschleunigt. Während im Januar noch ein Exportrückgang zu verzeichnen war, erhöhten sich die Ausfuhren gegenüber dem Vormonat im Februar um 1,7 % und im März um 2,1 %.

Getragen wurde die Aufwärtsentwicklung zuletzt durch eine kräftige Ausweitung der Exporte in nicht zur Euro-Zone gehörende EU-Länder. Seit Beginn dieses Jahres sind die Ausfuhren in diese Länder gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,7 % angestiegen,

während die Ausfuhren in die EU-Länder insgesamt im gleichen Zeitraum noch um 4,0 % unter dem entsprechenden Vorjahresstand lagen. Vergleichsweise positiv entwickelten sich auch die Ausfuhren in Drittländer. Die jüngsten Zuwächse reichten aber noch nicht aus, um insgesamt das sehr hohe Vorjahresniveau der deutschen Exporte wieder zu erreichen. Im Durchschnitt des ersten Vierteljahres lagen die Ausfuhren um 2,0 % unter ihrem Stand vor Jahresfrist.

Die Entwicklung der **Importe** zeigte in den letzten Monaten ein eher volatiles Bild. Nachdem die saisonbereinigten Einfuhrwerte in der Verlaufs betrachtung im Dezember und Januar noch eine deutlich rückläufige Entwicklung nahmen, kam es im Februar zu einem kräftigen Anstieg (+7,1 %). Im März gingen die Einfuhren dann aber erneut zurück (-2,8 %). Im Dreimonatsvergleich (Januar bis März gegenüber Oktober bis Dezember) ergibt sich ein Rückgang um 3,9 %, womit sie ihren Vorjahresstand um 10,0 % unterschritten.

Die **Leistungsbilanz** hat auch im März wieder mit einem deutlichen Überschuss abgeschlossen und damit die Entwicklung der vergangenen Monate fortgesetzt. In den ersten drei Monaten dieses Jahres erzielte sie einen Überschuss von 11,0 Mrd. €, während ein Jahr zuvor noch ein Defizit von 1,0 Mrd. € gemeldet wurde. Maßgeblich hierfür war ein im selben Zeitraum zu verzeichnender deutlicher Anstieg des Überschusses in der **Handelsbilanz**, der auf einer Ausweitung der Exporte bei einer insgesamt schwachen Importentwicklung beruhte. Die weitere leichte Verringerung des Defizits bei der Bilanz der „unsichtbaren“ Transaktionen von Januar bis März hat darüber hinaus die positive Entwicklung der Leistungsbilanz begünstigt.

5 Arbeitsmarkt

Von März auf April ist im Zuge der üblichen Frühjahrsbelebung die Zahl der **Arbeitslosen** in der Größenordnung des Vorjahres zurückgegangen (-132 000) und belief sich zuletzt auf

4,02 Mio.. Damit blieb auch der Vorjahresabstand mit + 156 000 unverändert. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl bewegte sich unter vergleichsweise geringen Schwankungen seit Jahresbeginn knapp unter der 4-Mio.-Marke (April 3,97 Mio.). Gegenüber März gab es einen geringfügigen Anstieg (+6 000).



Die Bewegungen der letzten Monate sind im Wesentlichen auf **Sonderfaktoren** zurückzuführen. So gab es im April außergewöhnlich viele Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Wehr- und Zivildienst. Außerdem waren aufgrund der Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes die Abmeldungen in Nichterwerbstätigkeit immer noch höher als sonst, wenngleich dieser Effekt gegenüber März deutlich nachgelassen hat.

Im **früheren Bundesgebiet** blieb die Arbeitslosenzahl im April saisonbereinigt mit +1 000 fast unverändert. Nach den Ursprungszahlen gab es insgesamt 2,60 Mio. Arbeitslose, 129 000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote betrug 7,8 %.

In den **neuen Ländern** stieg die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt um 5 000 Personen. Insgesamt waren 1,42 Mio. Arbeitslose, 27 000 mehr als vor Jahresfrist, registriert. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 18,1 %.

Die Zahl der **Kurzarbeiter** hat in den letzten Monaten im Vorjahresvergleich stark zugenommen (Stand im April 245 000, 126 000 mehr als im Vorjahr). Dies könnte indessen mit der Erwartung eines baldigen Anspringens der Konjunktur zusammenhängen. Bald wieder benötigte Arbeitskräfte zu entlassen, wäre in Anbetracht dieser Perspektive aus Unternehmersicht kontraproduktiv. Der

Anstieg konzentrierte sich auf die alten Länder und betraf vor allem das Verarbeitende Gewerbe.

Das Angebot an **offenen Stellen** hat sich in den letzten Monaten saisonbereinigt kaum verändert (April – 1 000 gegenüber März). Im Vorjahresvergleich waren es aber zuletzt 43 000 Stellen weniger.

Die **Beschäftigung** ist im Februar mit saisonbereinigt – 15 000 weniger zurückgegangen als in den Vormonaten (– 22 000 im Schnitt der Monate Oktober 2001 bis Januar 2002). Nach den Ursprungszahlen belief sich die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Februar auf 38,18 Mio.. Dies waren 146 000 weniger als vor Jahresfrist (– 0,4 %).

6 Preise

Die Bewegungen der **Rohölpreise**, die nicht nur vom Verlauf der Weltkonjunktur, sondern sehr stark von den politischen Ereignissen im Nahen Osten geprägt sind, bestimmten weiterhin die ansonsten sehr gedämpfte inländische Preisentwicklung. Seit ihrem diesjährigen Tiefpunkt Ende Januar (19 US-\$/b) sind die Rohölpreise unter Schwankungen bis auf 27 US-\$/b Mitte Mai geklettert.

Unter diesem Einfluss haben sich die **Einfuhrpreise** von Februar auf März um 0,8 % erhöht. Dennoch blieb das Importpreisniveau um 2,5 % niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahrs. Auch die Importe von Erdöl/Erdgas und Mineralölproduktionswaren waren zuletzt erheblich billiger als ein Jahr zuvor (– 12,4 % bzw. – 9,9 %).

Bei den **Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte** war eine ähnliche Bewegung, allerdings mit wesentlich geringeren Ausschlägen zu

beobachten. Die industriellen Abgabepreise stiegen im März gegenüber dem Vormonat um 0,3 % und blieben damit um 0,2 % unter dem Stand vor Jahresfrist. Dabei lagen die Preise für Investitionsgüter im März um 1,6 % und für Konsumgüter um 1,0 % über ihrem Vorjahresstand. Dagegen waren Vorprodukte um 1,5 % billiger.

Der **Preisindex für die Lebenshaltung** ist nach dem durch Sonderfaktoren bedingten starken Anstieg von Januar wieder auf einen sehr moderaten Anstiegspfad eingeswenkt. Im Durchschnitt des ersten Quartals blieb die jährliche Teuerungsrate mit + 1,9 % innerhalb des Preisziels der EZB.

Im April ist die Inflationsrate trotz wieder anziehender Rohöl-Notierungen weiter auf + 1,6 % zurückgegangen. Dieses hängt auch mit einem Basis-Effekt zusammen. Im Jahr 2001 hatte es im April (+ 0,4 %) und Mai (+ 0,5 %) vergleichsweise hohe monatliche Preissteigerungen gegeben.

In der Verlaufs betrachtung haben die Heizöl- und Kraftstoffpreise seit Jahresbeginn deutlich angezogen. Zuletzt lagen sie bereits um 0,6 % über dem Stand vom April 2001. Damit ist die seit Juli 2001 andauernde dämpfende Wirkung der Mineralölpreisentwicklung zu Ende gegangen. Dagegen hat sich die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln entspannt und bei langlebigen Gebrauchsgütern stiegen die Preise binnen Jahresfrist unterdurchschnittlich. Pauschalreisen waren zuletzt sogar billiger als ein Jahr zuvor.

Der für europäische Vergleiche berechnete **harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI)** blieb in Deutschland von März auf April unverändert. Die jährliche Veränderungsrate belief sich auf + 1,6 %.

Die Entwicklung des Bundeshaushalts im

1. Quartal 2002

1 Finanzpolitische Ausgangslage	37
2 Die Entwicklung der Ausgaben	42
3 Die Entwicklung der Einnahmen	54

1 Finanzpolitische Ausgangslage

In einer Zeit des raschen und tief greifenden ökonomischen Wandels muss erfolgreiche Finanzpolitik generell dazu beitragen, die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven auch für nachfolgende Generationen zu sichern und zu verbessern. Das ist es, was die Bundesregierung mit dem Begriff „Nachhaltige Finanzpolitik“ meint. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.

Für den Bundeshaushalt bedeutet dies, Finanzierungsdefizite zu reduzieren bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung der Inhalte. Ausgabeposten werden generell daraufhin überprüft, ob sie für die Zukunft eine länger anhaltend positive Wirkung entfalten können.

Eingebettet sind diese Maßnahmen in eine insgesamt verlässliche Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Vor diesem Hintergrund erfolgte auch die Aufstellung des Bundeshaushalts 2002. Das 1. Quartalsergebnis dokumentiert den Bundeshaushalt 2002 nun in der Phase des Haushaltsvollzugs.

Finanzpolitische Leitplanken. Im November 2000 wurde mit den finanzpolitischen Leitplanken ein umfassendes Konzept vorgelegt, das einen verlässlichen, aber auch flexiblen Rahmen für finanzpolitische Entscheidungen bildet. Aufbauend auf den bereits bestehenden Reformpaketen „Zukunftsprogramm zur Sicherung von Wohl-

stand, Arbeit und sozialer Stabilität“ sowie „Steuerreform 2000“ orientiert sich die Finanzpolitik an folgenden Zielen:

- Schuldenabbau für nachhaltig solide Staatsfinanzen und mehr Generationengerechtigkeit,
- Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch ein tragfähiges Steuer- und Abgabensystem.

Die erfolgreiche Sanierung der Staatsfinanzen mit dem Ziel niedriger öffentlicher Defizite bzw. des Verzichts auf staatliche Kreditaufnahme wirkt sich in niedrigeren Preisen und Zinsen aus. Die wachsenden finanzpolitischen Handlungsspielräume können langfristig für wichtige Zukunftsinvestitionen genutzt werden und tragen zur Erhöhung des Wachstumspotenzials der Wirtschaft bei. Zudem ist der Schuldenabbau der wichtigste Beitrag der Finanzpolitik zur Solidarität unter den Generationen.

Konsolidieren und Gestalten. Trotz konjunktureller Wachstumspause mit deutlicher Abschwächung des Steueraufkommens und zusätzlichen Belastungen bei den Arbeitsmarktausgaben wird die Konsolidierung des Bundeshaushalts weiter fortgesetzt. Die Nettokreditaufnahme 2002 beträgt 21,1 Mrd. € und unterschreitet damit die Neuverschuldung im Bundeshaushalt 2001 um 1,7 Mrd. €. Die Haushaltspolitik des Bundes bleibt damit darauf ausgerichtet – wie im Zukunftsprogramm 2000 vorgesehen – mit dem Bundeshaushalt 2006 erstmals einen Haushalt ohne Nettokreditaufnahme vorzulegen.

Gestalterische Politik und erforderliche Konsolidierung bleiben trotz der Konjunkturabschwächung in einem ausgewogenen Verhältnis. Aufbauend auf den bisherigen Erfolgen verfolgt die Bundesregierung weiter ihren klaren finanzpolitischen Kurs und setzt zukunftsorientierte Akzente sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite.

Antiterrorpaket. Als Reaktion auf die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 hat die Bundesregierung ein umfangreiches Maßnahmepaket zur Bekämpfung des Terrorismus beschlossen. Im Bundeshaushalt 2002 werden dafür 1,5 Mrd. € zusätzlich zur Verfügung gestellt. Zur Gegenfinanzierung der Maßnahmen wird die Tabaksteuer in zwei Schritten zum 1. Januar 2002 und 2003 um jeweils 1 Cent pro Zigarette erhöht und die Versicherungsteuer ab 2002 um einen Prozentpunkt angehoben.

Steuerreformen. Die von der Bundesregierung umgesetzten Steuerreformen, insbesondere das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung, das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 sowie die Familienförderungsgesetze führen bis 2005 zu einer Gesamtentlastung gegenüber dem Jahr 1998 in Höhe von insgesamt rund 56 Mrd. €. Gemessen an den Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 1998 an direkten Steuern in Höhe von 221,9 Mrd. € ergibt sich eine Entlastung von rund 25 %.

Die Eckpfeiler der Steuerreform 2000 sind die Tarifreform und die grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung. Folgende wichtige Maßnahmen sind zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten:

- Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf einheitlich 25 % (Übergang vom Vollanrechnungsverfahren zum europäuglichen Halbeinkünfteverfahren ab 1. Januar 2002).
- Durch das Vorziehen der dritten Entlastungsstufe des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 um ein Jahr beträgt der Eingangssteuersatz bei der Einkommensteuer ab 1. Januar 2001 19,9 % und der Höchststeuersatz 48,5 %. Der Grundfreibetrag stieg auf rund 7 235 €/14 470 € (Ledige/Verheiratete).
- Gezahlte Gewerbesteuer wird in Höhe des 1,8fachen des Gewerbesteuer-Messbetrages auf die Einkommensteuer angerechnet. Der Betriebsausgabenabzug der Gewerbesteuer bei

der steuerlichen Gewinnermittlung bleibt uningeschränkt erhalten. Die überwiegende Zahl der mittelständischen Unternehmen wird dadurch vollständig von der Gewerbesteuer entlastet.

- Mit dem Gesetz zur Ergänzung des Steuerentlastungsgesetzes wurde zur weiteren steuerlichen Entlastung des Mittelstandes u. a. der halbe durchschnittliche Steuersatz für Betriebsveräußerungen und -aufgaben ab 2001 wieder eingeführt. Der halbe durchschnittliche Steuersatz wird Unternehmern, die aus dem Berufsleben ausscheiden, einmal im Leben gewährt.

Zu diesen auch in 2002 fortwirkenden Maßnahmen treten in den Jahren 2003 und 2005 weitere Entlastungsschritte:

- Zum 1. Januar 2003 steigt der Grundfreibetrag auf 7 426 €. Der Eingangssteuersatz wird auf 17 % und der Spitzensteuersatz auf 47 % gesenkt.
- Zum 1. Januar 2005 steigt der Grundfreibetrag auf 7 664 €. Der Eingangssteuersatz beträgt 15 % und der Spitzensteuersatz auf 42 %.

Ökologische Steuerreform. Die auf nachhaltige Wirkung angelegte ökologische Steuerreform wird – wie beschlossen – in insgesamt fünf Stufen bis 2003 fortgeführt. Die 1. Stufe trat am 1. April 1999 mit folgenden Maßnahmen in Kraft:

- Erhöhung der Mineralölsteuer für Kraftstoffe um 6 Pfennig je Liter, für Heizöl um 4 Pfennig je Liter und für Gas um 0,32 Pfennig je Kilowattstunde,
- Einführung der Besteuerung des Stroms mit 2 Pfennig je Kilowattstunde,
- ermäßigte Steuersätze für das produzierende Gewerbe, die Landwirtschaft und den Fahrstrom des Schienenverkehrs; Befreiung für Strom aus regenerativen Energiequellen.

Die weiteren Stufen treten jeweils zum 1. Januar eines Jahres in Kraft, letztmalig zum 1. Januar 2003.

- Erhöhung der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe jährlich um 3 Cent je Liter,

- steuerliche Förderung schwefelarmer bzw. -freier Kraftstoffe aus umweltpolitischen Gründen,
- Erhöhung der Stromsteuer um $\frac{1}{4}$ Cent (0,5 Pfennig) je Kilowattstunde.

Mit den für das Jahr 2002 der gesetzlichen Rentenversicherung im Zusammenhang mit der Ökosteuer zur Verfügung gestellten Mitteln kann der Beitragssatz um 1,5 Beitragspunkte niedriger festgesetzt werden, als dies ohne die Mittel aus der Ökosteuer der Fall wäre. Die positiven umwelt- und energiepolitischen Wirkungen können sich in dieser Zeit weiter verfestigen.

Familienförderung. Bereits mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 wurde das Kinder geld für das erste und zweite Kind zum 1. Januar 1999 von 220 DM auf 250 DM und mit dem 1. Gesetz zur Familienförderung zum 1. Januar 2000 weiter auf 270 DM erhöht. Mit dem am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen 2. Gesetz zur Familienförderung sind weitere Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt und ist der Familienleistungsausgleich nochmals verbessert worden. Der bisherige Betreuungsfreibetrag ist um eine Erziehungskomponente ergänzt, der Ausbildungsbedarf eines Kindes in den Familienleistungsausgleich einbezogen und das Kindergeld für erste und zweite Kinder nochmals spürbar um 16 € angehoben worden. Nunmehr wird für das erste bis dritte Kind 154 €, ab dem vierten Kind 179 € Kindergeld gewährt. Darüber hinaus wird außerhalb des Familienleistungsausgleichs ein Abzug für nachgewiesene erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten zugelassen und ein Freibetrag zur Abgeltung des Sonderbedarfs bei volljährigen Kindern, die sich in der Berufsausbildung befinden und auswärtig untergebracht sind, eingeführt.

Altersvermögensgesetz. Zum Ausgleich der geringfügigen Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Rentenversicherung wird der Aufbau einer zusätzlichen freiwilligen betrieblichen oder privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge

zur Sicherung des Lebensstandards im Alter ab 2002 steuerlich durch einen zusätzlichen Sonderausgabenabzug oder eine progressionsunabhängige Zulage gefördert. Der Umfang der Altersvorsorgeaufwendungen, die von der Besteuerung freigestellt werden können, soll sich kontinuierlich von 2002 bis 2008 von 525 € auf 2 100 € aufbauen.

Zukunftsinvestitionsprogramm. Die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (UMTS) wurden in vollem Umfang zur Rückführung der Staatsschulden eingesetzt. Dadurch konnte die Schuldenstandsquote wieder unter den Maastricht-Grenzwert von 60 % gesenkt werden. Die damit gleichzeitig erreichte Verringerung der Zinsausgaben um jährlich rund 2,6 Mrd. € hat Gestaltungsspielräume zugunsten von Zukunftsinvestitionen eröffnet, die bereits im Bundeshaushalt 2001 zum Tragen gekommen sind. Mit der Verwendung der Zinsersparnisse hat die Bundesregierung die Qualität der Staatsausgaben entscheidend verbessert. Das Zukunftsinvestitionsprogramm 2001 bis 2003 in den Bereichen Verkehr, Forschung und Bildung sowie Energie hat zusätzliche Investitionsausgaben in Höhe von 2,1 Mrd. € zur Folge. Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden bis 2003 jährlich mit 1,5 Mrd. € und die Ausgaben für Forschung und Bildung mit gut 300 Mio. € gestärkt. Für ein Gebäudesanierungsprogramm stehen 205 Mio. € sowie für Energieforschung 51 Mio. € jährlich zur Verfügung. Bereits zuvor hatte die Bundesregierung jeweils gut 250 Mio. € pro Jahr zur Finanzierung der BAföG-Novelle und zur Verstärkung der Verkehrsinvestitionen vorgesehen.

Wende in der Agrarpolitik. Im Mittelpunkt stehen die Erzeugung von Qualitätsprodukten, die artgerechte Tierhaltung sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Dabei ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ das wesentliche Instrument zur Umsetzung der Agrarwende im Rahmen

der Agrarstrukturpolitik. Entsprechend den Anforderungen wurden die Fördergrundsätze des Rahmenplans neu ausgerichtet. Daneben stellt der Bund in 2002 für ein Sonderprogramm zur Förderung des Öko-Landbaus 34,8 Mio. € sowie für die Entwicklung von Modellregionen 17,9 Mio. € bereit.

Verbraucherpolitik. Für den neuen Politikschwerpunkt Verbraucherpolitik sind Mittel in Höhe von 33,2 Mio. € veranschlagt. Dies bedeutet eine Aufstockung gegenüber 2001 um 55 %. Die Mittel werden für den gesundheitlichen Verbraucherschutz, den Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher und die Verbraucherinformation verwendet. Damit ist eine verantwortliche und leistungsfähige Verbraucherpolitik gewährleistet. Darüber hinaus

werden zusätzliche Mittel für den Aufbau des neu zu gründenden Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sowie des Bundesinstituts für Risikobewertung, der die Grundlage für die Neuorganisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes schafft, bereitgestellt.

Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2002.

Der Entwurf des Bundeshaushaltplanes 2001 wurde den gesetzgebenden Körperschaften am 17. August 2001 zugeleitet. Nach eingehenden parlamentarischen Beratungen wurde der Bundeshaushalt am 30. November 2001 vom Deutschen Bundestag und am 20. Dezember 2001 vom Bundesrat verabschiedet. Am 27. Dezember 2001 wurde das Haushaltsgesetz 2002 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 3964) verkündet.

Die Eckwerte für den Bundeshaushalt im 1. Quartal 2002

	Soll 2002	Januar bis März 2002 Mrd. € ¹	Januar bis März 2001	Abweichung
Ausgaben <i>Veränderung in %²</i>	247,5 + 1,8	69,6 + 3,3	67,4 + 2,1	+ 2,2
Einnahmen	223,8	42,2	45,8	- 3,6
Steuereinnahmen	199,2	38,2	41,2	- 3,0
Verwaltungseinnahmen	24,5	4,1	4,6	- 0,5
Münzeinnahmen	2,7	0,3	- 0,1	+ 0,4
Nettokreditaufnahme	21,1	2,8	1,6	+ 1,2
nachrichtlich: Investitionen	25,0	7,2	8,2	- 1,0

¹ Differenzen durch Rundung.

² Jeweils gegenüber Ist des Vorjahres.

Ausgaben. Die Ausgaben im 1. Quartal des Jahres 2002 liegen mit 69,6 Mrd. € um +2,2 Mrd. € über dem Ist-Ergebnis des Vorjahrs.

Die Mehrausgaben resultieren im Wesentlichen aus Zinsausgaben in Höhe von 1,8 Mrd. €. Ein wesentlicher Grund für die hohen Zinsausga-

ben im März 2002 ist eine nominale Anleihe über 23 Mrd. € aus Oktober 2000, deren erste Zinsfälligkeit am 4. Januar 2002 war. Hieraus resultieren rund 1,4 Mrd. € Zinsausgaben. Darüber hinaus führt die Zinserhöhung im 1. Quartal 2002 zu einer erhöhten Zinsbelastung der innerjährigen Kredite.

Daneben ergeben sich Mehrausgaben beim zusätzlichen Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung in Höhe von rund 0,8 Mrd. €. Mehrausgaben in Höhe von 0,7 Mrd. € entstehen durch einen zusätzlichen Zuschuss an das Bundeseisenbahnvermögen.

Dagegen werden die Leistungen für das Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost nicht mehr bei den Ausgaben erfasst. Sie wirken sich ab 2002 als Sonderbundesergänzungszuweisung auf der Einnahmeseite aus.

Diese Änderung in der Veranschlagung wirkt sich insbesondere in einem Rückgang der Investitionsausgaben aus. Dagegen verzichtet der Bund auf Steuereinnahmen, die den neuen Ländern direkt zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums zur Verfügung gestellt werden. Die Investitionsausgaben verlieren damit im Bundeshaushalt nicht an Bedeutung. Dieser Strukturwechsel unterstreicht vielmehr den vielschichtigen Charakter der Förderung öffentlicher Investitionen.

Die wichtigsten Ausgabenänderungen gegenüber dem 1. Quartal 2001 ergeben sich bei folgenden Einzelpositionen:

	in Mrd. €
Zusätzliche Zinsausgaben	+ 1,8
Leistungen an die Rentenversicherung	+ 1,3
Bundeseisenbahnvermögen	+ 0,7
Arbeitslosenhilfe	+ 0,3
Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost	- 0,8

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

Einnahmen. Die Einnahmen des Bundes (ohne Münzeinnahmen) werden im ersten Quartal 2002 auf 42,2 Mrd. € veranschlagt und liegen damit um -7,8 % unter dem Vorjahresergebnis (45,8 Mrd. €).

Defizit. Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen führt zu einem Finanzierungsdefizit von 27,4 Mrd. €. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Jahresverlauf die Einnahme- und Ausgabeentwicklungen nicht gleichmäßig verlaufen. Deshalb können noch keine Rückschlüsse auf das Jahresergebnis gezogen werden.

Die Finanzierung des Defizits erfolgt durch eine Nettokreditaufnahme von 2,8 Mrd. € und durch Münzeinnahmen in Höhe von 0,3 Mrd. €. Die sonstigen Kassenmittel belaufen sich auf 24,3 Mrd. €.

2 Die Entwicklung der Ausgaben

Soziale Sicherung

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. €	2002 in Mrd. €	2001 in Mrd. €	in Mrd. €	in %
Leistungen an die Rentenversicherung	72,2	23,2	21,9	+ 1,3	+ 5,7
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	34,8	11,6	11,3	+ 0,3	+ 2,9
zusätzlicher Zuschuss	14,5	4,8	4,1	+ 0,8	+ 18,9
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,6	2,9	2,9	+ 0,0	+ 0,7
Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,9	0,3	0,4	- 0,1	- 19,9
Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	7,5	2,4	2,5	- 0,1	- 2,5
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,0	1,0	0,7	+ 0,3	+ 40,9
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	4,1	1,0	1,0	+ 0,28	+ 0,9
darunter:					
Alterssicherung	2,3	0,6	0,6	+ 0,01	+ 2,9
Krankenversicherung	1,2	0,3	0,3	- 0,02	- 0,7
Unfallversicherung	0,3	0,1	0,1	-	-
Arbeitsmarktpolitik	15,7	6,9	6,4	+ 0,5	+ 7,7
darunter:					
Bundesanstalt für Arbeit	2,0	3,4	3,2	+ 0,2	+ 5,7
Arbeitslosenhilfe	13,0	3,3	3,0	+ 0,3	+ 10,3
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,3	0,1	0,1	0,0	+ 0,9
Erziehungsgeld	3,5	0,8	0,8	+ 0,01	+ 1,4
Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern	0,4	0,1	0,2	- 0,01	- 3,9
Wohngeld	2,1	0,5	0,4	+ 0,1	+ 28,2
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,5	0,1	0,1	- 0,0	0,0
Kriegsopfersorgung und -fürsorge, Wiedergutmachung	3,8	1,2	1,3	- 0,1	- 7,4

Leistungen an die Rentenversicherung. Der allgemeine Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung orientiert sich an der Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigtem Arbeitnehmer im vorvergangenen Jahr sowie an der Veränderung des Beitragssatzes im laufenden Jahr. Dabei wird jeweils der Beitragssatz zugrunde gelegt, der sich ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Bundeszuschusses ergeben würde. Gleichzeitig ist das Gesetz zur Bestimmung der Schwankungsreserve in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten berücksichtigt. Dieses Gesetz sieht die Absenkung der Schwankungsreserve auf 80 % einer Monatsausgabe vor.

Zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsdeckter Leistungen zahlt der Bund in jedem Kalenderjahr einen zusätzlichen Bundeszuschuss

an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten. Der zusätzliche Bundeszuschuss betrug für das Jahr 1999 15,6 Mrd. DM. Ab 2000 verändert sich der zusätzliche Bundeszuschuss (ohne den im Folgenden beschriebenen Erhöhungsbetrag) jährlich entsprechend der Veränderungsrate der Steuern vom Umsatz; hierbei bleiben Änderungen der Steuersätze im Jahr ihres Wirksamwerdens unberücksichtigt. Finanziert wird der zusätzliche Bundeszuschuss durch die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes von 15 % auf 16 % ab 1. April 1998. Darüber hinaus zahlt der Bund aufgrund der Regelungen des Haushaltssanierungsgesetzes im Rahmen des zusätzlichen Bundeszuschusses ab dem Jahr 2000 aus dem Aufkommen der weiteren Stufen der Ökosteuerreform Erhöhungsbeträge zur Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.

Aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte trägt der Bund die Beiträge zur Rentenversicherung für Kindererziehungszeiten.

Ebenfalls aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte erstattet der Bund den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten die Aufwendungen für Auffüllbeiträge und Rentenzuschläge entsprechend dem Übergangsrecht für Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets sowie für Leistungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligung für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet.

Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung im Kalenderjahr und sichert somit ihre dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Bund erstattet der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Aufwendungen, die ihr aufgrund der Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der neuen Länder erworbenen Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung entstehen. Die neuen Länder erstatten dem Bund rund zwei Drittel seiner Aufwendungen (Soll 2002 = 1,2 Mrd. €).

Landwirtschaftliche Sozialpolitik. Die Beiträge für die soziale Absicherung der Landwirte dienen der Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen durch Absicherung gegen soziale Risiken wie Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unfall. Außerdem wird der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft sozialpolitisch begleitet.

Die Finanzierung der Alterssicherung der Landwirte wurde im Rahmen des Agrarsozialreformgesetzes 1995 neu geordnet. Die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeck-

ten Aufwendungen übernimmt der Bund (Defizitdeckung). Der im Jahr 2002 erhöhte Ansatz für die Alterssicherung beruht auf einer erhöhten Anzahl von Rentenempfängern bei gleichzeitig starkem Rückgang der aktiv Versicherten. Aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit werden Vergütungen an ältere Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmer gewährt, die ihre landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit aufgegeben haben. Die Frist für Neubewilligungen ist zum 31. Dezember 1996 ausgelaufen, was sich in tendenziell rückläufigen Aufwendungen auswirkt. Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.

Arbeitsmarktpolitik. Der Ansatz für den Bundeszuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit (BA) berücksichtigt die nach den aktuellen gesamtwirtschaftlichen Eckwerten zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung zu erwartende Arbeitsmarktentwicklung. Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere Förderung der beruflichen Weiterbildung, berufliche Eingliederung Behinderter, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Eingliederungszuschüsse, Strukturanpassungsmaßnahmen, Langzeitarbeitslosen- und Jugendsofortprogramm, obliegt der Bundesanstalt für Arbeit. Mit dem Zuschuss des Bundes wird die Fortführung dieser Maßnahmen auf hohem Niveau sichergestellt.

Bei den Quartalszahlen für die Bundesanstalt für Arbeit handelt es sich um vom Bund nach § 364 SGB III unterjährig gewährte Betriebsmitteldarlehen. Nur soweit die Darlehen bis zum Schluss des Haushaltsjahres von der Bundesanstalt für Arbeit nicht zurückgezahlt werden können, werden diese in einen Bundeszuschuss umgewandelt (§ 365 SGB III).

Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums macht sich deutlich am Arbeitsmarkt bemerkbar.

Aufgrund der prognostizierten Entwicklung der Arbeitslosenzahl wird der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger an allen Empfängern von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe auch weiterhin auf hohem Niveau liegen. Im Bundeshaushalt 2002 mussten deshalb umfangreiche Mittel für die Arbeitslosenhilfe vorgesehen werden.

Neben den umfangreichen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit sind im Bundeshaushalt weitere Mittel veranschlagt, mit denen das Ziel verfolgt wird, passive Lohnersatzleistungen langfristig zu vermeiden. Dazu zählen u. a. Mittel für Sprachkurse zur Integration von Zuwanderern und innovative Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Erziehungsgeld. In den ersten sechs Lebensmonaten eines Kindes wird das Erziehungsgeld für Mütter oder Väter grundsätzlich in voller Höhe (307 €/Monat) gewährt. Jedoch entfällt der Anspruch auf Erziehungsgeld, wenn die Einkommensgrenzen bei Eltern mit einem Kind 51 130 €, bei Alleinerziehenden 38 350 € überschreiten. Ab dem siebten Lebensmonat des Kindes wird das Erziehungsgeld einkommensabhängig gewährt. Die hier zugrunde zu legenden Einkommensgrenzen sind mit der Erziehungsgeldnovelle für ab dem 1. Januar 2001 geborene Kinder um rund 10 % – von 15 032 € auf 16 470 € – für Eltern mit einem Kind bzw. um rund 11 % – von 12 118 € auf 13 498 € – für Alleinstehende mit einem Kind deutlich erhöht worden. Für jedes weitere Kind erhöht sich die Einkommensgrenze um 2 454 € für die Geburtsjahrgänge in 2001 und um 2 797 € für die Geburtsjahrgänge in 2002 (ab Geburtsjahrang 2003: 3 140 €). Bei Überschreiten dieser Einkommensgrenzen vermindert sich das Erziehungsgeld in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens bis hin zum völligen Wegfall.

Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern. Entsprechend dem Pflegeversicherungsgesetz gewährt der Bund den neuen Ländern in den Jahren 1995 bis 2002 Finanzhilfen in Höhe von rund 3,3 Mrd. € zur Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen. Dieser Betrag wird von den neuen Ländern durch Komplementärmittel um rund 0,8 Mrd. € aufgestockt. Damit wird die pflegerische Versorgung in den neuen Ländern zügig dem Standard im übrigen Bundesgebiet angepasst.

Wohngeld. Zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens in einem grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wohnungswesen wird seit mehr als 30 Jahren die Sozialleistung Wohngeld – in der Regel auf Antrag als Miet- oder Lastenzuschuss – gewährt. Ab dem Jahr 2001 wurden die Leistungen im Rahmen der Wohngeldleistungsnovelle erhöht. Die Leistungen für die Empfänger des allgemeinen Wohngeldes wurden familienfreundlich verbessert, die bisher unterschiedlichen Regelungen für die neuen und alten Länder vereinheitlicht. Aufgrund von Anlaufeffekten wirken sich diese Leistungsverbesserungen erst in 2002 in vollem Umfang aus.

Bund und Länder tragen das Wohngeld je zur Hälfte.

Kriegsopfersorgung und -fürsorge. Der größte Teil der Ausgaben entfällt mit 1,1 Mrd. € auf Leistungen für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz. Zu den Ausgaben gehören auch die Leistungen an Wehrdienstbeschädigte der Bundeswehr sowie Zivilbeschäftigte. Die insgesamt sinkenden Ausgaben lassen sich überwiegend auf einen kontinuierlichen Rückgang der Leistungsempfänger zurückführen.

Allgemeine Dienste

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. €	2002 in Mrd. €	Januar bis März 2001 in Mrd. €	in Mrd. €	gegenüber Vorjahr in %
Versorgung	6,5	1,8	1,8	+ 0,01	+ 0,7
ziviler Bereich	2,6	0,7	0,7	- 0,01	- 1,8
militärischer Bereich	3,9	1,1	1,1	+ 0,02	+ 2,2
Verteidigung	23,6	5,9	6,6	- 0,7	- 10,6
Militärische Beschaffungen	7,3	1,9	2,5	- 0,6	- 24,0
Beteiligung der Bundeswehr im internationalen Rahmen	0,7	0,2	0,2	- 0,0	-
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3,6	0,9	1,1	- 0,2	- 20,9
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,5	0,3	0,4	- 0,1	- 27,5
Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA)	0,3	0,1	0,1	+ 0,01	+ 8,9
Europäischer Entwicklungsfonds	0,5	0,1	0,2	- 0,1	- 46,8
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4,7	0,9	1,0	- 0,1	- 10,2
Zivildienst	1,0	0,2	0,2	- 0,03	- 11,4
Finanzverwaltung	2,2	0,5	0,5	+ 0,01	+ 2,5
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,4	0,5	0,5	+ 0,03	+ 6,1

Versorgung. Die Aufwendungen des Bundes für Versorgung umfassen die direkten Pensionszahlungen einschließlich der Beihilfen an ehemalige Beamte, Richter und Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebene.

Verteidigung. Mit den für den Verteidigungsbereich veranschlagten Mitteln wird die umfangreiche Erneuerung der Bundeswehr gesichert. Ziel dieser Umgestaltung ist eine moderne, leistungsfähige und für qualifizierten Nachwuchs attraktive Bundeswehr, die ihren Auftrag auch künftig erfüllen kann. Der Ansatz für das Jahr 2002 ist den aktuellen finanzpolitischen Erfordernissen angepasst. Ergänzend können ab 2002 bis zu 0,6 Mrd. € durch Erlöse aus der Veräußerung beweglichen und unbeweglichen Vermögens für die Erfüllung der Aufgaben genutzt werden. Darüber hinaus sollen in erheblichem Umfang Mittel zur Modernisierung der Bundeswehr durch Einsparung von Betriebskosten mobilisiert werden, die sich zum Teil aus der intensivierten Kooperation mit der Wirtschaft ergeben.

Unter den Ausgaben für militärische Beschaffungen werden insbesondere die Aufwendungen für Wehrforschung und militärische Entwicklung

und Erprobung, für Materialerhaltung, für den Erwerb von militärischem Gerät sowie für Baumaßnahmen erfasst. Im Einzelplan 14 – Verteidigung – stehen der Bundeswehr für internationale – humanitäre und sonstige – Einsätze rund 0,7 Mrd. € insbesondere für Einsätze in Südeuropa und zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zur Verfügung.

Als Reaktion auf die Terroranschläge in September 2001 hat die Bundesregierung beschlossen, zusätzlich im Bundeshaushalt 2002 Ausgaben für Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bereitzustellen. Von diesen zentral veranschlagten Ausgaben werden im Haushaltsvollzug Mittel in Höhe von rund 0,8 Mrd. € in den Verteidigungshaushalt umgeschichtet.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung leistet einen Beitrag, dass die Menschen in allen Teilen der Welt die Chancen, die sich durch die Globalisierung bieten, zu ihrem Vorteil nutzen können. Trotz der Konsolidierungsbemühungen hat die Entwicklungshilfe einen hohen Stellenwert. Die Mittel aus dem Bundeshaushalt werden eingesetzt,

um Maßnahmen der weltweiten Krisenprävention und gewaltfreien Konfliktbewältigung, des Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutzes und der Bekämpfung von Fluchtursachen zu unterstützen. Die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit wird regional und sektorale konzentriert. So wird sichergestellt, dass in bestimmten Schwerpunktländern die entwicklungspolitischen Instrumentarien gezielt zum Einsatz kommen.

Einen erheblichen Anteil an den Ausgaben haben auch die Finanzierungsmechanismen zur multilateralen Unterstützung der Entwicklungsländer (z. B. IDA, Europäischer Entwicklungsfonds).

Politische Führung und zentrale Verwaltung. Bei den Ausgaben für den Bereich poli-

tische Führung und zentrale Verwaltung handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden. Darin enthalten sind Baumaßnahmen zur Unterbringung des Deutschen Bundestages und Bundesrates sowie der Bundesregierung im Zuge der Verlagerung von Parlaments- und Regierungssitz nach Berlin.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Der Bundeshaushalt stellt Mittel zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bereit. Dazu zählen insbesondere die in der Verantwortung des Bundes liegenden Leistungen für den Bundesgrenzschutz, für das Bundeskriminalamt und für das Bundesamt für Verfassungsschutz. In diesem Bereich werden auch zusätzlich Mittel aus dem Antiterrorpaket eingesetzt.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. €	2002 in Mrd. €	2001 in Mrd. €	gegenüber Vorjahr in Mrd. €	in %
Deutsche Bahn AG	4,7	0,3	0,4	- 0,1	- 20,6
Bundeseisenbahnvermögen	6,2	1,2	0,6	+ 0,6	.
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsförderungsgesetz)	5,5	0,7	0,7	+ 0,05	+ 6,8
Bundesautobahnen	3,1	0,4	0,5	- 0,02	- 5,3
Bundesstraßen	2,3	0,3	0,2	+ 0,1	+ 30,0
Wasserstraßen und Häfen	1,4	0,2	0,2	+ 0,01	+ 5,3
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsförderungsgesetz	1,7	0,2	0,1	+ 0,11	.

Im Haushaltsjahr 2002 sind 45,8 % der investiven Ausgaben des Bundes (25,0 Mrd. €) Verkehrsinvestitionen. Im Jahr 2001 betrug ihr Anteil 39,5 %. Damit entfällt auf den Verkehrsbereich der größte Teil der Investitionen des Bundes. Das Zukunftsinvestitionsprogramm sieht in den Jahren 2001 bis 2003 jährlich 1,5 Mrd. € zusätzliche Mittel vor. Trotz des notwendigen Konsolidierungsbedarfs können damit die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, notwendige Bestandsinvestitio-

nen und gezielte Investitionen zur Verbesserung des Gesamtverkehrsnetzes realisiert werden.

Deutsche Bahn AG. Der Ansatz für das Jahr 2002 enthält 4,4 Mrd. € an Investitionsausgaben. Die Schienenwegeinvestitionen werden im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms um 1,0 Mrd. € erhöht. Diese Mittel sind Bestandteil eines insgesamt rund 7,7 Mrd. € umfassenden Programms zur Sanierung und Modernisierung des

bestehenden Netzes. So sollen Langsamfahrstellen beseitigt, Leit- und Sicherungstechnik modernisiert sowie Brücken- und Tunnelbauten saniert werden, was die Leistungsfähigkeit des Verkehrsträgers Schiene hinsichtlich Schnelligkeit und Pünktlichkeit erheblich verbessern wird.

Bundeseisenbahnvermögen. Für folgende Positionen des nach der Ausgliederung der Deutschen Bahn AG verbliebenen Bundeseisenbahnvermögens (BEV) stellt der Bundeshaushalt Mittel bereit:

- Der Bund erstattet die Verwaltungsausgaben, die das BEV nicht durch eigene Einnahmen decken kann.
- Der Bund erstattet dem BEV die Kosten, die für den erhöhten Personalbedarf im Bereich der ehemaligen Deutschen Reichsbahn aufgrund des technisch-betrieblichen Rückstandes entstehen.

Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz). Nach Artikel 90 des Grundgesetzes verwalten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Der Bundeshaushalt stellt daher in der Hauptsache die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) bereit. Im Vordergrund steht dabei aufgrund der Altersstrukturen und der Verkehrsbeanspruchung der wachsende Bedarf an Erhaltungsinvestitionen. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“, die als wichtige Bestandteile einer verbesserten Verkehrsinfrastruktur in den neuen Ländern anzusehen sind. Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms werden die Straßenbauinvestitionen für ein zusätzliches Programm von 125 Ortsumgehungen um knapp 0,5 Mrd. € aufgestockt. Insgesamt entfallen auf den Bereich Straßen 40,5 % der investiven Ausgaben des Verkehrswesens.

die als wichtige Bestandteile einer verbesserten Verkehrsinfrastruktur in den neuen Ländern anzusehen sind. Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms werden die Straßenbauinvestitionen für ein zusätzliches Programm von 125 Ortsumgehungen um knapp 0,5 Mrd. € aufgestockt. Insgesamt entfallen auf den Bereich Straßen 40,5 % der investiven Ausgaben des Verkehrswesens.

Wasserstraßen und Häfen. Mit den für die Wasserstraßen veranschlagten Mitteln können die laufenden Ausbaumaßnahmen im Wesentlichen fortgeführt werden. Dabei werden die Mittel auf Projekte konzentriert, die für den Erhalt und die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Wasserstraßennetzes von besonderer Bedeutung sind. Wichtige Schwerpunkte sind der Ausbau des westdeutschen Kanalnetzes sowie das Projekt 17 der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit – Bundeswasserstraßenverbindung Rühen–Magdeburg–Berlin.

Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Entsprechend dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist ein Betrag bis zu 1677 Mio. € des Mehraufkommens an Mineralölsteuer zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden zu verwenden. 80 % der Mittel verwalten die Länder in eigener Kompetenz. Der Gesetzgeber hat die Verantwortung für das Programm – außer bei größeren Vorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs (über 51 Mio. €) – ganz auf die Länder übertragen. Der Bund hat auf die Gestaltung der Länderprogramme keinen Einfluss.

Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. €	2002 in Mrd. €	Januar bis März 2001 in Mrd. €	in Mrd. €	gegenüber Vorjahr in %
Regionale Förderungsmaßnahmen	1,2	0,2	1,0	- 0,8	- 78,3
Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“	1,0	0,2	0,2	- 0,01	- 5,3
Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost	0,0	0,0	0,8	- 0,8	.
Maßnahmen zugunsten des Steinkohlenbergbaus	3,0	1,1	1,4	- 0,3	- 22,2
Absatz- und Stilllegungshilfen	2,9	1,0	1,2	- 0,1	- 11,8
Hilfen zur Kapazitätsanpassung	0,0	0,0	0,2	- 0,2	.
Hilfen für die Werftindustrie	0,1	0,0	0,0	- 0,01	- 36,8
Mittelstandsförderung	0,8	0,1	0,1	+ 0,01	+ 7,9
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,1	0,0	+ 0,03	.
Gewährleistungen	2,2	0,2	0,3	- 0,1	- 28,3
Landwirtschaft	1,3	0,1	0,1	+ 0,01	+ 7,4
Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,87	0,03	0,04	- 0,01	- 32,6

Regionale Förderungsmaßnahmen. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die von Bund und Ländern je zur Hälfte finanziert wird, ist das wichtigste Bundesländer-Instrument zur Förderung der Schaffung und Sicherung von dauerhaft wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Die Förderung erstreckt sich auf Investitionszuschüsse an Unternehmen und für die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Die Verantwortung für die Durchführung der Aufgabe liegt bei den Ländern.

Im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost erhielten die neuen Länder ab 1995 bis 2001 Mittel in Höhe von 3,4 Mrd. € jährlich zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums. Diese für einen Zeitraum von zehn Jahren angelegte Förderung wird ab 2002 als Sonderbundesergänzungszuweisung ausgewiesen.

Förderung des Kohlenbergbaus. Der Ansatz für das Jahr 2002 berücksichtigt die Festlegungen des Kohlekompromisses vom 13. März 1997, mit dem sich der Bund mit den Bergbauunternehmen, der IG Bergbau und Energie und den Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und des

Saarlandes auf einen bis zum Jahre 2005 reichen den Finanzrahmen zur weiteren Unterstützung der Steinkohle geeinigt hatte.

Der Bund leistet Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie. Daraus dürfen auch Zahlungen zum Ausgleich von Stilllegungsbelastungen der Bergbauunternehmen geleistet werden.

Die Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaus erhielten außerdem von 1997 bis 2001 konzeptgebundene Hilfen zum Ausgleich von bilanziellen Belastungen infolge der kohlepolitischen Beschlüsse vom Herbst 1991. Die Unternehmen mussten demnach ihre Kapazitäten den nachhaltig verringerten Absatzmöglichkeiten anpassen. An diesen Hilfen beteiligte sich Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel und das Saarland mit 26 %.

Hilfen für die Werftindustrie. In Deutschland wird der Schiffbau durch Zinszuschüsse zur Absatzfinanzierung (so genannte Werfthilfe) und durch Produktionskostenzuschüsse (so genannte Wettbewerbshilfe) gefördert. Werfthilfen werden vollständig vom Bund finanziert, Wettbewerbshilfen zu $\frac{1}{3}$ vom Bund und zu $\frac{2}{3}$ von den Ländern.

Mittelstandsförderung. Zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen setzt die Bundesregierung ihre erfolgreichen Fördermaßnahmen für den Mittelstand fort. Dabei handelt es sich insbesondere um Maßnahmen zur Förderung der Leistungssteigerung und zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit. Darüber hinaus werden Mittel zur Schulung und Weiterbildung bereitgestellt. Die gegenüber dem Vorjahr rückläufige Entwicklung der Ausgaben beruht auf der Tatsache, dass das Eigenkapitalhilfeprogramm seit 1997 aus dem ERP-Sondervermögen finanziert wird. Im Bundeshaushalt werden nur noch die Beträge für die Abwicklung früherer Förderjahrgänge veranschlagt.

Die Stärkung der Zukunftsinvestitionen in Forschung und Entwicklung bildet mit einem Anteil von 0,6 Mrd. € einen wesentlichen Schwerpunkt. Hier haben z. B. die Forschungszusammenarbeit und Unternehmensgründungen sowie Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern großes Gewicht.

Förderung erneuerbarer Energien. Mit dem Ziel einer sicheren, umweltverträglichen und kostengünstigen Energieversorgung fördert die Bundesregierung die Technologie im Bereich der nicht nuklearen Energieforschung mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen und Studien. Diese dienen der Erschließung bzw. Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien, der rationellen Energieverwendung sowie der umweltfreundlichen Verbrennungstechnik. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung den Einsatz regenerativer Energien. Schwerpunkte sind dabei die Stromerzeugung aus Sonnenenergie, die durch das auf fünf Jahre angelegte „100 000 Dächer-Solarstrom-Programm“ gefördert

wird, und ein Marktanreizprogramm zugunsten erneuerbarer Energien.

Gewährleistungen. Durch die Übernahme von Gewährleistungen ermöglicht die Bundesregierung die Finanzierung von außen- als auch binnengewirtschaftlichen Vorhaben. Von den im Jahr 2001 erwarteten Ausgaben entfällt der überwiegende Teil auf den Außenwirtschaftsbereich. Dabei handelt es sich insbesondere um Entschädigungen für Ausfuhrgeschäfte mit der ehemaligen Sowjetunion, die die Bundesregierung vor Jahren vor allem zur Unterstützung von Unternehmen in den neuen Bundesländern im Interesse der Beschäftigungssicherung verbürgt hat. Im binnengewirtschaftlichen Bereich ist vor allem Vorsorge für Schadenszahlungen im Zusammenhang mit dem Eigenkapitalhilfeprogramm und für Gewährleistungen in den neuen Ländern getroffen.

Landwirtschaft. Im Bereich der Landwirtschaft liegt der finanzielle Schwerpunkt der Agrarpolitik bei der Europäischen Union. Im nationalen Bereich nimmt – neben den Hilfen des Bundes für die landwirtschaftliche Sozialpolitik – die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ einen großen Anteil ein. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft geleistet. Grundlage der Förderung ist der von Bund und Ländern gemeinsam erstellte Rahmenplan, der jährlich den aktuellen Erfordernissen entsprechend überarbeitet wird. Der Bund erstattet den Ländern die entstandenen Ausgaben zu 60 % bei Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zu 70 % bei Küstenschutzmaßnahmen.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. €	2002 in Mrd. €	Januar bis März 2001 in Mrd. €	in Mrd. €	gegenüber Vorjahr in %
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen					
gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	6,8	1,4	1,3	+ 0,1	+ 8,0
	2,5	0,4	0,4	+ 0,05	+ 11,8
Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofergesellschaft	0,8	0,1	0,1	- 0,01	- 11,1
Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,4	0,3	0,3	+ 0,04	+ 16,3
Weltraumforschung	0,6	0,3	0,2	+ 0,04	+ 16,1
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	0,8	0,3	0,2	+ 0,1	+ 34,3
Hochschulen	2,2	0,4	0,4	- 0,01	- 2,5
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1,1	0,2	0,2	- 0,01	- 4,2
Berufliche Weiterbildung	0,3	0,02	0,03	- 0,001	- 5,4
Kunst- und Kulturpflege	1,4	0,6	0,6	- 0,01	- 2,0

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen. Auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen entfällt der größte Teil der Ausgaben dieses Bereiches.

An den Vorhaben der Europäischen Weltraumorganisation beteiligt sich die Bundesrepublik wie im Vorjahr mit rund 0,6 Mrd. €.

Zusätzliche Mittel werden in den Jahren 2001 bis 2003 aus dem von der Bundesregierung initiierten Zukunftsinvestitionsprogramm für ein nationales Genomforschungsnetz zur Krankheitsbekämpfung durch Genomforschung sowie zur Förderung innovativer Wachstumskerne in den neuen Ländern bereitgestellt.

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass junge Menschen den Bildungs- und Berufsweg, der ihrer Neigung und Eignung entspricht, möglichst unabhängig davon wählen können, ob sie selbst oder ihre Eltern die dafür erforderlichen Mittel aufbringen können. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwen-

dungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Ab 2000 wird der Darlehensanteil des BAföG über die Deutsche Ausgleichsbank bereitgestellt. Die im Frühjahr 2001 in Kraft getretene BAföG-Strukturreform brachte deutliche Verbesserungen der Ausbildungsförderung.

Hochschulen. Der Hochschulbau ist seit 1970 nach Artikel 91 a Grundgesetz Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Der Bund erstattet 50 % der jedem Land nach Maßgabe des jährlich aufzustellenden Rahmenplans entstandenen Ausgaben. Damit trägt der Bund im Rahmen seiner begrenzten finanziellen Möglichkeiten der bildungspolitischen Bedeutung des Hochschulbaus für den Standort Deutschland Rechnung. Der Schwerpunkt des Ausbaus liegt hierbei in den neuen Ländern.

Hervorzuheben ist die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung gestartete „Zukunftsinitiative Hochschule“, die zentralen Herausforderungen an die Hochschulpolitik (Förderung des virtuellen Studiums und virtueller Hochschulprojekte, Steigerung der Attraktivität deutscher Hochschulen für die „besten Köpfe“ im In- und Ausland, Förderung von Forschungszentren an besonders leistungsfähigen Hochschulen als „Centers of Excellence“,

Förderung eines bundesweiten Netzes für Patentierung, Verwertung von Forschungsergebnissen zur zielgerichteten Gründung von Unternehmen) aufgreift.

Berufliche Weiterbildung. Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern fördert der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Das Sonderprogramm wird je von Bund und Ländern zur Hälfte finanziert.

Für die Förderung der beruflichen Fortbildung zum Meister, Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen stellt der Bund seit 1996 Mittel (das so genannte „Meister-BAföG“) bereit, um die Teilnehmer an entsprechenden Maßnahmen finanziell zu unterstützen. Die Aufwendungen werden zu 78 % vom Bund und zu 22 % von den Ländern getragen.

Überbetriebliche Ausbildungsstätten ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Ausbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms wird mit der „Zukunftsinitiative für Berufliche Schulen“ dem bestehenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Modernisierung der beruflichen Bildung durch Investitionen in mo-

derne Informations- und Kommunikationstechnologien an den beruflichen Schulen Rechnung getragen.

Kunst- und Kulturpflege. Zur besseren Förderung der Kultur trägt die Bündelung der kulturpolitischen Zuständigkeiten und Kompetenzen des Bundes bei. Mit den veranschlagten Mitteln können neue Akzente gesetzt und zielgerichtete Impulse für die kulturpolitischen Aktivitäten der primär zuständigen Bundesländer gegeben werden. Wichtige Bausteine bilden dabei die kulturelle Förderung der Hauptstadt Berlin sowie die Unterstützung von kulturellen Einrichtungen und Projekten in den neuen Ländern. Darüber hinaus ist im Januar 2002 die Einrichtung einer im politischen Raum seit langem geforderten Bundeskulturstiftung erfolgt. Sie hat im 1. Quartal 2002 ihre Arbeit in Halle/Saale aufgenommen. Im Rahmen der unstreitigen Bundeskompetenz soll sie innovative Programme und Projekte aus Kunst und Kultur insbesondere im internationalen Kontext fördern. Auch unterstützt der Bund Religionsgemeinschaften und Maßnahmen für religiöse Zwecke.

Außerdem sind im Bundeshaushalt 2002 Mittel veranschlagt, die sich nicht ausschließlich dem Kulturbereich zuzuordnen lassen. Dabei handelt es sich insbesondere um Ausgaben im Zusammenhang mit Leistungen an die UNESCO, internationaler Jugendarbeit, internationaler Berufstätigengenaustausch, beruflicher Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer sowie im Zusammenhang mit der institutionellen Förderung von Einrichtungen im Bereich von Bildung und Forschung in Geisteswissenschaften und Bildungswesen.

Übrige Ausgaben

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis	Veränderung	
	2002 in Mrd. €	Januar bis März 2002 in Mrd. €	2001 in Mrd. €	gegenüber Vorjahr in Mrd. € in %
Zinsen	38,9	13,6	11,8	+ 1,8 + 15,5
Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“	2,5	0,6	0,8	- 0,2 - 25,6
Wohnungswesen	1,6	0,5	0,6	- 0,1 - 13,5
Sozialer Wohnungsbau	0,7	0,2	0,3	- 0,1 - 21,9
Wohnraummodernisierungsprogramm	0,6	0,1	0,1	- 0,02 - 14,3
Städtebauförderung	0,41	0,04	0,03	0,002 + 6,2
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,0	0,2	0,2	0,05 - 21,1
Zuschuss an die Postunterstützungskassen	5,4	0,1	-	0,1 .
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,5	0,1	0,1	- 0,01 - 6,3

Zinsen. Beginnend mit dem Bundeshaushalt 1999 wurde der Schuldendienst der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Verstromungsfonds in den Bundeshaushalt integriert. Durch die Übernahme der Schulden in Höhe von rund 200 Mrd. € wurde die bereits faktisch und rechtlich bestehende Verantwortung des Bundes für die Abdeckung des Schuldendienstes dieser Sondervermögen im Bundeshaushalt offen gelegt. Die Verwendung der Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen wurden voll zur Schuldentilgung verwendet. Daraus ergeben sich Zinsersparnisse für den Bundeshaushalt.

Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“. Mit Ablauf des Jahres 1994 endeten die Leistungen des Fonds „Deutsche Einheit“ an die Haushalte der neuen Länder zur Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs. Sie erreichten ein Volumen von insgesamt 82,2 Mrd. €, wovon 48,6 Mrd. € kreditfinanziert waren. Ab dem Haushaltsjahr 1995 sind die neuen Länder voll in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einbezogen. Der Fonds befindet sich seitdem in der reinen Zins- und Tilgungsphase. Zur Abdeckung seiner Schuldendienstverpflichtungen erhält er jährlich einen Zuschuss in Höhe von 10 % der insgesamt aufgenommenen Kredite zur Finanzierung seiner Leis-

tungen. Der Betrag von 4,86 Mrd. € wird je zur Hälfte vom Bund und von den alten Ländern aufgebracht. Ab 1995 entlasten die alten Länder den Bund bei den Annuitäten zusätzlich mit 1,07 Mrd. € als pauschalen Ausgleichsbetrag im Zusammenhang mit der Änderung des Verteilungsschlüssels für die Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern. Wegen der seit Jahren günstigen Zinsentwicklung auf dem Kreditmarkt wurde die Schuld des Fonds schneller als erwartet abgebaut. Entsprechend den Änderungen des Gesetzes über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ vom 16. Juni 1998 und vom 21. Dezember 2000 wurde deshalb für die Jahre 1998 bis 2001 der Zuschuss auf 3,3 Mrd. € reduziert. Im Rahmen der Einigung zwischen Bund und Ländern vom 23. Juni 2001 wurde über die weitere Zukunft des Fonds entschieden. Die künftigen Annuitäten betragen 2,46 Mrd. € in 2002, 2,27 Mrd. € in 2003 sowie 2,26 Mrd. € in 2004. Der Bund übernimmt die Annuitäten für die Jahre 2005 bis 2019 sowie eine Restschuld von bis zu 6,54 Mrd. € am 31. Dezember 2019. Für die Jahre 2005 bis 2019 erhält der Bund jährlich einen Festbetrag an der Umsatzsteuer in Höhe von 1,32 Mrd. €. Weist der Bund nach, dass der Restbetrag des Fonds Ende 2019 aufgrund der tatsächlichen Zinsentwicklung 6,54 Mrd. € übersteigt, erhält er von den alten Bundesländern 53,3 % des übersteigenden Betrages.

Wohnungswesen. Für die soziale Wohnraumförderung gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen gemäß Artikel 104 a Grundgesetz. Mit Inkrafttreten der Wohnungsbaureform zum 1. Januar 2002 ist der „soziale Wohnungsbau“ von der „sozialen Wohnraumförderung“ abgelöst worden. Vor dem Hintergrund einer durchweg guten Wohnungsmarktlage wird anstelle der bisherigen Ausrichtung auf die Neubauförderung künftig der vorhandene Wohnungsbestand zur Wohnraumversorgung besser genutzt. Daneben können die zur Verfügung stehenden Mittel aufgrund flexibler Fördermethoden effektiver eingesetzt werden.

Das Wohnraummodernisierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) diente der Kreditfinanzierung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie von Aus-, An- und Umbaumaßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Mietwohnungen in bestehenden Gebäuden in den neuen Ländern. Die Kredite werden aus dem Bundeshaushalt über einen Zeitraum von zehn Jahren um bis zu 2 % jährlich verbilligt. Das Programm wurde 1990 mit einem Volumen von 10 Mrd. DM gestartet und wegen der großen Nachfrage mehrfach und letztmalig 1999 auf nunmehr insgesamt 40 Mrd. € aufgestockt. Die Ausgaben des Bundes in Form von Zinszuschüssen werden für die gesamte Laufzeit insgesamt über 7 Mrd. € betragen.

Wegen des nach wie vor hohen Modernisierungsbedarfs insbesondere bei Altbauten, denkmalgeschützten Gebäuden und Hochhäusern wurde ein Nachfolgeprogramm im Jahr 2000 mit einem Kreditvolumen von 5,1 Mrd. € für drei Jahre aufgelegt. Dabei tragen Bund und Länder die Zinssubventionen je zur Hälfte.

Städtebauförderung. Der Bund beteiligt sich gemäß Artikel 104 a Absatz 4 Grundgesetz an der Förderung des Städtebaus. Im Hinblick auf den enormen Erneuerungsbedarf in den neuen Ländern werden die Fördermittel schwerpunktmäßig dort eingesetzt. Daneben startete ab dem Jahr

2002 das neue Programm „Stadtumbau Ost“. Unter anderem werden hiermit Kommunen und Wohnungswirtschaft bei Maßnahmen zur Aufwertung von Stadtquartieren und bei unvermeidlichem Rückbau leer stehender, langfristig nicht mehr benötigter Wohngebäude unterstützt.

Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere Maßnahmen zur Drogenbekämpfung, zur Krebsbekämpfung sowie zur Bekämpfung von Aids und neuer Infektionskrankheiten unterstützt.

Auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes wendet der Bund Mittel für Förderprogramme zur Verminderung von Umweltbelastungen und zum Klimaschutz auf. Die Ausgaben für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit werden zum großen Teil von den Leistungen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle einschließlich der Erkundung alternativer Standorte geprägt.

Zuschuss an die Postunterstützungskassen. Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von den Postunterstützungskassen. Die Finanzierung der Gesamtleistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Dabei trägt der Bund die weitaus größere Finanzierungslast. Aufgrund der Gewährleistungspflicht des Bundes gemäß § 16 Absatz 4 Postpersonalrechtsgesetz besteht die Verpflichtung zum Ausgleich des Defizits der Postunterstützungskassen. Bislang erfolgte eine Ausgleichsfinanzierung unmittelbar aus dem Treuhandsvermögen „Post-Nachfolgeunternehmen“ bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation, das u. a. Geldvermögen aus Dividendeneinnahmen und aus Privatisierungserlösen umfasst. Seit 1999 werden die Ausgaben des Bundes für die Postunterstützungskassen unmittelbar im Bundeshaushalt veranschlagt. Das den Bundeshaushalt belastende Defizit der Postunterstützungskassen steigt, weil durch den Eintritt weiterer Beamter in den Ruhestand zum einen die Versorgungs- und Beihilfeleistungen steigen und sich zum anderen

die Bemessungsgrundlage für die Finanzierungsbeiträge der Postnachfolgeunternehmen reduziert.

Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt hat Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, weitgehend abgeschlossen. Die veranschlagten Ausgaben stellen sicher, dass ihre Nachfolgeeinrichtungen die verbliebenen Aufgaben fortführen können. Die Zuwendungen sind in erster Linie für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH und für die Energiewerke Nord GmbH bestimmt.

Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Als Reaktion auf die Anschläge in New York und Washington stellt die Bundesregierung im Bundeshaushalt 2002 1,5 Mrd. € für Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bereit. Die Maßnahmen sind Teil einer langfristig angelegten, Ressortgrenzen überschreitenden Gesamtstrategie, die polizeiliche, nachrichtendienstliche, diplomatisch-präventive, humanitäre wirtschaftliche und militärische Elemente sinnvoll kombiniert. Die veranschlagte Gesamtsumme wird im Rahmen des Haushaltsvollzugs den konkreten Vorhaben der jeweiligen Aufgabenbereiche zugeordnet.

3 Die Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. €	2002 in Mrd. €	Januar bis März 2001 in Mrd. €	in Mrd. €	gegenüber Vorjahr in %
Einnahmen	223,8	42,2	45,8	- 3,6	- 7,8
darunter:					
Steuern	199,2	38,2	41,2	- 3,0	- 7,3
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	150,3	30,2	33,4	- 3,2	- 9,6
Lohn- und veranlagte Einkommensteuer	62,0	10,0	11,0	- 1,0	- 9,5
Körperschaftsteuer	5,8	0,3	0,8	- 0,5	- 62,3
Steuern vom Umsatz	71,0	15,8	16,5	- 0,7	- 4,4
Zinsabschlag	4,0	1,7	1,7	+ 0,02	+ 1,4
Bundessteuern	84,4	15,6	15,4	+ 0,2	+ 1,3
Solidaritätszuschlag	11,6	2,7	2,8	- 0,2	- 6,7
Versicherungsteuer	8,1	3,8	3,5	+ 0,3	+ 7,8
Mineralölsteuer	42,5	5,7	5,5	+ 0,3	+ 4,6
Stromsteuer	5,0	0,9	0,8	+ 0,1	+ 14,0
Tabaksteuer	13,4	1,9	2,1	- 0,2	- 10,6
Branntweinsteuer	2,1	0,3	0,3	- 0,01	- 3,5
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15,7	- 3,9	- 3,3	- 0,6	+ 16,9
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen	- 6,7	- 1,3	- 1,7	+ 0,4	- 23,5
Zuweisungen an die EU nach BSP-Schlüssel	- 12,7	- 2,4	- 2,5	+ 0,1	- 5,8
Sonstige Einnahmen	24,5	4,1	4,6	- 0,6	- 12,1
Ablieferung Bundesbank	3,5	-	-	-	.
Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	11,3	-	-	-	.

Steuern. Die veranschlagten Steuereinnahmen basieren auf dem Ergebnis der letzten Steuerschätzung vom 8./9. November 2001. Grundlage dieser Schätzung ist das geltende Steuerrecht. Die finanziellen Auswirkungen folgender Steuerrechtsänderungen wurden erstmals berücksichtigt:

- Zweites Gesetz zur Familienförderung;
- Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe;
- Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes;
- 12. Euro-Einführungsgesetz.

Ebenfalls berücksichtigt wurden die Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen und die finanziellen Auswirkungen des Solidarpaktfortführungsgesetzes. Die Ergebnisse der Steuerschätzung wurden ergänzt um die finanziellen Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen, die zum Zeitpunkt der Steuerschätzung noch nicht beschlossen waren: Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung; Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz; Steueränderungsgesetz 2001; Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts.

Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage. Die Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern (Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Umsatzsteuer, Einfuhrumsatzsteuer, Gewerbesteuerumlage und Zinsabschlag) bilden auch weiterhin die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Das Kindergeld, das ab 1996 aus dem Aufkommen der Lohnsteuer finanziert wird, wurde für das erste und zweite Kind ab 1. Januar 2002 von 138 € auf 154 € angehoben.

Der Umsatzsteuersatz wurde zum 1. April 1998 von 15 % auf 16 % zur Finanzierung des zusätzlichen Zuschusses zur Rentenversicherung angehoben. Die Steuern vom Umsatz enthalten noch den Anteil der Länder zum Schuldendienst des Ende 1994 ausgelaufenen Fonds „Deutsche Einheit“, den die Länder aus ihrem Umsatzsteueranteil mitfinanzieren. Ihr Anteil beträgt 2,2 Mrd. €. Vom Umsatzsteueraufkommen stehen dem Bund seit 1999 vorab 5,63 % (1998: 3,64 %) als Ausgleich für die Belastungen aufgrund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung zu. Vom verbleibenden Aufkommen stehen den Gemeinden ab 1998 2,2 % zum Ausgleich des Wegfalls der Gewerbekapitalsteuer zu. Vom danach verbleibenden Aufkommen standen dem Bund in den Jahren 2000 und 2001 50,25 % und den Ländern 49,75 % zu, da der Länderanteil wegen Belastungen aus dem Familienleistungsausgleich um 0,25 % erhöht wurde. Damit ergab sich für den Bund ein Anteil von rund 52,0 % an den Steuern vom Umsatz. Mit

dem Ausgleich der Belastungen der Länder durch das Zweite Gesetz zur Familienförderung ab 2002 erhalten die Länder 50,4 % und der Bund 49,6 %. Der Anteil des Bundes an den Steuern vom Umsatz verringert sich damit auf 51,4 %.

Das Aufkommen aus dem seit 1993 geltenden Zinsabschlag erhalten Bund:Länder:Gemeinden im Verhältnis 44:44:12.

Bundessteuern. Seit dem 1. Januar 1995 wurde der Solidaritätszuschlag als Ergänzungsgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5 % erhoben. Mit Wirkung vom 1. Januar 1998 wurde er auf 5,5 % abgesenkt. Der Solidaritätszuschlag dient der teilweisen Kompen-sierung der Belastungen des Bundes aus der Neu-regelung des Finanzausgleiches.

Mit der auf nachhaltige Wirkung angelegten ökologischen Steuer- und Abgabenreform wird der Energieverbrauch stärker besteuert. Gleichzei-tig werden die erwarteten Einnahmen zur Sen-kung bzw. Stabilisierung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung verwendet. Die ökologische Steuerreform wird seit 1999 in meh-reren Stufen bis zum Jahr 2003 fortgesetzt. Die jährliche Anhebung der Mineralölsteuer um 3 Cent je Liter Kraftstoff führt deshalb auch im Jahr 2002 zu steigenden Einnahmen.

Auch die ab 1. April 1999 erhobene Strom-steuer wird in den Jahren 2000 bis 2003 um jährlich 0,26 Cent je Kilowattstunde angehoben. Im Jahr 2002 werden 1,79 Cent je Kilowattstunde erhoben.

Ergänzungszuweisungen an Länder. Durch den seit 1995 geltenden neu geordneten Finanz-ausgleich sind die neuen Länder nach dem Aus-laufen der Leistungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ vollständig und gleichberechtigt in einen gesamtdeutschen Finanzausgleich einbezogen. Grundlage dafür ist das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 977).

Durch die Neuregelung wurde das Gesamtvolumen der Bundesergänzungszuweisungen erheblich ausgeweitet und zusätzliche Sonderbedarfe wurden anerkannt. Im Haushalt 2002 werden die Sanierungshilfen für Bremen und das Saarland fortgesetzt. Die Hilfen werden in Form von Sonderbundesergänzungszuweisungen vergeben. 2002 erhalten Bremen und Saarland zusammen 1,0 Mrd. €. Ebenfalls als Sonderbundesergänzungszuweisungen werden ab 2002 die Leistungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost ausgewiesen. Die Mittel in Höhe von 3,4 Mrd. € jährlich wurden bisher als Ausgabe im Rahmen der Wirtschaftsförderung veranschlagt.

Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen. Im Rahmen der Bahnstrukturreform ist ab 1996 die Aufgaben- und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Der Bund verzichtet zugunsten der Länder auf einen Teil des Mineralölsteueraufkommens.

Zuweisungen an die EU nach BSP-Schlüssel. Neben den Zöllen, den Agrarabschöpfungen und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BSP-Eigenmittel zu den Eigenen Einnahmen der EU. Der Ansatz für das Jahr 2002 beruht auf dem neuen Eigenmittelbeschluss vom 29. September 2001. Im Jahr 2002 beträgt die Obergrenze der Eigenen Einnahmen der EU 1,27 % des BSP der Union.

Sonstige Einnahmen. Der Bund erwartet einen Betrag von 3,5 Mrd. € am Bundesbankgewinn, den er zur allgemeinen Finanzierung seiner Aufgaben einsetzt. Der überschießende Teil des Bundesanteils am Bundesbankgewinn wird gemäß § 4 des Haushaltsgesetzes 2002 zur Tilgung von Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds verwendet.

Die Einnahmen aus Darlehensrückflüssen und aus der Veräußerung von Beteiligungen beinhalten Privatisierungserlöse in Höhe von 2,75 Mrd. €. Weitere 5,4 Mrd. € dienen der Refinanzierung des Zuschussbedarfs bei den Postunterstützungskassen.

Entwicklung der Kommunalfinanzen und Gemeindefinanzreform

1	Kommunale Finanzsituation	57
2	Gewerbesteuer	61
2.1	Entwicklung der Einnahmen	61
2.2	Qualitativ-strukturelle Defizite der Gewerbesteuer	63
3	Ausgaben für soziale Leistungen	64
4	Gemeindefinanzreformkommission	65

Seit Jahrzehnten wird in Politik, Wissenschaft und Praxis eine Diskussion über die Gemeindefinanzen und deren Reform geführt. Zurzeit ist dieses Thema – aufgrund der Entwicklung der Kommunalfinanzen im Jahr 2001 – aktueller denn je. Jede Stellungnahme zur Problematik der Kommunalfinanzen muss zunächst den Status quo beleuchten.

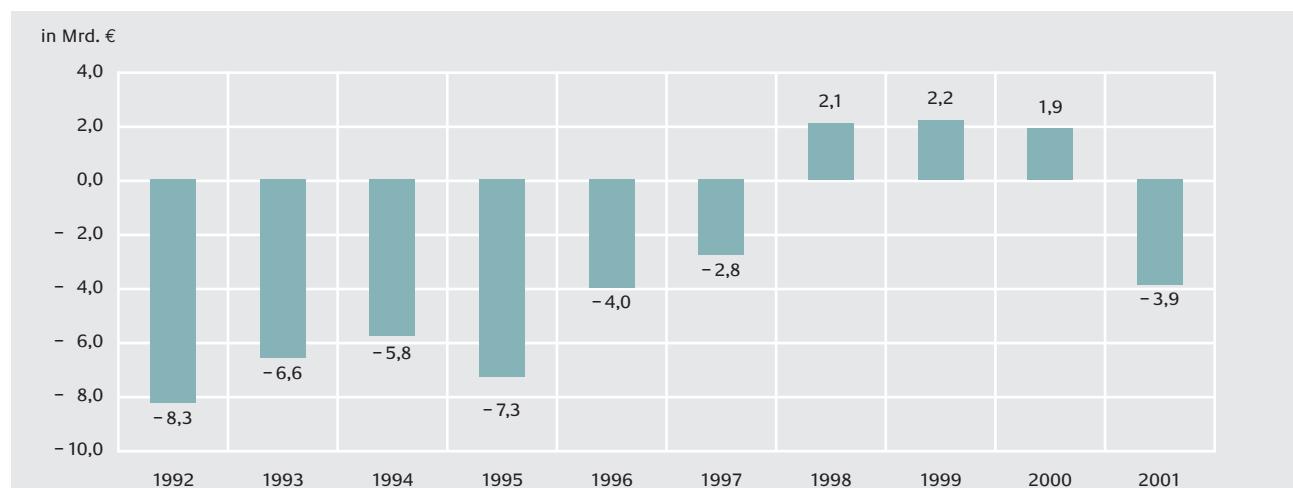
1 Kommunale Finanzsituation

Im Jahr 2001 wiesen die Kommunen nach drei Jahren mit Überschüssen deutliche Defizite aus. Die Entwicklung seit 1992 zeigt das unten stehende Schaubild.

Durch Sondereffekte bei einzelnen Gemeinden war diese Entwicklung häufig überzeichnet, so auch bei den Überschüssen der Jahre 1998 bis 2000 und den Defiziten des vergangenen Jahres.

Die Abfolge von Überschüssen und Defiziten ist auch den Besonderheiten des kommunalen Haushaltsrechts geschuldet. Bei sinkenden Einnahmen und/oder steigenden Ausgabeverpflichtungen im Verwaltungshaushalt muss die Kreditaufnahme – und damit auch die Investitionstätigkeit – zwangsläufig zurückgeführt werden. Zudem fordert die Kommunalaufsicht des Landes bei defizitären Verwaltungshaushalten verbindliche Strategien zu

Finanzierungssalden¹ der Gemeinden/Gemeindeverbände der Flächenländer insgesamt



¹ Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, ab 2000 Kassenstatistik.
Nach Einschätzung der Spitzenvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände betrug der Finanzierungssaldo im Jahr 2001 voraussichtlich – 3 Mrd. €.

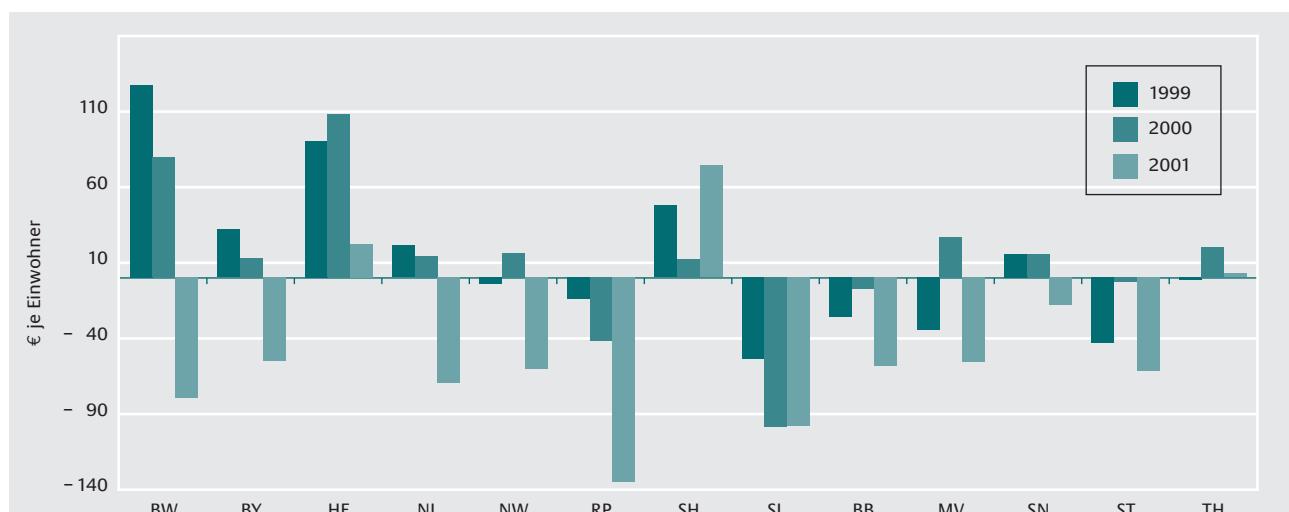
einem mittelfristigen Abbau der Defizite. Demzufolge kommt es zwangsläufig dazu, dass auf hohe Finanzierungsdefizite der kommunalen Ebene mehr oder weniger schnell Jahre mit Finanzierungsüberschüssen folgen. Diese Entwicklungsline ist – wie in den Jahrzehnten zuvor – auch in den 90er-Jahren zu beobachten.

Bei einer länderweisen Betrachtung verlief die Entwicklung – wie aus unten stehendem Schaubild ersichtlich – differenziert. So wiesen im Jahr 2000 die Kommunen in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Brandenburg und Sachsen-Anhalt Defizite aus, obwohl die Kommunen insgesamt hohe Überschüsse erzielten. Im vergangenen Jahr schlossen die Kommunen insgesamt mit deutlichen Defiziten ab, die Kommunen insgesamt in Hessen, Schleswig-Holstein und Thüringen erzielten jedoch jeweils Überschüsse.

Ein besserer Indikator der kommunalen Finanzsituation – im Vergleich zum Finanzierungssaldo – ist die im Schaubild auf Seite 59 dargestellte Schuldendienstbelastungsquote: Die westdeutschen Kommunen mussten 1994 13,7 % der Steuereinnahmen (netto) und der allgemeinen nicht zweckgebundenen Zuweisungen für Zinsen und ordentliche Tilgung am Kreditmarkt aufwenden. Dieser Anteil verringerte sich Jahr für Jahr und betrug 2000 noch 10,8 %; im vergangenen Jahr erhöhte sich der Anteil wieder auf 11,6 %. Die Schuldendienstbelastungsquote der ostdeutschen Kommunen erhöhte sich sukzessive und liegt seit 1999 über dem westdeutschen Vergleichswert. Im vergangenen Jahr mussten die ostdeutschen Kommunen 12,7 % der Steuereinnahmen (netto) und der allgemeinen nicht zweckgebundenen Zuweisungen für Zinsen und ordentliche Tilgung am Kreditmarkt aufwenden.

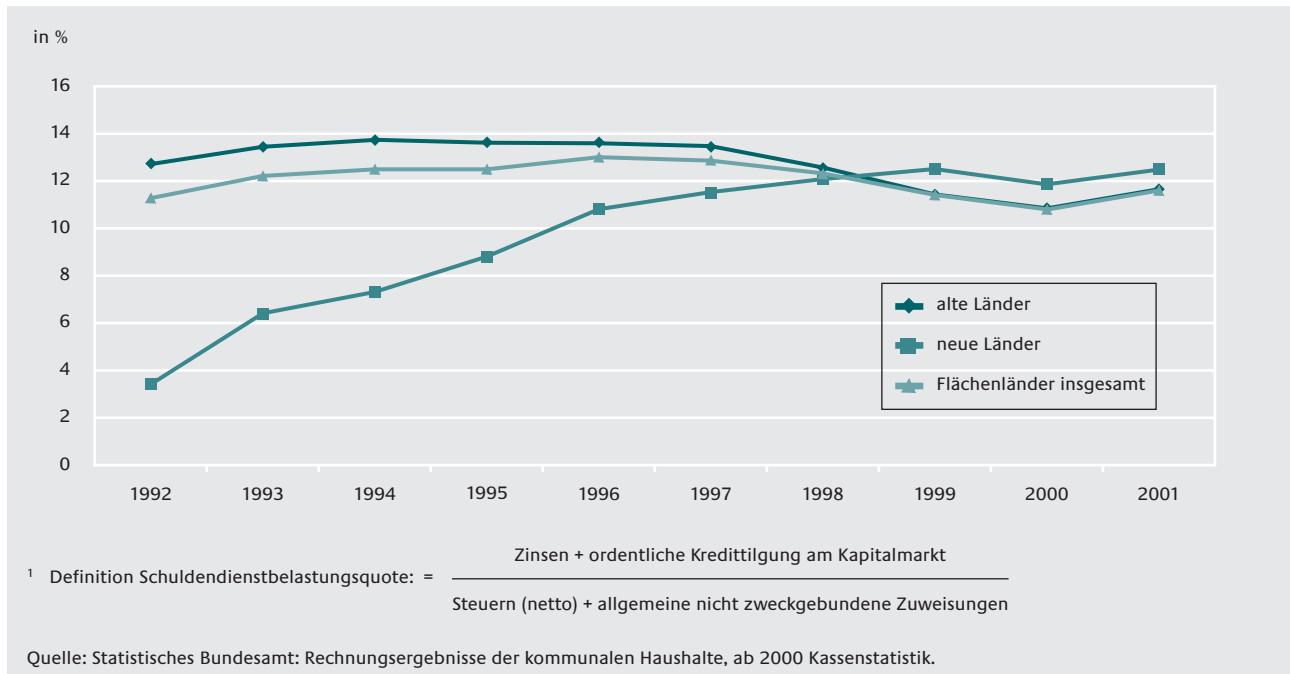
Finanzierungssalden der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Ländern

Jahr	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SH	SL	BB	MV	SN	ST	TH
	in Mio. €												
1999	1 326	380	545	165	– 77	– 59	132	– 58	– 68	– 63	65	– 114	– 4
2000	828	152	651	109	291	– 168	31	– 106	– 20	47	68	– 8	49
2001	– 838	– 682	132	– 550	– 1 088	– 546	206	– 105	– 152	– 99	– 80	– 160	6



Quelle: Statistisches Bundesamt, 1999 Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, ab 2000 Kassenstatistik.

Schuldendienstbelastungsquoten¹ der Gemeinden/Gemeindeverbände



Eine nicht geringe Anzahl von Städten und Gemeinden in Deutschland hat trotz einer in den letzten Jahren insgesamt guten kommunalen Finanzsituation jedoch zum Teil erhebliche finanzielle Probleme, die sich aufgrund der negativen Entwicklung in 2001 weiter verschärft haben dürften.

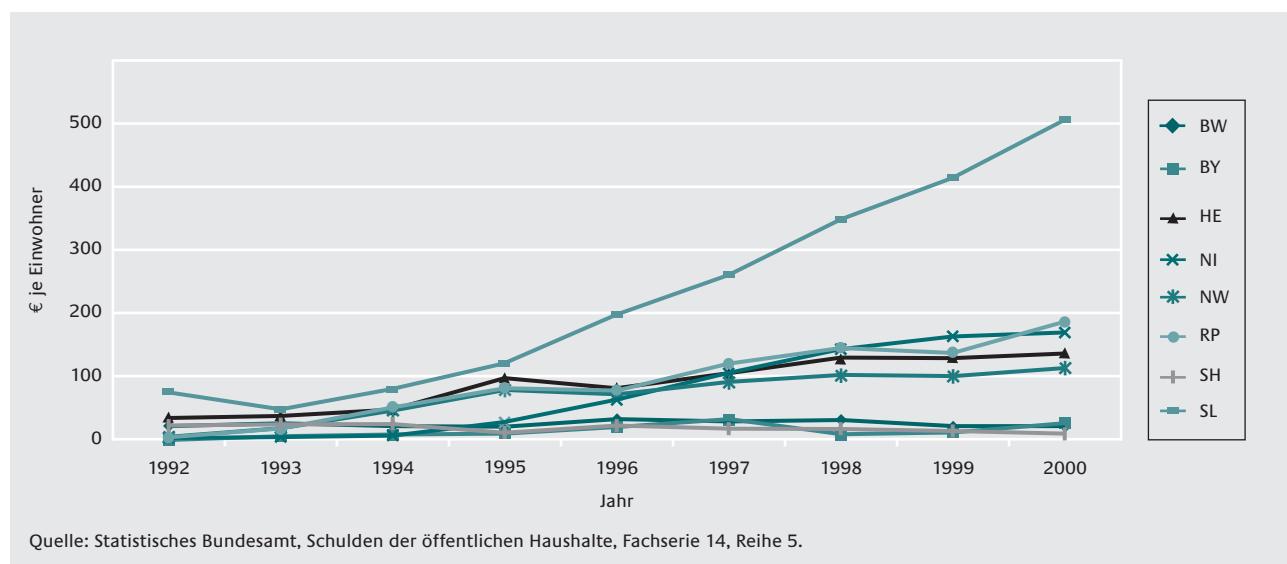
Trotz breit gefächerter Einnahmequellen bestehen erhebliche Unterschiede in der Finanzlage einzelner Städte und Gemeinden gleicher Funktion und Größe. Kommunen mit einer günstigen finanziellen Situation, die durch überdurchschnittlich hohe Steuereinnahmen und positive Finanzierungssalden gekennzeichnet sind, stehen Kommunen mit defizitären Verwaltungshaushalten gegenüber, die aus einer strukturbedingten Einnahmeschwäche bei gleichzeitig hohen Ausgaben – insbesondere für soziale Aufwendungen – resultieren.

Dies verdeutlicht die im Schaubild auf Seite 60 für die Kommunen in den alten Ländern und im Schaubild auf Seite 61 für die Kommunen in den neuen Ländern dargestellte Entwicklung der Kassenkredite: Seit längerem ist in den meisten alten und – jedoch auf deutlich niedrigerem Niveau – in einzelnen neuen Ländern eine zunehmende Inanspruchnahme von Kassenkrediten zu beobachten.

Kassen- oder Kassenverstärkungskredite dienen dem Ausgleich vorübergehender Schwankungen der Kassenlage. Bei zahlreichen Kommunen scheinen sich die Kassenkredite aber mehr und mehr zu einem dauerhaften Finanzierungsinstrument der laufenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt zu entwickeln. Hierin dürfte sich auch die prekäre finanzielle Situation zahlreicher Städte und Gemeinden widerspiegeln.

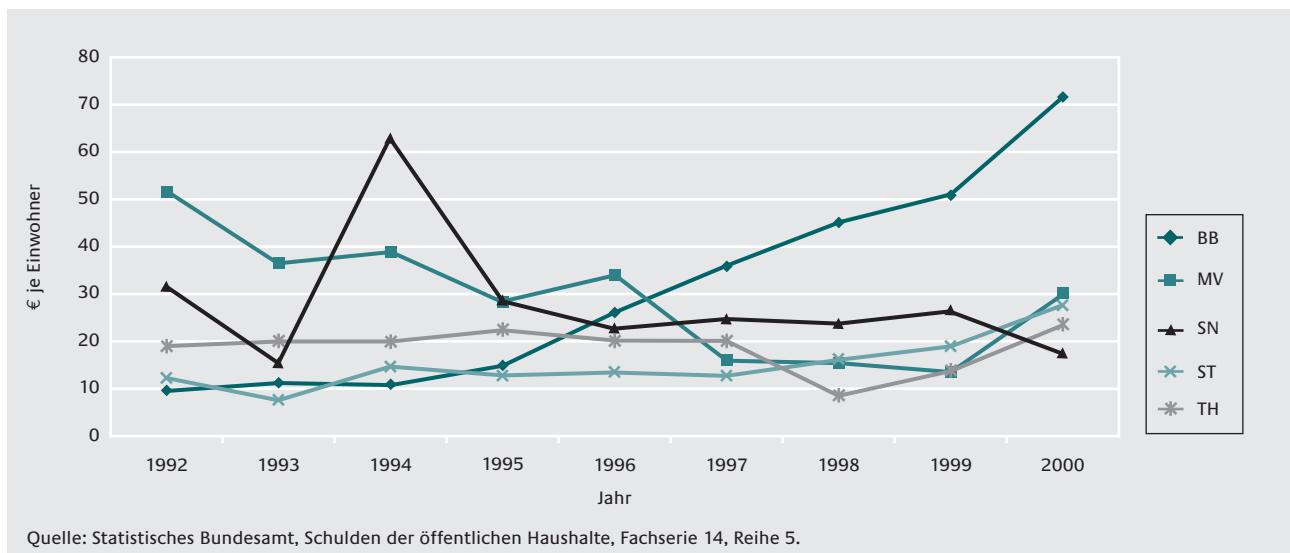
Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände in den alten Ländern

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	in € je Einwohner								
BW	18,73	22,96	18,91	17,98	30,00	26,86	28,84	18,05	18,51
BY	5,74	11,85	14,54	16,43	26,13	38,08	14,24	17,43	32,06
HE	42,11	44,34	54,47	104,59	88,47	111,31	134,94	136,81	144,43
NI	10,54	11,68	14,05	34,79	70,58	112,74	151,27	172,05	177,84
NW	13,29	27,52	55,73	87,33	80,20	99,37	110,95	109,18	122,88
RP	9,69	22,66	58,30	89,18	85,36	126,87	152,82	144,82	192,79
SH	32,86	22,28	23,49	9,04	20,41	15,62	15,56	11,63	6,62
SL	77,73	50,44	81,66	123,70	202,04	263,98	351,29	417,63	510,10



Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände in den neuen Ländern

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	in € je Einwohner								
BB	9,51	11,04	10,70	14,72	25,91	35,73	44,97	50,69	71,56
MV	52,67	37,54	39,80	29,36	35,10	16,89	16,44	14,53	31,24
SN	32,67	16,48	64,08	29,73	23,90	25,80	24,73	27,64	18,52
ST	13,46	8,80	15,88	13,94	14,79	13,94	17,49	20,16	28,72
TH	20,24	21,36	21,26	23,83	21,50	21,40	9,93	15,20	24,92



2 Gewerbesteuer

2.1 Entwicklung der Einnahmen

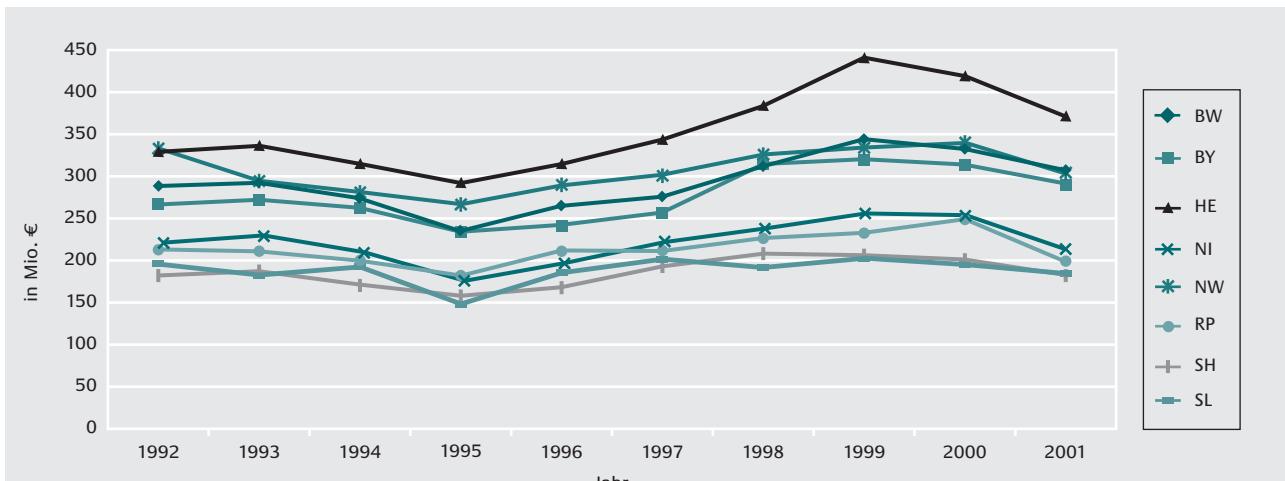
Die deutlichen Steigerungsraten bei der Gewerbesteuer 1996 bis 1999 sowie der geringe Rückgang in 2000 – ab 1998 einschließlich Gemeindeanteil Umsatzsteuer, den die Gemeinden als Ersatz für die Abschaffung an der Gewerbezialsteuer erhalten – führten dazu, dass sich auch die gesamten Steuereinnahmen der Kommunen im Zeitraum 1996 bis 2000 besser entwickelten als bei den Gebietskörperschaften

insgesamt: So erhöhten sich im Zeitraum 1996 bis 2000 die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften insgesamt um 12 %, die Steuereinnahmen der Gemeinden insgesamt jedoch um 18 %.

Im vergangenen Jahr reduzierten sich in den Flächenländern die Gewerbesteureinnahmen einschließlich des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer insgesamt deutlich um rund 10 %, allerdings ausgehend von einem hohen Niveau. Die Entwicklung nach Ländern ergibt sich aus den Schaubildern auf den Seiten 62 und 63.

Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen (netto)¹ der Gemeinden und Gemeindeverbände in den alten Ländern

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	in Mio. €									
BW	2 892	2 962	2 798	2 406	2 723	2 849	3 235	3 584	3 474	3 234
BY	3 170	3 275	3 181	2 859	2 962	3 152	3 851	3 941	3 878	3 627
HE	1 968	2 033	1 913	1 787	1 929	2 107	2 352	2 698	2 575	2 290
NI	1 705	1 787	1 652	1 409	1 579	1 791	1 913	2 086	2 050	1 742
NW	5 975	5 345	5 122	4 885	5 320	5 535	5 983	6 125	6 256	5 605
RP	840	844	808	743	858	869	929	957	1 024	825
SH	520	540	494	464	494	566	611	607	566	547
SL	214	200	210	162	203	220	209	219	211	199

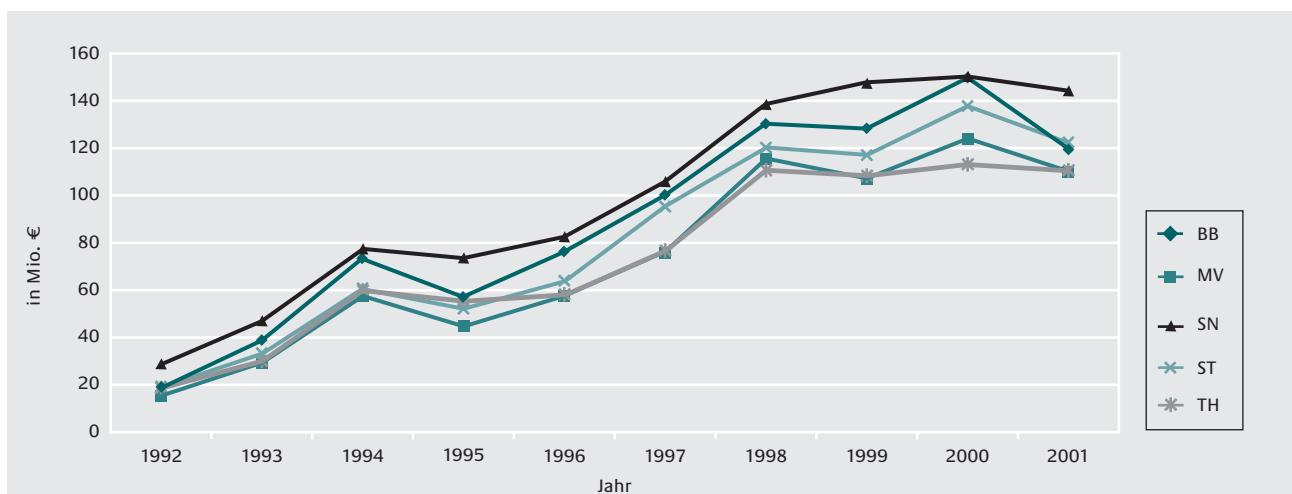


¹ ab 1998 zuzüglich Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer Ersatz für Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer).

Quelle: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, ab 2000 Kassenstatistik.

Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen (netto)¹ der Gemeinden und Gemeindeverbände in den neuen Ländern

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	in Mio. €									
BB	47	98	185	143	193	256	334	332	388	309
MV	32	58	109	86	109	141	212	196	225	198
SN	143	227	364	345	386	490	633	669	677	645
ST	61	99	175	150	181	265	330	318	369	324
TH	53	83	158	145	152	197	280	273	283	274



¹ ab 1998 zuzüglich Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer Ersatz für Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer).

Quelle: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, ab 2000 Kassenstatistik.

2.2 Qualitativ-strukturelle Defizite der Gewerbesteuer

Trotz ihrer quantitativen Bedeutung für die Kommunen insgesamt weist die Gewerbesteuer qualitativ-strukturelle Defizite auf: Die regionale und interkommunale Aufkommensentwicklung ist seit Jahren unterschiedlich und durch eine ungleichgewichtige Entwicklung gekennzeichnet. So war die positive Entwicklung der Jahre 1998/1999 maßgeblich auf besondere Faktoren in einzelnen Branchen und Städten zurückzuführen. Dies gilt auch für die negative Entwicklung in 2001.

Im Jahr 2001 gingen die Gewerbesteuereinnahmen (netto) der westdeutschen Kommunen insgesamt um 11,3 % zurück, die der ostdeutschen Kommunen insgesamt um 11,7 %. Hierbei verlief die regionale Entwicklung nach Ländern äußerst differenziert. Bei den westdeutschen Kommunen belief sich die Spannbreite der Mindereinnahmen auf -6,3 % im Saarland bis zu -22,4 % in Rheinland-Pfalz. Bei den Kommunen in Ostdeutschland streute die regionale Entwicklung von -3,3 % in Thüringen bis zu -24,5 % in Brandenburg.

Zur Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen nach Ländern wird auf die nachfolgenden Tabellen verwiesen.

Gewerbesteuereinnahmen (netto) der westdeutschen Kommunen 2001 nach Ländern

Gebietseinheit	Mrd. €	Veränderung gegenüber 2000 in %
Saarland	0,17	- 6,3
Bayern	3,19	- 7,2
Baden-Württemberg	2,84	- 7,6
Schleswig-Holstein	0,48	- 9,2
Nordrhein-Westfalen	4,91	- 11,7
Hessen	1,96	- 13,9
Niedersachsen	1,52	- 16,8
Rheinland-Pfalz	0,71	- 22,4
insgesamt	15,78	- 11,3

Gewerbesteuereinnahmen (netto) der ostdeutschen Kommunen 2001 nach Ländern

Gebietseinheit	Mrd. €	Veränderung gegenüber 2000 in %
Thüringen	0,21	- 3,3
Sachsen	0,50	- 5,6
Sachsen-Anhalt	0,25	- 13,3
Mecklenburg-Vorpommern	0,15	- 14,9
Brandenburg	0,24	- 24,5
insgesamt	1,35	- 11,7

Bei der insgesamt negativen Entwicklung ist jedoch zu beachten, dass es 2001 sehr wohl auch Kommunen mit einer positiven Entwicklung gab.

Der Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen im Jahre 2001 steht in keinem Zusammenhang mit der Steuerreformpolitik der Bundesregierung. Er beruht vielmehr auf den besonderen Verhältnissen in einzelnen Wirtschaftszweigen. So führte bei den Energieversorgern ein verstärkter Wettbewerb partiell zu einem Preisverfall. Bei den Banken verschlechterte sich die Gewinnsituation in einzelnen Geschäftszweigen wie beispielsweise im Investmentbereich und Wertpapierhandel drastisch. Im Baubereich findet ein Abbau von Überkapazitäten statt.

Die Klagen zahlreicher Gemeinden sind verständlich. Sie bestätigen jedoch nur die bekann-

ten qualitativ-strukturellen Unzulänglichkeiten der Gewerbesteuer. Die Haushalte einiger Gemeinden sind oft stark von der Gewinnsituation nur eines Steuerpflichtigen abhängig, sodass es insgesamt zu einer sehr uneinheitlichen – negativen wie positiven – Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen kommt. Unter anderem wegen der strukturellen Mängel der Gewerbesteuer strebt die Bundesregierung daher für die nächste Legislaturperiode eine Gemeindefinanzreform an, um die Kommunalfinanzen zu sichern.

3 Ausgaben für soziale Leistungen

Verantwortlich für die strukturellen Probleme, mit denen die Gemeinden konfrontiert sind, sind neben der unstetigen Entwicklung der Gewerbe-

steuer auch – zumeist die auf der Einnahmeseite bestehenden Probleme verschärfend – interkommunale Disparitäten bei den Ausgaben für soziale Leistungen, und hier insbesondere bei der Sozialhilfe.

1995 beliefen sich die Ausgaben für soziale Leistungen (brutto) auf 30,4 Mrd. €. Seit 1996 sind die Ausgaben für soziale Leistungen insgesamt rückläufig und betrugen 1999 26 Mrd. €. Für die Verringerung der Ausgaben für soziale Leistungen zwischen 1996 und 1999 sind zahlreiche bundesgesetzliche Maßnahmen ursächlich wie die Einführung der Pflegeversicherung, die Begrenzung der Zuwächse der Sozialhilferegelsätze und der Pflegesätze in Einrichtungen, Kindergeld erhöhungen, die Steuerfreistellung des Existenzminimums, aber auch kommunale Beschäftigungsprogramme.

Seit 1999 steigen in den ostdeutschen Kommunen bzw. seit 2000 in den westdeutschen Kommunen die Ausgaben für soziale Leistungen wieder; in den alten Ländern moderat, in den neuen Ländern deutlich stärker. Im Jahr 2001 beliefen sich die Ausgaben für soziale Leistungen auf insgesamt 27,3 Mrd. €. Für 2001 ergab sich gegenüber dem Jahr 2000 bei den ostdeutschen Kommunen ein Anstieg von 6,9 %, die Sozialausgaben der westdeutschen Kommunen erhöhten sich um 2,1 %.

Ein Problem bei der Belastung der kommunalen Haushalte durch die Sozialhilfe ist sicherlich, dass sie häufig ausgerechnet dort am größten ist, wo die Einnahmesituation eher unterdurchschnittlich ausgeprägt ist.

4 Gemeindefinanzreformkommission

Die aufgezeigten strukturellen Probleme bei den kommunalen Einnahmen und Ausgaben und insbesondere auch die aktuelle Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens belegen die Notwendigkeit von Reformen. Hinsichtlich dieser Einschätzung

besteht Konsens zwischen der Bundesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden. Die Bundesregierung hat gehandelt und in der Kabinettsitzung am 27. März 2002 beschlossen eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen einzusetzen, die sich mit den grundsätzlichen Problemen des kommunalen Finanzsystems auf der Einnahmen- und Ausgabenseite befasst. Damit nimmt die Bundesregierung – nach dem erfolgreichen Abschluss der Beratungen zum bundesstaatlichen Finanzausgleich und zum Solidarpakt II – ein weiteres wichtiges Reformvorhaben in Angriff.

Der Kommission, die am 23. Mai 2002 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengerufen wurde, gehören Vertreter von Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, der Wirtschaft und der Gewerkschaften an. Aufgabe der Kommission ist es, bis Mitte 2003 auf der Basis einer Bestandsaufnahme konkrete Lösungsvorschläge für die Gesetzgebung zu den drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems zu erarbeiten und zu bewerten. Der Kommission werden die Arbeitsgruppen „Kommunalsteuern“ und „Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe“ – unter Beziehung wissenschaftlichen Sachverständigen – zuarbeiten.

Die Gewerbesteuer ist sehr konjunkturreagibel und zwingt die Kommunen zu einem prozyklischen Ausgabeverhalten. Aufgabe der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen ist es daher, Lösungen aufzuzeigen, die den Kommunen zu einer stetigeren Einnahmeentwicklung verhelfen.

Das Nebeneinander von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe in der derzeitigen Ausgestaltung wird allgemein als ineffizient empfunden. Die Kommission hat daher die Aufgabe, Vorschläge zu einer Verzahnung beider Leistungen, wie sie in letzter Zeit häufig vorgetragen werden, auf ihre finanzpolitischen Wirkungen hin zu untersuchen und Lösungen aufzuzeigen. Damit wird dem kommunalen Wunsch, die Diskussion zur Gemeindefinanzreform nicht auf das Thema Gewerbesteuer zu verengen,

sondern dabei auch die Ausgabenseite zu betrachten, entsprochen.

Erstmals seit über 30 Jahren wird wieder ernsthaft über eine Gemeindefinanzreform gesprochen. Die Bundesregierung ist entschlossen, dieses Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode zu einem erfolgreichen Abschluss zu

bringen. Mit einer erfolgreichen Gemeindefinanzreform würde ein wesentlicher Beitrag hin zur Verfestigung und Sicherung der Kommunalfinanzen getan. Angesichts der vielfältigen dabei zu berücksichtigenden Interessen wird dies nicht einfach. Da aber alle Beteiligten den Reformbedarf erkennen, ist Optimismus angebracht.

Lage der Weltwirtschaft

Jüngste Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

1 Überblick	67
2 Entwicklung in einzelnen Regionen	67
2.1 Europa	67
2.2 Deutschland	68
2.3 USA	68
2.4 Japan	69
2.5 Schwellen- und Transformationsländer	69

1 Überblick

IWF und OECD sehen die Weltwirtschaft auf dem Weg zurück zu höherer Wachstumsdynamik. Sie gehen hierbei von einer deutlichen Belebung insbesondere im zweiten Halbjahr 2002 aus. Der IWF erwartet für die Weltwirtschaft ein Wachstum von 2,8 % in 2002 und von 4,0 % in 2003.

Wichtigster Faktor hinter den im Vergleich zu den Prognosen vom Herbst 2001 nach oben revisierten Prognosen ist die Belebung in den USA, deren erwartete Wachstumsrate für 2002 überaus kräftig auf 2,5 % (OECD; Prognose Nov. 2001: 0,7 %) bzw. 2,3 % (IWF, Prognose Dez. 2001: 0,7 %) revidiert wurde. Demgegenüber bleiben die Prognosen für Europa weitgehend unverändert (OECD: EU-15: + 1,5 % (2002), 2,8 % (2003); IWF: + 1,5 % (2002), + 2,9 % (2003)). Sorgenkind bleibt Japan. Auch wenn für das zweite Halbjahr mit einer moderaten Expansion gerechnet wird, gehen OECD und IWF für das Gesamtjahr 2002 von einem weiter rückläufigen Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus (− 0,7 % bzw. − 1,0 %).

Infolge des stärkeren weltwirtschaftlichen Wachstums sind auch die Erwartungen für die Welthandelszunahme nach oben korrigiert worden. Für 2002 und 2003 werden jetzt seitens der OECD Steigerungsraten von real 2,5 bzw. 9,5 %

erwartet. Hier ist der IWF mit erwarteten Wachstumsraten von 2,5 bzw. 6,6 % etwas vorsichtiger.

Beide Organisationen betonen in ihrer Analyse, dass sich die Chancen und Risiken für die Entwicklung der Weltwirtschaft inzwischen sehr viel ausgewogener darstellen. Nach ihrer Einschätzung ist eine noch höhere Dynamik möglich, sollte sich in den USA die durch die kräftigen monetären und fiskalischen Impulse bewirkte Stabilisierung des privaten und die Ausweitung des öffentlichen Konsums in höheren Unternehmensinvestitionen niederschlagen.

Von politischen Unsicherheiten (vor allem in Nahost) abgesehen, werden jedoch folgende Risiken gesehen:

- die niedrige Sparquote der privaten Haushalte in den USA. Hier sind Anpassungen bei steigenden Zinsen und Schuldendienstverpflichtungen mit entsprechenden negativen Konsequenzen für die privaten Konsumausgaben nicht auszuschließen.
- die weitere Entwicklung des Ölpreises. Würde der Ölpreis sich dauerhaft über dem in den Projektionen für 2002 unterstellten Werten von 25 US-\$ pro Barrel (OECD) bzw. 23 US-\$ (IWF) einpendeln, könnte die konjunkturelle Erholung empfindlich gestört werden.

2 Entwicklung in einzelnen Regionen

2.1 Europa

Für die EU sind die Wachstumserwartungen von OECD und IWF in etwa unverändert geblieben, mit realen BIP-Steigerungsraten von einheitlich 1,5 % für 2002 und 2,8 % bzw. 2,9 % für 2003. Für den Euroraum werden für 2002 1,3 % bzw. 1,4 % und für 2003 einheitlich 2,9 % Wachstum erwartet.

Die Prognosewerte von OECD und IWF decken sich damit fast vollständig mit den Erwartungen

der EU-Kommission (2002: 1,5 %; 2003: 2,9 %). Gleichwohl zeichnet die OECD insgesamt ein etwas pessimistischeres Bild. Kritisch verweist sie auf die nach wie vor gedämpfte Ausgabenneigung der privaten Haushalte und die Tatsache, dass die Wirtschaftsentwicklung trotz der akkommodierenden monetären Rahmenbedingungen und der konjunkturstützenden finanzpolitischen Effekte (automatische Stabilisatoren, Steuersenkungen) noch wenig Dynamik zeige. Dennoch geht auch die OECD-Prognose wie der IWF – insbesondere infolge der Konjunkturbelebung in den USA – von einer deutlichen wirtschaftlichen Erholung im Verlaufe dieses Jahres aus.

Grundlegende Übereinstimmung zwischen den Organisationen zeigt sich auch bei der Bewertung der wirtschaftspolitischen Erfordernisse. Sowohl IWF als auch OECD fordern, die kommende Aufschwungphase für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung zu nutzen. In der Geldpolitik stehen beide Organisationen baldigen Zinserhöhungen durch die EZB eher zurückhaltend gegenüber. Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Erholung hält der IWF die derzeitige Geldpolitik für angemessen. Die OECD hält Zinserhöhungen seitens der EZB erst dann für ratsam, wenn der Aufschwung festeren Tritt gefasst hat und der vorhandene gesamtwirtschaftliche Kapazitätsüberhang zu schrumpfen beginnt. In ihrer Projektion unterstellt beispielsweise die OECD, dass der Hauptrefinanzierungssatz (derzeit: 3 $\frac{1}{4}$ %) noch bis Ende 2002 unverändert bleibt und in der Folgezeit auf knapp über 4 % im zweiten Halbjahr 2003 steigen wird. Darüber hinaus fordern die OECD und IWF nachdrücklich weitere Strukturreformen, insbesondere auf den Arbeits- und Kapitalmärkten.

2.2 Deutschland

Auch für Deutschland wird ein Aufschwung in diesem Jahr erwartet. Der BIP-Zuwachs für 2002 wird von OECD und IWF bei real 0,7 % bzw. 0,9 % gesehen. Diese Prognosen decken sich weitestgehend mit der Wachstumserwartung der Bundes-

regierung (+ rund 3/4%). Für 2003 erwarten OECD und IWF ein Wachstum von 2,5 % bzw. 2,7 %. Die deutsche Wirtschaftsentwicklung spiegelt damit den generellen Aufwärtstrend in der Weltwirtschaft voll wider.

Die Verbraucherpreisentwicklung in Deutschland sehen OECD und IWF gedämpft. Gemessen am Verbraucherpreisindex erwartet die OECD für 2002 1,5 % und für 2003 1,6 % Preisanstieg. Der IWF erwartet für 2002 ebenfalls 1,5 %, für 2003 aber nur 1,2 %.

Entsprechend dem klassischen konjunkturellen Verlaufsmuster folgte die Beschäftigungsentwicklung dem generellen Trend mit zeitlicher Verzögerung. Die Arbeitslosenquote wird 2003 als Folge der kräftigeren wirtschaftlichen Expansion wieder fallen.

Bei der Entwicklung des gesamtstaatlichen Defizits erwarten OECD und IWF in diesem Jahr eine Defizitquote von 2,8 % bzw. 2,7 % und 2003 eine Defizitquote von 2,1 % bzw. 2,0 %. Deutlich wird,

- dass die Defizitschätzungen für 2002 sich in Übereinstimmung mit den Erwartungen der Bundesregierung und der EU-Kommission unterhalb der 3 %-Marge bewegen,
- dass das Defizit in 2003 aus Sicht beider Organisationen deutlich zurückgeführt wird.

2.3 USA

Die Wachstumsprognosen von OECD und IWF (2002: 2,5 bzw. 2,3 %; 2003: 3,5 bzw. 3,4 %) spiegeln wie erwähnt eine erheblich schnellere Besserung der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA wider, als zunächst erwartet wurde. Die starken fiskalischen und monetären Impulse entfalten nun ihre volle Wirkung.

Aufgrund der sich immer deutlicher abzeichnenden konjunkturellen Erholung in den USA rückt jedoch zusehends die Frage nach Zeitpunkt und Ausmaß der Rücknahme der expansiven

geld- und fiskalpolitischen Impulse in den Blickpunkt der Diskussion. OECD und IWF erwarten in diesem Zusammenhang in der Geldpolitik eine Hinwendung zu einem neutraleren Kurs. Die OECD prognostiziert, dass die FED die Zinsen etwa ab Mitte 2002 voraussichtlich nur langsam steigen lassen werde, da der Inflationsdruck gedämpft bleiben dürfte. OECD und IWF sprechen sich bei anhaltender konjunktureller Erholung für einen baldigen Kurswechsel in der Finanzpolitik aus. Nicht zuletzt mit Blick auf künftige demographische Belastungen sei auf mittlere Sicht Konsolidierungsbedarf gegeben.

2.4 Japan

Unbefriedigend bleibt die Entwicklung in Japan; ein Ende der deflationären Tendenzen ist noch nicht absehbar. So hält die Deflation bei Waren und Dienstleistungen, Vermögenswerten und Grundstücken derzeit unvermindert an. Das BIP wird OECD und IWF zufolge in 2002 nochmals zurückgehen ($-0,7\%$ bzw. $-1,0\%$); eine leichte Stabilisierung ist erst für 2003 zu erwarten; das Wachstum bleibt aber weiter schwach ($+0,3\%$ bzw. $+0,8\%$). Als fortdauerndes Risiko für die weitere Entwicklung in Japan werten beide Organisationen die fragile Lage des Finanzsektors. Äußerst kritisch wird zudem die Entwicklung der öffentlichen Haushalte gesehen.

In ihren wirtschaftspolitischen Empfehlungen führen OECD und IWF wie schon in den Vorjahren aus, dass neben der Fortsetzung der expansiven Geldpolitik die Lösung des Problems der notleidenden Kredite zwingend sei. Darüber hinaus fordern beide Institutionen in der Finanzpolitik eine klare Mittelfriststrategie für die Haushaltskonsolidierung.

2.5 Schwellen- und Transformationsländer

Die Aussichten für die Schwellen- und Transformationsländern differieren laut IWF stark. In Lateinamerika wird die stärkste Erholung in den stark auf die USA ausgerichteten Volkswirtschaften Mexikos und Mittelamerikas erwartet. Die Situation in Argentinien ist weiterhin äußerst problematisch (Wachstum laut IWF 2002: -10 bis -15% , 2003: 0 bis 3%). In Asien haben sich Indien und China als deutlich resistent gegen den weltwirtschaftlichen Abschwung erwiesen. Für Indien erwartet der IWF ein Wachstum von $5,5\%$ in 2002 und von $5,8\%$ in 2003 und für China $7,0\%$ (2002) und $7,4\%$ (2003). Eine Erholung in den stärker außenwirtschaftlich orientierten asiatischen Volkswirtschaften wird insbesondere über die weltweite Konjunkturbelebung und die Erholung im IT-Sektor erwartet.

Das Wachstum in Russland bleibt – trotz der Auswirkungen der weltweiten Konjunkturabschwächung und gesunkenener Energiepreise – kräftig. Die russische Wirtschaft dürfte in diesem Jahr um etwa $4,4$ und im nächsten um $4,9\%$ wachsen, nach $5,0\%$ im Vorjahr und $9,0\%$ im Jahr 2000. Die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas haben sich aus Sicht des IWF im Allgemeinen in der globalen Abschwächung gut behauptet. Der Rückgang der Exporte sei durch eine robuste Inlandsnachfrage bei niedriger Inflation und niedrigen Zinsen und durch eine kräftige Investitionsdynamik kompensiert worden. Für die EU-Beitrittskandidaten inklusive der Türkei erwartet der IWF für 2002 $3,1\%$ und für 2003 $4,2\%$ Wachstum. Die Erholung im Nahen Osten wird insbesondere durch die schwierige Sicherheitslage beeinträchtigt.

Wirtschaftswachstum 2001 bis 2003 (real)

(nach den Frühjahrs-Projektionen 2002 von OECD und IWF)

	OECD			IWF	
	2001	2002	2003	2002	2003
USA	1,2	2,5	3,5	2,3	3,4
Japan	- 0,4	- 0,7	0,3	- 1,0	0,8
Deutschland	0,6	0,7	2,5	0,9	2,7
Frankreich	2,0	1,4	3,0	1,4	3,0
Italien	1,8	1,5	2,8	1,4	2,9
Vereinigtes Königreich	2,2	1,9	2,8	2,0	2,8
Kanada	1,5	3,2	4,0	2,5	3,6
Euroraum	1,6	1,3	2,9	1,4	2,9
EU-15	1,7	1,5	2,8	1,5	2,9
Weltwirtschaft	2,3			2,8	4,0

Wirtschaftslage und Reformprozess in den EU-Beitrittskandidaten

1 Wirtschaftslage: Zusammenfassung	72
1.1 Wirtschaftswachstum	73
1.2 Finanzpolitik	75
1.3 Inflation	78
1.4 Geld- und Währungspolitik	78
1.5 Arbeitslosigkeit	80
1.6 Außenwirtschaft/Leistungsbilanzen	81
1.7 Reale Konvergenz und Reformpolitiken	82

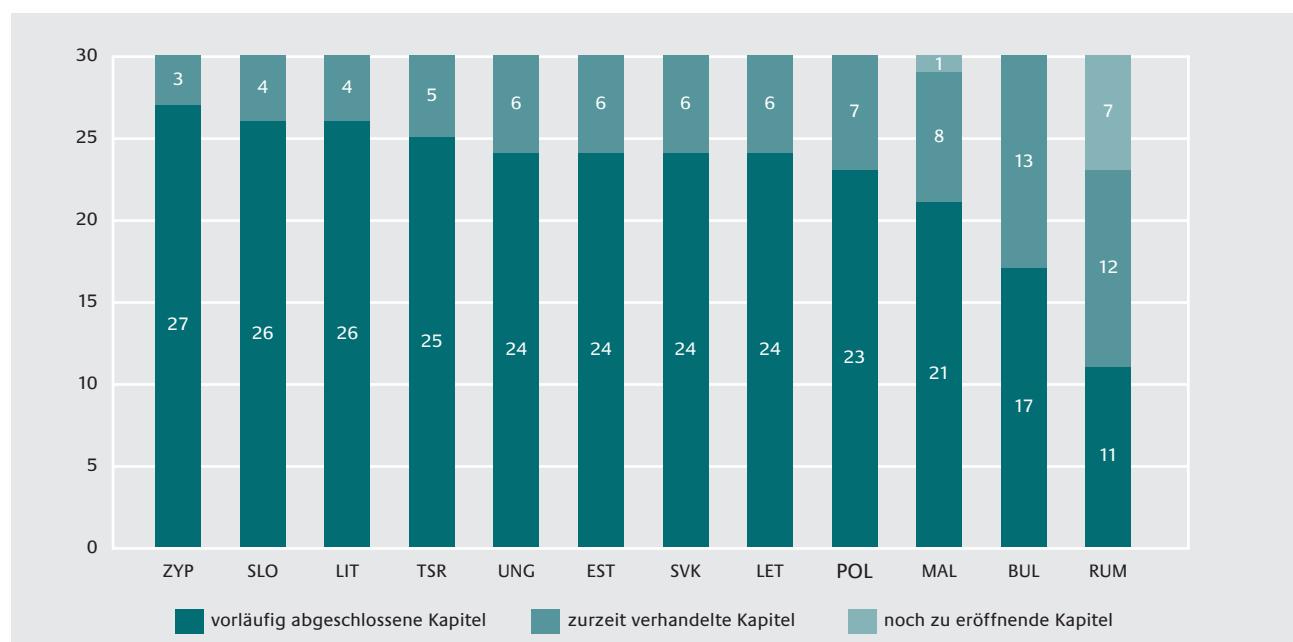
Für den Fortgang der Erweiterungsverhandlungen war 2001 ein erfolgreiches Jahr. Unter schwedischer und belgischer Präsidentschaft konnten für die zwölf Beitrittsländer insgesamt 110 Verhandlungskapitel geschlossen werden. In einigen wichtigen Bereichen (Arbeitnehmerfreiheit, Freier Kapitalverkehr) wurden entscheidende Durchbrüche erzielt. Die Bewerberländer

müssen die Anstrengungen zur Erfüllung der Beitrittskriterien weiterführen und insbesondere den Ausbau ihrer Verwaltungskapazitäten voranbringen, um die Anwendung und Durchsetzung des Besitzstandes zu garantieren.

Nach der letzten Beitrittskonferenz im April 2002 kann folgende Zwischenbilanz gezogen werden: Mit den Beitrittsländern¹ außer Rumänien und Malta sind inzwischen alle 30 Verhandlungskapitel eröffnet. Es sind überwiegend zwischen 21 und 27 Kapitel vorläufig abgeschlossen. Dass sich das Prinzip der Differenzierung, d. h. der Beurteilung der Bewerberländer entsprechend ihren Leistungen, bewährt hat, zeigen die Ergebnisse der Länder Lettland, Litauen und Slowakei, die trotz eines späteren Verhandlungsbeginns Polen überholt haben. Lediglich Bulgarien und Rumänien liegen mit 17 bzw. elf abgeschlossenen Kapiteln noch weiter zurück.

Für die noch ausstehenden schwierigen finanziell-relevanten Kapitel (Agrar- und Strukturpolitik) ist

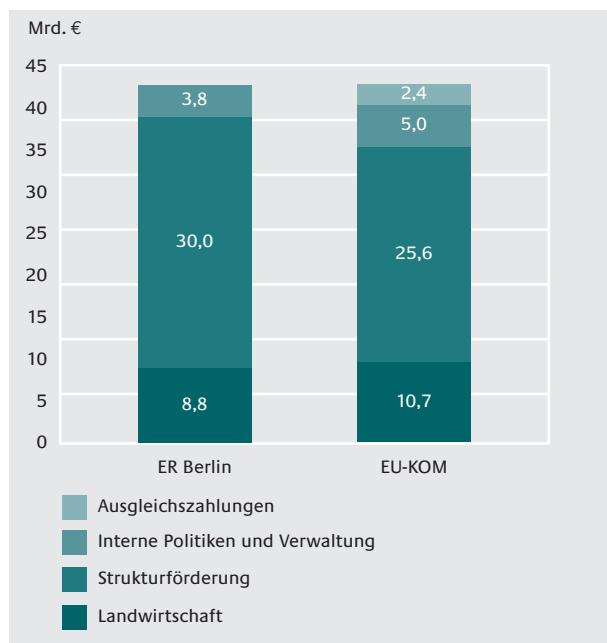
Stand der Beitrittsverhandlungen am 22. April 2002



¹ Bulgarien (BUL), Estland (EST), Lettland (LET), Litauen (LIT), Malta (MAL), Polen (POL), Rumänien (RUM), Slowenien (SLO), Slowakei (SVK), Tschechien (TSR), Ungarn (UNG), Zypern (ZYP).

die EU dabei, eine einheitliche Verhandlungsposition festzulegen, damit die auf dem Europäischen Rat (ER) Nizza beschlossene Wegskizze „road map“ eingehalten werden kann. Die EU-Kommision (KOM) hat dazu Ende Januar 2002 ihre Vorschläge für den Finanzrahmen der EU-Erweiterung 2004 bis 2006 vorgelegt. Mit Erweiterungskosten in Höhe von 40,2 Mrd. € für zehn beitreitende Staaten (nicht zur ersten Beitrittsrunde werden Bulgarien und Rumänien gehören) und einer Reserve für Ausgleichszahlungen will die KOM die Obergrenze des ER Berlin in Höhe von 42,6 Mrd. € ausschöpfen. Insbesondere in den Bereichen Agrarpolitik (Direktbeihilfen ausgehend von 25 % mit steigenden Anteilen bis 2013) und interne Politiken (u. a. Stilllegung von Atomkraftwerken) schlägt die KOM höhere Ausgaben vor. Diese Vorschläge werden durch die Regierungen der Mitgliedstaaten geprüft. Ziel ist eine Beschlussfassung zu den Erweiterungskosten, die dann die Grundlage für den Abschluss der Erweiterungsverhandlungen mit den Beitrittsländern im Dezember 2002 bildet.

Anpassung der Erweiterungskosten (KOM-Vorschlag)



Stand der Beitrittsverhandlungen und Kosten der Erweiterung

1 Wirtschaftslage: Zusammenfassung

Das Jahr 2001 war für die Beitrittsländer insgesamt ein **wirtschaftlich erfolgreiches Jahr**.

Wenn auch aufgrund der weltwirtschaftlichen Abschwächung insbesondere in der zweiten Jahreshälfte eine verringerte Dynamik sichtbar wurde, lag das Wachstum insgesamt über dem der EU. Die fortgeschrittene Handelsintegration mit den westeuropäischen Märkten forderte infolge der schwachen Konjunktur Westeuropas ihren Tribut: Durch die verminderte Exportnachfrage verringerte sich der Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft. Die Ausfuhren verloren seit Jahresmitte 2001 deutlich an Schwung. Die Binnennachfrage – gestützt durch Reallohnzuwächse und zum Teil lockere Fiskalpolitik – wirkte wachstumsfördernd, konnte die außenwirtschaftlichen Ausfälle aber nicht vollständig kompensieren.

Die **Arbeitslosigkeit** befindet sich trotz Wachstum weiterhin auf **hohem Niveau**, für die neben Umstrukturierungen u. a. unflexible Arbeitsmärkte ursächlich sind. Eine insgesamt **rückläufige Inflation** ließ Spielräume für **Zinssenkungen**, die zum Jahresende und zu Jahresbeginn 2002 genutzt wurden, um die Konjunktur geldpolitisch zu unterstützen. Zunehmende **Währungsaufwertungen**, die durch Produktivitätssteigerungen nicht aufgefangen werden konnten, führten zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsposition und damit teilweise zur Ausweitung außenwirtschaftlicher Defizite. Durch eine recht rege Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern kam es in einigen Beitrittsländern zur **Erhöhung der Leistungsbilanzdefizite**.

Die **Prognosen für 2002** gehen wiederum von einem über dem EU-Durchschnitt liegenden Wachstums aus, doch ist auch in diesem Jahr

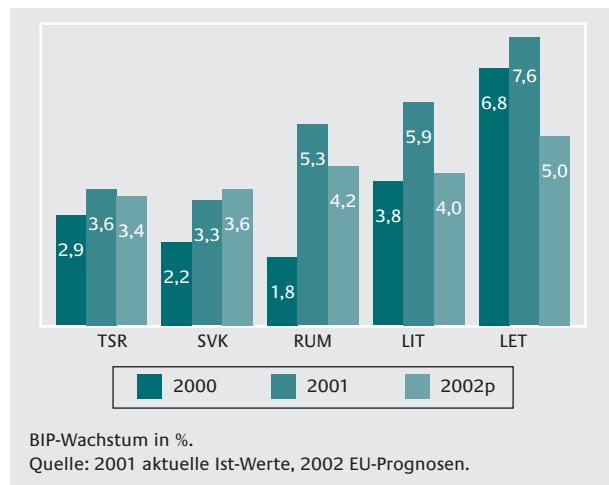
noch mit einer eher verhaltenen Nachfrage nach Exportgütern der Beitrittsländer bei ihren Haupthandelspartnern zu rechnen. Bei weiterhin starker Binnennachfrage wird das Importwachstum anhalten und könnte die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte verstärken. Zudem dürfte die zu Ende gehende Privatisierung und die konjunkturbedingt gehemmte Investitionsneigung einem unvermindert anhaltenden Zufluss ausländischer Investitionen entgegenstehen und somit die Finanzierung dieser Defizite erschweren. Die in diesem und im nächsten Jahr in einer Reihe von Ländern anstehenden Wahlen könnten den Trend zu einer expansiveren Haushaltspolitik unterstützen. Um den Prozess der realen Konvergenz fortzusetzen und zu beschleunigen, müssen Wirtschafts-, Finanz- und Strukturpolitik in den Beitrittsländern ein nachhaltiges und dauerhaftes Wachstum unterstützen. Die notwendigen Strukturreformen müssen konsequent weitergeführt werden, insbesondere im Finanzsektor.

1.1 Wirtschaftswachstum

Im Vorjahr war in den meisten Beitrittsstaaten eine beachtliche Resistenz gegenüber dem weltwirtschaftlichen Konjunktureinbruch zu beobachten. Alle Länder mit Ausnahme der Türkei und Malta verzeichneten wiederum ein positives Wachstum, insgesamt betrug der BIP-Zuwachs der zwölf Beitrittsstaaten ohne Türkei 3,0% (mit Türkei aufgrund der dortigen Krise allerdings – 0,1%) nach 3,8% (4,9%) in 2000. Während sich die Dynamik in Polen, Ungarn, Slowenien, Estland, Bulgarien, Malta und Zypern zum Teil merklich abschwächte, konnten Tschechien, Slowakei, Rumänien, Lettland und Litauen höhere Zuwachsraten als im Vorjahr verzeichnen.

Insgesamt wirkte jedoch in der zweiten Jahreshälfte in vielen Ländern die geringere Nachfrage nach Exportgütern dämpfend auf die Industrieproduktion. Die zum Teil recht rege Inlandsnachfrage, u. a. stimuliert durch Reallohnzuwächse und rückläufige Ölpreise unterstützte die wirtschaftliche Entwicklung. Die Investitionen steigen weiterhin

Dynamisches Wachstum in 2001 gegenüber Vorjahr

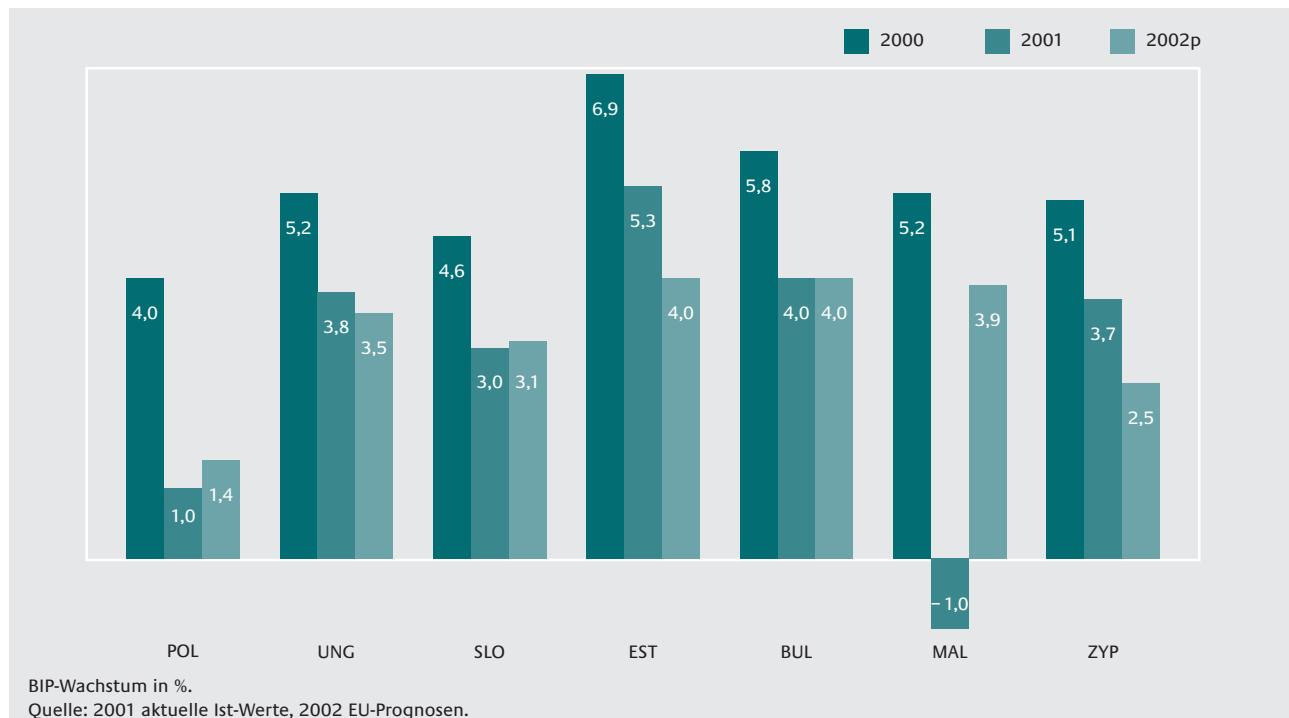


aufgrund sinkender Zinsen, fortgesetzter Unternehmensrestrukturierungen und angesichts der Aussichten auf einen schnellen EU-Beitritt. Ausnahmen bilden Polen, Türkei und Malta: Die bis vor kurzem verfolgte polnische Hochzinspolitik hat zwar zur Eindämmung der Inflation, aber gleichzeitig zu einer stagnierenden Inlandsnachfrage und damit zu einem Wachstum von nur 1% geführt.

Die Lage der türkischen Wirtschaft ist auch nach Auslaufen des zweijährigen gemeinsam mit dem IWF aufgelegten Stabilisierungsprogramms noch fragil, sodass zur Fortsetzung der wirtschaftlichen Konsolidierung weitere Kreditvereinbarungen getroffen wurden. Mit einem BIP von – 7,4 % wurde der seit Jahrzehnten stärkste Rückgang verzeichnet. Da ein Großteil der Staatsausgaben für Zinszahlungen verwendet werden müssen, fehlen dem Staat Möglichkeiten für eine aktive Wachstums- und Konjunkturpolitik. In Malta führte der Exporteinbruch von mehr als 17 % zu einem Rückgang des BIP von 1 %.

Die **Wachstumsaussichten für 2002** bleiben trotz der erwarteten verringerten Dynamik im Vergleich zur EU **günstig**. Unter der Annahme, dass sich das wirtschaftliche Umfeld im Zuge des wieder anziehenden Wachstums in den USA ver-

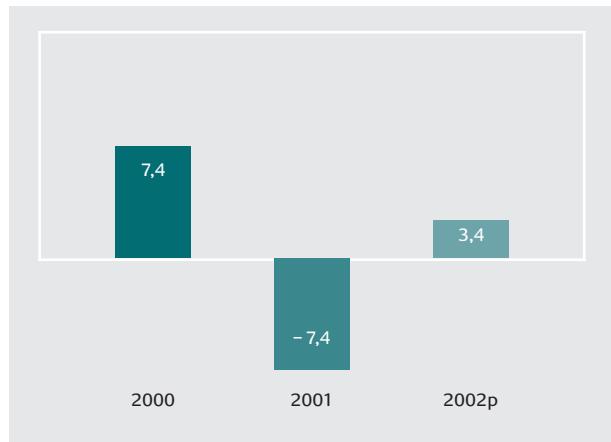
Verringerte Wachstumsdynamik gegenüber Vorjahr



bessern wird, wird für die zwölf Beitrittsländer ohne Türkei ein BIP-Zuwachs von insgesamt ca. 3 % erwartet (mit Türkei 2,7 %).

Vom Außenhandel werden dabei geringere Impulse ausgehen, da sich die Importnachfrage in der EU eher verhalten entwickeln wird. Das geringere Exportwachstums kann nur teilweise durch

BIP-Entwicklung Türkei in 2001 gegenüber Vorjahr



die Fiskalpolitik ausgeglichen werden. Daher wird das für den wirtschaftlichen Aufholprozess notwendige Wachstum nur durch staatsunabhängiges Binnenwachstum erreicht werden können. Angesichts der zum Teil starken Exportorientierung dürfte es jedoch schwer werden, außenwirtschaftlich bedingte Wachstumsausfälle vollständig durch eine expandierende Binnennachfrage zu kompensieren, auch wenn die rückläufige Inflation und Lohnsteigerungen die Kaufkraft und damit den privaten Konsum stärken werden. Erst in 2003 dürfte auch der Außenhandel wieder deutlich expansive Effekte zeigen und zu einem Wachstum von insgesamt 4,0 % (mit Türkei 3,9 %) beitragen.

Hohes Wachstum ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Aufholprozess der Beitrittskandidaten. Künftig kommt es darauf an, das über dem EU-Durchschnitt liegende Wachstum dauerhaft zu sichern. Eine Voraussetzung dafür liegt in einem effizienten Einsatz von Investitionen in den Wachstumssektoren. Entscheidend dafür ist die richtige Weichenstellung der Wirtschafts-, Finanz- und Strukturpolitik.

Exporte von Waren und Dienstleistungen in % des BIP 2001



1.2 Finanzpolitik

Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen als eine zentrale Aufgabe im Hinblick auf die Erreichung der Beitrittsreife der Kandidatenländer ergibt weiter ein **differenziertes Bild**. Während sich die Budgetlücke in einigen Ländern im Vorjahr stark erhöhte, ist in der Hälfte der Länder eine weitere Reduzierung der Budgetdefizite gelungen. Sechs Beitrittsländer (Baltische Staaten, Bulgarien, Slowenien, Zypern) liegen im Bereich des Konvergenzwertes für die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) von 3 % des BIP.

In einigen Ländern dient eine **expansive Fiskalpolitik** zur Unterstützung der inländischen Nachfrage, wobei die Defizite in Tschechien, Slowakei und Polen bereits stabilitätsgefährdende Dimensionen angenommen haben. Für das öffentliche Budgetdefizit 2001 in Tschechien und Slowakei wird von je 5,5 % des BIP ausgegangen (ohne Privatisierungseinnahmen und einschließlich der Restrukturierungskosten für das Bankensystem könnte es noch höher liegen), im Wahljahr 2002 dürfte es kaum sinken. In

Polen ist das gesamtstaatliche Defizit in 2001 auf 5,6 % des BIP angestiegen. In Ungarn haben die antizyklisch wirkenden staatlichen Investitionsprogramme und die expansive Ausgabenpolitik das Budget belastet. Mithilfe undurchsichtiger Haushaltspraktiken, die bereits im letzten Fortschrittsbericht der EU-KOM kritisiert wurden, weist das Budget letztlich ein Defizit von 4,3 % des BIP aus.

Die Situation der öffentlichen Finanzen in der Türkei hat sich infolge des IWF-Programms u. a. durch die Auflösung mehrerer außerbudgetärer Fonds verbessert, doch ist das Land mit einem Finanzbedarf des öffentlichen Sektors (der sich durch die Ereignisse des 11. September um ca. 10 Mrd. US-\$ erhöht hat) von - 17,6 % noch weit von einer Stabilisierung entfernt. Hauptproblem sind die hohen Zinsen, die Staat und Wirtschaft belasten sowie staatliche und private Investitionen verhindern. Gleichwohl konnten die Vorgaben für den Primärüberschuss des Haushalts in 2001 um 0,4 % auf + 5,9 % des BIP verbessert werden. Auch in diesem Jahr muss das Land mit erheblichen Haushaltsproblemen rechnen, 75 %

der veranschlagten Steuereinnahmen müssen für Zinszahlungen eingesetzt werden.

In der Reihe der Konsolidierungserfolge steht Estland mit einem ausgeglichenen Haushalt an erster Stelle. In Litauen ist die Aufrechterhaltung der mühsamen Konsolidierungspolitik (2001: – 1,7 % des BIP) das wirksamste Instrument, mit dem das Leistungsbilanzdefizit begrenzt und das Currency Board System glaubwürdig bleiben kann. In Lettland deuten sich nach einer bisher straffen Haushaltspolitik im Wahljahr 2002 Differenzen mit dem IWF an, der die von der Regierung vorgesehene Defizithöhe von – 2,5 % nach – 1,7 % des BIP als nicht stabilitätskonform ansieht. Der neuen bulgarischen Regierung ist die Balance zwischen niedrigen Steuern, erhöhten Sozialausgaben und begrenztem Haushaltsdefizit im vergangenen Jahr geglückt (+ 1,8 % des BIP). Auch die dies-

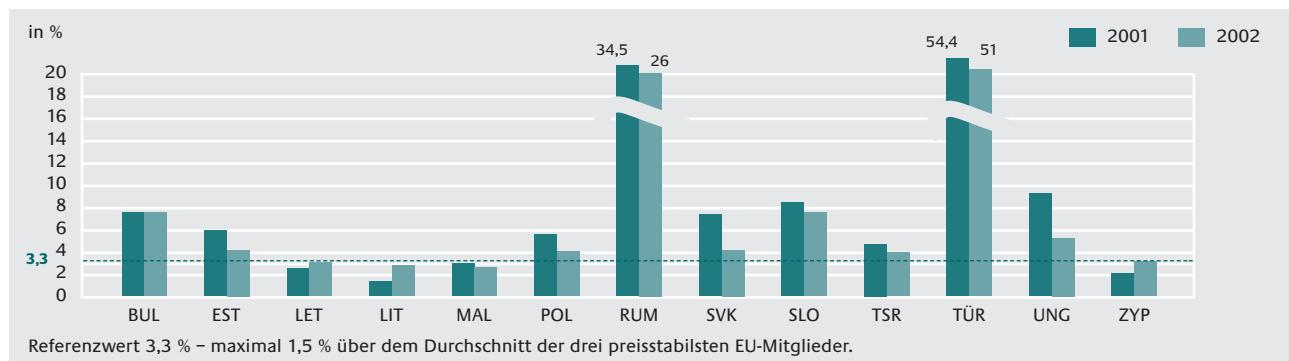
jährige Haushaltsplanung basiert auf realistischen Annahmen, würde jedoch durch eine effizientere Steuerverwaltung leichter erreichbar sein.

In den Fortschrittsberichten werden einige Länder wegen ihrer unzureichenden Reformanstrengungen kritisiert, die für eine mittelfristig tragfähige öffentliche Finanzlage erforderlich sind.

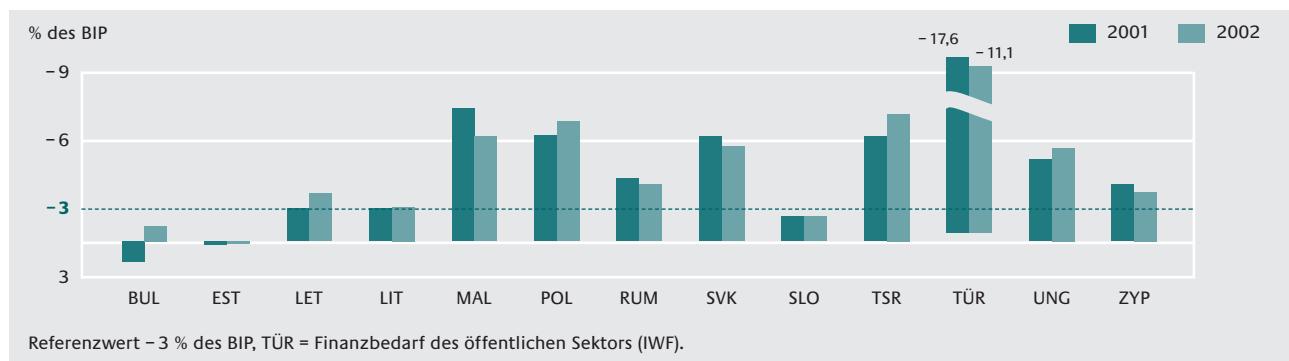
Dazu zählen die Stabilisierung von Steuereinnahmen durch Schließung von Schlupflöchern und Beseitigung von Steuerausnahmen sowie die zögerlichen Reformen der Sozialversicherungssysteme (Tschechien, Slowakei, Slowenien).

Die Budgetziele für 2002 lassen weitere Konsolidierungserfolge erwarten, doch sind in den Ländern, in denen in diesem Jahr Wahlen statt-

Preissteigerung



Haushaltsdefizite der Beitrittsländer



Quellen: EU-Frühjahrsprognose, IWF; Zinsen: Deutsche Bank Research, IWF.

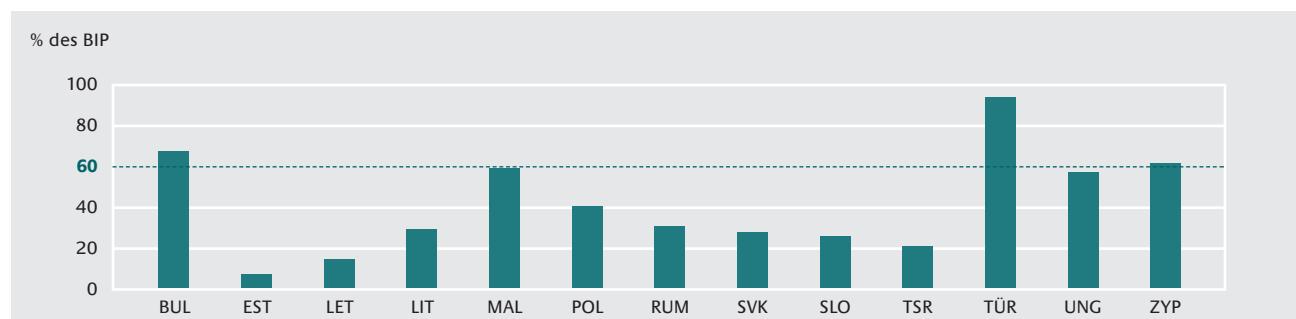
fanden (Ungarn) bzw. stattfinden – dazu gehören Tschechien, der Slowakei und Lettland –, Tendenzen zur expansiven Fiskalpolitik nicht zu übersehen. In Polen soll die Budgetlücke infolge von Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen möglichst um 5 % des BIP gehalten werden, doch zeigen sich bereits jetzt erste bedenkliche Ausgabenverhöhung. Da ein beträchtlicher Teil der Ausgaben im Zusammenhang mit EU- und NATO-Beitritt stehen, sind die Gestaltungsspielräume in den Beitrittsländern eingeschränkt. Umso mehr müssen die Ausgabenstrukturen reformiert werden. Die geringen Möglichkeiten für zusätzliche Sozialausgaben bei gestiegener Arbeitslosigkeit bergen erhebliche politische Risiken.

Das WWU-Kriterium des Bruttoschuldenstandes (maximal 60 % des BIP) wird in den meisten

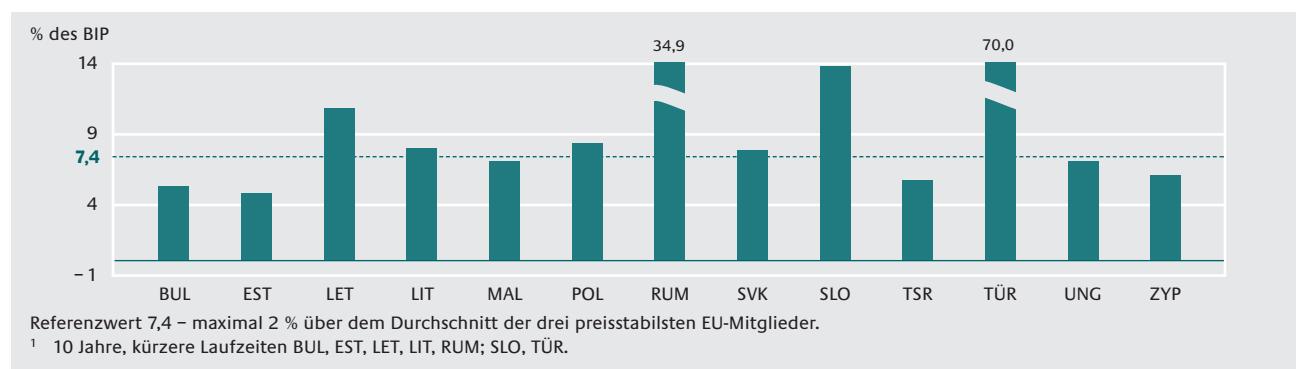
Beitrittsländern erfüllt, Ausnahmen bilden die Türkei und Bulgarien; Zypern liegt leicht über dem Grenzwert.

Der ab 2001 zwischen EU und den Beitrittsländern intensiv geführte Dialog über die makroökonomische Stabilität soll zusammen mit der fiskalischen Überwachung die Kandidaten sukzessive in die Lage versetzen, an der Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der multilateralen Haushaltsüberwachung teilnehmen zu können. Die ökonomischen Vorbeitrittsprogramme (PEP's) und die Haushaltsnotifizierungen, die erstmalig von allen Beitrittsländern im Vorjahr vorgelegt und im Rahmen hochrangiger Seminare diskutiert wurden, zielen darauf ab, die notwendigen Reformen und Strategien zur Erfüllung der Kopenhagener Wirtschaftskriterien aufzuzeigen

Bruttoschuldenstand 2001



Zinsen¹ Anfang 2002



und die aktuelle Haushaltssituation der Beitrittsländer auf der Basis des einheitlichen EU-Standards ESA95 zu analysieren. In diesem Jahr will die KOM mithilfe standardisierter Vorgaben zur Erstellung der PEP's eine noch bessere Vergleichbarkeit der Kandidatenländer untereinander erreichen.

1.3 Inflation

Nach der weit gehenden Beruhigung von Energie- und Nahrungsmittelpreisen bewegte sich die Inflation in den Beitrittsländern im Vorjahr überwiegend rückläufig, kommt aber bis auf wenige Ausnahmen noch nicht in die Nähe des für 2001 geltenden WWU-Referenzwertes von 3,3 %. Insgesamt wurde im Vorjahr für die zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer eine durchschnittliche Preissteigerungsrate von 10,6 % (für alle 13 Kandidatenländer 24,8 %) erreicht gegenüber 15 % (27,6 %) in 2000; außer in Rumänien und der Türkei liegt sie nunmehr in allen Beitrittsländern im einstelligen Bereich. An den Preissteigerungen haben die Erhöhung administrativer Preise und die EU-konforme Angleichung von Steuersätzen einen nicht unwesentlichen Anteil.

In Polen hat die restriktive Geldpolitik in Verbindung mit sinkenden Ölpreisen und der nominalen Aufwertung des Zloty zu einer deutlichen **Abnahme der Inflation** geführt: Mit 3,6 % (Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000) wurde die niedrigste Preissteigerungsrate der postkommunistischen Ära verbucht, die Jahresdurchschnittsinflation hat sich 2001 mit 5,5 % gegenüber 2000 nahezu halbiert. Die strikte Einhaltung fiskalischer Vorgaben hat die Rückführung der Preissteigerungsrate in Bulgarien unterstützt. Rumänien hat mit 34,5 % seine Zielsetzung fast erreicht und die Inflation um mehr als 11 Prozentpunkte zurückführen können. Die moderate Inflation in Lettland und Litauen ist auf eine straffe Geldpolitik und die erfolgreiche Anbindung der Landeswährungen an die Sonderziehungsrechte des IWF bzw. den US-\$ (Euro ab 1. Februar 2002) zurückzuführen.

In Ungarn (9,2 %) haben die zunehmend lockrere Haushaltsführung und in Slowenien (8,4 %) vor allem hohe Reallohnsteigerungen und ein beschleunigtes Geldmengenwachstum ein stärkeres Absinken der Inflation verhindert, die Raten zählen zu den höchsten der Region. In der Türkei zeigte sich 2001 trotz des konjunkturellen Einbruchs kein Inflationsrückgang, was zu spürbaren Realeinkommensverlusten und – wegen des Kaufkraftverlustes – zu einer akuten Notlage von Unternehmen führte. Zu den obersten Prioritäten der Regierung muss die Eindämmung der hohen Inflation und Realzinsen gehören, um die für eine wirtschaftliche Erholung notwendige Basis zu schaffen.

Auch in den ersten Monaten dieses Jahres hielt der rückläufige Trend an. Die **Aussichten** für weitere Erfolge auf dem Gebiet der Inflationsbekämpfung **in diesem Jahr sind gut**, die Zielsetzungen der einzelnen Länder ergeben eine durchschnittliche Rate von 8,1 % (21,1 %). Allerdings sind die Abhängigkeiten von den Preissteigerungen im Energie- und Brennstoffbereich sehr hoch, da die Volkswirtschaften sehr energieintensiv produzieren und meist Nettoenergieimporteure sind.

1.4 Geld- und Währungspolitik

Vor dem Hintergrund sinkender Inflationsraten und eines sich abschwächenden Wachstums agierte die Geldpolitik in den meisten Beitrittsländern im Vorjahr zunehmend lockerer, insbesondere ab Herbst 2001 sollten verstärkte **Zinssenkungen** den Aufwertungstendenzen der Währungen entgegenwirken und die Konjunktur unterstützen. Auch in den ersten Monaten 2002 hat sich diese Tendenz bestätigt. Die Rückführung der Leitzinsen in Ungarn (seit August 2001 um 2,8 Prozentpunkte) galt hauptsächlich dem zunehmend stärkeren Forint, der die Exporte belastet, zumal die gleitende Abwertung der Währung (crawling peg) zum 1. Oktober 2001 abgeschafft wurde. Auch die tschechische Zentralbank ist bemüht, mithilfe von Zinssenkungen und Interventionen eine weitere Aufwertung der Krone zu verhindern.

Die Leitzinsen wurden seit November 2001 in vier Zinsschritten um insgesamt 1,5 Prozentpunkte herabgesetzt und befinden sich damit zurzeit auf einem Rekordtiefstand. Neben Investitionszuflüssen haben auch Privatisierungsentscheidungen der Regierung die Aufwertungseffekte der Krone verstärkt (in 2001 8,7 % gegenüber dem Euro).

Die sechs vorjährigen Zinssenkungen der polnischen Zentralbank um insgesamt 7,5 % leiteten das Ende der Hochzinspolitik ein. Sie sollten einerseits die Konjunktur unterstützen, andererseits den Zustrom kurzfristigen spekulativen Kapitals nach Polen bremsen und damit den Aufwertungsdruck (2001 + 9,4 % gegenüber dem Euro) auf die Währung dämpfen. Es zeigten sich gegen Jahresende bereits erste Auswirkungen auf den privaten Verbrauch. Seit Jahresbeginn entschloss sich die Zentralbank zu weiteren Absenkungen um insgesamt 3 Prozentpunkte (Diskontsatz seit 26. April 2002 11,0 %, Lombardsatz 12,5 %). Spielraum für weitere Zinsschritte sind durch den Inflationsrückgang gegeben, doch agiert die Nationalbank aufgrund des hohen Haushaltsdefizits eher vorsichtig.

Die Verantwortung für die Wahl des **Wechselkursregimes** während der Heranführungsphase liegt bei dem jeweiligen Beitrittsland. Die Ausnahme davon ist eine einseitige Übernahme des Euro, die von der EU als Umgehung des vertraglich vorgesehenen Konvergenzprozesses angesehen und deshalb abgelehnt wird. Acht der 13 Beitrittsländer haben ihre Währung freigegeben oder lassen sie innerhalb eines breiten Bandes schwanken. Ausnahmen sind Estland, Litauen und Bulgarien, die sich im Rahmen von Currency Board Systemen zu einer festen Bindung ihrer Währung entschlossen haben. Lettland hat seine Währung an die Sonderziehungsrechte des IWF angebunden, Malta an einen Währungskorb.

Wie bereits im Vorjahr angekündigt, wurde die Kopplung der litauischen Währung Litas an den Dollar zum 2. Februar 2002 durch eine Bindung an den Euro ersetzt (Festkurs 3,4528:1 €). Dies trägt den sich verstärkenden Handelsbeziehungen mit EU-Staaten Rechnung (in 2001 wurde knapp 50 % des Handels mit der EU abgewickelt). Das Currency Board System in Bulgarien genießt breite Unterstützung und fungiert auch unter den neuen

	Wechselkurs (x nationale Währungseinheiten = 1 Euro)		Aktuelles Wechselkursregime
	1999	2001	
Bulgarien	2,0	1,9	Currency Board (Euro)
Estland	15,6	15,7	Currency Board (Euro)
Lettland	0,6	0,6	Anbindung an Sonderziehungsrechte des IWF
Litauen	4,3	3,6	Currency Board (Euro, vorher US-\$)
Malta	2,3	2,5	Anbindung an einen handelsgewichteten Währungskorb
Polen	4,2	3,7	Flexibler Wechselkurs
Rumänien	16 531	26 219	Managed float (US-\$)
Slowakei	44,1	43,3	Managed float (Euro)
Slowenien	195,6	218,7	Managed float (Euro)
Tschechien	36,9	34,0 (3/02:31,6)	Managed float (Euro)
Türkei	444 948	1 107 700	Flexibler Wechselkurs
Ungarn	254,1	240,0	Wechselkursband (Euro)
Zypern	1,7	1,7	Anbindung zum Euro mit breitem Band und weichem inneren Band

Kreditvereinbarung mit dem IWF – abgeschlossen Ende Februar 2002 – als Stabilitätsanker.

Allen Wechselkursregimen ist gemein, dass sie die Unterstützung durch eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik benötigen. Es ist notwendig, die Angemessenheit des gewählten Regimes im Auge zu behalten und ggf. das Regime rechtzeitig zu wechseln.

Bereits um der EU beitreten zu können, müssen die Beitrittskandidaten auch einen Teil ihrer währungspolitischen Autonomie aufgeben. Voraussetzung des Beitritts ist die Übernahme des Acquis (z. B. Verbot der Finanzierung von Staatsdefiziten durch die Notenbank, freier Kapitalverkehr, Unabhängigkeit der Zentralbank).

Mit dem EU-Beitritt sind die neuen Mitgliedstaaten verpflichtet, ihre Wechselkurse als Angelegenheit von gemeinsamen Interesse zu betrachten. Die Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems findet zu gegebener Zeit nach dem EU-Beitritt statt. Vor einer Übernahme des Euro müssen sie wie alle anderen Mitgliedstaaten die Konvergenzkriterien nachhaltig erfüllen. Dazu gehört auch, dass das Land für mindestens zwei Jahre innerhalb der normalen Bandbreiten und ohne starke Spannungen am Wechselkursmechanismus teilgenommen hat. Für die Stabilität und das internationale Ansehen des Euro ist es erforderlich, dass bei den

Konvergenzkriterien keinerlei Abstriche gemacht werden.

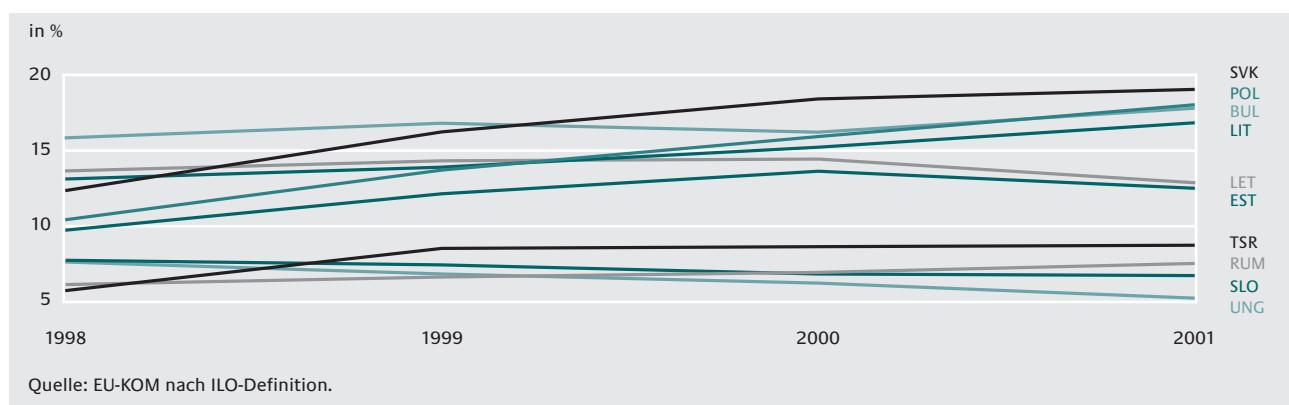
1.5 Arbeitslosigkeit

Anders als befürchtet hat das anhaltende Wirtschaftswachstum der Beitrittsländer eine zusätzliche Belastung der Arbeitsmärkte durch die westliche Konjunkturflaute zum Großteil verhindert. Ausnahmen bilden Polen, die Slowakei und Bulgarien. Insgesamt bleibt das **Niveau der Arbeitslosigkeit** der Beitrittsländer nach wie vor hoch.

In Polen stieg die Arbeitslosigkeit 2001 auf 18,2 % und betrug damit 2,2 % mehr als 2000 (nach ILO-Standard). In den östlichen Gebieten des Landes übersteigt sie zum Teil 30 %. Der notwendige Abbau des hohen Arbeitskräfteüberschusses sowohl im Bergbau- und Stahlsektor als auch in der Landwirtschaft wird den Arbeitsmarkt zusätzlich belasten.

Auch in der Slowakei ist die Zahl der Arbeitssuchenden weiter gestiegen und führte zu einer Quote von 19,2 % (2000 18,6 %). Ursachen waren auch hier neben verstärkten Unternehmensumstrukturierungen Defizite auf dem Arbeitsmarkt. Bulgarien gehört mit ca. 18 % (2001) ebenfalls zu den Beitrittsländern mit hoher Arbeitslosigkeit. Im zweistelligen Bereich befanden sich im Vorjahr zudem Litauen, Lettland und Estland.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit



Probleme bereiten weiterhin die hohen regionalen Unterschiede, die auch in Ungarn (Dezember 2001 5,4%) zu verzeichnen sind: Während in der Region um Budapest nur 3 % Arbeitslosigkeit herrschen, beträgt sie im Nordosten des Landes fast 20 %.

Unflexible Arbeitsmärkte und die Nichtübereinstimmung angebotener mit nachgefragter Qualifikation tragen dazu bei, dass auch bei hohen Wachstumsraten in den Beitrittsländern Arbeitslosigkeit vorherrscht. Strukturreformen und Produktivitätsfortschritte setzen Arbeitskräfte frei, die von den neu entstehenden Unternehmen mangels Flexibilität und Qualifikation nicht absorbiert werden können. Strukturell bedingter Arbeitslosigkeit müssen verstärkt Maßnahmen zur Qualifizierung und zur Flexibilisierung entgegengesetzt werden.

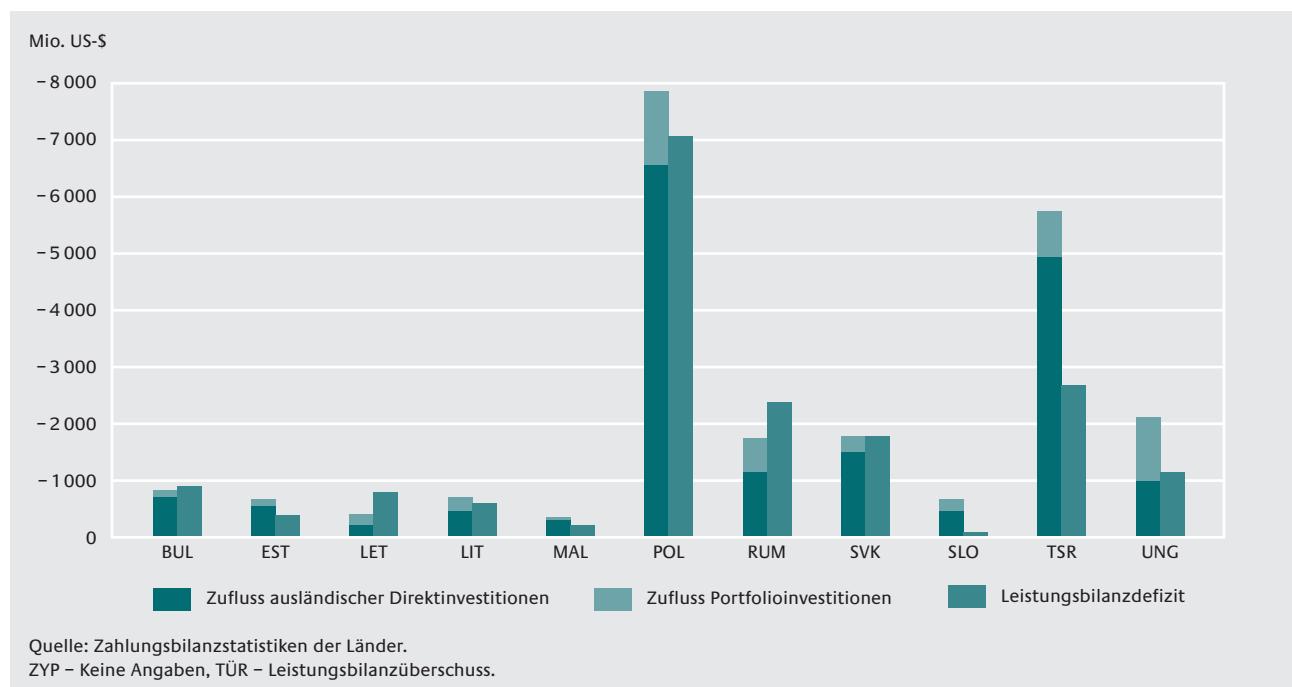
1.6 Außenwirtschaft/ Leistungsbilanzen

Die Konjunkturschwäche in Westeuropa äußerte sich in den Beitrittsländern ab der zweiten Jahreshälfte 2001 infolge der hohen Handelsinte-

gration in einer **verminderten Exportnachfrage**, nachdem im ersten Halbjahr noch dynamische Zuwächse zu verzeichnen waren. Die Exporte verloren zunehmend an Schwung, verzeichneten für das Gesamtjahr 2001 wegen der positiven Entwicklung im ersten Halbjahr trotzdem noch respektable Wachstumsraten. Aus diesem Grund konnten u. a. Litauen, Polen, Slowakei und Ungarn ihre Handelsbilanzdefizite reduzieren. In der Türkei führte die hohe Abwertung der Landeswährung neben einer Verbilligung der Exporte gleichzeitig zu einem rapiden Importrückgang und damit zu einer Verminderung der Handelsbilanzlücke um ca. drei Viertel. Durch eine zudem günstige Entwicklung der Dienstleistungsbilanzen u. a. aufgrund hoher Tourismuseinnahmen ist es den genannten Ländern gelungen, ihre Leistungsbilanzdefizite zu reduzieren, in der Türkei wurde ein Überschuss von 2,3 % des BIP erreicht.

Länder wie Rumänien, Bulgarien und die Slowakei haben neben der allgemeinen Nachfrage schwäche eine Wettbewerbsverschlechterung ihrer Exportprodukte durch eine fortgesetzte reale Aufwertung der Landeswährungen gegenüber dem

Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite 2001

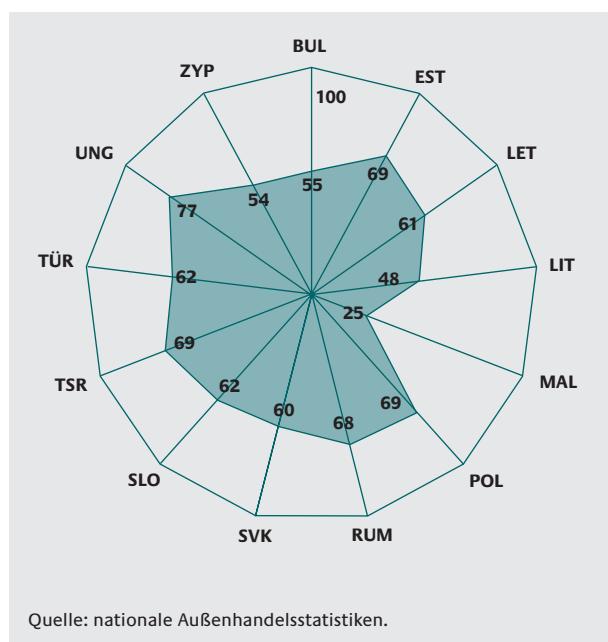


Euro verkraften müssen. Die zudem kräftige inländische Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern führte dort zu einer Verschlechterung der Handels- und Leistungsbilanzdefizite. Ein Niveau der **Leistungsbilanzdefizite von über 5 % des BIP** (Bulgarien, Estland, Lettland, Rumänien, Slowakei) stellt für die künftige Entwicklung einen **Risikofaktor** dar, zumal sich die Exportaussichten aufgrund der Wachstumsverlangsamung wichtiger Handelspartner weiter eintrüben könnten.

Eine nachhaltige Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite in 2001 über ausländische Direktinvestitionen erfolgte in Tschechien, der Slowakei, Malta und Estland. In den anderen Ländern musste jedoch ein Teil über den Abbau von Devisenreserven (Bulgarien, Rumänien, Lettland) bzw. Portfolioinvestitionen (Slowakei, Polen, Ungarn, Litauen) finanziert werden. Dies birgt durch die höhere Volatilität tendenziell die Gefahr einer höheren Anfälligkeit für Turbulenzen an den Devisenmärkten.

Die fortgeschrittene Integration mit den westeuropäischen Wirtschaften machen die Bei-

Anteil der EU-Exporte an Gesamtexporten in %
2001



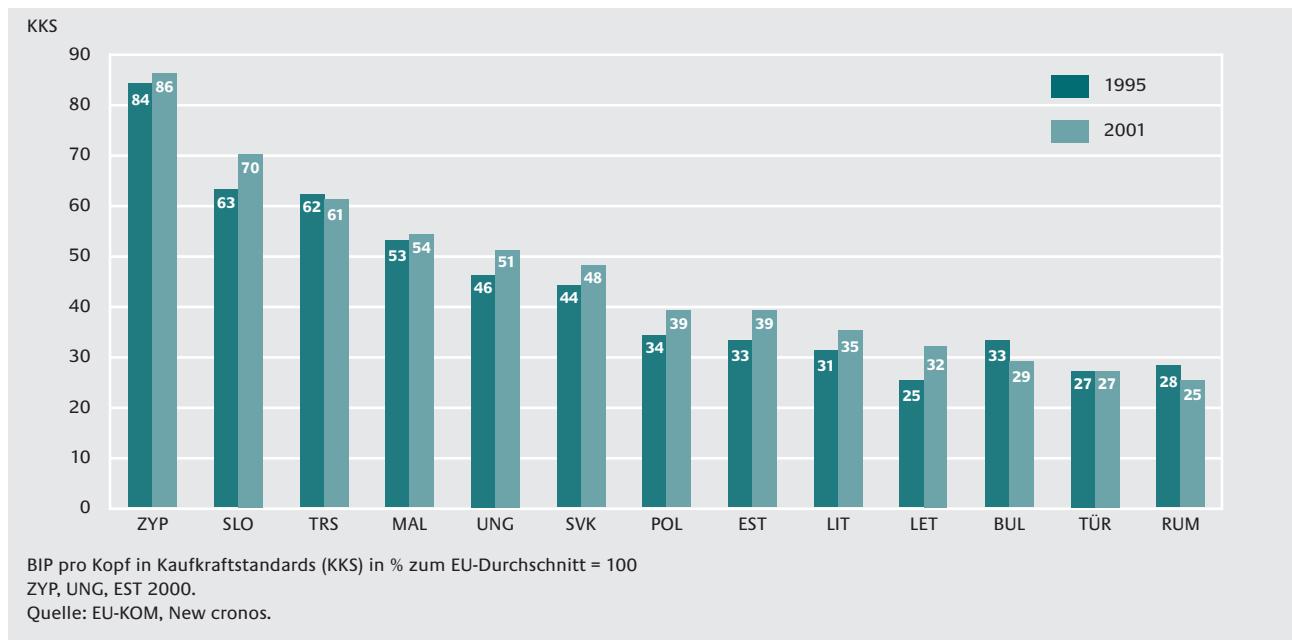
trittsländer verletzlich gegenüber der Konjunkturschwäche in der EU. Die außenwirtschaftlichen Aussichten für die Beitrittsländer bleiben auch 2002 gedämpft. Infolge der moderaten weltwirtschaftlichen Erholung wird sich der Trend zu mäßigem Exportwachstum in den Beitrittsländern fortsetzen. Aufgrund reger inländischer Investitionstätigkeit und kräftigen privaten Konsums dürften sich die Handelsbilanzdefizite ausweiten. Da gleichzeitig mit geringeren Überschüssen in den Dienstleistungsbilanzen (u.a. durch Abschwächung der Tourismuseinnahmen) zu rechnen ist, dürften sich auch die Leistungsbilanzdefizite erhöhen. Die Investitionsneigung westeuropäischer Unternehmen in den Beitrittsstaaten dürfte konjunkturbedingt nicht zu übermäßigen Zuflüssen an ausländischen Direktinvestitionen führen, zudem auch die Privatisierung sich langsam ihrem Ende entgegen neigt. Um die wettbewerblichen Herausforderungen nach einem Beitritt zu bestehen, ist eine Fortsetzung des außenwirtschaftlichen Anpassungsprozesses unumgänglich. Die begonnene Diversifizierung der Exportstruktur, die Abkehr von traditionellen Exportgütern, die Reaktivierung ehemaliger Exportmärkte und die Erschließung neuer Absatzmärkte sind begrüßenswerte Entwicklungen.

1.7 Reale Konvergenz und Reformpolitiken

In den letzten Jahren haben die Beitrittsländer zwar Fortschritte beim Aufholprozess (reale Konvergenz – gemessen in BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards) gegenüber der EU gemacht, insgesamt ist aber eine deutliche Annäherung noch nicht gelungen.

Die letzten fünf Jahre haben nur zu einem geringen Maß zur Konvergenz zwischen den Beitrittsländern und der EU beigetragen. Im Durchschnitt aller 13 Länder ergab sich eine Erhöhung von 34,5 % des EU-Durchschnitts im Jahr 1995 auf 35,2 % im Jahr 2000.

Reale Konvergenz seit 1995



Drei der 13 Länder haben in den vergangenen Jahren nicht aufholen können (Bulgarien, Rumänien, Tschechien). Die **größten Fortschritte** machten Slowenien, Estland, Ungarn, Polen und Lettland; sie holten gegenüber dem EU-Durchschnitt jeweils 5 % und mehr auf.

Gemessen an den Ergebnissen des Jahres 2001 ist **Zypern** mit mehr als **86 % des EU-Durchschnitts** das am weitesten fortgeschrittenen Beitrittsland; Rumänien steht mit 25 % am unteren Ende. Unter den Transformationsländern belegt Slowenien den vordersten Platz mit 70 %. Das bevölkerungsreichste Beitrittsland **Polen erreicht 39 %**. Trotz dieser Unterschiede gibt es eine gewisse Annäherung der Kandidaten untereinander; Länder wie die Slowakei, Lettland und Litauen haben ihren Abstand zu den fortgeschrittensten Ländern verringert.

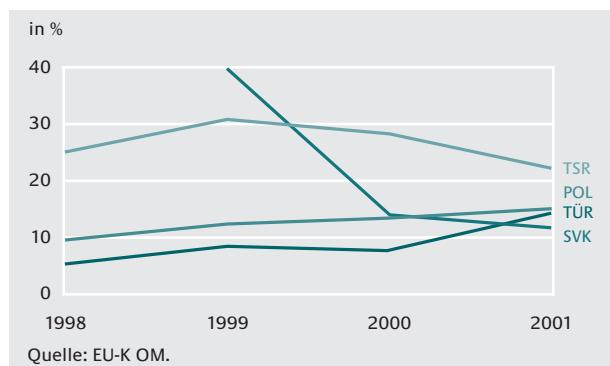
Der Konvergenzprozess wird für einige Länder lange dauern. Erfolgreich kann der Aufholprozess nur dann sein, wenn die Beitrittsländer Grundlagen für dauerhaft höhere Wachstumsraten schaffen. Dazu zählen die Vermeidung

makroökonomischer Krisen, hohe Investitions- und ausländische Direktinvestitionsraten, ein leistungsfähiger Industriesektor und ein entwickelter Finanzsektor.

Die dazu notwendigen **Strukturreformen** müssen konsequent weitergeführt werden, um die Wachstumsdynamik der Privatwirtschaft zu stimulieren und um das zunehmende Problem der Arbeitslosigkeit, das auch den Konsolidierungskurs gefährdet, zu bekämpfen. Insbesondere der Finanzsektor verdient im Rahmen der Umstrukturierung Aufmerksamkeit. Trotz erheblicher Fortschritte gibt es noch größere Differenzen bei der Börsenkapitalisierung, am Versicherungsmarkt und bei der Bereitstellung langfristigen Kapitals. Die Privatisierung des Bankensektors wurde in Estland, Ungarn, Lettland und Tschechien abgeschlossen. Während sie auch in Litauen, Rumänien, Polen und der Slowakei weiter vorankommt, gibt es in Slowenien Verzögerungen.

Die Finanzintermediation muss verbessert werden, sie trägt nur ungenügend zur Finanzierung von Investitionen im Privatsektor bei

Entwicklung des Anteils notleidender Kredite am gesamten Kreditvolumen



(besonders in Rumänien, Bulgarien, Litauen). Die Kreditvergabe ist sehr moderat und überwiegend kurzfristig orientiert. Der Zugang zu Finanzmitteln bleibt insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen problematisch. Die Einführung innovativer Finanzierungsmöglichkeiten auf der Basis von Privatkapital – wie u. a. bereits in Ungarn, Lettland und der Slowakei praktiziert – sollte helfen, auf diesem Gebiet Fortschritte zu erzielen. Zudem leiden viele Banken immer noch an einem hohen Anteil uneinbringlicher Forderungen (bad loans), die in Tschechien, der Slowakei, Polen und der Türkei 10 % des gesamten Kreditvolumens übersteigen.

Die Unternehmensprivatisierung ist in vielen Beitrittsländern weitgehend abgeschlossen, doch

bereitet oft die Veräußerung noch verbleibender großer Unternehmen Schwierigkeiten. Zudem stehen die Privatisierungsmethoden und Verfahrensfragen immer wieder im Mittelpunkt innenpolitischer Auseinandersetzungen, insbesondere wenn strategisch wichtige Unternehmen des Energie- und Transportbereichs betroffen sind (u. a. Lettland, Litauen).

Die letzten Fortschrittsberichte der EU-KOM vom November 2001 sind für die Beurteilung der Reformfortschritte und Beitrittsreife der Kandidatenländer ein wichtiger Anhaltspunkt, wenngleich diesmal mit einem wesentlich homogeneren Urteil das Szenario eines gleichzeitigen Beitritts von zehn Ländern unterstützt werden soll. Alle mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer außer Rumänien und Bulgarien werden als funktionsfähige Marktwirtschaften bezeichnet, die bei Fortführung ihres Reformkurses in Kürze in der Lage sein dürften, dem Wettbewerbsdruck der Union stand zu halten. Malta und Zypern wurde wiederum die Erfüllung des wirtschaftlichen Beitrittskriteriums einer funktionsfähigen Marktwirtschaft, die dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union stand halten kann, attestiert. Bulgarien ist nahe am Status einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und damit besser bewertet als Rumänien, dem zumindest weitere Fortschritte in diese Richtung bescheinigt wurden. Lediglich die Türkei konnte krisenbedingt keine weiteren Fortschritte verzeichnen.

Internationale Konferenz über Entwicklungs- finanzierung („Financing for Development“) in Monterrey, 18. bis 22. März 2002

Vom 18. bis 22. März 2002 fand in Monterrey/Mexiko die Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung statt. An der Konferenz nahmen rund 60 Staats- und Regierungschefs teil. Neben den Regierungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen waren zahlreiche VertreterInnen der Parlamente, der Wirtschaft und von Nichtregierungsorganisationen beteiligt.

Die deutsche Delegation wurde von Frau Bundesministerin Wieczorek-Zeul geleitet. Ihr gehörten Vertreter aller betroffenen Ressorts an: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Auswärtiges Amt, Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Zur erweiterten Delegation gehörten Vertreter des Deutschen Bundestages, von politischen Stiftungen, von Nichtregierungsorganisationen, der Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirchen.

Das Abschlussdokument („Monterrey-Konsensus“) war bereits bei der letzten Sitzung des Vorberitungsausschusses im Januar 2002 in New York fertig gestellt worden und wurde auf der Konferenz ohne weitere Änderungen angenommen.

Die Konferenz befasste sich in einer Gesamtschau mit dem gesamten Themenspektrum der Entwicklungspolitik. Der Monterrey-Konsensus

spiegelt insbesondere folgende Themenbereiche wieder:

- Mobilisierung nationaler finanzieller Resourcen;
- Mobilisierung internationaler privater Ressourcen (z. B. ausländische Direktinvestitionen);
- Internationaler Handel und wirtschaftliche Entwicklung;
- Verbesserung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit; Schuldenproblematik;
- Verbesserung der Kohärenz und Konsistenz des internationalen Währungs-, Finanz- und Handelssystems;
- Überprüfung der Konferenzergebnisse in fünf Jahren.

Die Konferenz wird von allen Beteiligten als Erfolg gewertet. Sie war ein Markstein auf dem Weg zur Erreichung der Ziele der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen 2000. Der Monterrey-Konsensus ist Ausdruck einer neuen Partnerschaft zwischen Entwicklungs- und Industrieländern: Die Entwicklungsländer bekennen sich zur Selbstverantwortung, zur Schaffung günstiger Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Mobilisierung jeglicher Art von Ressourcen (externe, interne, private und öffentliche) zur Entwicklungsfinanzierung. Zugleich werden sie eine „gute Regierungsführung“ (Demokratie, Korruptionsbekämpfung, u. a.) zur Maxime ihrer Politik erheben. Die Industrieländer erkennen ihrerseits an, dass diese Bemühungen technisch und finanziell unterstützt werden müssen. In diese Partnerschaft eingeschlossen sind auch die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft.

Insbesondere wird die Bedeutung der Mobilisierung in- und ausländischen Privatkapitals im Konsens unterstrichen. Gleichzeitig wird aber auch dafür geworben, die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen effizienter zu gestalten und zu steigern. Die von den beiden großen Gebern USA und EU angekündigte Erhöhung dieser Leistungen in den Folgejahren wurde allgemein begrüßt, auch wenn viele Entwicklungsländer

(und Entwicklungsminister) diese Leistungssteigerungen immer noch als zu gering betrachten.

Sehr begrüßt wurde die enge Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit den Bretton-Woods-Institutionen. Die intensive Einbindung von Weltbank, IWF und WTO schon im Vorbereitungsprozess zur Konferenz führte zu einer Annäherung von Positionen und Gesprächskulturen.

Die große Zahl von Parallelveranstaltungen im Verlauf der Konferenz, die von den Mitgliedstaaten, den internationalen Organisationen und den Nichtregierungsorganisationen veranstaltet wurden, haben zum positiven Verlauf der Konferenz beigetragen. Sie haben Monterrey zu einer Ideenbörse für die Zukunft gemacht und versucht, neue Lösungsmöglichkeiten in der Entwicklungsfinanzierung aufzuzeigen, die über den Monterrey-Konsensus hinausgehen.

Auf Einladung des mexikanischen Finanzministers F. Gil Diaz fand im Rahmen der Konferenz ein Treffen von rund 50 Finanzministern aus Entwicklungsländern statt, in dem folgende Themen debattiert wurden:

- Bedeutung der Steuerpolitik für die Mobilisierung von Ressourcen im Entwicklungsbereich,
- Möglichkeiten zur Umsetzung des Monterrey-Konsensus,
- Initiativen für einen neuen Mechanismus im internationalen Insolvenzrecht.

Deutschland forderte in den Diskussionen der Finanzminister eine deutlich verbesserte internationale Zusammenarbeit beim Kampf gegen Korruption und Geldwäsche und eine Abschaffung der so genannten Steuerparadise. Der vom IWF vorgeschlagene neue Schuldenmechanismus zu einem internationalen Insolvenzrecht werfe noch eine Reihe von zu klarenden rechtlichen und praktischen Einzelfragen auf, man sollte aber bemüht sein, diese Initiative weiter zu fördern und voranzubringen. Bis zum kommenden Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im August/September 2002 in Johannesburg sind noch eine Reihe von Hausaufgaben für die Regierungen zu erledigen, so z. B. die Beendigung der Wiederauffüllungsverhandlungen zwischen der Weltbank und den Entwicklungsbanken, IDA 13 und eine angemessene Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität (GEF).

Der Leiter dieses Konferenzsegmentes, M. Camdessus, hob hervor, dass er in seiner aktiven IWF-Zeit immer vergeblich auf ein Treffen der Finanzminister bei einer Weltkonferenz gehofft habe, für ihn sei die Annäherung von New York (Vereinten Nationen) und Washington (Weltbank, IWF) der große Erfolg der Monterrey-Konferenz.

Die Konferenzstaaten kamen überein, in fünf Jahren zu überprüfen, inwieweit der Erfolg von Monterrey ein für die Zukunft tragfähiges Ergebnis gewesen ist.

Grünes Licht für die neue Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

1 Herausbildung eines integrierten Finanzmarktes	87
2 Ziele der deutschen integrierten Finanzaufsicht	88
3 Organisation der Bundesanstalt	88

Durch das Gesetz über die integrierte Finanzdienstleistungsaufsicht vom 22. April 2002 wurde zum 1. Mai 2002 die neue Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BAFin) gegründet. Unter dem Dach der neuen Anstalt sind die Aufgaben der ehemaligen Bundesaufsichtsämter für das Kreditwesen (BAKred), das Versicherungswesen (BAV) und der Wertpapierhandel (BAWe) zusammengeführt worden. Damit existiert in Deutschland erstmals eine staatliche Aufsicht über Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Versicherungsunternehmen, die sektorübergreifend den gesamten Finanzmarkt umfasst. Die neue Bundesanstalt wird damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilität des Finanzplatzes Deutschland leisten und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Die BAFin ist eine rechtsfähige bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen. Sie hat ihre Dienstsitze in Bonn und Frankfurt am Main und beschäftigt rund 1 000 Mitarbeiter. Die Anstalt beaufsichtigt etwa 2 700 Kreditinstitute, 800 Finanzdienstleistungsinstitute und über 700 Versicherungsunternehmen.

Ausschlaggebend für die Änderungen der bisher bestehenden Strukturen waren die feststellbaren tief greifenden Veränderungen auf den Finanzmärkten, die in den letzten Jahren immer stärker in Erscheinung traten. Hierauf musste der

Gesetzgeber reagieren. Vor allem folgende Gründe bewogen ihn, die integrierte Finanzaufsicht zu errichten.

1 Herausbildung eines integrierten Finanzmarktes

Auch in Deutschland bildet sich ein integrierter Finanzmarkt heraus. Die Konvergenz zwischen den Sektoren des Banken- und Versicherungsbereichs bzw. der Wertpapierhäuser wächst. Eine integrierte Finanzaufsicht ist am besten in der Lage, auf die Dynamik der Veränderungen des Finanzmarkts zu reagieren sowie gleiche Regeln für gleiches Risiko bei einheitlicher Aufsichtspraxis zu schaffen und damit auf dem Finanzplatz das Ausnutzen nicht gerechtferriger, zwangsläufig eintretender Regulierungsdifferenzen und Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.

Banken, Versicherungen und Wertpapierhäuser konkurrieren heute am selben Markt um denselben Kunden mit ähnlichen und oft sogar mit denselben Produkten bzw. Vertriebswegen. Die Zahl der Schnittstellen zwischen den Produkten der Banken, Investmentgesellschaften, Wertpapierhäusern bzw. Versicherungen und deren Vertrieb wächst. Organisation und Führung der einzelnen Finanzinstitute sind heute vergleichbar strukturiert.

Die Grenzen der Produkte verschwimmen auch für den Sektor der Daseins- und Altersvorsorge (Sparpläne von Banken und Versicherungen etc.). Der europäische Binnenmarkt und die Reform der Alterssicherung, etwa durch die Schaffung betrieblicher Pensionsfonds, werden in diesem Konvergenzprozess als Katalysator wirken.

Wegen dieser Entwicklungen erschien die ehemals praktizierte Teilung der Aufsichtskompetenzen zwischen BAKred, BAV und BAWe nicht mehr zeitgemäß. Dies ist im Übrigen auch eine europäisch und international festzustel-

lende Tendenz. In den skandinavischen Ländern, in Großbritannien, in Japan und Australien bestehen bereits sektorübergreifende Aufsichtsbehörden. In diese Richtung gehen auch Irland, Österreich und demnächst die Schweiz.

Die integrierte Finanzaufsicht in Deutschland wird aufgrund ihrer umfassenden Kompetenzen und ihrer vollständigen Marktübersicht in der Lage sein, eine effektive Aufsicht durchzuführen, womit gleichzeitig Wettbewerbsverzerrungen, die aufgrund von Regulierungsdifferenzen unter einer zersplitterten Aufsichtsstruktur leicht entstehen können, vermieden werden.

Bei der Durchführung der Aufsicht in Deutschland führt die neue Organisationsform zu Synergieeffekten und Effizienzsteigerung. Das Wissen und die Erfahrung der Aufseher, insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Produkt- und insbesondere auch Risikokonvergenz, lässt sich effizienter als bisher nutzen. Die in der Vergangenheit häufig sehr aufwendige Koordination zwischen den einzelnen Aufsichtsämtern entfällt. Gleichzeitig werden jedoch die bestehenden branchenspezifischen Unterschiede berücksichtigt. Die insoweit sich in der Vergangenheit herausgebildeten Aufsichtspraktiken und Regeln für Banken und Versicherungen haben sich grundsätzlich bewährt. Deshalb änderte der Gesetzgeber die zugrunde liegenden Aufsichtsrechte im Zuge der Neuorganisation nicht.

2 Ziele der deutschen integrierten Finanzaufsicht

Die Bundesanstalt verfolgt im Wesentlichen drei Aufsichtsziele: Übergeordnetes Ziel ist es, die Funktionsfähigkeit des gesamten Finanzsektors in Deutschland sicherzustellen. Daraus lassen sich zwei weitere Ziele ableiten: Zum einen Solvenssicherung bei Banken, Finanzdienstleistungsinstituten und Versicherungsunternehmen, die in der Vergangenheit von BAKred und BAV wahrgenommen wurden, zum anderen der Schutz der Kun-

den und Anleger, eine Aufgabe, die bisher das BAWe wahrzunehmen hatte.

3 Organisation der Bundesanstalt

Kernstück sind die drei Aufsichtssäulen, in denen die Aufgaben der ehemaligen Aufsichtsämter aufgegangen sind. Den branchenspezifischen Unterschieden wird bei der Organisation Rechnung getragen. Die angesichts der Entwicklungen auf den Finanzmärkten erforderlichen sektorübergreifenden Tätigkeiten werden von mehreren Querschnittsabteilungen wahrgenommen, die von den klassischen Aufsichtssäulen organisatorisch getrennt sind.

In der ersten Säule ist die Bankenaufsicht angesiedelt; Ziel dieser Aufsicht ist es, im Interesse der Stabilität der Gesamtwirtschaft die Funktionsfähigkeit des Kreditgewerbes zu erhalten. An der laufenden Aufsicht über Kreditinstitute wirkt wie bisher die Deutsche Bundesbank mit, deren Beteiligung explizit erstmals im § 7 Kreditwesen-gesetz geregelt ist. Die zweite Aufsichtssäule ist zuständig für die Aufsicht über Versicherungsunternehmen. Hauptziele bestehen wesentlich darin, die Belange der Versicherten ausreichend zu wahren und sicherzustellen, dass die künftigen Verpflichtungen des Versicherungsunternehmens jederzeit erfüllbar sind. Die dritte Säule Wertpapieraufsicht/Asset Management ist vor allem dafür verantwortlich, die Funktionsfähigkeit der deutschen Märkte für Wertpapiere und Derivate nach dem Wertpapierhandelsgesetz sicherzustellen. Darüber hinaus werden in der neuen Struktur von dieser Säule Aufgaben übernommen, die zuvor beim ehemaligen BAKred angesiedelt waren.

Die traditionellen Aufsichtssäulen werden durch drei Querschnittsabteilungen ergänzt, die sektorübergreifende Aufgaben übernehmen. Dabei handelt es sich um drei neue unmittelbar dem Vizepräsidenten unterstellte Abteilungen, eine für „Finanzmarkt/Internationales“, eine für Fragen der Einlagensicherung, des Anleger- und

Verbraucherschutzes sowie für Altersvorsorge mit einem Call-Center für Kundenbeschwerden und eine für die Geldwäschebekämpfung und die Verfolgung unerlaubter Finanzgeschäfte. Die Zusammenarbeit zwischen den traditionellen

Bereichen und den Querschnittsabteilungen garantiert, dass ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen sektorspezifischen Besonderheiten und den sektorübergreifenden Aspekten der Aufsicht besteht.

Strukturreform der Deutschen Bundesbank – ein weiterer Schritt zur Förderung des Finanzplatzes Deutschland

1 Erfolgreicher Abschluss der Gesetzgebung zur Strukturreform der Deutschen Bundesbank	91
2 Wichtige Ziele der Bundesregierung erreicht – Länderinteressen angemessen berücksichtigt	91
3 Einzelheiten zum Siebenten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank	92
4 Der neue Vorstand der Deutschen Bundesbank	94

1 Erfolgreicher Abschluss der Gesetzgebung zur Strukturreform der Deutschen Bundesbank

Der Deutsche Bundestag hat am 1. März 2002 das Siebente Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank beschlossen. Es wurde am 28. März 2002 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 1159) verkündet und ist am 30. April 2002 in Kraft getreten. Mit der pünktlichen Bestellung des neuen Bundesbankvorstands mit Wirkung vom 1. Mai 2002 konnten die von gesetzlicher Seite erforderlichen Schritte zur Anpassung der Struktur der Bundesbank an die derzeitigen und künftigen Erfordernisse des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) erfolgreich abgeschlossen werden. Durch die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Struktur und Effizienz der Deutschen Bundesbank leistet das Gesetz darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Finanzplatzes Deutschland.

2 Wichtige Ziele der Bundesregierung erreicht – Länderinteressen angemessen berücksichtigt

Das Siebente Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank stellt insgesamt einen ausgewogenen Kompromiss dar, der es ermöglicht, die von der Bundesregierung mit der Reform der Bundesbankstruktur verfolgten Ziele in den Kernpunkten zu realisieren und gleichzeitig wichtige Länderinteressen zu berücksichtigen.

Das vorhergehende Sechste Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3274) enthielt im Wesentlichen nur die nach Artikel 121 EG-Vertrag bis zum Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion unbedingt erforderlichen Änderungen des Bundesbankgesetzes. Diese Änderungen umfassten Maßnahmen zur Herstellung der rechtlichen Konvergenz, insbesondere zur Unabhängigkeit und zur Integration der Deutschen Bundesbank in das ESZB, und ermöglichten Anpassungen des Rechnungswesens der Deutschen Bundesbank an die Rechnungslegungsvorschriften der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Leitungs- und Entscheidungsstruktur der Deutschen Bundesbank wurde dabei nicht verändert. Die siebte Änderung des Bundesbankgesetzes war notwendig, weil mit Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion ab 1. Januar 1999 die geld- und währungspolitischen Entscheidungsbefugnisse von der nationalen Ebene auf das EZB/Eurosystem übergegangen waren und damit auch der Zentralbankrat seine geldpolitische Funktion verloren hat. Aufgrund der geänderten Aufgabenstellung der nationalen Notenbanken des Eurosystems war es erforderlich, straffere Entscheidungsstrukturen zu schaffen, damit die Deutsche Bundesbank künftig effizienter und stärker nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführt werden kann.

Das aktuelle Gesetz zur Bundesbankstrukturreform ermöglicht nun, dass

- deutsche Interessen künftig im System der Europäischen Zentralbank angemessen vertreten werden,
- die Deutsche Bundesbank künftig eine einheitliche Leitungs- und Entscheidungsstruktur aufweist, die den Aufbau einer effizienten und kostengünstigen internen Organisation ermöglicht,
- es künftig bei der Deutschen Bundesbank eine größere Ausgabentransparenz und eine stärkere Kostenkontrolle geben wird.



Bereits im Gesetzentwurf der Bundesregierung, der vom Bundeskabinett am 30. Mai 2001 beschlossen wurde, wurden wichtige Länderinteressen berücksichtigt. Im Vergleich zum Gesetzentwurf der Bundesregierung wurden in den parlamentarischen Beratungen im Deutschen Bundestag Änderungen vorgenommen, die weitere Zugeständnisse unter anderem in Richtung der Länder beinhalteten. Insgesamt kommt das Entgegenkommen vor allem in den folgenden Regelungen zum Ausdruck:

- Erhalt der neun Standorte der Hauptverwaltungen auch als regionale Ansprechpartner für die Wirtschaft und Politik,
- gesetzliche Regelung zur dezentralen Wahrnehmung von Aufgaben durch die Hauptverwaltungen, u. a. um die Errichtung regionaler Kompetenzzentren zu ermöglichen,
- Zusammenarbeit von Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und den Hauptverwaltungen der Deutschen Bundesbank bei der laufenden Bankenaufsicht gemäß § 7 des Gesetzes über das Kreditwesen,
- paritätische Besetzung des auf acht Mitglieder vergrößerten neuen Bundesbankvorstands

durch jeweils vier von der Bundesregierung und vom Bundesrat vorzuschlagende Vorstandsmitglieder, obwohl die Deutsche Bundesbank eine Bundeseinrichtung ist,

- Stärkung des Kollegialprinzips im Vorstand, indem das Vetorecht des Präsidenten der Deutschen Bundesbank – wie bei der früheren Rechtslage – auf die Geschäftsverteilung im Vorstand beschränkt wird,
- Streichung des im Regierungsentwurf vorgesehenen Empfehlungsrechts des Bundestages in Hinsicht auf die Verbesserung der Effizienz der Deutschen Bundesbank.

3 Einzelheiten zum Siebenten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank

Das Siebente Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank dient dazu, die Struktur der Bundesbank so zu gestalten, dass sie den derzeitigen und künftigen Erfordernissen des ESZB besser gerecht wird.

Angemessene Vertretung im ESZB

Das Gesetz stärkt insgesamt die Handlungsfähigkeit der Deutschen Bundesbank und damit ihres Präsidenten im ESZB. Mit dem Gesetz wird hinsichtlich der Leitungs- und Entscheidungsstruktur die notwendige Konsequenz aus dem mit Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1999 erfolgten Übergang der geld- und währungspolitischen Entscheidungsbefugnisse auf das ESZB/Eurosystem gezogen.

Vorrangige Aufgabe des ESZB ist es, die Preisstabilität in der Gemeinschaft zu gewährleisten (Artikel 105 Abs. 1 Satz 1 EG-Vertrag). Der EZB-Rat, der sich aus den Mitgliedern des Direktoriums und den Präsidenten der nationalen Zentralbanken der Teilnehmerstaaten zusammensetzt, trifft die Entscheidungen, die zur Erfüllung der dem ESZB übertragenen Aufgaben notwendig sind. Bei ihren Entscheidungen sind die Präsidenten der

nationalen Notenbanken nicht an Weisungen der Beschlussorgane der nationalen Notenbanken gebunden. Zu den grundlegenden Aufgaben des EZB-Rates gehört es, insbesondere über den Einsatz der geldpolitischen Instrumente zu entscheiden (Artikel 12 Abs. 1 i. V. m. Artikel 17 ff. ESZB-Satzung). Der Deutschen Bundesbank kommt insoweit die Funktion zu, die geldpolitischen Beschlüsse in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen des ESZB vorzubereiten, sie in der Bundesrepublik Deutschland umzusetzen und in der Öffentlichkeit zu erläutern.

Wirkungsvollere Leitungs- und Entscheidungsstrukturen

Mit diesem Gesetz werden Leitungs- und Entscheidungsstrukturen geschaffen, die es dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank wirkungsvoller erlauben, eine der wirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands in der Eurozone angemessene Position im ESZB einzunehmen. Zu diesem Zweck erhält die Deutsche Bundesbank eine einheitliche Leitungs- und Entscheidungsstruktur mit einem Vorstand, der aus Präsident, Vizepräsident und sechs weiteren Mitgliedern besteht (§ 7 BbankG neu). Der Vorstand übernimmt die Aufgaben, die bislang von Zentralbankrat, Direktorium und den Vorständen der Landeszentralbanken wahrgenommen wurden. Die eigenständigen Entscheidungsbefugnisse der Vorstände der Landeszentralbanken, die so genannten Vorbehaltzzuständigkeiten, fallen weg. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Präsident. Bei der Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb des Vorstands kann nicht gegen den Präsidenten entschieden werden. Außerdem ist in § 7 Abs. 1 Satz 3 des neuen Bundesbankgesetzes festgelegt, dass in einem vom Vorstand zu beschließenden Organisationsstatut die Aufgabenverteilung zwischen Zentrale und den Hauptverwaltungen näher geregelt wird. Damit können die Hauptverwaltungen auch außerhalb der Zusammenarbeit bei der Bankenaufsicht bestimmte Aufgaben als regionale Kompetenz-

zentren übernehmen, wo dies zweckmäßig und effizient ist.

Das Gesetz trägt wesentlich dazu bei, dass künftig eine angemessene Beratung und Unterstützung des Bundesbankpräsidenten bei der Wahrnehmung seiner geldpolitischen Aufgaben im EZB-Rat erfolgen kann. Es ermöglicht eine fachlich hochwertige und reaktionsschnelle Mitwirkung in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen des ESZB sowie in anderen internationalen und nationalen Gremien. Mit der strafferen Leitungsstruktur können Synergieeffekte ausgenutzt sowie Doppelarbeit und überflüssiger Koordinierungsaufwand vermieden werden. Dies ermöglicht es der Deutschen Bundesbank, ihre Aufgaben effizienter und kostengünstiger zu erfüllen. Außerdem kann sie neue Entwicklungen schneller aufnehmen und umsetzen.

Weiterhin in der Fläche präsentes Bundesbanksystem

Mit dem vorliegenden Gesetz wird ein in der Fläche präsentes effizientes Bundesbanksystem sichergestellt, das die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt und weiterhin eine dezentrale Aufgabenwahrnehmung fördert. Die neun Hauptverwaltungen der Deutschen Bundesbank bleiben erhalten; der Namenszusatz „Landeszentralbank“ wird gestrichen (§ 8 Abs. 1 BbankG neu). Die Aufgaben der Hauptverwaltungen werden durch Beschluss des Vorstands der Bundesbank festgelegt.

An der Spitze der Hauptverwaltungen stehen künftig Präsidenten (§ 8 Abs. 2 BbankG neu). Die Vorstände der Landeszentralbanken als Organ entfallen. Die Präsidenten der Hauptverwaltungen sind nicht im Bundesbankvorstand vertreten und unterliegen ausnahmslos dessen Weisungen. Sie bleiben jedoch in Fragen der Geldpolitik, Finanzmarktstrukturen und Wirtschaftsentwicklung regionale Ansprechpartner für Kreditwirtschaft, mittelständische Unternehmen und Landesregierungen. Bei jeder Hauptverwaltung

besteht außerdem ein Beirat, der zweimal im Jahr mit dem Präsidenten der Hauptverwaltung zusammentrifft und mit ihm über die Durchführung der anfallenden Arbeiten berät (§ 9 Abs. 1 und 2 BbankG neu).

Größere Ausgabentransparenz und stärkere Kostenkontrolle

Durch den Ausbau der Kostenrechnung und die Schaffung von mehr Ausgabentransparenz wird die Deutsche Bundesbank stärker auf eine effiziente Aufgabenwahrnehmung für den Finanzplatz Deutschland verpflichtet (§ 26 Abs. 4, 5 und 6 BbankG neu). Zu diesem Zweck erstellt die Bundesbank in Zukunft – zusätzlich zum Jahresabschluss – eine Plankostenrechnung, einen Investitionsplan sowie eine Plan/Ist-Analyse. Damit kann die Deutsche Bundesbank erstmals ihr Kostenrechnungssystem für die Gesamtbank zu einem modernen entscheidungsorientierten Instrument für die Steuerung der Bank auch mit Blick auf ihre Dienstleistungsfunktion für den Finanzplatz Deutschland weiterentwickeln. Der Deutsche Bundestag erhält den Jahresabschluss, die Plan/Ist-Analyse und die Prüfungsberichte des Wirtschaftsprüfers; der Bundesrechnungshof berichtet dem Deutschen Bundestag über seine Prüfungsfeststellungen. Ferner werden der Jahresabschluss und die o. g. Bestandteile der Kostenrechnung einschließlich der Prüfungsberichte des Wirtschaftsprüfers dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesrechnungshof zugeleitet. Die vom EG-Vertrag garantierte Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank als integraler Bestandteil des ESZB wird dadurch nicht beeinträchtigt.

4 Der neue Vorstand der Deutschen Bundesbank

Mit Inkrafttreten des Gesetzes wurden die bisherigen drei Leitungsorgane der Bundesbank – Direktorium, Zentralbankrat, Vorstände der Landeszentralbanken – aufgelöst und durch ein einheitliches Leitungsorgan (Vorstand) ersetzt, des-

sen Mitglieder mit Ausnahme des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Herrn **Ernst Welteke**, neu zu bestellen waren. Nach § 7 Abs. 3 Satz 2 des neuen Bundesbankgesetzes erfolgt die Bestellung des Präsidenten und des Vizepräsidenten sowie von zwei weiteren Mitgliedern des Vorstandes der Bundesbank durch den Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung, die der übrigen vier Mitglieder auf Vorschlag des Bundesrates im Einvernehmen mit der Bundesregierung. Da aufgrund der in § 38 des neuen Bundesbankgesetzes enthaltenen Übergangsregelung der Präsident der Bundesbank – im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern des Direktoriums – mit Inkrafttreten des Änderungsgesetzes nicht aus seinem Amt scheidet, waren seitens der Bundesregierung nur drei Mitglieder des Vorstandes vorzuschlagen. Um die kontinuierliche Arbeitsfähigkeit des Vorstandes zu sichern, wurden die Laufzeiten der Verträge der Vorstandsmitglieder zeitlich gestaffelt.

Auf Vorschlag der Bundesregierung wurden vom Bundespräsidenten mit Wirkung vom 1. Mai 2002 die folgenden drei Personen für den neuen Bundesbankvorstand bestellt:

- Herr **Dr. Jürgen Stark**, zuvor Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, für die Dauer von sechs Jahren als Vizepräsident der Deutschen Bundesbank,
- Herr **Prof. Dr. Hermann Remsperger**, zuvor Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, für die Dauer von sieben Jahren als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank und
- Herr **Dr. Hans Georg Fabritius**, bislang Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, für die Dauer von acht Jahren als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank.

Auf Vorschlag des Bundesrates und mit Einvernehmen der Bundesregierung wurden vom Bundespräsidenten mit Wirkung vom 1. Mai 2002 die folgenden vier Personen für den neuen Bundesbankvorstand bestellt:

- Herr **Hans-Helmut Kotz**, zuvor Präsident der Landeszentralbank in der Freien Hansestadt Bremen, in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, für die Dauer von acht Jahren als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank,
- Herr **Edgar Meister**, bislang Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, für die Dauer von fünf Jahren als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank,
- Herr **Dr. Hans Reckers**, vorher Präsident der Landeszentralbank Hessen, für die Dauer von sieben Jahren als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank und
- Herr **Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler**, vorher Präsident der Landeszentralbank Bayern, für die Dauer von sechs Jahren als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank.

In seiner konstituierenden Sitzung am 1. Mai 2002 verständigte sich der Vorstand der Deutschen Bundesbank auf die folgende Geschäftsverteilung:

- Präsident Ernst Welteke, Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Bibliothek und Archive, Fremdsprachendienst, Geldmuseum;
- Vizepräsident Dr. Jürgen Stark, Internationale Beziehungen, Revision;

- Dr. Hans Georg Fabritius, Controlling, Rechnungswesen und Organisation, Zahlungsverkehr und Abwicklung der Handelsgeschäfte;
- Hans-Helmut Kotz, Geld- und Kapitalmarkt, Devisenhandel und Devisenanlagen, Datenverarbeitung;
- Edgar Meister, Banken und Finanzaufsicht;
- Dr. Hans Reckers, Personal, Verwaltung und Bau, Risiko-Controlling;
- Prof. Dr. Hermann Remsperger, Volkswirtschaft, Statistik, Volkswirtschaftliches Forschungszentrum;
- Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Recht, Banknotenentwicklung und Bargeldversorgung.

Zentrale Aufgabe des neuen Vorstandes ist es nun, auf Grundlage der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen effiziente Strukturen für die Gesamtbank zu schaffen und sie stärker nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu führen. Die Bundesregierung erwartet, dass der neue Vorstand rasch die hierzu erforderlichen Organisations- und Personalentscheidungen trifft und schon bald sichtbare Einsparerfolge realisiert werden. Dies liegt auch im Interesse einer Stärkung des Finanzplatzes Deutschland, für den die Deutsche Bundesbank wichtige Dienstleistungen erbringt.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	102
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	134
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	154
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage	159

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	102
	Produzierendes Gewerbe	104
2.1	Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes	104
2.1.1	Bundesrepublik Deutschland	104
2.1.2	Früheres Bundesgebiet	106
2.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	108
2.2	Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes	110
2.2.1	Bundesrepublik Deutschland	110
2.2.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	112
2.3	Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes	114
2.3.1	Bundesrepublik Deutschland	114
2.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	116
3	Privater Konsum	118
4	Außenwirtschaft	120
5	Arbeitsmarkt	122
5.1	Bundesrepublik Deutschland	122
5.2	Früheres Bundesgebiet	124
5.3	Neue Länder und Berlin-Ost	126
6	Preise	128
6.1	Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise	128
6.2	Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise	130
7	Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001	132
7.1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	132
7.2	Preise	132
7.3	Außenwirtschaft	133
7.4	Einkommensverteilung	133

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	134
2	Gewährleistungen	134
3	Bundesaushalt 1997 bis 2002	135
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002	136
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002	138
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002	142
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2002	144
8	Steuer- und Abgabenquoten	146
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	147
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	148

11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden	149
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	150
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	151
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	152
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002	153

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2002 im Vergleich zum Jahressoll 2002	154
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2002	154
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder	155
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Februar 2002	156

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de/Monatsbericht-des-BMF-.686.htm
enthalten.

①	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	159
②	Produzierendes Gewerbe	160
②.1	Produktion des Produzierenden Gewerbes	160
②.1.1	Bundesrepublik Deutschland	160
②.1.2	Früheres Bundesgebiet	162
②.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	164
②.2	Auftragseingang der Industrie	166
②.2.1	Bundesrepublik Deutschland	166
②.2.1.1	Werte	166
②.2.1.2	Volumen	167
②.2.2	Früheres Bundesgebiet	168
②.2.2.1	Werte	168
②.2.2.2	Volumen	169
②.2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	170
②.2.3.1	Werte	170
②.2.3.2	Volumen	171
②.3	Umsatz der Industrie	172
②.3.1	Bundesrepublik Deutschland	172
②.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	173
②.4	Lage in der Bauwirtschaft	174
②.4.1	Bundesrepublik Deutschland	174
②.4.2	Früheres Bundesgebiet	175
②.4.3	Neue Länder und Berlin-Ost	176
③	Löhne und Gehälter	177
④	Außenwirtschaft	178
④.1	Einfuhr nach Warengruppen	178
④.2	Ausfuhr nach Warengruppen	179

@4.3	Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern	180
@4.4	Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern	181
@4.5	Struktur des Außenhandels nach Warengruppen	182
@4.6	Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr	182
@4.7	Handelsbilanzsaldo	182
@4.8	Leistungsbilanzsaldo	183
@4.9	Zahlungsbilanz und Währungsbestände	183
5	Arbeitsmarkt	184
@5.1	Früheres Bundesgebiet	184
@5.2	Neue Länder und Berlin-Ost	185
6	Preise	186
7	Zinssätze	187

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %							
	2000				2001			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,2	- 0,3
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	0	0	- 0,1	- 0,1
Produktivität (BIP je Erwerbstädtigen, in Preisen von 1995) ³⁾	+ 0,6	- 0,3	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	- 0,6	- 0,4	+ 0,2
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995								
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,2	- 0,3
Inlandsnachfrage	+ 0,1	+ 1,4	- 0,1	+ 0,7	- 1,5	+ 0,3	- 1,0	+ 0,1
Private Konsumausgaben ⁴⁾	+ 0,2	+ 1,1	- 0,2	- 0,3	+ 1,0	+ 0,7	- 0,3	- 0,5
Konsumausgaben des Staates	+ 0,6	- 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,9
Ausrüstungen	+ 5,4	+ 1,0	+ 4,7	- 1,3	- 1,3	- 3,6	- 3,3	- 1,8
Bauten	- 1,2	- 0,5	- 1,0	- 1,7	- 3,1	- 0,2	- 0,5	- 0,5
Sonstige Anlagen	+ 2,5	+ 0,6	+ 0,8	+ 3,5	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,7
Vorratsveränderung ^{5) 6)}	- 0,5	+ 0,8	- 0,2	+ 1,0	- 1,8	+ 0,2	- 0,4	+ 0,4
Exporte	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	- 1,1
Importe	+ 1,4	+ 3,1	+ 3,0	+ 5,3	- 5,4	+ 1,1	- 1,7	0
nachrichtlich: Außenbeitrag ⁶⁾	+ 0,9	- 0,2	+ 0,2	- 0,5	+ 1,8	- 0,3	+ 0,8	- 0,4
Preisentwicklung³⁾								
Bruttoinlandsprodukt	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3	- 0,4	+ 1,2
Inlandsnachfrage	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3
Private Konsumausgaben	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	0	+ 0,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^{2) 3)}	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3	0	+ 0,2
Lohnkosten je Produkteinheit ^{2) 3)}	- 0,2	+ 0,9	+ 0,6	- 0,5	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,4	0

Quellen: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Saisonbereinigungsverfahren X12-Arima; der Kalendereinfluss ist, soweit in den Reihen nachweisbar, ebenfalls ausgeschaltet.

²⁾ Inlandskonzept.

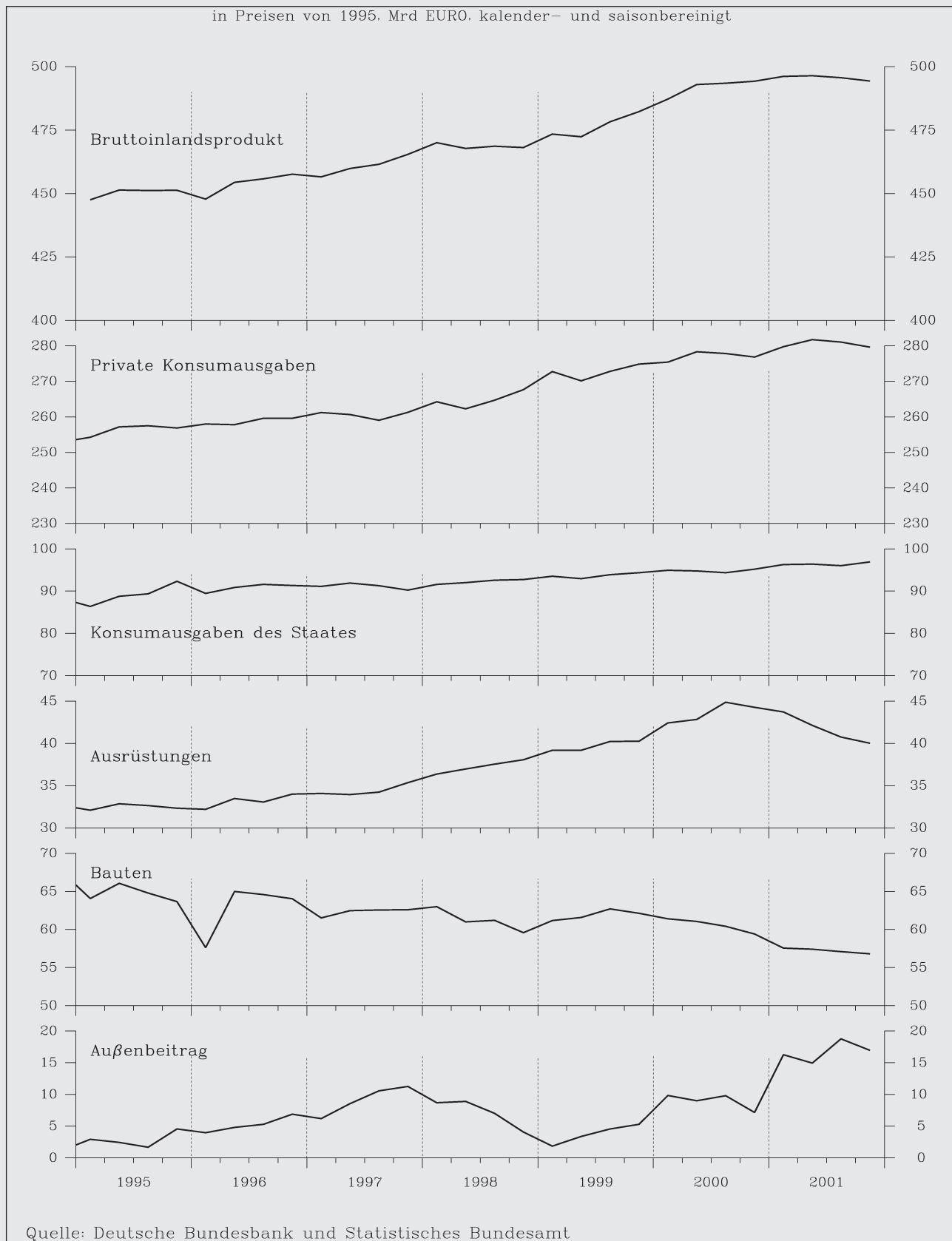
³⁾ Kalendereinfluss nicht ausgeschaltet.

⁴⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁵⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁶⁾ Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2002				
	1.Vj. ^p	Jan.	Febr.	März ^p	Febr./März ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,2	- 0,1	+ 0,5	- 0,8	+ 0,1
Industrie ³	+ 0,1	+ 0,9	- 0,3	- 0,3	0
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,1	+ 0,2	+ 2,6
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,8	+ 0,1	- 2,7	- 0,7	- 3,0
- Konsumgüterproduzenten	0	- 0,8	+ 1,0	- 0,1	+ 0,6
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,4	- 6,3	- 3,1	+ 1,0	- 5,8
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,2	+ 0,7	+ 2,0	- 0,5	+ 2,1
Energie ⁴	- 1,5	- 2,8	- 1,8	- 0,7	- 3,5
Bauhauptgewerbe ⁵	- 1,5	- 6,5	+ 11,1	- 5,8	+ 4,3
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2002				
	1.Vj. ^p	Jan.	Febr.	März ^p	Febr./März ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 4,6	- 4,7	- 5,2	- 4,0	- 4,5
Industrie ³	- 5,2	- 5,1	- 5,7	- 4,8	- 5,3
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,5	- 4,7	- 3,7	- 2,1	- 2,9
- Investitionsgüterproduzenten	- 8,2	- 6,9	- 8,8	- 8,7	- 8,7
- Konsumgüterproduzenten	- 2,6	- 2,5	- 3,2	- 2,2	- 2,7
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 9,5	- 8,3	- 10,5	- 9,6	- 10,0
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,8	- 0,9	- 1,2	- 0,2	- 0,7
Energie ⁴	- 1,4	- 0,8	- 1,5	- 1,9	- 1,7
Bauhauptgewerbe ⁵	- 0,8	- 5,3	- 2,4	+ 3,8	+ 1,1
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2001				2002
	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe
	2001		2002		
	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

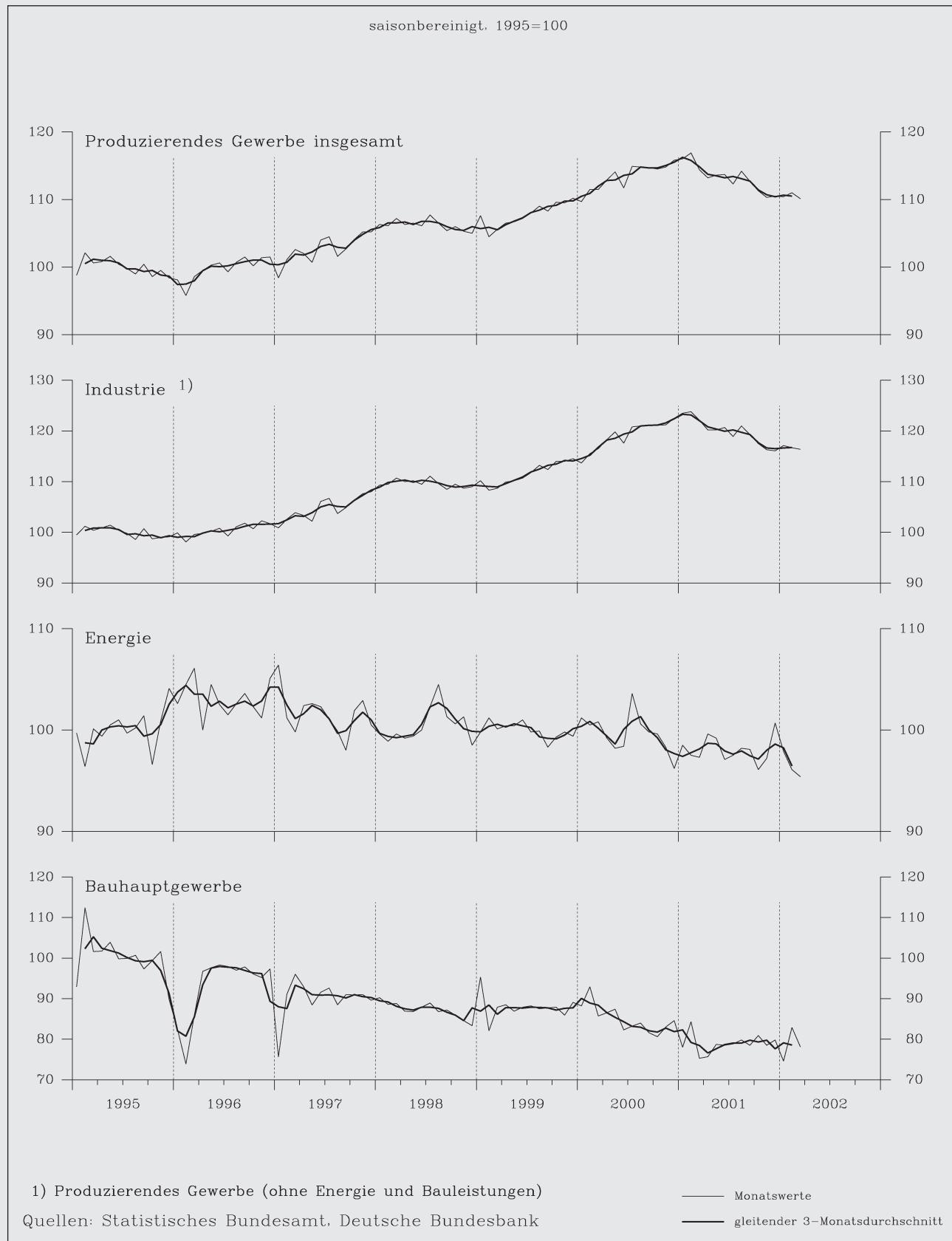
⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.2 Früheres Bundesgebiet

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2 0 0 2				
	1.Vj. ^p	Jan.	Febr.	März ^p	Febr./März ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,3	0	+ 0,3	- 0,7	- 0,1
Industrie ³	- 0,1	+ 0,8	- 0,4	- 0,4	- 0,3
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,1	+ 0,2	+ 2,5
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,9	+ 0,2	- 2,7	- 0,8	- 3,0
- Konsumgüterproduzenten	- 0,5	- 1,4	+ 0,9	- 0,2	+ 0,1
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,8	- 6,3	- 4,1	+ 1,2	- 6,7
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,7	0	+ 2,2	- 0,6	+ 1,9
Energie ⁴	- 1,5	- 2,8	- 1,6	- 0,9	- 3,4
Bauhauptgewerbe ⁵	- 0,7	- 5,7	+ 10,0	- 4,9	+ 4,2
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2 0 0 2				
	1.Vj. ^p	Jan.	Febr.	März ^p	Febr./März ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 4,9	- 4,9	- 5,6	- 4,4	- 5,0
Industrie ³	- 5,6	- 5,3	- 6,1	- 5,2	- 5,7
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,7	- 4,8	- 4,1	- 2,5	- 3,2
- Investitionsgüterproduzenten	- 8,4	- 7,2	- 9,2	- 8,9	- 9,1
- Konsumgüterproduzenten	- 3,3	- 2,9	- 3,9	- 2,9	- 3,4
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 9,5	- 7,6	- 10,9	- 9,8	- 10,3
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 1,5	- 1,6	- 2,0	- 1,0	- 1,6
Energie ⁴	- 1,5	- 1,0	- 1,7	- 2,0	- 1,9
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 0,5	- 3,2	- 2,4	+ 5,3	+ 1,9
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2001				2002
	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ⁸	87,2	85,5	84,7	82,8	83,3
	2001		2002		
	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
	61,1	59,6	59,8	60,8	62,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

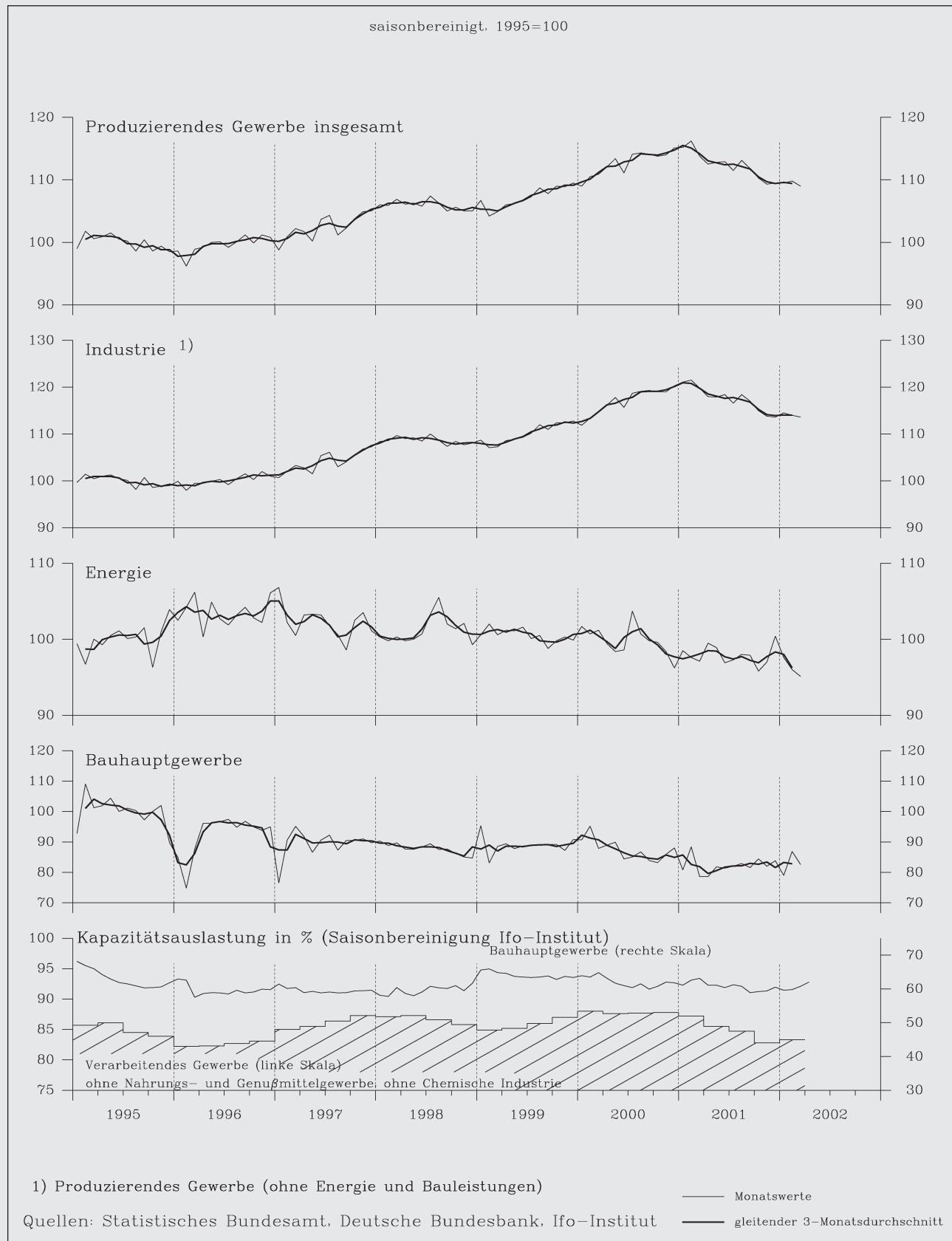
⁸ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.2 Früheres Bundesgebiet



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2 0 0 2				
	1.Vj. ^p	Jan.	Febr.	März ^p	Febr./Märzp
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 0,4	- 0,4	+ 3,1	- 1,5	+ 2,1
Industrie ³	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,0	+ 0,2	+ 2,3
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,7	+ 3,2	+ 2,1	- 0,2	+ 3,6
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,7	- 1,3	- 1,7	+ 0,7	- 1,9
- Konsumgüterproduzenten	+ 5,0	+ 4,8	+ 1,9	+ 0,4	+ 4,5
. Gebrauchsgüterproduzenten	+ 1,3	- 4,8	+ 9,2	- 0,1	+ 6,6
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 5,7	+ 6,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 4,1
Energie ⁴	- 1,8	- 3,2	- 2,9	+ 0,3	- 4,3
Bauhauptgewerbe ⁵	- 5,3	- 10,3	+ 16,7	- 9,4	+ 5,2
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2 0 0 2				
	1.Vj. ^p	Jan.	Febr.	März ^p	Febr./Märzp
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,6	- 2,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,3
Industrie ³	+ 0,3	- 1,0	+ 0,3	+ 1,5	+ 0,9
- Vorleistungsgüterproduzenten	0	- 3,1	+ 0,1	+ 2,9	+ 1,5
- Investitionsgüterproduzenten	- 2,4	- 0,5	- 2,7	- 3,7	- 3,2
- Konsumgüterproduzenten	+ 3,6	+ 1,7	+ 4,0	+ 5,0	+ 4,5
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 9,8	- 15,7	- 6,4	- 7,6	- 7,1
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 6,6	+ 5,5	+ 6,2	+ 7,8	+ 7,0
Energie ⁴	+ 0,2	+ 1,2	+ 0,3	- 1,1	- 0,4
Bauhauptgewerbe ⁵	- 6,1	- 13,7	- 1,9	- 3,4	- 2,7
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2001				2002
	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	82,9	82,3	81,1	79,0	77,7
	2001		2002		
	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
	63,6	62,4	62,6	69,2	70,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost



2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	1.Vj. ^p	Febr.	März ^p	Febr./März ^p	1.Vj. ^p	Febr.	März ^p	Febr./März ^p
Industrie insgesamt³	+ 1,1	- 1,5	+ 0,2	- 1,7	+ 0,8	- 1,3	- 0,1	- 1,6
Inland	- 1,2	- 2,3	- 2,6	- 4,0	- 1,3	- 2,3	- 2,6	- 4,0
Ausland	+ 3,5	- 0,6	+ 3,2	+ 1,0	+ 3,4	- 0,3	+ 3,1	+ 1,2
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,4	+ 3,1	- 0,7	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,5	- 0,9	+ 2,8
Inland	+ 0,6	- 0,3	- 1,3	- 1,0	+ 0,9	0	- 1,5	- 0,7
Ausland	+ 4,9	+ 8,4	+ 0,1	+ 7,7	+ 5,7	+ 8,7	+ 0,1	+ 8,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,4	- 4,6	+ 1,2	- 4,5	- 0,3	- 4,5	+ 0,8	- 4,9
Inland	- 2,2	- 4,4	- 3,7	- 7,0	- 3,0	- 4,8	- 3,8	- 7,5
Ausland	+ 2,9	- 4,6	+ 5,3	- 2,3	+ 2,3	- 4,5	+ 5,1	- 2,5
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 1,2	- 2,8	- 1,0	- 2,5	- 1,4	- 2,6	- 1,2	- 2,4
Inland	- 3,2	- 1,6	- 2,5	- 3,4	- 3,3	- 1,5	- 2,7	- 3,5
Ausland	+ 2,5	- 5,3	+ 2,2	- 0,4	+ 2,3	- 4,7	+ 1,7	- 0,4
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵							
	Werte				Volumen			
	2002							
	1.Vj. ^p	Febr.	März ^p	Febr./März ^p	1.Vj. ^p	Febr.	März ^p	Febr./März ^p
Industrie insgesamt³	- 6,6	- 5,9	- 9,4	- 7,7	- 6,6	- 5,7	- 9,5	- 7,7
Inland	- 9,2	- 7,7	- 14,3	- 11,2	- 9,2	- 7,6	- 14,3	- 11,1
Ausland	- 3,5	- 3,7	- 3,3	- 3,4	- 3,3	- 3,4	- 3,1	- 3,3
Vorleistungsgüterproduzenten	- 7,1	- 4,5	- 9,4	- 7,1	- 4,9	- 2,0	- 7,4	- 4,8
Inland	- 9,9	- 7,6	- 13,8	- 10,8	- 7,9	- 5,5	- 12,0	- 8,9
Ausland	- 2,9	+ 0,5	- 2,6	- 1,1	- 0,1	+ 3,5	+ 0,1	+ 1,8
Investitionsgüterproduzenten	- 6,6	- 7,4	- 9,7	- 8,7	- 8,1	- 8,8	- 11,4	- 10,2
Inland	- 9,0	- 8,5	- 15,7	- 12,4	- 10,7	- 10,0	- 17,4	- 14,0
Ausland	- 4,5	- 6,5	- 4,3	- 5,4	- 5,7	- 7,7	- 5,5	- 6,6
Gebrauchsgüterproduzenten	- 8,2	- 5,4	- 11,7	- 8,7	- 8,9	- 6,1	- 12,2	- 9,3
Inland	- 10,8	- 7,6	- 15,5	- 11,8	- 11,6	- 8,6	- 16,2	- 12,6
Ausland	- 2,2	- 0,2	- 2,8	- 1,5	- 2,8	- 0,5	- 3,1	- 1,8
Verbrauchsgüterproduzenten	- 2,7	- 3,3	- 5,0	- 4,2	- 3,7	- 4,4	- 5,7	- 5,1
Inland	- 5,5	- 5,0	- 8,8	- 6,9	- 6,3	- 5,8	- 9,5	- 7,8
Ausland	+ 2,8	- 0,4	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,7	- 1,4	+ 1,8	+ 0,2
Nachrichtlich:								
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 6,0	- 4,5	- 8,9	- 6,9	- 6,8	- 5,4	- 9,6	- 7,6
Inland	- 8,4	- 6,4	- 12,6	- 9,7	- 9,3	- 7,3	- 13,3	- 10,4
Ausland	- 0,4	- 0,2	- 0,8	- 0,5	- 1,2	- 0,8	- 1,3	- 1,1
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)							
	2000			2001			2002	
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März

Verarbeitendes Gewerbe insgesamt
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe
Investitionsgüter prod. Gewerbe
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

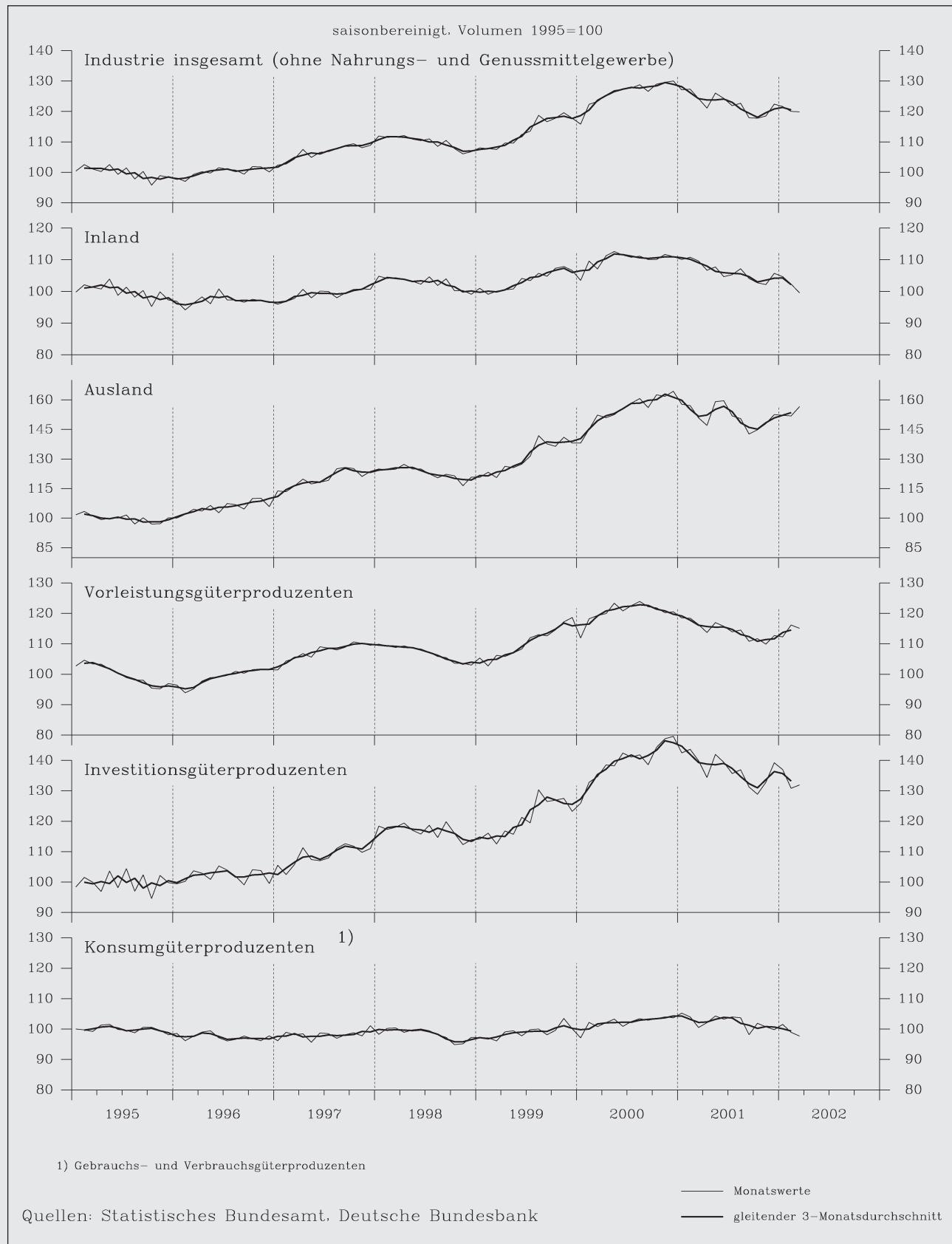
⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	1.Vj. ^p	Febr.	März ^p	Febr./März ^p	1.Vj. ^p	Febr.	März ^p	Febr./März ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	+ 0,3	- 1,6	- 0,8	- 2,3	+ 0,1	- 1,4	- 0,9	- 2,3
Inland	- 1,4	- 2,3	- 2,5	- 4,0	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 4,1
Ausland	+ 2,3	- 1,0	+ 1,2	- 0,6	+ 2,3	- 0,6	+ 1,0	- 0,3
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,9	+ 3,9	- 1,5	+ 2,8	+ 2,5	+ 4,1	- 1,7	+ 3,1
Investitionsgüterproduzenten	- 0,5	- 5,1	- 0,1	- 5,8	- 1,2	- 5,3	- 0,4	- 6,2
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 1,6	- 2,9	- 1,1	- 2,6	- 1,8	- 2,6	- 1,4	- 2,6
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	+ 9,1	+ 0,4	+ 12,5	+ 7,3	+ 9,0	+ 0,2	+ 11,9	+ 6,6
Inland	+ 1,9	- 2,1	- 1,5	- 3,3	+ 1,9	- 2,6	- 1,6	- 3,8
Ausland	+ 26,2	+ 5,9	+ 41,6	+ 32,0	+ 26,0	+ 6,3	+ 40,8	+ 31,7
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 5,6	- 3,6	+ 8,1	+ 0,7	+ 6,1	- 4,2	+ 7,7	+ 0,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 14,8	+ 6,0	+ 19,8	+ 17,0	+ 13,8	+ 6,4	+ 18,9	+ 16,1
Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 3,2	- 2,6	+ 1,9	+ 0,2	+ 3,3	- 2,6	+ 2,0	+ 0,2
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵								
Auftragseingang ²	Werte				Volumen			
	2002							
	1.Vj. ^p	Febr.	März ^p	Febr./März ^p	1.Vj. ^p	Febr.	März ^p	Febr./März ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	- 7,3	- 6,0	- 10,9	- 8,6	- 7,4	- 6,0	- 11,0	- 8,6
Inland	- 9,7	- 8,3	- 14,6	- 11,7	- 9,8	- 8,2	- 14,9	- 11,7
Ausland	- 4,6	- 3,4	- 6,3	- 5,0	- 4,4	- 3,2	- 6,3	- 4,8
Vorleistungsgüterproduzenten	- 7,9	- 4,2	- 10,6	- 7,5	- 5,7	- 1,7	- 8,6	- 5,3
Investitionsgüterproduzenten	- 7,6	- 8,0	- 11,8	- 10,0	- 9,0	- 9,4	- 13,5	- 11,5
Gebrauchsgüterproduzenten	- 7,8	- 4,8	- 11,8	- 8,5	- 8,7	- 5,5	- 12,4	- 9,1
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	- 3,2	- 4,0	- 5,2	- 4,6	- 4,2	- 4,9	- 6,0	- 5,4
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 6,0	- 4,4	- 9,1	- 6,8	- 6,8	- 5,2	- 9,7	- 7,6
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	+ 3,1	- 3,6	+ 10,8	+ 3,9	+ 4,0	- 2,5	+ 11,2	+ 4,7
Inland	- 3,5	- 1,2	- 10,2	- 6,0	- 2,5	- 0,3	- 9,3	- 5,2
Ausland	+ 17,1	- 8,4	+ 57,3	+ 24,5	+ 18,1	- 7,2	+ 58,1	+ 25,5
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,7	- 7,7	+ 3,8	- 2,0	+ 3,4	- 5,1	+ 6,0	+ 0,5
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,0	+ 0,9	+ 21,5	+ 12,3	+ 6,3	+ 0,7	+ 20,4	+ 11,5
Gebrauchsgüterproduzenten	- 11,1	- 12,0	- 10,2	- 11,1	- 12,1	- 13,2	- 11,0	- 12,1
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 7,0	+ 7,7	- 0,1	+ 3,6	+ 6,3	+ 6,6	- 0,3	+ 3,0
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 4,4	- 4,8	- 6,4	- 5,6	- 5,1	- 5,8	- 6,9	- 6,3
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)								
Auftragsbestand	2000			2001			2002	
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Früheres Bundesgebiet								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ^{7,8}	3,0	3,1	3,0	2,9	3,0	2,8	2,9	2,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ⁸	2,4	2,5	2,5	2,5	2,7	2,5	2,4	2,3
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,6	3,8	3,5	3,6	3,5	3,3	3,4	3,3
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,0	2,1	2,1	1,9	1,9	2,0	1,9	1,8
Neue Länder und Berlin-Ost								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	2,6	3,1	3,0	3,2	3,1	2,8	2,2	2,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1,8	2,0	2,0	2,0	2,3	1,8	1,4	1,4
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,5	4,1	4,1	4,3	4,2	3,6	2,9	3,9
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,7	1,9	1,9	2,1	1,9	1,7	1,9	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

⁷ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

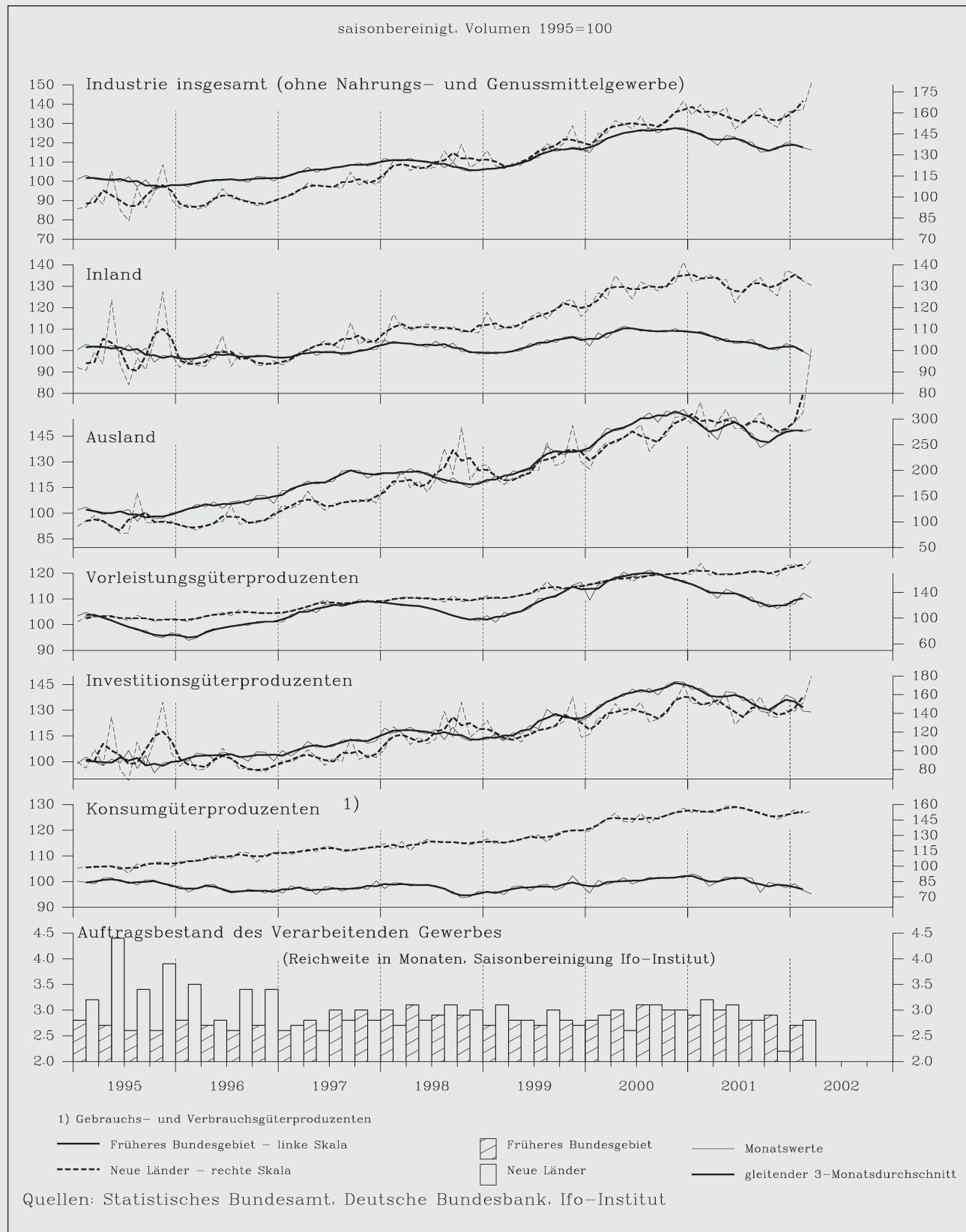
⁸ Ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001 / 2002							
	Dez.	Jan.	Febr.	Jan./Febr.	Dez.	Jan.	Febr.	Jan./Febr.
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 9,4	+ 2,9	+ 5,6	+ 0,7	- 9,5	+ 3,0	+ 6,1	+ 0,7
Hochbau	- 9,5	- 4,4	+ 9,7	- 4,9	- 9,6	- 4,1	+ 9,9	- 4,5
Wohnungsbau	- 8,5	+ 11,7	- 0,4	+ 6,5	- 8,9	+ 11,7	- 0,4	+ 6,3
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 10,0	- 11,8	+ 15,5	- 10,0	- 10,1	- 11,5	+ 16,1	- 9,5
- Gewerblicher Hochbau	- 8,9	- 14,6	+ 15,3	- 12,2
- Unternehmen Bahn/Post	- 14,3	- 0,7	+ 16,4	- 0,9
- Öffentlicher Hochbau
Tiefbau	- 9,0	+ 11,5	+ 1,5	+ 7,0	- 9,5	+ 11,4	+ 1,9	+ 6,8
Straßenbau	- 8,0	+ 15,8	+ 9,2	+ 16,1	- 8,5	+ 15,6	+ 9,5	+ 15,8
Tiefbau ohne Straßenbau	- 9,5	+ 9,0	- 2,9	+ 2,1	- 10,0	+ 9,3	- 2,3	+ 2,4
- Gewerblicher Tiefbau	- 23,9	+ 22,8	+ 2,0	+ 7,1
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	+ 4,4	- 0,8	- 7,1	- 2,2
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	Werte				Volumen			
	2001 / 2002							
	Dez.	Jan.	Febr.	Jan./Febr.	Dez.	Jan.	Febr.	Jan./Febr.
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 14,0	- 8,1	- 2,8	- 5,3	- 13,4	- 7,6	- 2,3	- 4,9
Hochbau	- 18,4	- 20,2	- 4,5	- 12,3	- 17,6	- 19,5	- 3,8	- 11,7
Wohnungsbau	- 22,4	- 19,5	- 16,4	- 18,0	- 21,7	- 18,6	- 15,5	- 17,0
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 16,6	- 20,8	+ 2,9	- 9,2	- 15,7	- 20,2	+ 3,7	- 8,5
- Gewerblicher Hochbau	- 10,6	- 24,4	+ 1,4	- 12,0
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Hochbau	- 37,1	- 0,2	+ 8,9	+ 4,5
Tiefbau	- 7,2	+ 14,2	- 0,6	+ 5,9	- 6,6	+ 14,7	- 0,3	+ 6,2
Straßenbau	- 16,6	+ 27,7	+ 18,8	+ 22,5	- 16,3	+ 28,0	+ 19,1	+ 22,8
Tiefbau ohne Straßenbau	- 2,7	+ 9,6	- 7,9	- 0,2	- 2,0	+ 10,3	- 7,3	+ 0,3
- Gewerblicher Tiefbau	- 12,0	+ 11,1	+ 22,9	+ 16,9
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	+ 5,2	+ 7,4	- 28,1	- 14,5
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)							
	2000		2001				2002	
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bauhauptgewerbe insgesamt
Hochbau
Tiefbau

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001 / 2002							
	Dez.	Jan.	Febr.	Jan./Febr.	Dez.	Jan.	Febr.	Jan./Febr.
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 5,6	0	0	- 2,9	- 5,7	+ 0,1	- 0,1	- 2,8
Hochbau	- 8,1	- 7,5	+ 5,7	- 8,8	- 8,2	- 7,4	+ 5,7	- 8,8
Wohnungsbau	- 3,6	+ 11,1	- 1,5	+ 8,3	- 3,7	+ 11,0	- 1,5	+ 8,2
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 10,1	- 15,8	+ 10,0	- 16,3	- 10,1	- 15,9	+ 10,0	- 16,4
Tiefbau	- 2,0	+ 9,9	- 6,4	+ 5,3	- 2,1	+ 9,8	- 6,5	+ 5,2
Straßenbau	- 2,5	+ 18,8	+ 4,2	+ 19,7	- 2,4	+ 18,9	+ 4,1	+ 19,8
Tiefbau ohne Straßenbau	- 1,7	+ 5,3	- 12,0	- 2,0	- 1,8	+ 5,4	- 12,2	- 1,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 22,2	+ 14,7	+ 26,2	+ 13,4	- 22,2	+ 14,6	+ 26,5	+ 13,5
Hochbau
Wohnungsbau
Hochbau ohne Wohnungsbau
Tiefbau
Straßenbau
Tiefbau ohne Straßenbau
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³								
Auftragseingang ²	Werte				Volumen			
	2001 / 2002							
	Dez.	Jan.	Febr.	Jan./Febr.	Dez.	Jan.	Febr.	Jan./Febr.
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 10,6	- 8,3	- 7,6	- 7,9	- 10,0	- 7,9	- 7,4	- 7,7
Hochbau	- 14,8	- 20,3	- 4,6	- 12,6	- 14,3	- 19,8	- 4,3	- 12,1
Wohnungsbau	- 16,8	- 18,6	- 13,8	- 16,2	- 16,1	- 17,8	- 13,1	- 15,5
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 13,9	- 21,3	+ 0,6	- 10,7	- 13,3	- 21,0	+ 1,1	- 10,3
Tiefbau	- 3,8	+ 16,1	- 11,8	- 0,2	- 3,4	+ 16,3	- 11,6	+ 0,2
Straßenbau	- 11,4	+ 28,2	+ 16,2	+ 21,1	- 11,2	+ 28,6	+ 16,6	+ 21,7
Tiefbau ohne Straßenbau	- 0,6	+ 12,0	- 21,3	- 7,3	- 0,1	+ 12,5	- 20,9	- 6,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 26,2	- 7,8	+ 16,1	+ 4,6	- 25,2	- 6,7	+ 17,0	+ 5,9
Hochbau	- 32,9	- 19,7	- 4,0	- 11,6	- 31,7	- 18,7	- 2,6	- 10,0
Wohnungsbau	- 41,5	- 23,5	- 26,5	- 25,2	- 40,3	- 22,3	- 25,5	- 24,2
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 28,2	- 17,8	+ 11,7	- 2,7	- 26,9	- 16,4	+ 13,3	- 1,2
Tiefbau	- 17,5	+ 8,0	+ 43,0	+ 26,1	- 16,8	+ 9,0	+ 43,8	+ 27,3
Straßenbau	- 28,9	+ 26,5	+ 27,2	+ 26,8	- 28,7	+ 26,4	+ 26,5	+ 26,5
Tiefbau ohne Straßenbau	- 10,1	+ 1,4	+ 50,4	+ 25,9	- 8,9	+ 2,6	+ 52,0	+ 27,3
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)								
Auftragsbestand	2000		2001			2002		
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Früheres Bundesgebiet								
Bauhauptgewerbe insgesamt	2,6	2,5	2,5	2,6	2,7	2,7	2,7	2,7
Hochbau	2,5	2,4	2,4	2,5	2,7	2,7	2,7	2,6
Tiefbau	2,9	2,7	2,7	2,6	2,8	2,9	2,9	3,0
Neue Länder und Berlin-Ost								
Bauindustrie insgesamt	1,9	1,8	1,8	1,8	1,9	1,9	1,8	2,0
Hochbau	1,8	1,9	1,9	1,9	2,1	2,0	2,0	2,4
Tiefbau	2,0	1,8	1,8	1,8	1,7	1,8	1,8	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

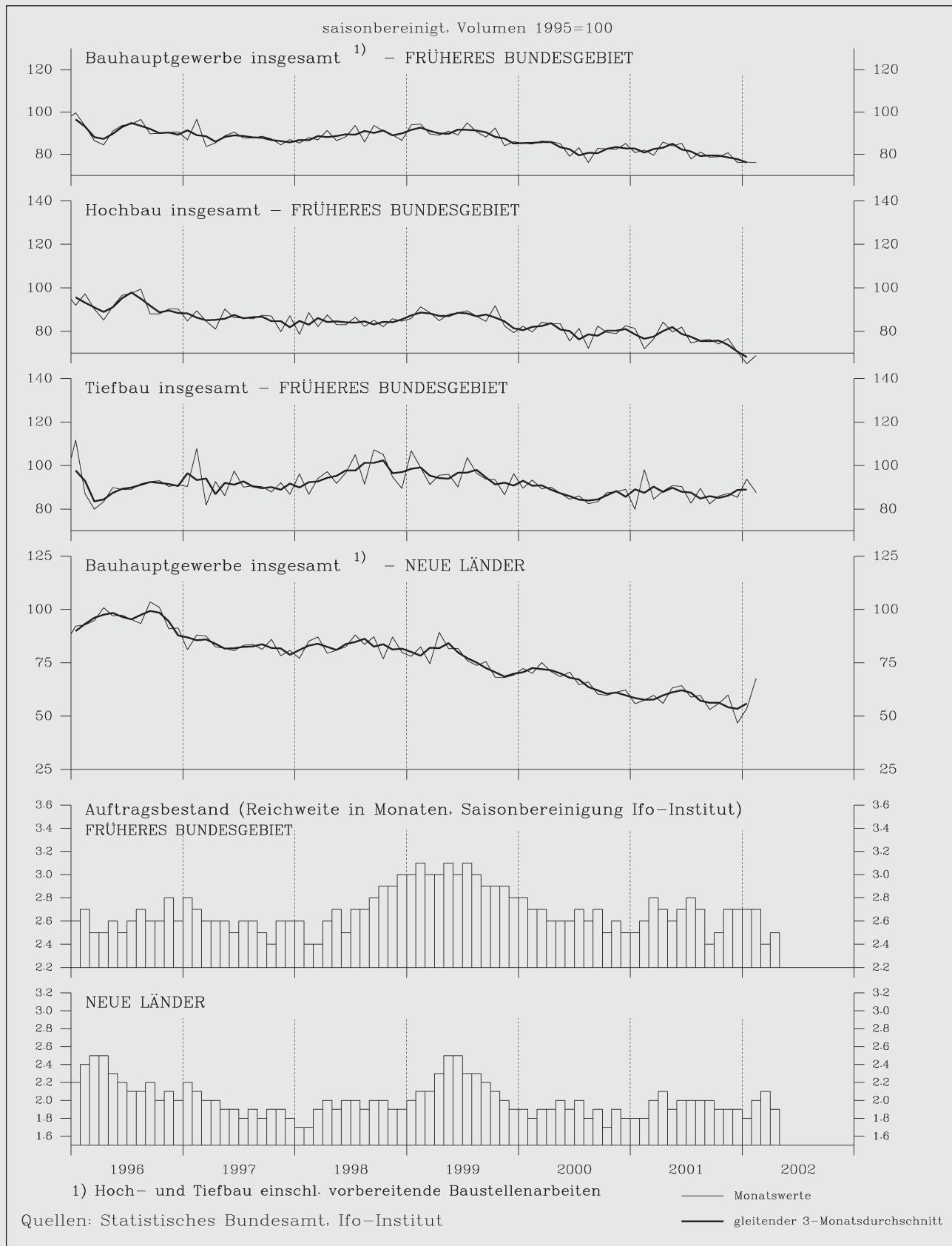
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

	Veränderung gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	1.Vj.	Febr.	März	Febr./März	1.Vj.	Febr.	März	Febr./März
Einzelhandel insgesamt	- 2,6	+ 0,5	- 0,5	- 0,9	- 3,3	+ 0,3	- 0,5	- 1,4
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	- 2,6	+ 0,5	+ 0,2	- 0,7	- 3,0	+ 0,5	+ 0,1	- 1,0
	Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in % ²							
	Werte				Volumen			
	2002							
	1.Vj.	Febr.	März	Febr./März	1.Vj.	Febr.	März	Febr./März
Einzelhandel (EH) insgesamt	- 2,3	- 0,8	- 4,2	- 2,7	- 3,8	- 2,4	- 5,6	- 4,1
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	- 2,4	- 1,5	- 3,2	- 2,5	- 4,0	- 3,1	- 4,5	- 3,8
EH mit Waren verschiedener Art ^{3,4}	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,1	- 1,9	- 1,8	- 1,5	- 1,6
Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 2,1	+ 2,8	+ 1,3	+ 2,0	- 1,1	- 0,5	- 1,3	- 1,0
Sonstige Waren verschiedener Art	- 5,2	- 8,0	- 1,4	- 4,5	- 6,7	- 9,4	- 2,8	- 5,9
Fach-Einzelhandel ⁵ mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ³	- 1,0	- 0,8	- 2,1	- 1,5	- 4,1	- 3,9	- 4,3	- 4,0
Apotheken; Fach-Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ³	+ 2,0	+ 4,9	- 0,4	+ 2,1	+ 1,5	+ 4,4	- 0,7	+ 1,7
Sonstiger Fach-Einzelhandel ³	- 7,4	- 7,7	- 7,3	- 7,4	- 8,5	- 8,9	- 8,4	- 8,6
darunter: Bekleidung	- 4,2	- 5,6	- 3,4	- 4,3	- 5,0	- 6,3	- 4,1	- 5,1
Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat a.n.g.	- 10,5	- 8,0	- 14,3	- 11,4	- 12,3	- 9,9	- 15,8	- 13,0
Elektrische Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie Musikinstrumente	- 16,4	- 17,6	- 18,6	- 18,1	- 15,8	- 16,9	- 18,0	- 17,5
Metallwaren, Anstrichmittel, Bau- und Heimwerkerbedarf	- 3,8	- 2,1	- 1,3	- 1,6	- 4,3	- 2,8	- 1,7	- 2,2
Fach-Einzelhandel a.n.g. ⁶	- 7,0	- 9,5	- 6,9	- 8,1	- 7,8	- 10,2	- 7,9	- 9,0
Antiquitäten und Gebrauchtwaren ³	- 6,4	+ 1,7	- 14,6	- 7,6	- 7,6	+ 0,4	- 15,6	- 8,7
Nicht in Verkaufsräumen betriebener Einzelhandel ⁷	- 7,8	- 2,9	- 11,8	- 7,8	- 3,8	+ 2,7	- 9,9	- 4,3
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Teilen und Zubehör; Tankstellen	- 1,9	+ 2,4	- 7,7	- 3,3	- 3,6	+ 0,6	- 9,5	- 5,2

Quellen: Statistisches Bundesamt.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 93; 1995 = 100.

³ In Verkaufsräumen.

⁴ Breites bzw. gemischtes Warentiment z. B.: Warenhäuser, Supermärkte u. Ä.

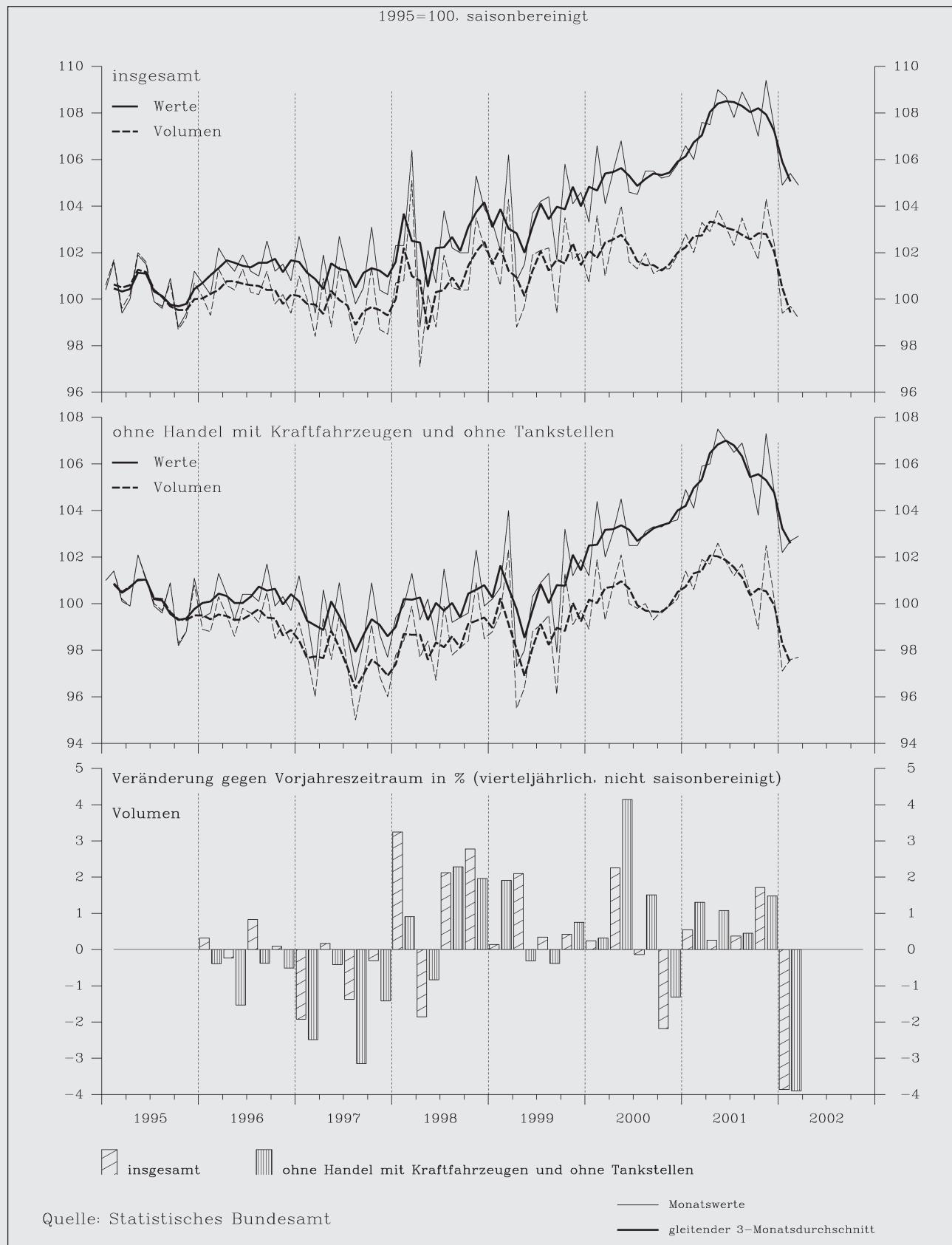
⁵ Abgegrenztes Sortiment z. B.: Fachgeschäfte.

⁶ Zum Beispiel feinmechanische und optische Erzeugnisse, Computer, Sport und Freizeitbedarf.

⁷ Zum Beispiel Versandhandel, Verkaufsstände und Märkte.

3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

1995 = 100, saisonbereinigt



4 Außenwirtschaft

	Werte in Mrd. €					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	1.Vj.	März	Jan.-März	1.Vj.	März	Jan.-März
Einfuhr	137,5	46,4	137,5	123,8	42,2	123,8
Ausfuhr	159,6	55,9	159,6	156,4	54,7	156,4
Saldo der Handelsbilanz	+ 22,1	+ 9,5	+ 22,1	+ 32,5	+ 12,4	+ 32,5
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 1,4	- 0,3	- 1,4	- 1,3	- 0,5	- 1,3
Dienstleistungen	- 12,6	- 5,1	- 12,6	- 10,7	- 3,4	- 10,7
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 3,5	+ 2,1	- 3,5	- 4,4	+ 1,7	- 4,4
laufenden Übertragungen	- 5,5	- 2,7	- 5,5	- 5,1	- 2,8	- 5,1
Leistungsbilanz	- 1,0	+ 3,5	- 1,0	+ 11,0	+ 7,5	+ 11,0
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	4.Vj.	1.Vj.	Jan.	Febr.	März	Jan.-März
in Mrd. €						
Saldo der Handelsbilanz	+ 12,1	+ 10,5	+ 4,6	+ 2,9	+ 2,9	+ 10,5
Ergänzungen zum Warenverkehr	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1
Dienstleistungen	+ 0,9	+ 1,9	+ 0,7	- 0,4	+ 1,6	+ 1,9
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 1,7	- 0,9	- 0,4	- 0,1	- 0,4	- 0,9
laufenden Übertragungen	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,2	- 0,8	0	+ 0,4
Leistungsbilanz	+ 13,9	+ 12,0	+ 6,2	+ 1,8	+ 4,0	+ 12,0
in %						
Einfuhr	- 10,2	- 10,0	- 13,4	- 7,4	- 9,0	- 10,0
Ausfuhr	- 2,0	- 2,0	- 3,1	- 0,8	- 2,2	- 2,0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)						
2 0 0 2						
	Werte			Volumen ³		
	Febr.	März	Febr./März	Nov.	Dez.	Nov. / Dez.
Einfuhr	+ 7,1	- 2,8	+ 3,4	+ 0,2	- 4,2	- 1,4
Ausfuhr	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	- 3,5	+ 5,0	- 1,7

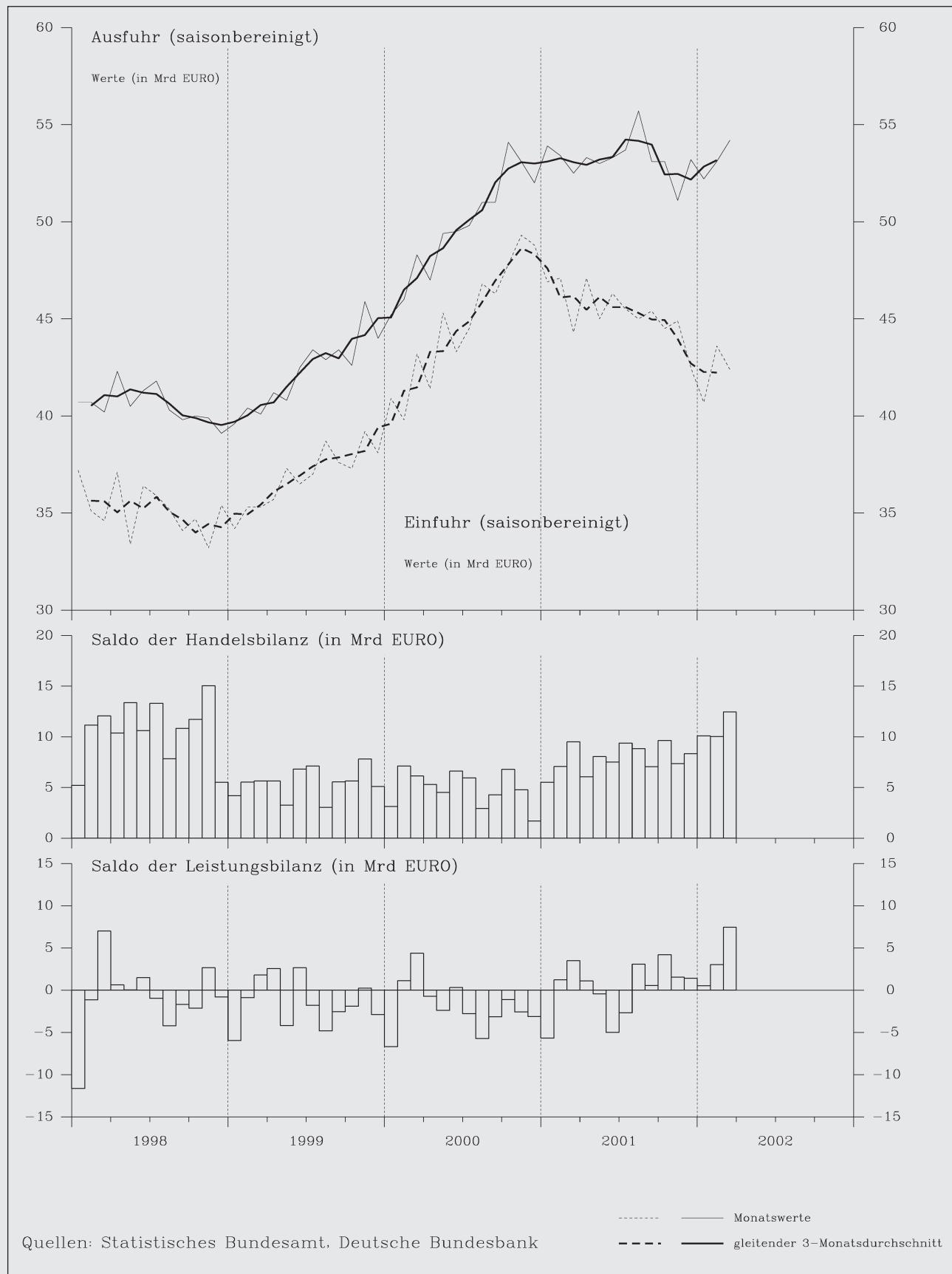
Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

¹ Ursprungszahlen.

² Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

³ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1991; Schätzung der Deutschen Bundesbank.

4 Außenwirtschaft



5 Arbeitsmarkt

5.1 Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	Febr.	März	April	Febr.	März	April
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 324	38 493	38 644	38 178	.	.
Arbeitslose insgesamt	4 113	4 000	3 868	4 296	4 156	4 024
Zugänge an Arbeitslosen	560	558	567	551	573	559
Abgänge an Arbeitslosen	541	671	698	545	713	691
Arbeitslosenquote (in % ²)	10,1	9,8	9,5	10,4	10,0	9,7
Kurzarbeiter	122	130	119	246	258	245
Offene Stellen	544	578	580	487	527	537
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum			
2 0 0 2						
	Febr.	März	April	Febr.	März	April
Erwerbstätige insgesamt ¹	- 31	.	.	- 146	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 6	- 140	- 132	+ 184	+ 156	+ 156
Zugänge an Arbeitslosen	- 291	+ 22	- 14	- 9	+ 15	- 8
Abgänge an Arbeitslosen	+ 29	+ 168	- 22	+ 4	+ 42	- 7
Kurzarbeiter	+ 35	+ 11	- 13	+ 125	+ 128	+ 126
Offene Stellen	+ 64	+ 41	+ 10	- 58	- 51	- 43
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 719	38 702	38 676	38 661	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 937	3 945	3 975	3 975	3 967	3 973
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,5	9,5	9,6	9,6	9,6	9,6
Offene Stellen ⁵	0	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
Erwerbstätige insgesamt ¹	- 18	- 17	- 26	- 15	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 20	+ 8	+ 30	0	- 8	+ 6
Offene Stellen ⁵	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Inlandskonzept.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

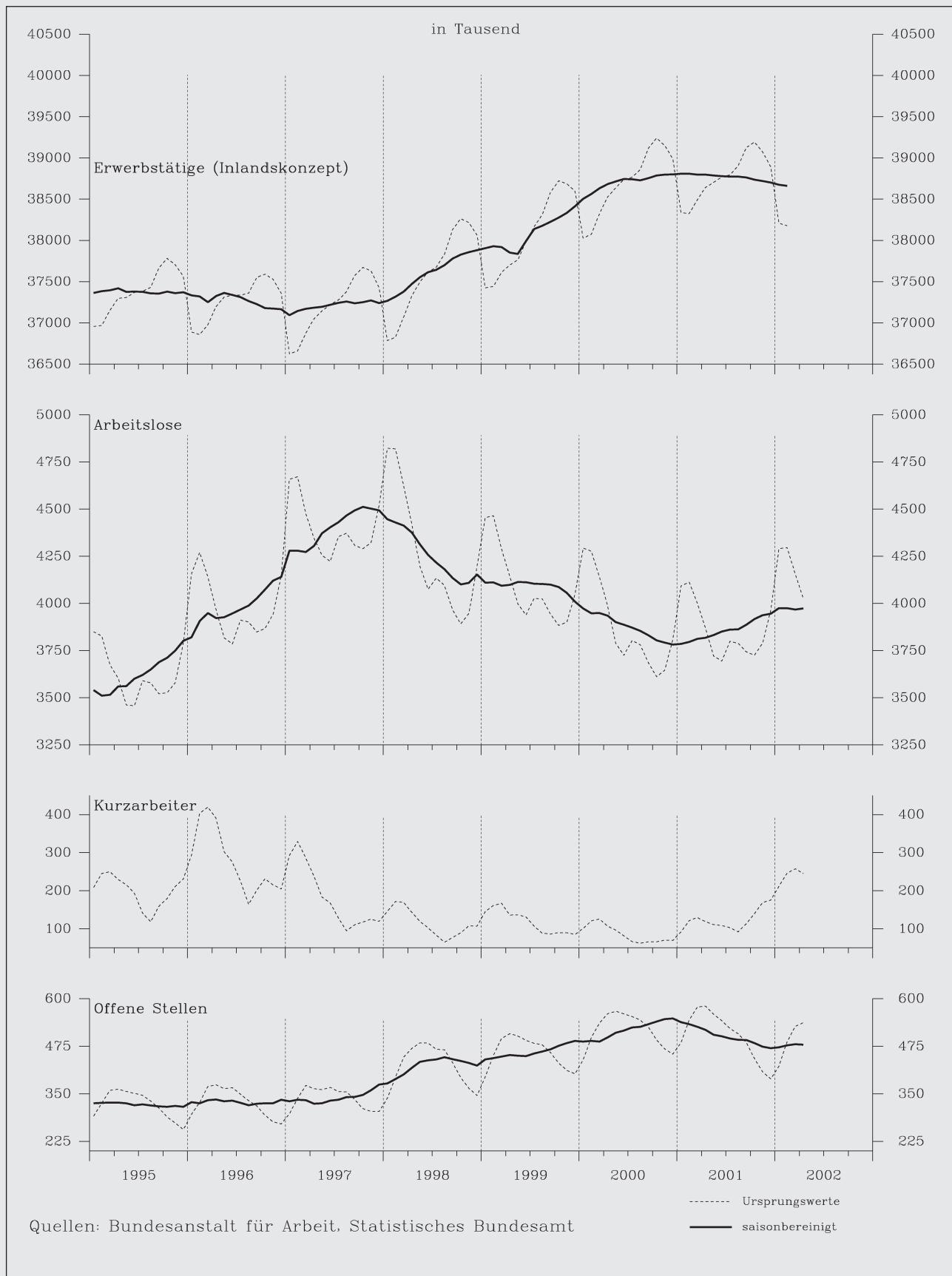
³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

⁵ Offene Stellen in Ostdeutschland nicht saisonbereinigt.

5 Arbeitsmarkt

5.1 Bundesrepublik Deutschland



5 Arbeitsmarkt

5.2 Früheres Bundesgebiet

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	Febr.	März	April	Febr.	März	April
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 623	2 539	2 474	2 789	2 683	2 603
Zugänge an Arbeitslosen	378	367	386	380	393	388
Abgänge an Arbeitslosen	377	451	452	382	499	468
Arbeitslosenquote (in % ²)	8,0	7,7	7,5	8,3	8,0	7,8
Kurzarbeiter	91	97	88	207	217	205
Offene Stellen	481	506	505	419	449	457
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 2						
	Febr.	März	April	Febr.	März	April
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 2	- 106	- 80	+ 166	+ 144	+ 129
Zugänge an Arbeitslosen	- 189	+ 13	- 5	+ 2	+ 25	+ 2
Abgänge an Arbeitslosen	+ 20	+ 117	- 32	+ 5	+ 48	+ 16
Kurzarbeiter	+ 28	+ 10	- 11	+ 116	+ 120	+ 117
Offene Stellen	+ 52	+ 30	+ 8	- 62	- 57	- 48
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 545	2 558	2 586	2 591	2 584	2 585
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,6	7,6	7,7	7,7	7,7	7,7
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 22	+ 13	+ 28	+ 5	- 7	+ 1
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

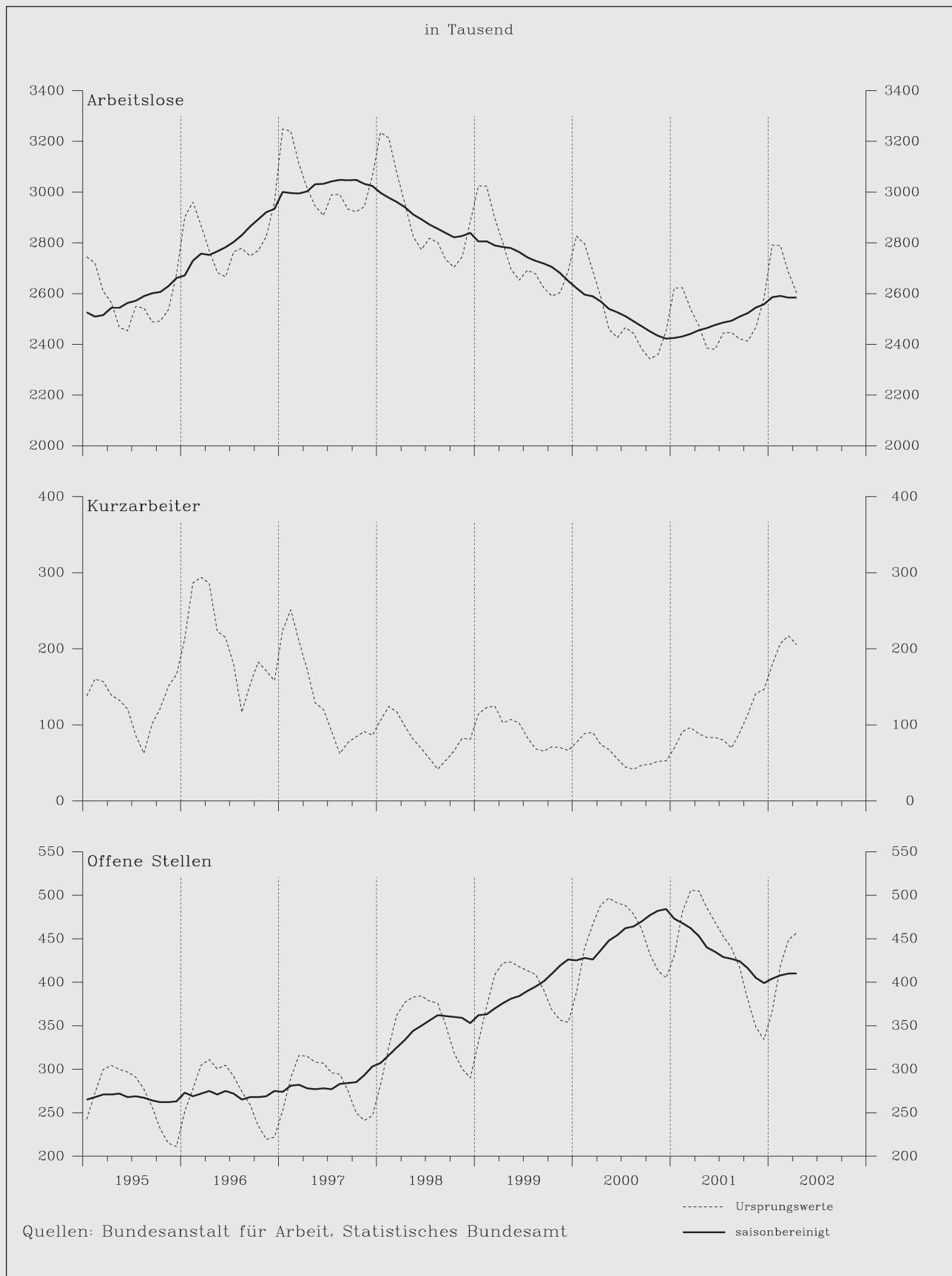
² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

5 Arbeitsmarkt

5.2 Früheres Bundesgebiet



5 Arbeitsmarkt

5.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2001			2002		
	Febr.	März	April	Febr.	März	April
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 490	1 461	1 394	1 507	1 473	1 421
Zugänge an Arbeitslosen	183	190	180	171	180	171
Abgänge an Arbeitslosen	164	219	247	162	213	223
Arbeitslosenquote (in % ²)	18,9	18,6	17,7	19,2	18,8	18,1
Kurzarbeiter	30	33	30	39	41	40
Offene Stellen	63	72	75	68	78	80
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2002						
	Febr.	März	April	Febr.	März	April
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 8	- 34	- 52	+ 17	+ 13	+ 27
Zugänge an Arbeitslosen	- 102	+ 9	- 9	- 12	- 10	- 9
Abgänge an Arbeitslosen	+ 9	+ 51	+ 10	- 1	- 6	- 23
Kurzarbeiter	+ 6	+ 2	- 1	+ 9	+ 8	+ 9
Offene Stellen	+ 12	+ 11	+ 2	+ 4	+ 6	+ 5
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2001 / 2002						
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 392	1 387	1 389	1 384	1 383	1 388
Arbeitslosenquote (in % ²)	17,8	17,7	17,7	17,7	17,6	17,7
Offene Stellen	69	71	68	69	70	69
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2001 / 2002						
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 2	- 5	+ 2	- 5	- 1	+ 5
Offene Stellen	+ 2	+ 2	- 3	+ 1	+ 1	- 1

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

5 Arbeitsmarkt

5.3 Neue Länder und Berlin-Ost



6 Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2 0 0 2					
	Febr.	März	April	Febr.	März	April
Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾						
Insgesamt	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6
Waren	0	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4
- Verbrauchsgüter	0	+ 0,4	+ 0,4	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,6
darunter:						
Nahrungsmittel	- 0,5	- 0,2	- 0,1	+ 5,7	+ 4,3	+ 2,3
darunter:						
Saisonwaren ²⁾	- 1,7	- 0,7	- 0,2	+ 10,2	+ 7,0	+ 2,8
- Gebrauchsgüter mit mittl. Lebensdauer	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5
- Langlebige Gebrauchsgüter	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,8
Dienstleistungen	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,7
darunter:						
- Wohnungsmiete	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte³⁾						
Insgesamt	+ 0,1	+ 0,3	.	- 0,3	- 0,2	.
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	+ 0,1	+ 0,6	.	- 2,1	- 1,5	.
- Energie	+ 0,5	+ 1,3	.	- 2,6	- 1,4	.
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,2	+ 0,1	.	- 1,8	- 1,6	.
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,3	+ 0,1	.	+ 1,5	+ 1,6	.
Konsumgüterproduzenten	- 0,2	- 0,1	.	+ 1,8	+ 1,0	.
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,1	+ 0,2	.	+ 1,9	+ 1,9	.
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,3	- 0,1	.	+ 1,8	+ 0,9	.
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte³⁾						
Insgesamt	+ 1,0	.	.	+ 0,9	.	.
Pflanzliche Produkte	+ 2,1	.	.	+ 7,8	.	.
Tierische Produkte	+ 0,4	.	.	- 2,7	.	.
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
Baupreise³⁾	Aug.	Nov.	Febr.	Aug.	Nov.	Febr.
Wohngebäude	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,4	- 0,2
Straßenbau	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	- 0,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Alle privaten Haushalte, 1995 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose).

²⁾ Obst, Gemüse (einschließlich Kartoffeln), Fische.

³⁾ 1995 = 100.

6 Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise



6 Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2 0 0 2					
	Febr.	März	April	Febr.	März	April
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹⁾						
Insgesamt	+ 2,9	+ 12,4	+ 4,5	- 20,4	- 5,9	- 2,7
- Nahrungs- und Genußmittel	- 0,8	+ 3,1	- 0,3	- 3,5	+ 1,3	+ 3,5
- Industrie-Rohstoffe	+ 2,9	+ 3,4	- 0,3	- 13,2	- 8,1	- 7,1
- Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	+ 3,4	+ 17,5	+ 6,9	- 24,8	- 5,9	- 1,8
Entwicklung des Außenwertes des Euro						
Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar ³⁾	- 1,6	+ 0,7	.	- 5,7	- 3,6	.
Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen von 13 Ländern ³⁾	- 0,9	0	.	- 1,7	- 1,8	.
Außenhandelspreise²⁾						
Einfuhrpreise insgesamt	+ 0,5	+ 0,8	.	- 3,5	- 2,5	.
darunter:						
Güter der Ernährungswirtschaft	- 0,6	- 0,4	.	+ 3,8	+ 1,0	.
Güter der gewerblichen Wirtschaft	+ 0,6	+ 1,0	.	- 4,4	- 2,9	.
- Rohstoffe und Halbwaren	+ 1,9	+ 4,6	.	- 16,9	- 10,6	.
- Fertigwaren	+ 0,2	0	.	- 0,3	- 0,4	.
Ausfuhrpreise insgesamt	0	+ 0,3	.	- 0,5	- 0,4	.
Terms of Trade	- 0,5	- 0,5	.	+ 3,2	+ 2,1	.

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

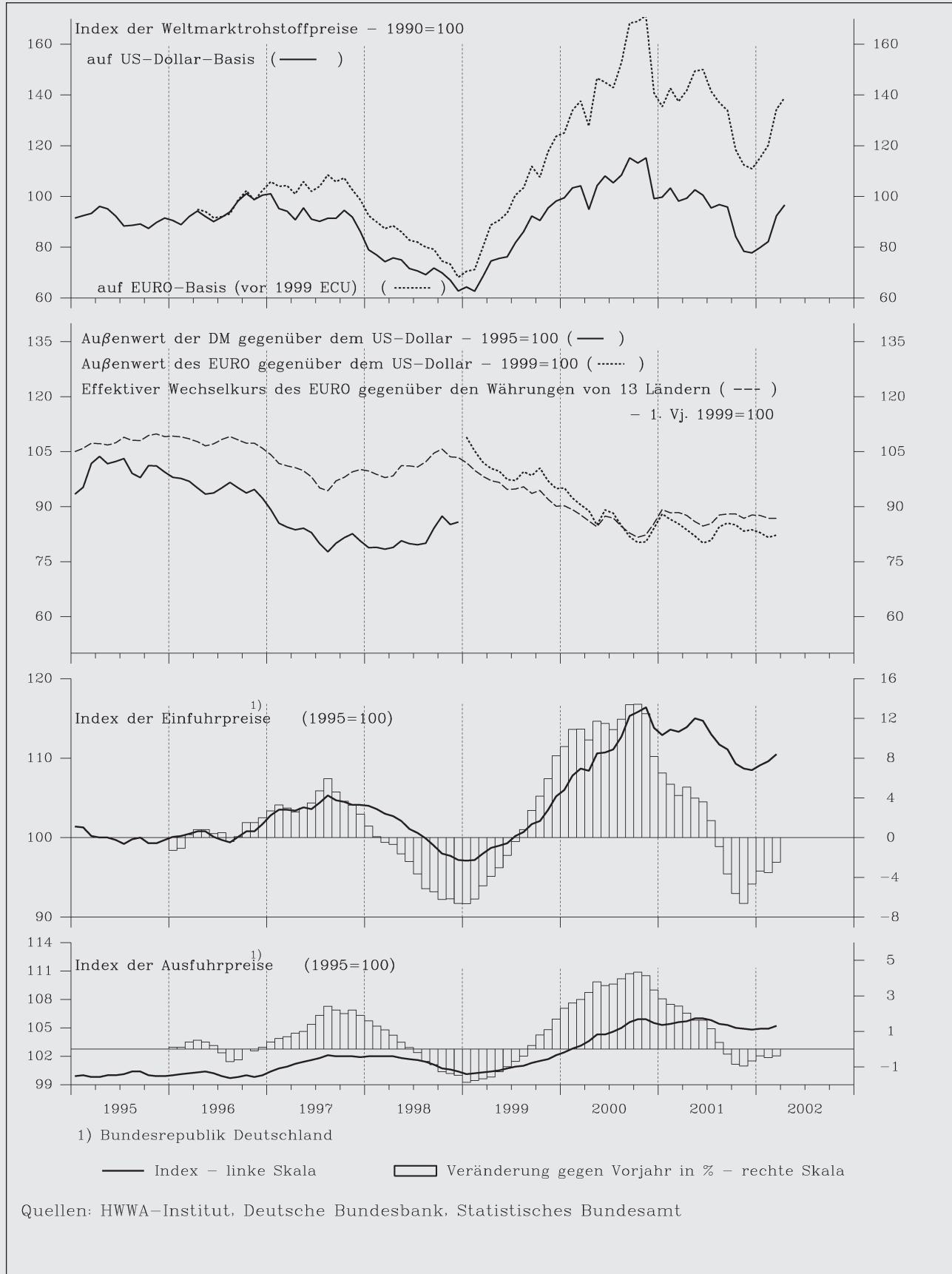
¹⁾ HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 1990 = 100.

²⁾ 1995 = 100.

³⁾ 1999 = 100.

6 Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise



7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ² in %	Erwerbs- lose Mio.	Erwerbs- losen- quote ³ in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen Veränderung in % p. a.	je Stunde	Investitions- quote ⁴ in %
1991	38,5	.	51,3	2,6	5,4	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,7	3,0	6,4	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	50,2	3,4	7,6	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	50,4	3,7	8,1	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	50,2	3,6	7,9	1,7	1,5	2,8	22,4
1996	37,3	- 0,3	50,4	4,0	8,6	0,8	1,1	2,2	21,8
1997	37,2	- 0,2	50,7	4,4	9,5	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	51,1	4,3	8,9	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,3	51,4	4,1	8,2	1,8	0,6	1,3	21,6
2000	38,7	1,6	51,8	3,9	7,5	3,0	1,4	2,3	21,6
2001 ⁵	38,8	0,1	51,7	3,9	7,4	0,6	0,4	1,2	20,4
1996/1991	37,4	- 0,6	50,4	3,5	7,7	1,2	1,8	2,4	22,9
2000/1995	37,8	0,7	51,1	4,1	8,5	1,8	1,1	1,8	21,6

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbstätige im Inland nach + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

⁵ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis); Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.2 Preise¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage	Konsum der privaten Haushalte	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3} Veränderung in % p. a.	Lohnstück- kosten ⁴	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Verdienst je Arbeitnehmer	
1991
1992	5,0	2,2	4,5	4,4	5,0	6,4	7,4	10,4	
1993	3,7	1,7	3,2	3,8	4,5	3,8	2,5	4,4	
1994	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5	4,9	2,0	
1995	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1	3,8	3,2	
1996	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2	1,8	1,4	
1997	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7	2,1	0,3	
1998	1,1	2,0	0,6	1,1	1,0	0,2	3,1	1,0	
1999	0,5	0,4	0,4	0,3	0,6	0,6	2,3	1,4	
2000	- 0,4	- 4,5	1,1	1,4	1,9	- 0,2	2,6	1,6	
2001 ⁵	1,3	0,0	1,3	1,8	2,5	1,2	1,9	1,8	
1996/1991	2,8	1,0	2,6	2,8	3,1	2,6	4,1	4,2	
2000/1995	0,6	- 0,9	0,9	1,3	1,3	0,0	2,4	1,1	

¹ Preisbasis 1995.

² Gerechnet nach Messzahlen des jeweiligen Originalbasisjahrs.

³ Alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

⁵ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis); eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.3 Außenwirtschaft

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,1	7,0	28,08	- 5,21	29,0	27,6	1,5	- 0,3
1999	4,8	7,2	16,81	- 15,39	29,7	28,9	0,9	- 0,8
2000	16,5	18,5	7,97	- 3,92	33,7	33,3	0,4	- 0,2
2001 ¹	6,1	3,0	29,58	- 3,42	35,1	33,7	1,4	- 0,2
1996/1991	3,3	2,2	7,02	- 13,90	24,1	23,7	0,4	- 0,8
2000/1995	9,1	9,5	19,52	- 6,73	29,1	28,1	1,0	- 0,3

¹ Erste vorläufige Ergebnisse.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-	Unterneh-	Arbeitnehmer-	Lohnquote		Bruttolöhne	Reallöhne	Arbeits-
	einkommen	mens- und	entgelte	unbereinigt ¹	bereinigt ²	und Gehälter (je Arbeit- nehmer)	(netto) ³	produktivität (je Erwerbs- tätigen Inland)
	Veränderung in % p. a.			in %	in %	Veränderung in % p. a.		
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1	3,8
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,9	0,3
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3	2,5
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0	1,5
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8	1,1
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,2	1,6
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1	0,9
1999	1,5	- 1,4	2,7	72,3	73,1	1,4	1,5	0,6
2000	2,8	2,6	2,9	72,3	73,1	1,6	0,8	1,4
2001 ⁴	1,4	0,1	1,9	72,7	73,4	1,8	1,3	0,4
1996/1991	3,4	3,2	3,5	73,7	74,3	4,2	0,0	1,8
2000/1995	2,1	2,8	1,8	72,1	73,0	1,1	- 0,5	1,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

⁴ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldentart

	Stand 31. März 2002 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand 30. April 2002 Mio. €
Anleihen ²	440 393	2 104	0	442 498
Bundesobligationen	125 919	177	0	126 096 ^p
Bundesschatzbriefe ³	22 647	129	112	22 663 ^p
Bundesschatzanweisungen	61 252	5 000	0	66 252
Unverzinsliche Schatzanweisungen	15 194	4 778	10 050	9 922
Finanzierungsschätzungen ⁴	1 723	132	89	1 767 ^p
Schuldscheindarlehen ⁵	41 751	708	1 029	41 430
Medium Term Notes Treuhand	445	0	0	445
Gesamte umlaufende Schuld⁶	709 323			711 071

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand 31. März 2002 Mio. €	Stand 30. April 2002 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	132 094	136 884
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	259 437	261 667
langfristig (mehr als 4 Jahre)	317 792	312 521
Gesamte umlaufende Schuld⁶	709 323	711 071

^p Vorläufig.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundes schuld vom 21. Juni 1999.

² Anleihen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens und der Treuhandanstalt.

³ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁴ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätzungen.

⁵ Schuldscheindarlehen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds Steinkohle, des Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt und des Erblastentilgungsfonds einschließlich der Vertragskredite des Bundeseisenbahnvermögens; ohne Lastenausgleichsfonds (LAG).

⁶ Einschließlich Eigenbestände.

2 Gewährleistungen

	Soll 2002 in Mrd. €	Januar bis März 2002 in Mrd. €	Januar bis März 2001 in Mrd. €
Ausfuhr	118	102,7	106,4
Internationale Finanzinstitute	47	33,3	31,7
Kapitalanlagen	40	26,1	24,3
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen	85	70,0	38,6

3 Bundeshaushalt 1997 bis 2002

Gesamtübersicht

	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
Mrd. €						
Ermittlung des Finanzierungssaldos						
1. Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	225,9 - 3,0	233,6 + 3,4	246,9 + 5,7	244,4 - 1,0	243,1 - 0,5	247,5 + 1,8
2. Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in % darunter: Steuereinnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	193,5 + 0,4	204,7 + 5,8	220,6 + 7,8	220,5 - 0,1	220,2 - 0,1	223,8 1,6
3. Finanzierungsdefizit	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 23,7
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	129,2	124,4	144,1	149,7	130,0	179,4
5. Tilgungen (+)	96,6	95,5	118,0	125,9	107,2	158,3
6. Nettokreditaufnahme	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 21,1
7. Münzeinnahmen	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 2,7
8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben	- 32,4 14,3	- 28,9 12,4	- 26,2 10,6	- 23,9 9,8	- 22,9 9,4	- 23,7 9,6
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	28,8 - 7,6	29,2 + 1,3	28,6 - 2,0	28,1 - 1,7	27,3 - 3,1	25,0 - 8,3
darunter: Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Stand: Dezember 2001.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist Mio. €	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 836	26 653	26 963	26 517	26 807	27 132
Aktivitätsbezüge	20 697	20 481	20 705	20 275	20 440	20 620
Ziviler Bereich	8 205	8 300	8 387	8 196	8 414	8 374
Militärischer Bereich	12 493	12 181	12 318	12 079	12 026	12 246
Versorgung	6 139	6 172	6 258	6 242	6 367	6 513
Ziviler Bereich	2 467	2 545	2 555	2 572	2 598	2 591
Militärischer Bereich	3 672	3 628	3 703	3 670	3 770	3 922
Laufender Sachaufwand	19 469	19 719	20 432	20 822	18 503	16 069
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 690	1 786	1 655	1 641	1 619	1 592
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	6 934	7 493	7 750	7 335	7 985	7 331
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 844	10 440	11 028	11 846	8 899	7 147
Zinsausgaben	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
an andere Bereiche	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
Sonstige	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	27 263	28 675	41 042	39 104	37 582	38 841
an Ausland	4	3	3	3	3	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	122 632	128 618	129 156	126 846	132 359	138 443
an Verwaltungen	29 512	29 300	16 311	16 106	13 257	14 859
Länder	5 524	5 685	5 568	5 650	5 580	5 921
Gemeinden	180	233	242	194	241	221
Sondervermögen	23 806	23 379	10 499	10 259	7 435	8 715
Zweckverbände	2	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	93 120	99 319	112 845	110 740	119 102	123 584
Unternehmen	9 181	9 338	13 488	13 275	16 674	16 874
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	25 131	24 819	24 305	21 455	20 668	20 651
an Sozialversicherung	55 603	61 866	71 651	72 590	78 143	82 311
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	750	743	749	746	672	783
an Ausland	2 455	2 552	2 652	2 674	2 940	2 965
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	196 245	203 710	217 639	213 333	215 296	220 532
Ausgaben der Kapitalrechnung*						
Sachinvestitionen	6 224	6 925	7 110	6 732	6 905	6 803
Baumaßnahmen	5 245	5 737	5 976	5 580	5 551	5 586
Erwerb von beweglichen Sachen	648	794	819	779	882	787
Grunderwerb	331	394	314	373	473	430
Vermögensübertragungen	16 417	18 339	17 831	19 506	17 085	14 351
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 538	17 636	17 225	16 579	16 509	13 905
an Verwaltungen	10 491	10 476	10 275	10 011	9 496	5 980
Länder	10 373	10 360	10 166	9 925	9 431	5 878
Gemeinden und Gemeindeverbände	119	116	109	86	65	102
an andere Bereiche	5 047	7 161	6 950	6 568	7 013	7 924
Sonstige – Inland	3 205	5 335	5 074	4 729	5 370	6 028
Ausland	1 841	1 826	1 876	1 839	1 643	1 897
Sonstige Vermögensübertragungen	879	703	606	2 926	577	446
an Verwaltungen	154	18	-6	0	0	0
Länder	0	0	-6	0	0	0
an andere Bereiche	725	685	611	2 926	577	446
Unternehmen – Inland	342	313	222	101	167	0
Sonstige – Inland	209	216	186	2 542	183	196
Ausland	173	156	203	284	227	250

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist Mio. €	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen						
Darlehensgewährung an Verwaltungen	7 064	4 645	4 290	4 835	3 859	4 334
Länder	6 345	3 964	3 661	4 205	3 185	3 699
Gemeinden	570	516	487	197	166	147
an andere Bereiche	562	510	485	195	166	147
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	9	6	1	1	0	1
Ausland	5 775	3 448	3 174	4 008	3 019	3 552
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 429	2 130	1 981	2 998	1 841	2 564
Inland	1 346	1 318	1 194	1 010	1 178	988
Ausland	719	681	629	630	674	634
	13	3	1	19	24	52
	706	678	628	611	651	583
Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen						
	0	0	0	0	0	0
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung*	29 705	29 909	29 231	31 072	27 850	25 487
Globale Mehr-/Minderausgaben	-1	0	0	0	0	1 481
Ausgaben zusammen	225 950	233 619	246 869	244 405	243 145	247 500
Abschluss der Ausgaben						
Summe Ausgaben	225 950	233 619	246 869	244 405	243 145	247 500
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	196 245	203 710	217 639	213 333	215 296	220 532
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	29 705	29 909	29 231	31 072	27 850	25 487
Globalansätze – soweit nicht aufgeteilt –	-1	0	0	0	0	1 481
Finanzierungsrechnung						
Haushaltstechnische Verrechnungen	175	155	139	134	136	0
Rechnungsmäßige Abschlusssumme	226 124	233 774	247 009	244 539	243 282	247 500
* Darunter: Investive Ausgaben	28 826	29 206	28 625	28 146	27 273	25 041

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 634	43 553	24 825	12 367	0	6 361
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 898	8 371	4 108	1 304	0	2 958
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 596	2 711	431	104	0	2 176
03 Verteidigung	27 485	27 185	16 167	10 183	0	835
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 357	2 142	1 639	486	0	18
05 Rechtsschutz	328	292	215	66	0	10
06 Finanzverwaltung	2 970	2 853	2 265	224	0	364
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	10 944	8 068	447	674	0	6 947
13 Hochschulen	2 153	1 028	7	5	0	1 016
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 089	1 089	0	0	0	1 089
15 Sonstiges Bildungswesen	498	420	9	81	0	330
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 778	5 282	431	582	0	4 269
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	426	250	1	6	0	243
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	105 997	104 599	169	402	0	104 027
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	79 738	79 738	0	0	0	79 738
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 477	6 017	0	0	0	6 017
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 910	4 645	0	266	0	4 379
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	13 678	13 524	41	71	0	13 412
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	114	114	0	0	0	114
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 080	561	128	66	0	367
3 Gesundheit und Sport	1 012	631	239	197	0	195
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	353	301	140	99	0	63
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	353	301	140	99	0	63
32 Sport	196	85	0	7	0	78
33 Umwelt- und Naturschutz	224	143	64	39	0	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	239	101	35	52	0	14
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 075	922	2	3	0	917
41 Wohnungswesen	1 611	881	0	3	0	878
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	55	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	408	0	0	0	0	0
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 316	692	24	124	0	544
52 Verbesserung der Agrarstruktur	915	356	0	2	0	354
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	178	178	0	56	0	122
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	178	178	0	56	0	122
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	223	158	24	65	0	68
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	7 459	4 200	62	356	0	3 782
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	347	329	0	210	0	119
621 Kernenergie	119	119	0	0	0	119
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	228	210	0	210	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	3 365	3 331	0	5	0	3 327
64 Handel	90	90	0	56	0	34
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	176	0	0	0	176
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 633	425	62	61	0	302

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	4 081	1 108	1 402	1 571	4 031
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	527	525	2	0	527
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 885	42	1 273	1 570	2 878
03 Verteidigung	300	174	126	0	256
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	215	215	0	0	215
05 Rechtsschutz	37	37	0	0	37
06 Finanzverwaltung	117	115	1	1	117
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	2 876	89	2 787	0	2 868
13 Hochschulen	1 125	1	1 124	0	1 125
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	78	4	75	0	78
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 496	83	1 413	0	1 488
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	177	0	176	0	177
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1 398	14	1 380	4	1 028
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	460	0	460	0	460
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	265	3	260	2	15
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	154	4	147	3	33
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	519	6	513	0	519
3 Gesundheit und Sport	381	204	176	0	375
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	52	48	4	0	52
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	52	48	4	0	52
32 Sport	110	0	110	0	110
33 Umwelt- und Naturschutz	81	28	53	0	75
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	137	129	9	0	137
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 153	0	983	170	1 153
41 Wohnungswesen	731	0	560	170	731
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	15	0	15	0	15
44 Städtebauförderung	408	0	408	0	408
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	623	4	616	3	623
52 Verbesserung der Agrarstruktur	559	0	559	0	559
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	65	4	58	3	65
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 259	3	1 056	2 201	3 259
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	18	0	18	0	18
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	18	0	18	0	18
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	34	0	34	0	34
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 005	0	1 004	1	1 005
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 207	3	1 004	2 201	3 207

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 965	2 893	1 014	1 229	0	651
72 Straßen	6 879	895	0	765	0	130
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 423	763	445	267	0	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	153	153	45	8	0	99
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 168	1 076	523	189	0	364
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	17 510	12 866	27	283	0	12 555
81 Wirtschaftsunternehmen	10 910	6 407	27	36	0	6 344
832 Eisenbahnen	4 674	269	0	0	0	269
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 236	6 138	27	36	0	6 075
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6 600	6 459	0	247	0	6 212
873 Sondervermögen	6 211	6 211	0	0	0	6 211
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	389	248	0	247	0	1
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	43 589	42 108	322	436	38 887	2 463
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 462	2 462	0	0	0	2 462
92 Schulden	38 955	38 955	0	68	38 887	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 172	691	322	368	0	1
Summe aller Hauptfunktionen	247 500	220 532	27 132	16 069	38 887	138 443

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 072	5 254	1 818	1	7 072
72 Straßen	5 984	4 532	1 452	1	5 984
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	660	647	13	0	660
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	0	0	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	92	75	18	0	92
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	4 645	128	4 132	384	4 633
81 Wirtschaftsunternehmen	4 504	21	4 098	384	4 504
832 Eisenbahnen	4 405	0	4 072	333	4 405
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	98	21	26	52	98
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	141	107	34	0	129
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	141	107	34	0	129
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	0	0	0	0	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
Summe aller Hauptfunktionen	25 487	6 803	14 351	4 334	25 041

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²	1998	1999	2000 ³	2001 ³	2002 ³
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	609,5	571,0	580,6	596,9	597,8	606	611½
Einnahmen	547,2	522,8	551,8	568,9	564,0	561	570
Finanzierungssaldo	- 62,3	- 48,1	- 28,8	- 27,9	- 33,7	- 45	- 42
darunter:							
Bund							
Ausgaben	232,9	226,0	233,6	246,9	244,4	245½	247½
Einnahmen	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	223	224
Finanzierungssaldo	- 40,1	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22½	- 23½
Länder (West)							
Ausgaben	197,2	186,3	188,3	189,9	193,7	202	200
Einnahmen	180,7	173,9	179,3	184,4	187,9	182½	187
Finanzierungssaldo	- 16,5	- 12,4	- 8,9	- 5,5	- 5,8	- 19½	- 12½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	136,0	116,2	115,7	117,9	119,8	121	124
Einnahmen	132,9	114,2	118,3	120,4	121,6	119	121
Finanzierungssaldo	- 3,1	- 2,0	2,6	2,6	1,8	- 2	- 3
Länder (Ost)							
Ausgaben	64,1	61,3	61,1	60,4	60,8	61	60½
Einnahmen	56,4	54,2	55,8	56,4	56,5	56	56½
Finanzierungssaldo	- 7,7	- 7,1	- 5,3	- 4,0	- 4,4	- 5	- 4
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	34,7	27,7	26,8	26,2	25,3	25	25
Einnahmen	33,4	26,9	26,3	26,0	25,5	25	25
Finanzierungssaldo	- 1,3	- 0,8	- 0,4	- 0,2	0,1	- 0	- ½
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	- 0,9	-	1,7	2,8	0,1	1½	1
Einnahmen	- 2,1	-	5,5	3,1	- 0,9	- ½	1½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	½	1
Einnahmen	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	1	½
Länder (West)							
Ausgaben	2,7	-	1,1	0,9	2,0	4	- 1
Einnahmen	1,9	-	3,1	2,8	1,9	- 3	2½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	- 1,8	-	- 0,4	1,9	1,6	1	2½
Einnahmen	0,6	-	3,6	1,8	0,9	- 2	1½
Länder (Ost)							
Ausgaben	3,4	-	- 0,3	- 1,1	0,7	0	- 1
Einnahmen	5,3	-	3,0	1,1	0,1	- 1	1
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	- 3,7	-	- 3,2	- 2,2	- 3,3	- 1	½
Einnahmen	- 4,8	-	- 2,1	- 1,3	- 1,9	- 2½	½

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²	1998	1999	2000 ³	2001 ³	2002 ³							
	Mrd. €													
	Anteil in %													
Finanzierungssaldo														
(1) in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 3,4	- 2,6	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2	- 2							
darunter:														
Bund	- 2,2	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1	- 1							
Länder (West)	- 0,9	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 1	- 1½							
Gemeinden (West)	- 0,2	- 0,1	0,1	0,1	0,1	0	0							
Länder (Ost)	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	0	0							
Gemeinden (Ost)	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	0	0							
(2) in % der Ausgaben														
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 10,2	- 8,4	- 5,0	- 4,7	- 5,6	- 7½	- 7							
darunter:														
Bund	- 17,2	- 14,4	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9	- 9½							
Länder (West)	- 8,4	- 6,7	- 4,8	- 2,9	- 3,0	- 9½	- 6½							
Gemeinden (West)	- 2,3	- 1,8	2,2	2,2	1,5	- 1½	- 2							
Länder (Ost)	- 12,0	- 11,6	- 8,7	- 6,6	- 7,2	- 8½	- 7							
Gemeinden (Ost)	- 3,9	- 2,8	- 1,7	- 0,8	0,6	- 1	- 1							
Ausgaben in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	33,2	30,5	30,1	30,2	29,5	29½	28½							
darunter:														
Bund	12,7	12,1	12,1	12,5	12,1	12	11½							
Länder (West)	10,8	10,0	9,8	9,6	9,6	9½	9½							
Gemeinden (West)	7,4	6,2	6,0	6,0	5,9	6	6							
Länder (Ost)	3,5	3,3	3,2	3,1	3,0	3	3							
Gemeinden (Ost)	1,9	1,5	1,4	1,3	1,3	1	1							

Stand: Finanzplanungsrat November 2001.

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU, Fonds Deutsche Einheit, Kreditabwicklungsfonds, Entschädigungsfonds, Erlastentilgungsfonds, Bundesreisenbahnvermögen, Steinkohlefonds und Versorgungs-Rücklage.

² Ab 1997 ohne Krankenhäuser.

³ 2000: Ist, Länder = vorläufig Ist; 2001 und 2002 = Schätzung.

Stand: November 2001.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2002

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Ist-Ergebnisse Mrd. €								
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	42,1 8,6	80,2 12,7	140,8 2,4	148,2 5,2	194,4 . .	205,4 . .	218,4 6,3	233,9 7,1	240,9 3,0
Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	42,6 17,9	63,3 0,2	122,4 - 0,7	137,9 12,7	169,8 0,0	178,2 0,0	198,3 11,3	199,7 0,7	215,1 7,7
Finanzierungssaldo darunter:	0,6	- 16,9	- 18,4	- 10,2	- 24,6	- 27,2	- 20,1	- 34,2	- 25,9
Nettokreditaufnahme	- 0,0	- 15,3	- 18,1	- 9,8	- 23,9	- 26,6	- 19,7	- 33,8	- 25,6
Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3
Rücklagenbewegung	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	6,6	13,0	20,5	21,1	22,1	24,9	26,3	27,0	26,9
Anteil an den Bundesausgaben in %	12,4	5,9	2,1	3,0	0,0	0,0	5,7	2,4	- 0,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	15,6	16,2	14,6	14,3	.	12,1	12,1	11,5	11,2
	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8
Zinsausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	1,1	2,7	16,5	16,4	17,5	20,3	22,4	23,4	27,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	14,3	23,1	4,0	- 0,6	0,0	0,0	10,6	4,5	15,8
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	2,7	5,3	11,7	11,1	.	9,9	10,3	10,0	11,3
	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,7
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	7,2	13,1	17,1	18,5	20,1	31,4	33,7	33,3	31,3
Anteil an den Bundesausgaben in %	10,2	11,0	0,4	8,4	0,0	0,0	7,0	- 1,1	- 6,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	17,0	16,3	12,1	12,5	.	15,3	15,4	14,2	13,0
	34,4	35,4	33,8	34,7	.	37,5	34,7	35,3	34,0
Steuereinnahmen¹ Veränderung gegen Vorjahr in %	40,2	61,0	112,6	126,4	132,3	162,5	180,4	182,0	193,8
Anteil an den Bundesausgaben in %	18,7	0,5	1,5	12,2	0,0	0,0	11,0	0,9	6,4
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	95,5	76,0	80,0	85,3	.	79,1	82,6	77,8	80,4
Anteil am gesamten Steueraufkommen in % ⁴	94,3	96,3	92,0	91,6	.	91,2	91,0	91,2	90,1
	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,2
Nettokreditaufnahme Anteil an den Bundesausgaben in %	0,0	- 15,3	- 18,1	- 9,8	- 23,9	- 26,6	- 19,7	- 33,8	- 25,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	0,0	19,1	12,9	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9
	0,0	55,8	63,6	57,3	.	39,6	33,6	47,4	47,2
nachrichtlich: Schuldenstand⁴									
öffentliche Haushalte³ darunter:	61,9	129,2	459,6	472,8	536,2	595,9	679,8	765,5	840,1
Bund	25,7	54,8	242,9	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand öffentlicher Gesamthaushalt und Schuldenstand November 2001.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2002

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Ist-Ergebnisse							Soll
	Mrd. €							
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	237,6 - 1,4	232,9 - 2,0	225,9 - 3,0	233,6 3,4	246,9 5,7	244,4 - 1,0	243,1 - 0,5	247,5 1,8
Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	211,7 - 1,5	192,8 - 9,0	193,5 0,4	204,7 5,8	220,6 7,8	220,5 - 0,1	220,2 - 0,1	223,8 1,6
Finanzierungssaldo darunter :	- 25,8	- 40,1	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 23,7
Nettokreditaufnahme	- 25,6	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 21,1
Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 2,7
Rücklagenbewegung	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	27,1 0,5	27,0 - 0,0	26,8 - 0,7	26,7 - 0,7	27,0 1,2	26,5 - 1,6	26,8 1,1	27,1 1,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	11,0
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	14,4	14,3	16,2	16,1	16,1	15,8	15,7	15,7
Zinsausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	25,4 - 6,2	26,0 2,3	27,3 4,9	28,7 5,2	41,1 43,1	39,1 - 4,8	37,6 - 3,9	38,9 - 3,4
Anteil an den Bundesausgaben in %	10,7	11,2	12,1	12,3	16,7	16,0	15,5	15,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	38,7	39,0	40,6	42,1	59,0	58,0	55,7	56,0
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	34,0 8,8	31,2 - 8,3	28,8 - 7,6	29,2 1,3	28,6 - 2,0	28,1 - 1,7	27,3 - 3,1	25,0 - 8,3
Anteil an den Bundesausgaben in %	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	10,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	37,0	36,1	36,1	35,5	36,1	35,5	34,5	31,4
Steuereinnahmen¹ Veränderung gegen Vorjahr in %	187,2 - 3,4	173,1 - 7,5	169,3 - 2,2	174,6 3,1	192,4 10,2	198,8 3,3	193,8 - 2,5	199,2 2,8
Anteil an den Bundesausgaben in %	78,8	74,3	74,9	74,7	78,0	81,3	79,7	80,5
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	88,5	88,0	89,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen in % ⁴	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	42,2	42,5	41,9
Nettokreditaufnahme Anteil an den Bundesausgaben in %	- 25,6 10,8	- 40,0 17,2	- 32,6 14,4	- 28,9 12,4	- 26,1 11,8	- 23,8 10,6	- 22,8 10,4	- 21,1 9,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	74,5	128,3	113,0	98,8	91,3	84,5	83,6	84,3
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	51,2	70,4	65,1	97,8	82,4	81,0	60,8	59,3
nachrichtlich: Schuldenstand⁴								
öffentliche Haushalte³ darunter:	1 009,3 385,7	1 069,2 426,0	1 119,1 459,7	1 153,4 488,0	1 183,1 708,3	1 198,1 715,6	1 204,7 697,3	1 254,0 718,0

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

Stand öffentlicher Gesamthaushalt und Schuldenstand November 2001.

8 Steuer- und Abgabenquoten^{1, 2}

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{3, 4}		Kassenmäßige Abgrenzung ⁵	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	24,0	36,6	22,8	34,4
1975	24,8	41,0	23,6	38,6
1980	25,9	42,8	24,8	40,4
1981	25,2	42,7	24,1	40,3
1982	24,9	42,8	23,8	40,4
1983	24,9	42,3	23,7	39,9
1984	25,1	42,5	23,7	39,8
1985	25,2	42,8	24,0	40,3
1986	24,6	42,1	23,5	39,8
1987	24,7	42,3	23,5	39,9
1988	24,5	41,9	23,3	39,6
1989	25,2	42,4	24,0	40,1
1990	23,6	40,5	22,7	38,5
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	39,8
1993	22,9	41,1	23,2	40,4
1994	22,9	41,5	23,1	40,7
1995	22,5	41,3	23,1	40,9
1996 ⁵	22,9	42,3	22,3	40,6
1997 ⁵	22,6	42,3	21,8	40,3
1998 ⁵	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 ⁵	24,2	43,3	22,9	40,9
2000 ⁵	24,6	43,3	23,1	40,7
2001 ⁶	23	41½	21½	39
2002 ⁶	23½	42	22	39½

¹ Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

² Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

³ Ab 1991 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

⁴ Einschließlich Sondersteuern der Jahre 1970 bis 1974.

⁵ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2001.

⁶ Schätzung, Stand: November 2001.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	1999	2000	2001 ⁶	2002 ⁶
Schulden (Mrd. €)¹				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 183,1	1 198,2	1 210	1 250
Bund	708,3	715,6	700	717
Länder (West) ³	270,9	278,4	299	313
Länder (Ost) ³	51,8	54,8	59	63
Gemeinden (West) ⁴	68,4	67,3	68	70
Gemeinden (Ost) ⁴	15,6	15,6	16	16
Sonderrechnungen ⁵	56,3	58,3	60	63
Schulden in % der Gesamt-Schulden				
Bund	59,9	59,7	58	57½
Länder (West) ³	22,9	23,2	24½	25
Länder (Ost) ³	4,4	4,6	5	5
Gemeinden (West) ⁴	5,8	5,6	5½	5½
Gemeinden (Ost) ⁴	1,3	1,3	1½	1½
Sonderrechnungen ⁵	4,8	4,9	5	5
Schulden in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,9	59,2	58½	58½
Bund	35,9	35,3	34	33½
Länder (West) ³	13,7	13,7	14½	14½
Länder (Ost) ³	2,6	2,7	3	3
Gemeinden (West) ⁴	3,5	3,3	3½	3½
Gemeinden (Ost) ⁴	0,8	0,8	1	1
Sonderrechnungen ⁵	2,8	2,9	3	3
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	61,3	60,3	rund 60	rund 60

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Länder (West) einschl. Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

⁴ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁵ ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundesseisenbahnvermögen (bis 1998), Erblastentilgungsfonds (bis 1998) und Steinkohlefonds (bis 1998); Schulden des Bundesseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds sind ab 1999 beim Bund nachgewiesen.

⁶ Prognose auf der Basis Plenum Finanzplanungsrat November 2001.

Stand: November 2001.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen*

	Steueraufkommen ^{1,2}			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	davon				
	insgesamt	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“
Mrd. €					
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1951	13,5	6,7	6,8	49,6	50,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,9	16,1	53,9	46,1
1965	53,9	29,4	24,6	54,4	45,6
1970	78,8	42,3	36,5	53,7	46,3
1971	88,2	47,9	40,3	54,3	45,7
1972	100,7	56,3	44,4	55,9	44,1
1973	114,9	67,1	47,9	58,4	41,6
1974	122,5	73,8	48,7	60,3	39,7
1975	123,7	72,9	50,9	58,9	41,1
1976	137,1	82,3	54,8	60,1	39,9
1977	153,1	95,1	58,0	62,1	37,9
1978	163,2	98,2	64,9	60,2	39,8
1979	175,3	103,0	72,3	58,8	41,2
1980	186,6	109,3	77,4	58,5	41,5
1981	189,3	108,6	80,7	57,4	42,6
1982	193,6	112,1	81,6	57,9	42,1
1983	202,8	115,2	87,6	56,8	43,2
1984	212,0	120,9	91,1	57,0	43,0
1985	223,5	132,2	91,4	59,1	40,9
1986	231,3	137,4	93,9	59,4	40,6
1987	239,6	141,8	97,8	59,2	40,8
1988	249,6	148,5	101,0	59,5	40,5
1989	273,8	163,1	110,8	59,6	40,4
1990	281,5	160,6	120,9	57,1	42,9
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,3	149,1	55,9	44,1
1992	374,1	209,7	164,4	56,1	43,9
1993	383,0	207,7	175,3	54,2	45,8
1994	402,0	210,7	191,3	52,4	47,6
1995	416,3	224,4	191,9	53,9	46,1
1996	409,0	213,9	195,2	52,3	47,7
1997	407,6	209,8	197,8	51,5	48,5
1998	425,9	221,9	204,0	52,1	47,9
1999	453,1	235,3	217,8	51,9	48,1
2000	467,3	243,8	223,5	52,2	47,8
2001 ³	448,9	221,3	227,6	49,3	50,7
2002 ³	462,5	228,0	234,5	49,3	50,7

* Da die Übersicht die jeweiligen gesamten Steuereinnahmen seit 1951 enthält und aufgliedert, umfassen die Angaben auch Steuern, die im Zeitraum 1951/2002 ausgelaufen oder abgeschafft worden sind. Danach ist zu unterscheiden:

¹ Entfallen sind folgende Steuerarten:

- „Direkte Steuern“: Notopfer Berlin; für natürliche Personen (30. September 1956), für Körperschaften (31. Dezember 1957); Ergänzungsabgabe: zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974), zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Sonderausgaben (LAF): Kreditgewinnabgabe (31. März 1973), Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe (31. Dezember 1979); Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Stabilitätszuschlag (30. Juni 1974); Solidaritätszuschlag vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994; Vermögensteuer (31. Dezember 1996).
- „Indirekte Steuern“: Essigsäuresteuer (31. Dezember 1980); Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Spielkartensteuer (31. Dezember 1980); Kapitalertragsteuer: Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschaftsteuer (31. Dezember 1991); Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992).

² Ab 1999 geltende Zusammensetzung der Steuereinnahmen:

- „Direkte Steuern“: Einkommen- und Körperschaftsteuer; Solidaritätszuschlag; Grundsteuer A + B; Feuerschutzsteuer; Gewerbesteuer; Schankerlaubnissteuer, Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer.
- „Indirekte Steuern“: Steuern vom Umsatz; Zölle; Tabaksteuer; Kaffeesteuern; Teesteuer; Zuckersteuer; Salzsteuer; Branntweinabgaben; Schaumweinsteuer; Mineralölsteuer; Versicherungssteuer; Kraftfahrzeugsteuer; Rennwett- und Lotteriesteuer; Biersteuer; Grunderwerbsteuer; Stromsteuer; Sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand.

³ Steuerschätzung vom 8. bis 9. November 2001 nach geltendem Steuerrecht einschließlich des zweiten Gesetzes zur Familienförderung; Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen; Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe; Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes; 12. Euro-Einführungsgesetz.

Stand: November 2001.

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000*	2001*	2002	2003
Deutschland	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,3	- 2,7	- 2,8	- 2,1
Belgien	- 8,6	- 9,0	- 5,4	- 4,4	0,1	0,0	- 0,2	0,2
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,5	2,9	2,1	2,4
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 0,8	- 0,4	0,3	0,5
Spanien	- 2,5	- 6,1	- 4,1	- 6,6	- 0,4	- 0,1	- 0,3	0,0
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,3	- 1,5	- 2,0	- 1,8
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,2	4,5	1,5	0,6	0,2
Italien	- 8,6	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 1,3
Luxemburg	- 0,4	6,2	4,7	1,8	5,8	5,0	2,0	2,5
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	0,2	0,0	- 0,4
Österreich	- 1,6	- 2,4	- 2,4	- 5,2	- 1,9	0,1	- 0,1	0,3
Portugal	- 8,6	- 10,3	- 5,0	- 4,5	- 1,8	- 2,7	- 2,6	- 2,5
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,7	7,0	4,9	3,3	2,7
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,7	3,7	4,8	1,7	1,9
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,7	0,9	- 0,2	- 0,5
Eurozone	- 3,4	- 4,8	- 4,2	- 5,0	- 0,7	- 1,3	- 1,4	- 1,2
EU 15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,1	- 0,6	- 1,1	- 0,9
Japan	- 4,4	- 0,8	2,9	- 4,2	- 7,4	- 6,9	- 6,3	- 6,1
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,7	0,5	- 0,7	- 0,9

Quelle: EU-KOM: Frühjahrsprognose 2002, April 2002.

* für die Jahre 2000 und 2001 jeweils ohne UMTS-Erlöse.

Stand: Mai 2002.

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Deutschland	31,7	41,7	43,5	57,1	60,3	59,8	60,8	60,1
Belgien	78,3	121,8	127,7	133,4	109,3	107,5	104,3	99,4
Dänemark	36,4	69,8	57,7	69,3	46,8	44,7	43,2	39,8
Griechenland	27,9	59,9	89,0	108,7	102,8	99,7	97,9	95,2
Spanien	17,0	42,7	44,0	64,0	60,4	57,2	55,5	53,5
Frankreich	20,4	31,8	36,3	54,0	57,4	57,2	57,4	57,2
Irland	72,3	105,3	97,5	84,3	39,0	36,3	33,6	31,4
Italien	58,3	82,0	97,3	123,3	110,6	109,4	107,8	105,6
Luxemburg	9,3	9,6	4,4	5,6	5,6	5,5	5,2	5,1
Niederlande	46,3	70,5	77,4	77,0	56,0	52,9	50,1	47,4
Österreich	36,4	49,4	57,5	68,5	63,6	61,8	60,2	57,6
Portugal	34,9	66,6	63,0	64,1	53,4	55,4	56,5	57,2
Finnland	11,6	16,4	14,5	57,1	44,0	43,6	43,1	42,9
Schweden	40,0	61,9	42,0	76,6	55,3	55,9	52,6	49,9
Vereinigtes Königreich	54,9	54,4	35,1	51,8	42,4	39,0	37,6	36,1
Eurozone	35,1	52,8	59,1	72,9	70,2	69,1	68,6	67,2
EU 15	38,4	53,8	54,9	70,2	64,2	62,8	61,9	60,5
Japan	51,2	64,2	61,4	87,1	130,8	143,4	157,0	166,4
USA	37,0	49,4	55,3	72,9	57,4	55,4	54,7	53,0

Quelle: EU-KOM: Frühjahrsprognose 2002, April 2001. Japan und USA für 2000 bis 2002: IWF – World Economic Outlook, April 2002.
Stand: Mai 2002.

13 Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	22,8	24,8	24,0	22,7	22,3	22,9	23,1
Deutschland ³	22,9	21,7	20,9	20,4	22,3	22,9	23,0
Belgien	25,1	30,2	31,3	28,8	30,4	31,2	31,8
Dänemark	38,8	43,2	45,7	45,7	48,3	48,3	46,2
Finnland	29,6	29,2	33,0	35,0	35,1	34,4	35,4
Frankreich	22,3	23,3	24,8	24,0	26,2	29,3	29,0
Griechenland	14,6	16,2	18,4	20,5	22,0	25,6	26,5
Irland	27,4	26,9	29,9	28,5	28,5	28,1	27,2
Italien	16,3	18,9	22,5	26,1	28,2	30,9	30,3
Japan	15,3	18,2	19,2	21,8	17,7	16,4	17,1
Kanada	28,2	29,1	29,1	32,2	32,0	33,0	32,1
Luxemburg	18,0	28,3	32,7	29,5	32,0	31,0	31,3
Niederlande	24,0	26,9	23,6	26,8	25,1	25,3	25,3
Norwegen	29,3	33,7	34,3	30,8	31,9	31,4	31,2
Österreich	26,0	27,5	28,6	27,2	28,4	28,9	28,5
Portugal	15,1	17,2	20,0	21,4	23,9	25,6	25,8
Schweden	33,8	33,8	36,4	39,0	34,8	39,0	38,1
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	21,3	22,2	23,7
Spanien	10,6	11,8	16,2	21,3	20,8	22,9	22,9
Vereinigtes Königreich	31,8	29,3	30,9	29,7	28,9	30,1	31,4
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	21,1	22,0	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2001.

14 Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	34,4	40,4	40,3	38,5	40,6	40,9	40,7
Deutschland ³	32,9	33,1	32,9	32,6	37,4	37,7	37,8
Belgien	35,1	42,5	45,8	43,1	45,0	45,7	46,0
Dänemark	40,4	43,9	47,4	47,1	49,9	50,4	48,4
Finnland	32,5	36,2	40,0	44,7	47,3	46,2	46,5
Frankreich	35,1	40,6	43,8	43,0	45,0	45,8	45,5
Griechenland	20,9	24,2	28,6	29,3	31,8	37,1	38,0
Irland	29,9	31,4	35,0	33,5	32,9	32,3	31,5
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	42,7	43,3	42,3
Japan	19,7	25,7	27,5	30,7	27,8	26,2	27,1
Kanada	31,2	32,5	33,6	36,6	37,2	38,2	37,5
Luxemburg	26,0	39,8	44,4	40,5	43,1	41,8	42,0
Niederlande	37,1	43,4	42,4	42,8	41,5	42,1	41,8
Norwegen	34,9	42,7	43,3	41,8	41,5	41,6	40,2
Österreich	34,9	39,8	41,9	40,4	43,5	43,9	43,3
Portugal	19,8	24,4	26,9	29,4	32,2	34,3	34,7
Schweden	39,8	47,5	48,5	53,6	49,8	52,2	53,3
Schweiz	22,5	28,9	30,2	30,6	33,9	34,4	35,9
Spanien	16,9	22,9	27,6	33,0	32,6	35,1	35,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,6	35,9	35,0	36,3	37,7
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,9	28,9	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2001.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,24	80,71	80,31	81,68	93,76	95,60
davon:						
Agrarpolitik	40,62	38,81	39,78	40,51	44,02	45,02
Strukturpolitik	26,06	28,37	26,66	27,59	31,57	32,08
Interne Politiken	4,93	4,88	4,47	5,36	5,86	5,99
Externe Politiken	3,99	4,07	4,59	3,84	4,37	4,17
Verwaltungsausgaben	4,13	4,22	4,51	4,65	4,91	5,12
Reserven	0,29	0,27	0,30	0,19	0,92	0,68
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,21	0,10	0,00	1,20	2,10	2,54
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	4,53	0,59	- 0,50	1,71	14,79	1,96
davon:						
Agrarpolitik	3,94	- 4,46	2,50	1,84	8,66	2,27
Strukturpolitik	6,67	8,86	- 6,03	3,49	14,43	1,62
Interne Politiken	8,59	- 1,01	- 8,40	19,91	9,33	2,22
Externe Politiken	5,00	2,01	12,78	- 16,34	13,80	- 4,58
Verwaltungsausgaben	4,29	2,18	6,87	3,10	5,59	4,28
Reserven	20,83	- 6,90	11,11	- 36,67	384,21	- 26,09
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	- 70,00	- 52,38	- 100,00		75,00	20,95
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	50,62	48,09	49,53	49,60	46,95	47,09
Strukturpolitik	32,48	35,15	33,20	33,78	33,67	33,56
Interne Politiken	6,14	6,05	5,57	6,56	6,25	6,27
Externe Politiken	4,97	5,04	5,72	4,70	4,66	4,36
Verwaltungsausgaben	5,15	5,23	5,62	5,69	5,24	5,36
Reserven	0,36	0,33	0,37	0,23	0,98	0,71
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,26	0,12	0,00	1,47	2,24	2,66
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	80,55	84,53	86,90	92,72	93,76	95,60
davon:						
Zölle	12,24	12,16	11,71	13,11	13,63	11,82
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,93	1,95	2,15	2,16	1,97	1,42
MwSt-Eigenmittel	34,35	33,09	31,33	35,19	30,69	23,59
BSP-Eigenmittel	26,89	35,03	37,51	37,58	35,15	57,95
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	- 0,90	4,94	2,80	6,70	1,12	3,11
davon:						
Zölle	4,08	- 0,65	- 3,70	11,96	3,97	- 13,28
Agrarzölle und Zuckerabgaben	6,04	1,04	10,26	0,47	- 8,80	- 27,92
MwSt-Eigenmittel	- 5,97	- 3,67	- 5,32	12,32	- 12,79	- 23,13
BSP-Eigenmittel	27,68	30,27	7,08	0,19	- 6,47	64,86
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	15,20	14,39	13,48	14,14	14,54	12,36
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,40	2,31	2,47	2,33	2,12	1,49
MwSt-Eigenmittel	42,64	39,15	36,05	37,95	33,10	24,68
BSP-Eigenmittel	33,38	41,44	43,16	40,53	37,91	60,62

Bemerkungen:

1997 bis 2000 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.
2001 Sollansatz gemäß EU-Haushalt einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1 bis 4/2001.
2002 Haushaltsentwurf des Rates.
Stand November 2001.

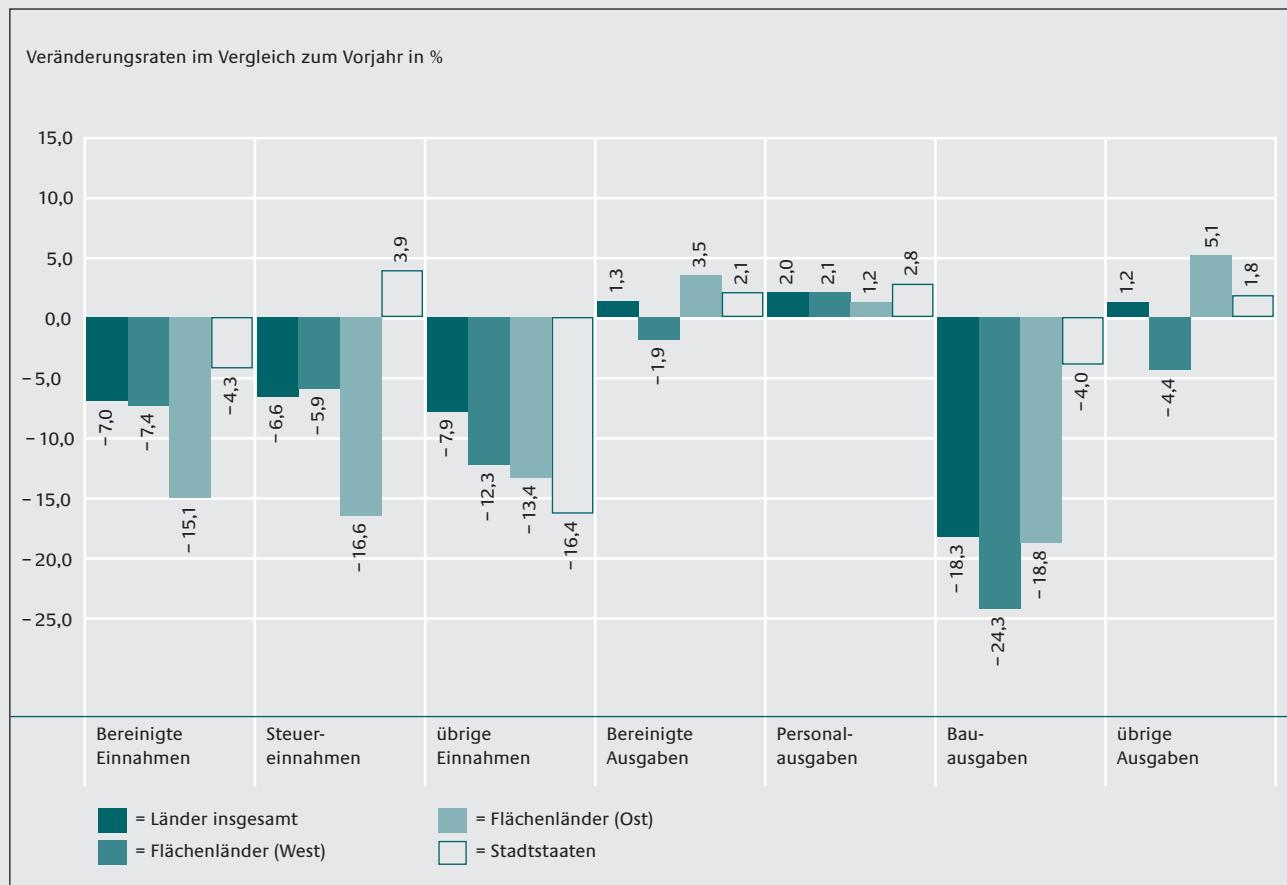
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2002 im Vergleich zum Jahressoll 2002

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll*	Ist	Soll*	Ist
Bereinigte Einnahmen	163 658	36 167	50 646	10 204	–	6 670	–	52 414
darunter:								
Steuereinnahmen	129 527	28 335	25 133	5 397	–	4 296	–	38 027
übrige Einnahmen	34 131	7 832	25 513	4 808	–	2 374	–	14 387
Bereinigte Ausgaben	175 690	43 609	52 667	12 037	–	8 935	–	63 953
darunter:								
Personalausgaben	70 915	18 781	13 895	3 490	–	3 295	–	25 566
Bauausgaben	2 728	305	1 652	190	–	172	–	667
übrige Ausgaben	102 046	24 523	37 120	8 356	–	5 468	–	37 721
Finanzierungssaldo	– 12 022	– 7 442	– 2 022	– 1 832	–	– 2 265	–	– 11 539

* Soll zum Haushalt 2002 liegt nicht vollständig vor.

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2002



3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Februar 2001			Januar 2002			Februar 2002		
		Bund	Länder ³	Insgesamt	Bund	Länder ³	Insgesamt	Bund	Länder ³	Insgesamt
		in Mio. DM			in Mio. €			in Mio. €		
1 Seit dem 1. Januar gebuchte										
11 Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr		89 616	110 189	192 501	28 817	33 659	60 196	42 241	52 414	91 131
111 darunter: Steuereinnahmen		80 498	79 630	160 128	25 758	27 164	52 922	38 159	38 027	76 186
112 Länderfinanzausgleich ¹		-	-	-	-	-	-	-	-	-
113 nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)		60 592	17 394	77 985	27 871	8 144	36 015	37 148	10 759	47 907
12 Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr		131 807	123 483	247 985	51 901	41 291	90 911	69 637	63 953	130 067
121 darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)		13 485	49 001	62 485	4 616	17 991	22 607	6 819	25 566	32 384
122 Bauausgaben		1 364	1 597	2 961	439	404	844	667	667	1 334
123 Länderfinanzausgleich ¹		-	6	6	-	-107	-107	-	14	14
124 nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln		124 438	17 150	141 587	20 944	7 829	28 773	31 643	11 294	42 937
13 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)		-42 191	-13 293	-55 484	-23 084	-7 632	-30 716	-27 396	-11 539	-38 935
14 Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres		-	2 803	2 803	-	1 162	1 162	-	409	-
15 Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres		-	529	529	-	-730	-730	-	143	-
16 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)		-	2 274	2 274	-	1 893	1 893	-	267	-
17 Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²		2 905	-2 707	198	6 159	-479	5 680	3 091	-1 448	1 643
2 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)										
21 des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)		-	-3 021	-3 021	-	-5 511	-5 511	-	-3 377	-3 377
22 der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)		-	-1 800	-1 800	-	-1 150	-1 150	-	-1 150	-1 150
3 Verwahrungen, Vorschüsse usw.										
31 Verwahrungen		9 722	10 641	20 362	5 163	6 245	11 408	6 085	7 649	13 734
32 Vorschüsse		-	14 028	14 028	-	9 371	9 371	-	8 829	8 829
33 Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen		-	14 573	14 573	-	9 792	9 792	-	9 806	9 806
34 Saldo (31+32+33)		9 722	11 185	20 907	5 163	6 666	11 829	6 085	8 627	14 712
4 Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)		-29 564	-7 362	-36 926	-11 762	-6 213	-17 974	-18 220	-8 621	-26 841
5 Schwebende Schulden										
51 Kassenkredit von Kreditinstitutten		29 564	6 775	36 339	11 762	6 969	18 731	18 220	8 570	26 790
52 Schatzwechsel		-	-	-	-	-	-	-	-	-
53 Unverzinsliche Schatzanweisungen		-	-	-	-	-	-	-	-	-
54 Kassenkredit vom Bund		-	-	-	-	-	-	-	-	-
55 Sonstige		-	225	225	-	244	244	-	90	90
56 Zusammen		29 564	7 000	36 564	11 762	7 213	18 975	18 220	8 660	26 880
6 Kassenbestand insgesamt (4+56)		0	-362	-362	0	1 000	1 000	0	39	39
7 Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)										
71 Innerer Kassenkredit		-	3 204	3 204	-	2 167	2 167	-	2 197	2 197
72 Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)		-	2 336	2 336	-	2 047	2 047	-	2 084	2 084

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

Stand: März 2002.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Februar 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	6 489,4	7 585,7⁹	1 863,6	3 662,6	1 330,5	4 927,9	9 949,9	2 178,0	522,2
111	darunter: Steuereinnahmen	4 991,2	6 196,1	1 030,2	2 900,3	650,2	2 853,5	8 499,9	1 579,0	251,8
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	64,6	–	61,2	556,9	–	–63,6	5,6
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	919,5	808,1 ⁷	–	–	250,0	572,0	902,0	920,0	190,9
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	7 755,3	8 784,9⁹	2 446,6	4 814,3	1 628,8	5 104,2	11 596,5	3 139,6	908,4
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	3 622,5	4 058,2	649,7	1 949,6	505,9	1 961,6 ³	4 575,1 ³	1 317,3	386,6
122	Bauausgaben	47,8	115,3	48,2	60,6	18,0	37,6	2,9 ⁴	11,3	9,9
123	Länderfinanzausgleich ¹	452,9	603,1	–	634,0	–	–	–548,5	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 022,9	438,6 ⁸	496,2	649,3	263,6	468,7	2 348,6	724,2	319,6
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 1 265,9	- 1 199,2⁹	- 583,0	- 1 151,7	- 298,3	- 176,3	- 1 646,5	- 961,6	- 386,2
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	121,7	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	28,7	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14–15)	–	93,0	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	– 105,5	223,8	– 487,4	– 631,1	– 13,5	105,3	– 1 480,9	184,6	– 129,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)									
21	204,6	– 503,8	–	– 1 270,2	–	–	–	–	–	–
22	192,4	– 1 342,8	–	0,3	–	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 515,8	1 762,7	188,8	760,6	– 6,7	329,8	2 080,2	545,3	222,5
32	Vorschüsse	1 172,6	4 413,1	– 63,9	122,0	0,2	757,2	763,7	31,5	– 0,2
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	312,9	5 379,4	–	948,2	118,2	1 428,4	43,3	2,6	32,1
34	Saldo (31+32+33)	656,1	2 729,0	252,7	1 586,8	111,3	1 001,0	1 359,8	516,4	254,8
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 318,3	0,0	– 817,7	– 1 466,0	– 200,5	930,0	– 1 767,7	– 260,6	– 260,9
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	775,0	942,0	190,0	1 030,0	1 816,8	260,8	260,9
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	90,0	–	–	–
56	Zusammen	–	–	775,0	942,0	190,0	1 120,0	1 816,8	260,8	260,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	– 318,3 ⁵	0,0	– 42,7 ⁵	– 524,0 ⁵	– 10,5 ⁵	2 050,0	49,1	0,2	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	1 400,0	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 428,4	42,3	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ ohne April-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 479,6 Mio. €. – ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 7 552,5 Mio. €, die Ausgaben 8 715,5 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1 162,9 Mio. €.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Februar 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thü- ringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder ⁶ zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	3 385,1	1 806,2	1 352,1	1 818,8	3 448,8	925,7	2 334,7	52 414,0
111	darunter: Steuereinnahmen	1 862,1	994,0	1 063,1	860,2	1 859,1	443,7	1 992,8	38 027,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	71,7	67,2	1,9	73,5	225,1	103,1	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	48,4	191,8	810,1	336,9	4 293,7	–27,5	543,2	10 759,1
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	3 408,4	2 359,0	2 006,8	2 193,7	5 193,8	1 218,3	2 561,9	63 953,3
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 071,9	662,5	910,3	599,9	2 017,7	319,7	957,1	25 565,6
122	Bauausgaben	54,5	29,7	19,4	40,0	22,9	59,5	89,4	667,0
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	39,4	13,7
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	611,6	585,7	816,6	254,8	2 161,0	132,9	0,0	11 294,3
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	–23,3	–552,8	–654,7	–374,9	–1 745,0	–292,7	–227,2	–11 539,3
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	287,3	–	409,0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	113,8	–	142,5
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	173,6	–	266,6
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	–659,3	–393,4	3,4	82,1	1 489,4	–180,4	544,8	–1 447,6
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–173,6	–1 634,0	–3 377,0
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	0,0	–	–1 150,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	687,3	155,9	0,0	250,2	–1 207,3	242,0	121,8	7 648,9
32	Vorschüsse	332,3	292,6	0,0	6,6	–	73,5	927,4	8 828,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	296,2	92,6	0,0	46,7	–13,9	252,6	867,1	9 806,4
34	Saldo (31+32+33)	651,2	–44,1	0,0	290,3	–1 221,2	421,0	61,5	8 626,6
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–31,4	–990,3	–651,3	–2,5	–1 476,8	–52,1	–1 254,9	–8 621,0
5	Schwedende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	0,0	369,8	1 506,3	47,6	1 371,0	8 570,2
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	90,0
56	Zusammen	–	–	0,0	369,8	1 506,3	47,6	1 371,0	8 660,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	–31,4⁵	–990,3⁵	–651,3⁵	367,3	29,5	–4,5⁵	116,1	39,2
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	45,5	–	–	751,0	2 196,5
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	1,2	–13,9	107,0	518,9	2 083,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. –² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. –³ ohne April-Bezüge. –⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. –⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. –⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. –⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. –⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 479,6 Mio. €. –⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 7 552,5 Mio. €, die Ausgaben 8 715,5 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1 162,9 Mio. €.

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

@1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Ursprungszahlen), Deutschland

	1999 1)	2000 1)	2001 1)	2001 1)						
				1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj			
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %										
Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen										
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,4	- 0,1			
Erwerbstätige	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2			
Produktivität (BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen)	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1			
Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer)	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,7			
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2)	9,9	9,8	10,2	13,6	9,6	8,7	8,9			
Nachrichtlich: Erwerbslosenquote (ILO-Abgrenzung) 3)	8,2	7,5	7,4	7,9	7,3	7,3	7,3			
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 4)	10,5	9,6	9,4	9,9	9,3	9,1	9,2			
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts										
in Preisen von 1995										
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 2,0	+ 3,6	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,3			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 3,4	- 0,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,5			
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	- 1,3	+ 5,4	- 0,1	+ 3,3	+ 1,0	- 1,3	- 3,3			
Baugewerbe	- 0,3	- 2,7	- 6,6	- 9,7	- 6,5	- 5,4	- 4,7			
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 6,1	+ 4,5	+ 2,3	+ 3,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,8			
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 3,9	+ 4,7	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,1			
Öffentliche und private Dienstleister	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts										
in Preisen von 1995										
Konsum	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,3			
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 3,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,2			
Konsumausgaben der privaten Organisationen o.E.	+ 6,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9			
Konsumausgaben des Staates	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8			
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,2	+ 2,3	- 4,8	- 3,1	- 3,6	- 5,7	- 6,6			
Ausrüstungen	+ 7,2	+ 8,7	- 5,0	+ 2,6	- 1,8	- 8,8	- 10,6			
Bauten	+ 1,5	- 2,5	- 5,8	- 8,2	- 5,9	- 5,0	- 4,5			
Sonstige Anlagen	+ 13,7	+ 8,9	+ 6,0	+ 5,9	+ 7,2	+ 6,8	+ 4,0			
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	- 0,4	+ 0,4	- 0,9	- 0,2	- 0,8	- 0,8	- 1,6			
Inlandsnachfrage	+ 2,6	+ 2,0	- 1,0	+ 0,1	- 0,7	- 1,4	- 2,1			
Exporte	+ 5,6	+ 13,2	+ 4,7	+ 8,8	+ 7,2	+ 4,4	- 0,8			
Gesamtnachfrage	+ 3,3	+ 4,6	+ 0,4	+ 2,3	+ 1,3	+ 0,1	- 1,7			
Importe	+ 8,5	+ 10,0	+ 0,1	+ 5,1	+ 3,6	- 0,9	- 6,6			
nachrichtl.: Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	- 0,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,9			
Preisentwicklung										
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,5			
Inlandsnachfrage	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,2			
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,5	- 0,4	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,0			
Verteilung des Bruttonationaleinkommens										
Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	+ 2,4	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,1	+ 2,2			
Volkseinkommen	+ 1,5	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,7	+ 2,0			
Arbeitnehmerentgelt	+ 2,7	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4			
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 1,4	+ 2,6	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,4	- 1,1	+ 4,3			
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,1			
dar.: private Haushalte	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,6	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,0			

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. – Rechenstand: Februar 2002.

²⁾ Einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

³⁾ Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Berechnung in dieser Abgrenzung ist durch EU-Verordnung vorgeschrieben.

⁴⁾ Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit. Vierteljahreszahlen errechnet aus den monatlichen Arbeitslosenquoten der Bundesanstalt für Arbeit in % aller Erwerbspersonen.

⁵⁾ Absolute Veränderung in % des BIP der Vorjahresperiode.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002		2001	2002			
	Februar p)	März p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	Februar p)	März p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	103,5	116,2	- 3,7	- 4,6	- 5,2	- 4,0	- 4,6
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	110,8	123,8	- 4,1	- 5,2	- 5,7	- 4,8	- 5,2
Vorleistungsgüterproduzenten.....	110,5	122,5	- 5,4	- 3,5	- 3,7	- 2,1	- 3,5
Investitionsgüterproduzenten.....	119,7	136,0	- 3,4	- 8,2	- 8,8	- 8,7	- 8,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	97,0	107,7	- 3,3	- 9,5	- 10,5	- 9,6	- 9,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	98,9	108,2	- 3,0	- 0,8	- 1,2	- 0,2	- 0,8
Energie.....	98,9	102,0	0,0	- 1,4	- 1,5	- 1,9	- 1,4
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	57,6	75,6	- 3,5	- 0,8	- 2,4	+ 3,8	- 0,8
Hochbauleistungen.....	57,1	71,9	- 5,2	- 2,3	- 2,2	+ 0,4	- 2,3
Tiefbauleistungen.....	58,8	82,4	- 0,7	+ 2,3	- 1,8	+ 9,7	+ 2,3
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	65,5	74,4	- 4,5	- 2,0	- 2,5	+ 0,1	- 2,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	65,4	71,0	- 3,6	- 2,4	- 2,5	- 0,6	- 2,4
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	61,3	66,4	- 2,7	- 4,7	- 4,8	- 4,3	- 4,7
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	115,5	127,2	- 9,1	+ 16,0	+ 16,0	+ 32,4	+ 16,0
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	66,0	83,6	- 6,9	- 1,2	- 2,1	+ 1,0	- 1,2
Verarbeitendes Gewerbe.....	111,0	123,9	- 4,1	- 5,2	- 5,7	- 4,8	- 5,2
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	97,0	108,2	- 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 2,2	+ 1,9
Ernährungsgewerbe.....	97,5	108,7	- 0,8	+ 2,8	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,8
Tabakverarbeitung.....	86,9	96,6	- 11,2	- 16,7	- 17,2	- 14,2	- 16,7
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	77,9	79,6	- 9,9	- 9,2	- 7,7	- 11,9	- 9,2
Textilgewerbe.....	81,4	91,9	- 8,1	- 9,2	- 9,2	- 8,1	- 9,2
Bekleidungsgewerbe.....	72,4	60,1	- 14,7	- 9,3	- 5,0	- 20,0	- 9,3
Ledergewerbe.....	87,2	91,7	- 3,3	- 1,0	+ 0,3	- 2,6	- 1,0
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	82,8	93,6	- 5,4	- 8,2	- 7,5	- 7,1	- 8,2
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	105,3	114,5	- 4,8	- 5,2	- 4,7	- 5,4	- 5,2
Papiergewerbe.....	102,9	112,1	- 2,3	- 0,6	- 1,1	- 0,5	- 0,6
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	112,0	123,2	- 5,1	- 2,1	- 2,9	- 1,5	- 2,1
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	97,1	104,9	- 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,6
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	106,4	115,6	- 5,6	- 7,0	- 6,2	- 7,3	- 7,0
Verlagsgewerbe.....	114,7	127,6	- 9,3	- 8,1	- 7,4	- 6,2	- 8,1
Druckgewerbe.....	99,7	106,4	- 3,1	- 6,1	- 5,0	- 8,2	- 6,1
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	90,2	96,0	- 3,2	- 3,1	- 2,5	- 3,1	- 3,1
Chemische Industrie.....	122,3	135,1	- 5,4	+ 6,0	+ 6,3	+ 11,2	+ 6,0
Chemische Grundstoffe.....	137,1	154,6	- 6,0	+ 9,6	+ 10,5	+ 17,8	+ 9,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	114,8	122,3	+ 2,0	+ 6,8	+ 4,7	+ 11,4	+ 6,8
Chemiefasern.....	82,5	87,4	- 15,6	- 18,0	- 17,3	- 13,8	- 18,0
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	113,9	123,8	- 3,1	- 1,7	- 1,1	- 1,8	- 1,7
Gummimwaren.....	126,8	136,9	- 2,1	+ 0,2	+ 0,8	- 0,5	+ 0,2
Kunststoffwaren.....	109,4	119,2	- 3,7	- 2,5	- 1,9	- 2,4	- 2,5

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch: @2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002		2001	2002			
	Februar p)	März p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	Februar p)	März p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	74,2	87,3	- 7,3	- 8,3	- 7,6	- 7,6	- 8,3
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	98,7	109,2	- 4,0	- 10,7	- 12,0	- 12,6	- 10,7
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	61,1	74,2	- 9,3	- 10,4	- 7,8	- 8,7	- 10,4
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	108,7	118,2	- 3,5	- 5,9	- 5,6	- 6,0	- 5,9
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	111,9	119,0	- 3,8	- 1,3	+ 0,4	- 1,7	- 1,3
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegierungen (EGKS).....	116,3	121,5	- 2,0	+ 1,4	+ 4,4	0,0	+ 1,4
Gießereiindustrie.....	118,1	133,2	- 5,6	- 5,3	- 9,0	- 3,5	- 5,3
Metallerzeugnisse.....	107,1	117,8	- 3,4	- 8,0	- 8,5	- 8,2	- 8,0
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	80,4	91,0	- 5,4	- 9,1	- 8,8	- 9,7	- 9,1
Maschinenbau.....	100,7	116,2	- 1,3	- 6,5	- 6,4	- 9,1	- 6,5
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	102,4	114,3	- 1,7	- 4,7	- 4,9	- 4,8	- 4,7
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	120,5	144,9	- 0,9	+ 10,4	+ 7,1	+ 17,7	+ 10,4
Werkzeugmaschinen.....	101,7	121,1	- 6,0	- 11,7	- 15,0	- 19,0	- 11,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	127,4	143,0	- 8,1	- 11,0	- 11,3	- 10,9	- 11,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	181,1	217,6	- 18,9	- 16,7	- 13,4	- 12,4	- 16,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	116,2	129,4	- 5,4	- 6,7	- 8,1	- 5,6	- 6,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	137,8	145,3	- 15,8	- 25,6	- 26,4	- 28,7	- 25,6
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	129,9	146,4	- 1,9	- 4,1	- 3,3	- 5,8	- 4,1
Fahrzeugbau.....	140,2	159,2	- 0,8	- 6,3	- 9,1	- 4,4	- 6,3
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	144,2	164,2	- 1,8	- 7,6	- 10,5	- 5,7	- 7,6
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	141,0	161,2	- 2,6	- 8,3	- 11,4	- 6,5	- 8,3
Sonstiger Fahrzeugbau.....	110,8	122,5	+ 10,2	+ 8,4	+ 6,8	+ 10,8	+ 8,4
Schiffbau.....	91,4	105,1	+ 12,1	+ 7,1	+ 3,5	+ 11,9	+ 7,1
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	135,7	148,8	+ 13,3	+ 12,1	+ 10,2	+ 14,9	+ 12,1
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	84,1	94,4	- 5,1	- 12,1	- 12,8	- 11,4	- 12,1
Möbel.....	78,6	87,4	- 5,6	- 14,7	- 15,5	- 14,5	- 14,7
Recycling.....	202,3	224,6	- 1,7	- 9,0	- 9,4	- 4,5	- 9,0
Energieversorgung.....	107,8	109,9	+ 0,8	- 1,3	- 1,5	- 2,3	- 1,3

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2002		2001		2002		
	Februar p)	März p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	Februar p)	März p)	Januar + März p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	103,0	115,5	- 4,0	- 4,9	- 5,6	- 4,4	- 4,9
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	108,6	121,2	- 4,4	- 5,6	- 6,1	- 5,2	- 5,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	107,9	119,6	- 5,7	- 3,7	- 4,1	- 2,5	- 3,7
Investitionsgüterproduzenten.....	118,4	134,4	- 3,8	- 8,4	- 9,2	- 8,9	- 8,4
Gebrauchsgüterproduzenten.....	93,2	103,5	- 3,6	- 9,5	- 10,9	- 9,8	- 9,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	95,6	104,2	- 3,5	- 1,5	- 2,0	- 1,0	- 1,5
Energie.....	98,8	101,8	- 0,2	- 1,5	- 1,7	- 2,0	- 1,5
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	60,8	80,9	- 2,8	+ 0,5	- 2,4	+ 5,3	+ 0,5
Hochbauleistungen.....	61,3	78,4	- 3,8	- 0,6	- 1,6	+ 2,5	- 0,6
Tiefbauleistungen.....	60,0	85,6	- 0,7	+ 2,7	- 3,5	+ 10,7	+ 2,7
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	64,3	73,3	- 6,0	- 3,0	- 2,9	- 1,6	- 3,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	62,5	68,9	- 6,2	- 3,3	- 2,6	- 0,9	- 3,3
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	57,3	62,9	- 5,8	- 6,4	- 5,8	- 6,0	- 6,4
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	120,7	136,0	- 9,2	+ 18,5	+ 17,3	+ 38,1	+ 18,5
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	70,3	87,6	- 5,6	- 2,5	- 3,0	- 3,4	- 2,5
Erden, sonst. Bergbau.....	108,1	120,9	- 4,7	- 6,1	- 6,1	- 6,6	- 6,1
Verarbeitendes Gewerbe.....	93,4	104,4	- 2,0	+ 1,3	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,3
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	93,8	104,9	- 1,5	+ 2,4	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,4
Tabakverarbeitung.....	85,5	94,6	- 10,0	- 17,3	- 17,2	- 16,4	- 17,3
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	73,9	75,3	- 10,6	- 10,6	- 8,7	- 14,3	- 10,6
Textilgewerbe.....	74,7	85,0	- 8,6	- 11,1	- 10,9	- 10,8	- 11,1
Bekleidungsgewerbe.....	72,8	60,5	- 15,2	- 9,4	- 4,6	- 20,8	- 9,4
Leder gewerbe.....	85,8	92,0	- 3,6	- 1,2	- 0,2	- 3,3	- 1,2
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	76,2	85,1	- 7,4	- 9,9	- 8,3	- 10,4	- 9,9
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	102,1	111,8	- 5,5	- 6,2	- 5,4	- 6,5	- 6,2
Papiergewerbe.....	99,5	109,3	- 3,4	- 2,1	- 2,3	- 2,6	- 2,1
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	108,7	124,6	- 5,6	- 3,3	- 5,6	- 1,1	- 3,3
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	93,9	99,8	- 1,7	- 0,9	+ 0,4	- 3,6	- 0,9
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	103,2	113,0	- 6,2	- 7,9	- 6,7	- 8,1	- 7,9
Verlagsgewerbe.....	112,7	127,3	- 9,6	- 9,3	- 8,6	- 6,6	- 9,3
Druckgewerbe.....	96,3	102,8	- 3,7	- 6,5	- 4,8	- 9,3	- 6,5
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	88,8	94,1	- 3,0	- 4,0	- 3,4	- 4,2	- 4,0
Chemische Industrie.....	117,4	129,3	- 5,6	+ 4,9	+ 5,9	+ 8,4	+ 4,9
Chemische Grundstoffe.....	133,7	148,5	- 5,3	+ 9,2	+ 11,1	+ 15,5	+ 9,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	107,4	115,9	- 0,3	+ 4,4	+ 1,4	+ 7,8	+ 4,4
Chemiefasern.....	81,5	87,3	- 14,9	- 17,6	- 17,0	- 13,6	- 17,6
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	111,9	121,8	- 3,5	- 1,6	- 0,7	- 2,7	- 1,6
Gummiwaren.....	125,5	135,1	- 2,1	+ 0,3	+ 1,7	- 1,9	+ 0,3
Kunststoffwaren.....	107,1	117,1	- 4,0	- 2,4	- 1,6	- 3,0	- 2,4

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

1) Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

2) Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2002		2001	2002			
	Februar p)	März p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	Februar p)	März p)	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	71,3	83,8	- 7,7	- 9,9	- 8,7	- 10,6	- 9,9
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	90,2	96,1	- 4,9	- 14,1	- 14,4	- 18,5	- 14,1
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	60,0	73,6	- 9,0	- 11,2	- 8,1	- 10,6	- 11,2
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	105,5	112,8	- 4,1	- 6,8	- 5,6	- 8,8	- 6,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	108,7	110,8	- 4,2	- 3,8	0,0	- 7,6	- 3,8
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegierungen (EGKS).....	115,1	117,1	- 2,1	+ 2,0	+ 6,3	- 1,1	+ 2,0
Gießereiindustrie.....	112,6	120,2	- 5,8	- 7,9	- 9,0	- 11,0	- 7,9
Metallerzeugnisse.....	103,7	113,9	- 4,1	- 8,3	- 8,5	- 9,5	- 8,3
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	74,5	83,1	- 5,4	- 9,7	- 10,0	- 11,0	- 9,7
Maschinenbau.....	99,5	115,2	- 2,2	- 7,0	- 6,4	- 10,3	- 7,0
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	100,1	111,7	- 2,4	- 5,3	- 4,9	- 6,8	- 5,3
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	122,0	147,0	- 1,9	+ 10,9	+ 9,7	+ 16,6	+ 10,9
Werkzeugmaschinen.....	100,1	120,2	- 7,9	- 11,6	- 14,7	- 19,2	- 11,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	122,5	138,1	- 10,0	- 12,2	- 12,3	- 12,5	- 12,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	167,1	207,9	- 21,7	- 19,7	- 16,6	- 15,0	- 19,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	114,6	127,6	- 6,4	- 7,5	- 8,5	- 7,5	- 7,5
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	128,2	137,0	- 18,3	- 28,0	- 28,8	- 30,5	- 28,0
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	122,1	139,7	- 3,1	- 4,7	- 3,6	- 6,9	- 4,7
Fahrzeugbau.....	138,4	158,1	- 1,2	- 6,9	- 9,2	- 5,7	- 6,9
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	141,4	161,9	- 2,1	- 8,1	- 10,6	- 7,1	- 8,1
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	138,4	160,0	- 3,5	- 8,8	- 11,3	- 8,0	- 8,8
Sonstiger Fahrzeugbau.....	113,8	126,7	+ 9,9	+ 9,2	+ 7,5	+ 11,5	+ 9,2
Schiffbau.....	93,8	108,0	+ 12,6	+ 6,8	+ 3,4	+ 11,3	+ 6,8
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	133,2	147,7	+ 12,3	+ 12,2	+ 10,3	+ 15,2	+ 12,2
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	80,8	91,2	- 5,7	- 13,3	- 13,6	- 13,3	- 13,3
Möbel.....	75,8	84,7	- 6,3	- 15,6	- 15,8	- 16,3	- 15,6
Recycling.....	201,2	222,6	- 4,0	- 15,1	- 15,9	- 11,6	- 15,1
Energieversorgung.....	108,1	109,1	+ 0,5	- 1,8	- 1,4	- 4,0	- 1,8

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002		2001		2002		
	Februar p)	März p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	Februar p)	März p)	Januar - März p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	109,9	124,4	- 0,6	- 0,6	+ 0,1	+ 0,5	- 0,6
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	148,6	167,8	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,5	+ 0,3
Vorleistungsgüterproduzenten.....	151,0	168,2	- 1,7	0,0	+ 0,1	+ 2,9	0,0
Investitionsgüterproduzenten.....	147,2	169,8	+ 3,5	- 2,4	- 2,7	- 3,7	- 2,4
Gebrauchsgüterproduzenten.....	177,7	198,3	- 1,3	- 9,8	- 6,4	- 7,6	- 9,8
Verbrauchsgüterproduzenten.....	141,2	160,0	+ 2,0	+ 6,6	+ 6,2	+ 7,8	+ 6,6
Energie.....	99,6	103,4	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,3	- 1,1	+ 0,2
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	46,1	56,4	- 7,1	- 6,1	- 1,9	- 3,4	- 6,1
Hochbauleistungen.....	41,6	48,4	- 11,9	- 10,3	- 6,1	- 9,5	- 10,3
Tiefbauleistungen.....	54,4	71,0	- 0,6	+ 0,5	+ 5,0	+ 5,7	+ 0,5
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	71,6	80,3	+ 2,9	+ 2,9	+ 4,2	+ 2,3	+ 2,9
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	84,2	88,9	+ 7,7	+ 3,6	+ 4,2	+ 0,6	+ 3,6
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	85,6	90,7	+ 8,4	+ 4,4	+ 4,9	+ 1,6	+ 4,4
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	52,9	47,4	- 12,2	- 18,6	- 14,3	- 29,4	- 18,6
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	47,9	64,1	- 6,9	+ 0,4	+ 4,1	+ 7,0	+ 0,4
Verarbeitendes Gewerbe.....	151,0	170,1	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	127,2	148,0	+ 1,9	+ 4,3	+ 3,0	+ 3,8	+ 4,3
Ernährungsgewerbe.....	127,4	148,3	+ 1,9	+ 4,7	+ 3,3	+ 4,1	+ 4,7
Tabakverarbeitung.....	116,3	125,8	- 8,0	- 20,0	- 17,3	- 14,8	- 20,0
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	139,5	152,9	- 6,6	- 0,9	+ 1,5	- 1,0	- 0,9
Textilgewerbe.....	165,7	182,2	- 5,7	+ 0,8	+ 3,2	- 0,4	+ 0,8
Bekleidungsgewerbe.....	57,7	61,4	- 14,5	- 13,7	- 10,7	- 5,4	- 13,7
Ledergewerbe.....	102,8	93,9	- 9,2	- 5,1	+ 7,5	- 8,8	- 5,1
Holzgewerbe (oh. h. v. Möbeln).....	143,3	169,5	+ 2,0	- 1,9	- 3,4	- 1,3	- 1,9
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	151,1	174,7	0,0	+ 7,9	+ 4,4	+ 10,9	+ 7,9
Papiergewerbe.....	161,0	170,9	+ 3,7	+ 16,5	+ 17,7	+ 17,8	+ 16,5
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	150,1	153,5	- 4,7	+ 28,4	+ 34,3	+ 31,5	+ 28,4
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	175,2	193,6	+ 11,1	+ 6,0	+ 3,4	+ 6,3	+ 6,0
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Ver- vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	147,8	175,9	- 1,1	+ 5,3	+ 0,2	+ 8,8	+ 5,3
Verlagsgewerbe.....	127,3	163,2	- 5,0	+ 11,8	+ 4,2	+ 19,5	+ 11,8
Druckgewerbe.....	184,0	196,7	+ 1,6	- 3,0	- 5,3	- 4,2	- 3,0
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	120,4	133,8	- 6,7	+ 10,3	+ 10,4	+ 15,9	+ 10,3
Chemische Industrie.....	193,5	205,6	- 8,7	+ 7,7	+ 10,5	+ 15,2	+ 7,7
Chemische Grundstoffe.....	177,8	191,9	- 14,4	+ 3,3	+ 4,6	+ 12,1	+ 3,3
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	220,0	216,7	+ 14,5	+ 24,1	+ 38,0	+ 28,5	+ 24,1
Chemiefasern.....	95,2	98,5	- 33,3	- 26,1	- 23,5	- 21,4	- 26,1
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	147,8	170,5	- 1,0	- 8,3	- 7,5	- 5,4	- 8,3
Gummimaren.....	149,8	164,9	+ 0,2	- 17,4	- 18,6	- 17,6	- 17,4
Kunststoffwaren.....	147,4	171,7	- 1,3	- 5,9	- 4,5	- 2,4	- 5,9

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

²⁾ Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002		2001	2002			
	Februar p)	März p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	Februar p)	März p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	88,5	101,5	- 4,2	- 4,6	- 1,1	- 6,4	- 4,6
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	195,8	198,3	+ 0,2	- 1,4	+ 3,9	- 10,0	- 1,4
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	61,8	76,7	- 9,3	- 9,1	- 7,6	- 5,5	- 9,1
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	152,6	165,6	+ 1,4	- 6,8	- 4,9	- 8,0	- 6,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	178,8	174,8	- 0,4	+ 2,9	+ 5,7	- 2,2	+ 2,9
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS).....	148,2	152,2	+ 6,1	- 19,5	- 19,5	- 23,4	- 19,5
Gießereiindustrie.....	188,0	184,5	- 4,5	- 8,6	- 8,8	- 15,1	- 8,6
Metallerzeugnisse.....	144,8	162,8	+ 1,9	- 9,9	- 8,4	- 9,8	- 9,9
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	114,3	138,3	- 2,4	- 8,4	- 3,4	- 8,4	- 8,4
Maschinenbau.....	113,3	135,2	+ 1,2	- 8,0	- 8,2	- 10,4	- 8,0
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	140,0	161,9	+ 2,3	- 7,2	- 5,6	- 5,0	- 7,2
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	73,7	77,2	+ 6,7	- 22,5	- 36,5	- 24,0	- 22,5
Werkzeugmaschinen.....	124,1	140,1	+ 16,1	- 20,9	- 19,7	- 32,2	- 20,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	241,3	266,8	+ 6,6	+ 4,1	+ 4,4	+ 3,3	+ 4,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	649,5	649,0	+ 6,5	+ 31,1	+ 29,7	+ 31,0	+ 31,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	153,4	177,5	+ 15,7	+ 0,8	+ 2,5	+ 4,5	+ 0,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	354,1	397,8	+ 7,3	+ 5,3	+ 2,0	+ 3,0	+ 5,3
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	231,9	255,0	- 1,7	- 3,2	- 1,6	- 6,2	- 3,2
Fahrzeugbau.....	177,4	205,2	+ 2,0	- 2,0	- 3,3	- 2,5	- 2,0
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	252,9	294,4	+ 1,2	- 3,2	- 5,0	- 3,7	- 3,2
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	193,5	249,2	- 10,2	- 18,9	- 22,0	- 12,0	- 18,9
Sonstiger Fahrzeugbau.....	88,3	100,0	+ 4,9	+ 2,0	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,0
Schiffbau.....	77,6	88,3	+ 2,5	+ 4,6	+ 5,0	+ 3,9	+ 4,6
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	356,6	399,1	+ 15,5	+ 12,3	+ 13,2	+ 11,0	+ 12,3
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	127,5	147,1	+ 3,2	- 4,2	- 4,7	- 2,1	- 4,2
Möbel.....	118,2	135,8	- 0,5	- 11,0	- 11,8	- 10,5	- 11,0
Recycling.....	205,6	233,8	+ 11,0	+ 14,7	+ 16,5	+ 21,8	+ 14,7
Energieversorgung.....	104,1	105,8	+ 1,0	- 1,6	- 1,0	- 3,7	- 1,6

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

@2.2.1.1 Werte

	2002		2001		2002		
	Feb.	Mar. p)	4. Vj.	1. Vj.	Feb.	Mar. p)	Jan. - Mar.
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	122,1	129,7	- 8,0	- 6,6	- 5,9	- 9,4	- 6,6
davon: Inland.....	101,9	106,2	- 6,7	- 9,2	- 7,7	- 14,3	- 9,2
Ausland.....	158,4	171,9	- 9,4	- 3,5	- 3,7	- 3,3	- 3,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	113,7	117,9	- 9,7	- 7,1	- 4,5	- 9,4	- 7,1
davon: Inland.....	99,5	102,6	- 8,9	- 9,9	- 7,6	- 13,8	- 9,9
Ausland.....	143,0	149,3	- 10,9	- 2,9	+ 0,5	- 2,6	- 2,9
Investitionsgüterproduzenten.....	134,4	146,4	- 8,1	- 6,6	- 7,4	- 9,7	- 6,6
davon: Inland.....	107,2	114,0	- 6,2	- 9,0	- 8,5	- 15,7	- 9,0
Ausland.....	171,5	190,5	- 9,7	- 4,5	- 6,5	- 4,3	- 4,5
Gebrauchsgüterproduzenten.....	102,3	106,7	- 5,2	- 8,2	- 5,4	- 11,7	- 8,2
davon: Inland.....	93,1	96,1	- 4,4	- 10,8	- 7,6	- 15,5	- 10,8
Ausland.....	129,1	137,7	- 6,7	- 2,2	- 0,2	- 2,8	- 2,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	112,8	117,1	+ 0,4	- 2,7	- 3,3	- 5,0	- 2,7
davon: Inland.....	97,3	98,6	- 0,7	- 5,5	- 5,0	- 8,8	- 5,5
Ausland.....	161,4	175,3	+ 2,5	+ 2,8	- 0,4	+ 2,8	+ 2,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	118,7	104,5	- 2,7	- 11,7	- 9,5	- 14,1	- 11,7
Textilgewerbe.....	91,2	95,3	- 9,7	- 9,9	- 9,2	- 11,3	- 9,9
Bekleidungsgewerbe.....	156,3	117,2	+ 13,6	- 13,5	- 9,8	- 17,1	- 13,5
Ledergewerbe.....	109,2	133,0	- 8,7	- 6,5	- 3,6	- 17,5	- 6,5
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	87,4	94,8	- 2,2	- 6,5	- 4,2	- 8,9	- 6,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	111,9	115,2	- 2,5	- 2,6	- 1,1	- 5,1	- 2,6
Papiergewerbe.....	116,6	119,9	- 3,8	- 0,3	+ 1,5	- 3,0	- 0,3
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe....	133,7	139,9	- 7,9	+ 1,5	+ 3,1	+ 2,0	+ 1,5
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	103,0	103,9	+ 0,7	- 2,4	- 0,2	- 7,9	- 2,4
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	104,7	108,2	- 0,7	- 6,1	- 5,0	- 8,3	- 6,1
Chemische Industrie.....	110,7	118,6	- 9,7	- 5,4	- 4,0	- 5,9	- 5,4
Chemische Grundstoffe.....	114,9	117,5	- 15,6	- 11,9	- 9,7	- 11,7	- 11,9
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	116,9	139,0	+ 1,4	+ 6,4	+ 4,5	+ 5,6	+ 6,4
Gummi- und Kunststoffwaren.....	113,2	118,3	- 4,0	- 2,8	- 0,5	- 6,0	- 2,8
Kunststoffwaren.....	111,2	116,1	- 4,5	- 3,6	- 1,3	- 6,9	- 3,6
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	83,1	90,3	- 9,2	- 11,1	- 8,4	- 14,0	- 11,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	112,1	110,7	- 10,1	- 6,8	- 3,4	- 10,9	- 6,8
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	117,0	111,4	- 11,7	- 6,4	- 2,4	- 11,0	- 6,4
Gießereiindustrie.....	137,6	124,6	- 11,1	- 8,5	- 1,1	- 15,2	- 8,5
Metallerzeugnisse.....	108,3	110,1	- 8,9	- 7,3	- 4,2	- 10,8	- 7,3
Stahl- und Leichtmetallbau.....	86,4	93,6	- 4,7	- 7,0	- 9,4	- 11,4	- 7,0
Maschinenbau.....	112,0	120,3	- 6,2	- 7,6	- 6,0	- 11,1	- 7,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	128,2	136,6	- 13,5	- 10,9	- 7,8	- 15,3	- 10,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	111,7	112,5	- 25,8	- 18,5	- 9,0	- 20,6	- 18,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	114,9	125,1	- 6,4	- 11,0	- 11,1	- 15,9	- 11,0
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	155,5	164,4	- 25,7	- 11,1	- 5,4	- 17,2	- 11,1
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik,							
Optik.....	134,7	142,4	- 2,4	- 7,4	- 3,5	- 9,1	- 7,4
Fahrzeugbau.....	160,2	180,0	- 6,0	- 3,4	- 7,6	- 4,4	- 3,4
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	175,1	189,3	+ 0,1	- 1,7	- 4,7	- 4,1	- 1,7
Sonstiger Fahrzeugbau.....	79,0	129,1	- 35,6	- 17,3	- 31,6	- 6,9	- 17,3
Schiffbau.....	15,4	13,1	- 64,5	- 43,2	+ 41,3	- 37,3	- 43,2
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	135,1	281,3	- 34,1	+ 1,4	- 35,5	+ 42,7	+ 1,4
Möbel.....	92,5	94,3	- 6,1	- 14,9	- 12,8	- 18,9	- 14,9

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

@2.2.1.2 Volumen

	2002		2001	2002			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
	Feb.	Mar. p)	4. Vj.	1. Vj.	Feb.	Mar. p)	
	1995 = 100						
Industrie2).....	118,2	125,2	- 8,2	- 6,6	- 5,7	- 9,5	- 6,6
davon: Inland.....	99,9	104,0	- 7,1	- 9,2	- 7,6	- 14,3	- 9,2
Ausland.....	151,1	163,5	- 9,5	- 3,3	- 3,4	- 3,1	- 3,3
Vorleistungsgüterproduzenten.....	113,8	117,7	- 8,1	- 4,9	- 2,0	- 7,4	- 4,9
davon: Inland.....	100,1	103,1	- 7,7	- 7,9	- 5,5	- 12,0	- 7,9
Ausland.....	141,9	147,9	- 8,9	- 0,1	+ 3,5	+ 0,1	- 0,1
Investitionsgüterproduzenten.....	127,2	138,2	- 9,3	- 8,1	- 8,8	- 11,4	- 8,1
davon: Inland.....	103,4	109,8	- 7,7	- 10,7	- 10,0	- 17,4	- 10,7
Ausland.....	159,6	177,0	- 10,8	- 5,7	- 7,7	- 5,5	- 5,7
Gebrauchsgüterproduzenten.....	97,1	101,2	- 6,4	- 8,9	- 6,1	- 12,2	- 8,9
davon: Inland.....	88,0	90,8	- 5,8	- 11,6	- 8,6	- 16,2	- 11,6
Ausland.....	123,6	131,5	- 7,8	- 2,8	- 0,5	- 3,1	- 2,8
Verbrauchsgüterproduzenten.....	108,2	111,7	- 0,9	- 3,7	- 4,4	- 5,7	- 3,7
davon: Inland.....	93,5	94,5	- 2,2	- 6,3	- 5,8	- 9,5	- 6,3
Ausland.....	154,8	165,9	+ 2,1	+ 1,7	- 1,4	+ 1,8	+ 1,7
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	117,3	103,0	- 3,0	- 12,1	- 9,9	- 14,5	- 12,1
Textilgewerbe.....	90,1	93,9	- 10,1	- 10,3	- 9,4	- 11,6	- 10,3
Bekleidungsgewerbe.....	154,7	115,6	+ 13,8	- 14,1	- 10,4	- 17,6	- 14,1
Ledergewerbe.....	102,9	125,2	- 10,5	- 7,9	- 5,0	- 18,8	- 7,9
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	90,6	98,7	- 1,1	- 4,4	- 2,1	- 6,4	- 4,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	110,6	114,2	- 1,9	- 0,9	+ 0,5	- 3,2	- 0,9
Papiergewerbe.....	115,9	119,6	- 2,6	+ 2,7	+ 4,5	+ 0,3	+ 2,7
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	137,6	144,6	- 4,0	+ 7,7	+ 9,5	+ 8,3	+ 7,7
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	98,4	99,5	- 0,9	- 2,5	- 0,6	- 7,8	- 2,5
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	102,4	106,0	- 1,0	- 6,6	- 5,8	- 8,6	- 6,6
Chemische Industrie.....	110,6	117,8	- 8,3	- 2,5	- 0,6	- 3,0	- 2,5
Chemische Grundstoffe.....	121,5	123,9	- 10,6	- 4,8	- 1,9	- 4,5	- 4,8
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	107,0	126,9	- 1,3	+ 5,6	+ 3,5	+ 5,0	+ 5,6
Gummi- und Kunststoffwaren.....	112,5	117,6	- 4,4	- 2,3	- 0,1	- 5,4	- 2,3
Kunststoffwaren.....	110,3	115,1	- 4,8	- 2,9	- 0,7	- 6,3	- 2,9
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	83,2	90,5	- 10,1	- 11,5	- 9,0	- 14,0	- 11,5
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	110,3	108,5	- 8,0	- 4,7	- 1,2	- 9,4	- 4,7
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	119,8	113,4	- 5,1	- 0,7	+ 3,5	- 6,7	- 0,7
Gießereiindustrie.....	136,5	123,5	- 8,6	- 6,5	+ 1,2	- 13,8	- 6,5
Metallerzeugnisse.....	102,9	104,6	- 10,1	- 8,2	- 5,1	- 11,5	- 8,2
Stahl- und Leichtmetallbau.....	82,3	89,3	- 7,5	- 7,3	- 9,9	- 11,7	- 7,3
Maschinenbau.....	103,8	111,4	- 7,3	- 8,7	- 7,2	- 12,1	- 8,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	130,5	139,0	- 14,0	- 11,3	- 8,0	- 15,9	- 11,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	143,4	147,2	- 24,3	- 17,6	- 8,8	- 19,4	- 17,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä., Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	111,3	120,9	- 7,3	- 11,6	- 11,5	- 16,7	- 11,6
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	168,4	177,8	- 24,2	- 10,4	- 4,8	- 17,1	- 10,4
Fahrzeugbau.....	125,4	132,3	- 2,9	- 8,6	- 4,9	- 10,5	- 8,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	148,7	166,7	- 7,0	- 4,9	- 8,9	- 6,0	- 4,9
Sonstiger Fahrzeugbau.....	162,2	174,8	- 0,9	- 3,2	- 6,1	- 5,7	- 3,2
Schiffbau.....	75,1	122,6	- 36,2	- 18,1	- 32,2	- 7,8	- 18,1
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	14,6	12,4	- 64,7	- 43,9	+ 40,4	- 38,3	- 43,9
Möbel.....	127,9	266,2	- 34,7	+ 0,3	- 36,2	+ 41,1	+ 0,3
	81,1	82,4	- 8,8	- 17,2	- 15,1	- 21,0	- 17,2

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.2 Früheres Bundesgebiet

@2.2.2.1 Werte

	2002		2001	2002			
	Feb.	Mar. p)	4. Vj.	1. Vj.	Feb.	Mar. p)	Jan. - Mar.
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	120,1	125,7	- 8,2	- 7,3	- 6,0	- 10,9	- 7,3
davon: Inland.....	100,0	104,2	- 7,0	- 9,7	- 8,3	- 14,6	- 9,7
Ausland.....	154,4	162,4	- 9,5	- 4,6	- 3,4	- 6,3	- 4,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	110,2	113,3	- 10,5	- 7,9	- 4,2	- 10,6	- 7,9
davon: Inland.....	96,0	99,0	- 9,8	- 11,1	- 8,5	- 14,7	- 11,1
Ausland.....	138,2	141,4	- 11,6	- 3,1	+ 2,5	- 4,5	- 3,1
Investitionsgüterproduzenten.....	133,9	142,4	- 8,0	- 7,6	- 8,0	- 11,8	- 7,6
davon: Inland.....	107,6	114,3	- 6,1	- 9,0	- 9,0	- 15,6	- 9,0
Ausland.....	167,7	178,4	- 9,5	- 6,2	- 7,1	- 8,5	- 6,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	99,8	103,8	- 4,9	- 7,8	- 4,8	- 11,8	- 7,8
davon: Inland.....	90,0	92,6	- 4,4	- 10,8	- 7,3	- 15,9	- 10,8
Ausland.....	126,8	135,0	- 5,9	- 1,7	+ 0,6	- 2,7	- 1,7
Verbrauchsgüterproduzenten.....	110,8	115,1	+ 0,1	- 3,2	- 4,0	- 5,2	- 3,2
davon: Inland.....	94,8	95,9	- 1,0	- 6,4	- 5,8	- 9,4	- 6,4
Ausland.....	159,7	174,0	+ 2,5	+ 2,8	- 0,5	+ 2,9	+ 2,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	117,0	102,6	- 2,5	- 12,0	- 10,1	- 14,2	- 12,0
Textilgewerbe.....	86,4	91,4	- 10,0	- 10,3	- 10,4	- 11,0	- 10,3
Bekleidungsgewerbe.....	157,4	117,6	+ 13,4	- 13,7	- 9,9	- 17,2	- 13,7
Ledergewerbe.....	108,9	134,4	- 9,3	- 6,7	- 4,5	- 17,5	- 6,7
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	76,0	80,7	- 6,4	- 11,0	- 8,9	- 14,5	- 11,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	108,4	111,4	- 2,9	- 3,6	- 1,9	- 5,8	- 3,6
Papiergewerbe.....	112,7	115,9	- 4,1	- 1,3	+ 0,4	- 3,5	- 1,3
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	132,0	138,5	- 7,5	+ 1,4	+ 2,6	+ 2,7	+ 1,4
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	97,7	98,4	- 0,4	- 4,0	- 1,7	- 9,5	- 4,0
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	101,9	104,6	- 1,1	- 7,0	- 5,5	- 9,3	- 7,0
Chemische Industrie.....	107,9	115,8	- 9,4	- 5,6	- 4,3	- 6,3	- 5,6
Chemische Grundstoffe.....	111,7	113,4	- 15,5	- 12,4	- 10,1	- 12,9	- 12,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	114,4	137,4	+ 1,3	+ 6,3	+ 4,0	+ 6,1	+ 6,3
Gummi- und Kunststoffwaren.....	110,0	114,4	- 5,1	- 3,1	- 0,8	- 6,4	- 3,1
Kunststoffwaren.....	108,1	112,1	- 5,4	- 3,8	- 1,5	- 7,4	- 3,8
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	78,0	83,4	- 10,0	- 12,4	- 9,9	- 15,9	- 12,4
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	108,6	107,6	- 11,1	- 7,8	- 4,2	- 11,1	- 7,8
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	113,3	108,3	- 12,6	- 7,4	- 2,7	- 10,9	- 7,4
Gießereiindustrie.....	128,8	116,7	- 11,7	- 8,5	- 0,8	- 15,3	- 8,5
Metallerzeugnisse.....	105,0	107,0	- 10,0	- 8,2	- 5,3	- 11,4	- 8,2
Stahl- und Leichtmetallbau.....	80,5	87,9	- 5,5	- 9,3	- 11,7	- 14,1	- 9,3
Maschinenbau.....	111,5	119,5	- 6,5	- 7,5	- 5,9	- 11,4	- 7,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	124,6	130,8	- 14,1	- 11,7	- 6,6	- 17,7	- 11,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	98,8	101,5	- 28,8	- 22,0	- 13,5	- 23,9	- 22,0
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	114,0	118,8	- 7,3	- 11,5	- 7,5	- 19,9	- 11,5
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	150,3	158,9	- 26,2	- 12,4	- 5,5	- 18,6	- 12,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik,							
Optik.....	130,2	138,4	- 2,5	- 7,4	- 3,8	- 9,1	- 7,4
Fahrzeugbau.....	161,6	173,3	- 5,2	- 4,5	- 7,9	- 7,6	- 4,5
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	172,7	186,6	+ 0,2	- 1,4	- 4,7	- 3,8	- 1,4
Sonstiger Fahrzeugbau.....	86,9	83,3	- 34,2	- 32,8	- 36,0	- 42,1	- 32,8
Schiffbau.....	17,4	12,9	- 56,1	- 46,1	+ 70,6	- 45,8	- 46,1
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	126,2	116,0	- 34,5	- 28,0	- 39,6	- 36,8	- 28,0
Möbel.....	90,2	91,5	- 6,6	- 15,1	- 12,7	- 19,4	- 15,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.2 Früheres Bundesgebiet

@2.2.2.2 Volumen

	2002		2001	2002			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
	Feb.	Mar. p)	4. Vj.	1. Vj.	Feb.	Mar. p)	
	1995 = 100						
Industrie2).....	116,1	121,2	- 8,4	- 7,4	- 6,0	- 11,0	- 7,4
davon: Inland.....	97,9	101,8	- 7,5	- 9,8	- 8,2	- 14,9	- 9,8
Ausland.....	147,2	154,4	- 9,6	- 4,4	- 3,2	- 6,3	- 4,4
Vorleistungsgüterproduzenten.....	110,2	113,0	- 9,0	- 5,7	- 1,7	- 8,6	- 5,7
davon: Inland.....	96,5	99,3	- 8,4	- 9,1	- 6,4	- 13,0	- 9,1
Ausland.....	137,0	140,1	- 9,8	- 0,5	+ 5,5	- 1,8	- 0,5
Investitionsgüterproduzenten.....	126,6	134,3	- 9,3	- 9,0	- 9,4	- 13,5	- 9,0
davon: Inland.....	103,7	109,9	- 7,7	- 10,7	- 10,4	- 17,5	- 10,7
Ausland.....	155,9	165,5	- 10,6	- 7,5	- 8,4	- 9,8	- 7,5
Gebrauchsgüterproduzenten.....	94,8	98,5	- 6,1	- 8,7	- 5,5	- 12,4	- 8,7
davon: Inland.....	85,2	87,5	- 5,7	- 11,6	- 8,2	- 16,7	- 11,6
Ausland.....	121,5	129,0	- 7,0	- 2,3	+ 0,3	- 3,0	- 2,3
Verbrauchsgüterproduzenten.....	106,4	109,9	- 1,2	- 4,2	- 4,9	- 6,0	- 4,2
davon: Inland.....	91,1	92	- 2,7	- 7,2	- 6,8	- 10,1	- 7,2
Ausland.....	153,2	164,7	+ 2,1	+ 1,8	- 1,5	+ 1,9	+ 1,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	115,7	101,2	- 2,8	- 12,4	- 10,4	- 14,5	- 12,4
Textilgewerbe.....	85,4	90,0	- 10,4	- 10,6	- 10,5	- 11,3	- 10,6
Bekleidungsgewerbe.....	155,8	116,1	+ 13,6	- 14,2	- 10,5	- 17,5	- 14,2
Ledergewerbe.....	102,7	126,4	- 11,0	- 8,1	- 5,8	- 18,9	- 8,1
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	78,6	83,7	- 5,6	- 9,2	- 7,1	- 12,3	- 9,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	107,0	110,4	- 2,3	- 2,0	- 0,5	- 3,9	- 2,0
Papiergewerbe.....	111,8	115,6	- 3,0	+ 1,6	+ 3,3	- 0,3	+ 1,6
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe...	135,5	142,9	- 4,0	+ 7,4	+ 8,7	+ 9,1	+ 7,4
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	93,3	94,1	- 1,9	- 4,3	- 2,0	- 9,5	- 4,3
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	99,8	102,6	- 1,4	- 7,5	- 6,3	- 9,6	- 7,5
Chemische Industrie.....	107,8	114,9	- 8,1	- 2,8	- 1,0	- 3,5	- 2,8
Chemische Grundstoffe.....	118,4	119,8	- 10,4	- 5,2	- 2,2	- 5,7	- 5,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	104,8	125,5	- 1,5	+ 5,5	+ 3,1	+ 5,6	+ 5,5
Gummi- und Kunststoffwaren.....	109,4	113,7	- 5,5	- 2,7	- 0,4	- 5,8	- 2,7
Kunststoffwaren.....	107,2	111,2	- 5,6	- 3,2	- 0,9	- 6,7	- 3,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	77,9	83,3	- 11,0	- 12,9	- 10,7	- 16,0	- 12,9
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	107,0	105,4	- 9,0	- 5,7	- 1,7	- 9,6	- 5,7
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	116,2	110,2	- 6,2	- 1,8	+ 3,4	- 6,5	- 1,8
Gießereiindustrie.....	127,8	115,9	- 9,1	- 6,3	+ 1,7	- 13,6	- 6,3
Metallerzeugnisse.....	99,7	101,6	- 11,1	- 8,9	- 6,1	- 12,2	- 8,9
Stahl- und Leichtmetallbau.....	76,6	83,8	- 8,2	- 9,6	- 12,1	- 14,4	- 9,6
Maschinenbau.....	103,4	110,6	- 7,7	- 8,8	- 7,1	- 12,5	- 8,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	126,6	132,9	- 14,8	- 12,2	- 7,0	- 18,3	- 12,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	126,7	133,0	- 27,5	- 20,9	- 13,3	- 22,7	- 20,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	110,3	114,8	- 8,1	- 12,0	- 8,0	- 20,6	- 12,0
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	162,8	171,8	- 24,7	- 11,7	- 5,0	- 18,6	- 11,7
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	121,2	128,6	- 2,9	- 8,7	- 5,2	- 10,6	- 8,7
Fahrzeugbau.....	149,9	160,2	- 6,1	- 6,1	- 9,2	- 9,2	- 6,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	159,9	172,2	- 0,7	- 2,9	- 6,1	- 5,4	- 2,9
Sonstiger Fahrzeugbau.....	82,6	79,2	- 34,7	- 33,4	- 36,5	- 42,6	- 33,4
Schiffbau.....	16,5	12,2	- 56,4	- 46,8	+ 68,4	- 46,5	- 46,8
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	119,4	109,7	- 35,1	- 28,7	- 40,2	- 37,6	- 28,7
Möbel.....	79,0	80,0	- 9,2	- 17,5	- 15,1	- 21,5	- 17,5

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

@2.2.3.1 Werte

	2002		2001	2002			
	Feb.	Mar. p)	4. Vj.	1. Vj.	Feb.	Mar. p)	Jan. - Mar.
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	155,7	197,7	- 5,0	+ 3,1	- 3,6	+ 10,8	+ 3,1
davon: Inland.....	125,6	132,4	- 3,8	- 3,5	- 1,2	- 10,2	- 3,5
Ausland.....	306,9	527,0	- 7,6	+ 17,1	- 8,4	+ 57,3	+ 17,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	169,8	191,7	- 0,8	+ 0,7	- 7,7	+ 3,8	+ 0,7
davon: Inland.....	143,8	148,8	- 1,5	+ 0,3	0,0	- 5,6	+ 0,3
Ausland.....	292,8	394,9	+ 1,9	+ 1,7	- 21,6	+ 26,3	+ 1,7
Investitionsgüterproduzenten.....	141,5	210,9	- 10,0	+ 7,0	+ 0,9	+ 21,5	+ 7,0
davon: Inland.....	102,6	111,0	- 7,5	- 9,2	- 2,8	- 16,9	- 9,2
Ausland.....	327,9	692,8	- 14,2	+ 34,3	+ 6,8	+ 89,3	+ 34,3
Gebrauchsgüterproduzenten.....	151,9	164,2	- 8,5	- 11,1	- 12,0	- 10,2	- 11,1
davon: Inland.....	141,3	151,7	- 4,8	- 10,6	- 10,8	- 10,7	- 10,6
Ausland.....	260,9	291,6	- 25,8	- 14,0	- 18,5	- 7,7	- 14,0
Verbrauchsgüterproduzenten.....	164,5	168,0	+ 4,2	+ 7,0	+ 7,7	- 0,1	+ 7,0
davon: Inland.....	152,6	157,4	+ 4,4	+ 8,5	+ 8,7	- 0,4	+ 8,5
Ausland.....	254,5	248,6	+ 3,1	0,0	+ 3,2	+ 1,6	0,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	154,6	145,0	- 4,0	- 6,3	+ 0,6	- 13,7	- 6,3
Textilgewerbe.....	166,9	157,7	- 6,7	- 6,5	+ 1,7	- 13,4	- 6,5
Bekleidungsgewerbe.....	111,2	100,6	+ 20,7	- 5,4	- 5,0	- 15,0	- 5,4
Ledergewerbe.....	116,2	97,9	+ 5,3	- 0,1	+ 23,9	- 17,7	- 0,1
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	241,5	286,8	+ 24,6	+ 17,8	+ 23,1	+ 20,8	+ 17,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	179,3	188,4	+ 1,9	+ 9,8	+ 9,8	+ 3,5	+ 9,8
Papiergewerbe.....	183,3	185,9	- 0,1	+ 10,7	+ 13,6	+ 2,1	+ 10,7
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe...	157,8	158,5	- 12,1	+ 3,7	+ 10,3	- 7,0	+ 3,7
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung).....	213,2	218,0	+ 11,9	+ 17,5	+ 16,6	+ 11,5	+ 17,5
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	170,9	193,5	+ 5,9	+ 7,7	+ 2,0	+ 6,2	+ 7,7
Chemische Industrie.....	169,7	177,9	- 12,4	- 1,3	+ 1,3	+ 1,0	- 1,3
Chemische Grundstoffe.....	163,9	181,0	- 16,0	- 7,1	- 4,9	+ 1,8	- 7,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	179,7	179,8	+ 2,6	+ 8,1	+ 10,4	- 2,5	+ 8,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	166,1	184,7	+ 9,3	+ 2,0	+ 3,0	- 1,0	+ 2,0
Kunststoffwaren.....	159,6	178,2	+ 6,0	- 0,2	+ 0,6	- 1,4	- 0,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	125,1	146,5	- 4,7	- 3,4	+ 1,0	- 3,9	- 3,4
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	157,5	151,7	+ 0,5	+ 2,3	+ 3,3	- 8,2	+ 2,3
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Gießereiindustrie.....	167,9	154,5	- 2,2	+ 4,1	- 0,2	- 13,5	+ 4,1
Metallerzeugnisse.....	244,9	219,8	- 7,0	- 9,0	- 3,7	- 15,2	- 9,0
Stahl- und Leichtmetallbau.....	150,2	149,8	+ 2,6	+ 0,8	+ 6,2	- 3,9	+ 0,8
Maschinenbau.....	126,6	132,6	- 0,7	+ 5,2	+ 1,6	+ 3,0	+ 5,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	199,6	253,4	- 2,9	- 0,4	- 20,2	+ 20,8	- 0,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	491,6	435,1	- 3,3	+ 15,2	+ 31,7	+ 12,9	+ 15,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.							
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	128,5	219,1	+ 7,3	- 6,1	- 41,8	+ 40,9	- 6,1
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	313,1	333,1	- 17,1	+ 9,0	- 4,0	+ 11,3	+ 9,0
Fahrzeugbau.....							
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	242,2	236,2	- 2,3	- 5,9	+ 0,9	- 8,3	- 5,9
Sonstiger Fahrzeugbau.....	138,8	284,3	- 19,3	+ 17,1	- 1,6	+ 41,4	+ 17,1
Schiffbau.....	246,7	269,6	- 2,3	- 8,6	- 5,6	- 10,1	- 8,6
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	50,2	296,4	- 43,1	+ 111,2	+ 19,8	+ 147,2	+ 111,2
Möbel.....	8,7	13,5	- 87,6	+ 1,1	- 32,6	+ 15,4	+ 1,1
Quelle: Statistisches Bundesamt.	1427,0	9999,9	- 20,5	+ 358,7	+ 375,8	+ 364,5	+ 358,7
	126,4	134,5	- 2,0	- 13,3	- 13,5	- 13,4	- 13,3

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

@2.2.3.2 Volumen

	2002		2001	2002			Jan. - Mar.
	Feb.	Mar. p)	4. Vj.	1. Vj.	Feb.	Mar. p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	152,9	192,8	- 4,7	+ 4,0	- 2,5	+ 11,2	+ 4,0
davon: Inland.....	124,6	131,2	- 3,8	- 2,5	- 0,3	- 9,3	- 2,5
Ausland.....	295,9	504,2	- 6,9	+ 18,1	- 7,2	+ 58,1	+ 18,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	170,8	192,3	+ 1,1	+ 3,4	- 5,1	+ 6,0	+ 3,4
davon: Inland.....	145,9	151,2	0,0	+ 3,1	+ 2,5	- 3,2	+ 3,1
Ausland.....	290,1	388,5	+ 4,6	+ 4,1	- 19,3	+ 28,2	+ 4,1
Investitionsgüterproduzenten.....	136,6	201,8	- 10,7	+ 6,3	+ 0,7	+ 20,4	+ 6,3
davon: Inland.....	100,5	108,2	- 8,5	- 9,9	- 3,6	- 17,4	- 9,9
Ausland.....	309,4	653,3	- 14,8	+ 34,5	+ 7,5	+ 90,1	+ 34,5
Gebrauchsgüterproduzenten.....	142,0	153,4	- 10,1	- 12,1	- 13,2	- 11,0	- 12,1
davon: Inland.....	132,1	141,7	- 6,5	- 11,7	- 12,0	- 11,6	- 11,7
Ausland.....	244,4	272,5	- 26,6	- 14,4	- 18,9	- 7,4	- 14,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	156,8	160,5	+ 2,5	+ 6,3	+ 6,6	- 0,3	+ 6,3
davon: Inland.....	145,8	150,8	+ 2,5	+ 7,8	+ 7,6	- 0,5	+ 7,8
Ausland.....	240,3	235,1	+ 2,6	- 0,5	+ 2,4	+ 1,0	- 0,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	152,1	142,5	- 4,5	- 6,9	- 0,1	- 14,2	- 6,9
Textilgewerbe.....	164,5	155,2	- 7,2	- 7,0	+ 1,1	- 13,9	- 7,0
Bekleidungsgewerbe.....	108,4	97,8	+ 20,4	- 6,2	- 6,1	- 15,7	- 6,2
Ledergewerbe.....	109,5	92,1	+ 3,7	- 1,3	+ 22,5	- 18,6	- 1,3
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	253,6	301,8	+ 27,6	+ 21,3	+ 27,3	+ 24,6	+ 21,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	177,8	187,2	+ 3,6	+ 12,2	+ 12,1	+ 5,8	+ 12,2
Papiergewerbe.....	184,3	187,5	+ 2,8	+ 14,8	+ 17,7	+ 5,9	+ 14,8
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe...	166,3	167,8	- 4,9	+ 12,0	+ 19,2	+ 0,2	+ 12,0
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	205,6	210,5	+ 10,4	+ 17,4	+ 16,4	+ 11,7	+ 17,4
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	164,1	186,6	+ 5,0	+ 7,1	+ 0,9	+ 5,8	+ 7,1
Chemische Industrie.....	169,9	178,2	- 11,4	+ 2,4	+ 5,5	+ 5,4	+ 2,4
Chemische Grundstoffe.....	169,5	186,7	- 12,6	- 0,7	+ 2,5	+ 9,1	- 0,7
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	164,1	164,4	- 0,3	+ 7,1	+ 9,3	- 2,8	+ 7,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	164,6	182,9	+ 8,4	+ 2,1	+ 3,3	- 0,8	+ 2,1
Kunststoffwaren.....	157,7	176,1	+ 5,1	- 0,2	+ 0,7	- 1,2	- 0,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	125,1	146,8	- 5,5	- 4,3	- 0,2	- 3,7	- 4,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	154,4	149,3	+ 2,6	+ 5,1	+ 5,2	- 6,6	+ 5,1
Metallerzeugung und -bearbeitung, Gießereiindustrie.....	169,8	157,7	+ 5,1	+ 11,0	+ 4,8	- 9,2	+ 11,0
Metallerzeugnisse.....	241,1	216,1	- 4,8	- 7,3	- 2,0	- 14,2	- 7,3
Stahl- und Leichtmetallbau.....	143,5	143,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 5,4	- 4,4	+ 0,1
Maschinenbau.....	121,0	126,8	- 3,7	+ 5,1	+ 1,4	+ 2,8	+ 5,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	111,4	125,9	- 0,1	- 7,4	- 8,5	- 4,8	- 7,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	208,8	259,3	- 2,7	+ 0,5	- 17,9	+ 19,8	+ 0,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä., Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	634,1	564,1	- 0,9	+ 14,9	+ 31,3	+ 12,9	+ 14,9
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	126,7	213,0	+ 6,5	- 6,7	- 41,1	+ 38,0	- 6,7
Fahrzeugbau.....	339,9	360,8	- 15,6	+ 12,1	- 1,4	+ 14,1	+ 12,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	224,4	218,4	- 3,0	- 7,4	- 0,7	- 10,0	- 7,4
Sonstiger Fahrzeugbau.....	130,6	267,9	- 20,0	+ 16,2	- 2,2	+ 40,3	+ 16,2
Schiffbau.....	231,2	252,0	- 2,9	- 9,4	- 6,3	- 11,0	- 9,4
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	47,8	280,9	- 43,7	+ 108,6	+ 18,3	+ 144,5	+ 108,6
Möbel.....	8,3	12,8	- 87,7	0,0	- 33,1	+ 14,3	0,0
1351,4	9999,9	- 21,5	+ 372,8	+ 369,4	+ 386,0	+ 372,8	
	111,2	117,9	- 4,3	- 15,6	- 15,8	- 15,7	- 15,6

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.3 Umsatz der Industrie¹⁾

@2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002		2001		2002		
	Feb.	Mar. p)	4. Vj.	1. Vj.	Feb.	Mar. p)	Jan. - Mar.
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	119,8	127,6	- 4,2	- 7,0	- 4,8	- 11,8	- 7,0
davon: Inland.....	99,7	107,0	- 4,3	- 8,4	- 6,2	- 12,6	- 8,4
Ausland.....	156,8	165,5	- 3,9	- 5,2	- 2,9	- 10,7	- 5,2
Vorleistungsgüterproduzenten.....	110,5	116,6	- 8,4	- 8,5	- 6,2	- 11,3	- 8,5
davon: Inland.....	97,2	102,1	- 7,6	- 10,0	- 7,7	- 13,5	- 10,0
Ausland.....	138,3	147,1	- 9,7	- 6,3	- 4,0	- 7,8	- 6,3
Investitionsgüterproduzenten.....	134,2	145,2	- 1,8	- 6,7	- 4,1	- 13,2	- 6,7
davon: Inland.....	106,5	118,2	- 2,1	- 8,0	- 5,6	- 12,6	- 8,0
Ausland.....	172,3	182,4	- 1,5	- 5,5	- 2,8	- 13,6	- 5,5
Gebrauchsgüterproduzenten.....	100,5	109,1	- 1,6	- 6,2	- 5,2	- 10,2	- 6,2
davon: Inland.....	91,4	97,6	- 2,2	- 8,3	- 5,7	- 13,3	- 8,3
Ausland.....	127,7	143,2	- 0,3	- 1,5	- 4,2	- 3,3	- 1,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	107,5	107,4	0,0	- 1,4	- 0,6	- 5,4	- 1,4
davon: Inland.....	90,5	93	- 1,3	- 3,7	- 3,2	- 7,8	- 3,7
Ausland.....	163,3	155,0	+ 3,0	+ 3,1	+ 4,6	- 0,1	+ 3,1
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	95,1	90,9	- 8,3	- 9,6	- 7,8	- 13,5	- 9,6
Textilgewerbe.....	84,0	86,8	- 7,5	- 11,6	- 9,1	- 15,2	- 11,6
Bekleidungsgewerbe.....	111,0	96,7	- 9,6	- 7,0	- 6,4	- 11,4	- 7,0
Ledergewerbe.....	126,2	118,5	+ 1,5	+ 3,1	+ 7,8	- 3,7	+ 3,1
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	82,1	87,9	- 7,8	- 5,4	- 2,5	- 9,5	- 5,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	104,8	108,5	- 2,0	- 4,5	- 3,0	- 9,4	- 4,5
Papiergewerbe.....	106,2	110,3	- 2,8	- 4,8	- 3,5	- 9,1	- 4,8
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe...	113,5	119,3	- 6,8	- 7,8	- 6,0	- 10,1	- 7,8
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	100,0	102,8	+ 1,3	- 1,9	- 0,8	- 8,1	- 1,9
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	102,8	105,7	- 0,8	- 3,9	- 2,1	- 9,7	- 3,9
Chemische Industrie.....	112,7	118,1	- 8,5	- 5,7	- 3,5	- 7,1	- 5,7
Chemische Grundstoffe.....	115,8	120,4	- 14,4	- 11,0	- 8,1	- 11,7	- 11,0
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	125,8	126,7	+ 5,5	+ 2,6	+ 3,2	+ 0,5	+ 2,6
Gummi- und Kunststoffwaren.....	109,7	115,7	- 3,5	- 4,4	- 1,7	- 8,7	- 4,4
Kunststoffwaren.....	108,3	113,6	- 4,4	- 4,7	- 1,7	- 8,5	- 4,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	81,1	90,2	- 7,0	- 9,1	- 7,2	- 11,4	- 9,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	107,4	109,8	- 5,6	- 8,6	- 4,4	- 12,4	- 8,6
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	106,9	109,7	- 8,6	- 11,9	- 8,4	- 14,5	- 11,9
Gießereiindustrie.....	129,1	132,3	- 3,6	- 8,6	- 6,7	- 13,2	- 8,6
Metallerzeugnisse.....	107,8	109,9	- 3,1	- 5,7	- 0,9	- 10,5	- 5,7
Stahl- und Leichtmetallbau.....	78,9	88,7	- 3,5	- 7,4	- 6,4	- 9,5	- 7,4
Maschinenbau.....	108,1	119,7	- 1,7	- 3,3	- 1,2	- 10,9	- 3,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	131,1	143,7	- 9,7	- 8,4	- 5,2	- 12,1	- 8,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	110,1	115,7	- 17,2	- 16,2	- 7,9	- 18,1	- 16,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	119,3	128,1	- 7,7	- 5,7	- 3,4	- 10,8	- 5,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	163,4	188,2	- 15,8	- 12,4	- 9,7	- 13,9	- 12,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	132,2	143,5	- 0,9	- 4,3	- 1,3	- 9,3	- 4,3
Fahrzeugbau.....	162,2	173,6	+ 1,3	- 8,0	- 7,1	- 14,2	- 8,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	164,0	177,6	+ 0,3	- 8,7	- 8,7	- 13,5	- 8,7
Sonstiger Fahrzeugbau.....	149,3	144,2	+ 8,7	- 2,3	+ 8,7	- 20,6	- 2,3
Schiffbau.....	95,7	46,2	+ 74,1	- 7,4	+ 56,6	- 64,7	- 7,4
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	197,8	198,2	- 0,2	- 5,6	- 0,7	- 15,9	- 5,6
Möbel.....	91,3	98,3	- 3,4	- 13,7	- 12,5	- 17,8	- 13,7

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.3 Umsatz der Industrie¹⁾

@2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

	2002		2001	2002			
	Feb.	Mär. p)	4. Vj.	1. Vj.	Feb.	Mär. p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Früheres Bundesgebiet							
Industrie2).....	117,3	124,6	- 4,5	- 7,4	- 5,1	- 12,3	- 7,4
davon: Inland.....	97,0	103,9	- 4,7	- 9,2	- 6,9	- 13,3	- 9,2
Ausland.....	152,7	160,7	- 4,2	- 5,4	- 3,0	- 11,1	- 5,4
Vorleistungsgüterproduzenten.....	106,9	112,6	- 9,0	- 9,1	- 6,9	- 12,0	- 9,1
davon: Inland.....	93,5	98,3	- 8,3	- 10,8	- 8,7	- 14,3	- 10,8
Ausland.....	133,5	141,3	- 10,3	- 6,7	- 4,4	- 8,6	- 6,7
Investitionsgüterproduzenten.....	132,6	143,0	- 2,0	- 7,0	- 4,3	- 13,7	- 7,0
davon: Inland.....	105,2	116,2	- 2,4	- 8,7	- 6,1	- 13,5	- 8,7
Ausland.....	168,1	177,7	- 1,6	- 5,5	- 2,8	- 13,8	- 5,5
Gebrauchsgüterproduzenten.....	97,8	106,1	- 1,8	- 6,0	- 5,2	- 10,0	- 6,0
davon: Inland.....	88,2	94,2	- 2,4	- 8,1	- 5,7	- 13,1	- 8,1
Ausland.....	125,3	140,1	- 0,1	- 1,4	- 4,2	- 3,4	- 1,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	105,3	105,2	- 0,4	- 1,7	- 1,0	- 5,7	- 1,7
davon: Inland.....	87,8	90,2	- 2,0	- 4,2	- 3,8	- 8,4	- 4,2
Ausland.....	161,4	153,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 4,3	- 0,3	+ 3,1
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	93,1	88,6	- 8,5	- 9,6	- 8,1	- 13,6	- 9,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	101,2	104,6	- 2,6	- 5,2	- 3,6	- 10,0	- 5,2
Chemische Industrie.....	109,9	115,1	- 8,4	- 6,1	- 3,8	- 7,6	- 6,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	106,7	112,1	- 4,5	- 4,6	- 2,0	- 8,8	- 4,6
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	104,5	106,5	- 6,0	- 9,1	- 4,8	- 12,9	- 9,1
Maschinenbau.....	107,2	119,0	- 2,2	- 3,5	- 1,4	- 10,9	- 3,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	126,9	139,2	- 10,9	- 9,3	- 6,3	- 13,2	- 9,3
Fahrzeugbau.....	160,3	170,3	+ 1,6	- 8,1	- 7,0	- 14,8	- 8,1
Neue Länder und Berlin-Ost							
Industrie2).....	164,6	179,8	+ 0,6	- 1,6	+ 0,7	- 4,4	- 1,6
davon: Inland.....	135,1	146,6	+ 0,3	- 1,6	+ 0,9	- 4,9	- 1,6
Ausland.....	321,1	356,5	+ 0,9	- 1,9	- 0,1	- 3,3	- 1,9
Vorleistungsgüterproduzenten.....	166,9	178,5	- 1,5	- 1,3	+ 1,5	- 4,0	- 1,3
davon: Inland.....	143,4	149,3	- 2,1	- 2,1	+ 1,2	- 6,4	- 2,1
Ausland.....	281,3	320,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,7
Investitionsgüterproduzenten.....	164,0	185,7	+ 1,8	- 2,0	- 0,5	- 4,5	- 2,0
davon: Inland.....	122,5	142,1	+ 2,1	- 0,6	+ 0,5	- 2,1	- 0,6
Ausland.....	378,7	412,5	+ 1,3	- 4,5	- 2,4	- 8,4	- 4,5
Gebrauchsgüterproduzenten.....	150,7	165,3	+ 0,5	- 9,3	- 6,1	- 13,0	- 9,3
davon: Inland.....	140,2	150,8	+ 0,9	- 9,8	- 6,3	- 15,0	- 9,8
Ausland.....	252,7	305,0	- 1,7	- 6,7	- 4,7	- 1,8	- 6,7
Verbrauchsgüterproduzenten.....	162,7	163,9	+ 6,5	+ 4,7	+ 8,0	+ 0,3	+ 4,7
davon: Inland.....	150,0	151,9	+ 7,5	+ 4,6	+ 6,8	- 1,2	+ 4,6
Ausland.....	269,7	265,9	+ 1,3	+ 5,2	+ 13,7	+ 8,8	+ 5,2
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	136,8	137,5	- 5,3	- 8,2	- 2,6	- 12,5	- 8,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	177,0	183,6	+ 6,1	+ 3,5	+ 6,2	- 1,4	+ 3,5
Chemische Industrie.....	165,9	176,7	- 9,9	- 1,1	+ 0,5	+ 0,9	- 1,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	157,9	171,9	+ 4,8	- 0,9	+ 2,4	- 7,7	- 0,9
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	145,0	152,5	- 2,3	- 4,6	- 0,8	- 7,5	- 4,6
Maschinenbau.....	124,7	132,4	+ 8,2	+ 0,2	+ 2,5	- 12,7	+ 0,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	211,9	230,1	+ 6,1	+ 4,7	+ 9,3	+ 2,7	+ 4,7
Fahrzeugbau.....	202,7	240,4	- 3,8	- 6,9	- 8,3	- 5,2	- 6,9

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.1 Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	2002						
		Februar	März	1. VJ	Januar	Februar	März	Januar – März
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude								
Wohnungen Anzahl	
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1995 = 100		58,2	– 7,6	– 2,3
Hochbau 1995 = 100		53,7	– 19,5	– 3,8
Wohnungsbau 1995 = 100		43,7	– 18,6	– 15,5
Hochbau ohne Wohnungsbau 1995 = 100		60,9	– 20,2	+ 3,7
Gewerblicher Hochbau ... 1995 = 100	
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post 1995 = 100	
Öffentlicher Hochbau ... 1995 = 100	
Tiefbau 1995 = 100		65,6	+ 14,7	– 0,3
Straßenbau 1995 = 100		69,9	+ 28,0	+ 19,1
Tiefbau ohne Straßenbau ... 1995 = 100		63,8	+ 10,3	– 7,3
Gewerblicher Tiefbau 1995 = 100	
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post 1995 = 100	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt 1995 = 100		57,6p	75,6p	– 0,8p	– 5,3p	– 2,4p	+ 3,8p	– 0,8p
Hochbauleistungen 1995 = 100		57,1p	71,9p	– 2,3p	– 5,9p	– 2,2p	+ 0,4p	– 2,3p
Tiefbauleistungen 1995 = 100		58,8p	82,4p	+ 2,3p	– 4,2p	– 1,8p	+ 9,7p	+ 2,3p
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen Anzahl	
Rauminhalt: Wohngebäude ... 1 000 m ³	
Nichtwohngebäude 1 000 m ³	
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	839,7	– 9,1	– 8,7
Offene Stellen (Bauberufe) 5) 1 000		12,4	16,6	+ 11,6	– 7,7	– 10,2	– 1,9	– 7,9
Arbeitslose (Bauberufe) 5) 1 000		356,4	327,0	+ 337,7	+ 4,9	+ 2,0	+ 0,5	+ 3,1

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.2 Früheres Bundesgebiet

	Einheit	2002						
		Februar	März	1. VJ	Januar	Februar	März	Januar – März
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	61,3	– 7,9	– 7,4
Hochbau	1995 = 100	60,0	– 19,8	– 4,3
Wohnungsbau	1995 = 100	51,6	– 17,8	– 13,1
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	65,6	– 21,0	– 1,1
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	63,5	– 16,3	– 11,6
Straßenbau	1995 = 100	68,7	+ 28,6	+ 16,6
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	61,2	– 12,5	– 20,9
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	60,8p	80,9p	+ 0,5p	– 3,2p	– 2,4p	+ 5,3p	+ 0,5p
Hochbauleistungen	1995 = 100	61,3p	78,4p	– 0,6p	– 3,8p	– 1,6p	+ 2,5p	– 0,6p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	60,0p	85,6p	+ 2,7p	– 2,1p	– 3,5p	+ 10,7	+ 2,7p
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt: Wohngebäude . . . 1 000 m ³	
Nichtwohngebäude	1 000 m ³
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	624,5	– 6,8	– 6,7
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	8,5	10,6	+ 7,8	– 15,4	– 17,4	– 8,2	– 15,9
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	176,7	157,2	+ 166,7	+ 6,0	+ 3,4	+ 1,9	+ 4,5

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Einheit	2002						
		Februar	März	1. VJ	Januar	Februar	März	Januar – März
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1000 m ¹⁴	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten,								
Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	50,2	–	6,7	+	17,0
Hochbau	1995 = 100	38,0	–	18,7	–	2,6
Wohnungsbau	1995 = 100	26,3	–	22,3	–	25,5
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	47,6	–	16,4	+	13,3
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	71,6	+	9,0	+	43,8
Straßenbau	1995 = 100	73,0	+	26,4	+	26,5
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	71,0	+	2,6	+	52,0
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	46,1p	56,4p	–	6,1p	–	13,7p	–
Hochbauleistungen	1995 = 100	41,6p	48,4p	–	10,3p	–	15,1p	–
Tiefbauleistungen	1995 = 100	54,4p	71,0p	+	0,5p	–	11,5p	+
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt: Wohngebäude . . . 1 000 m ³	
Nichtwohngebäude	1 000 m ³
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	215,2	–	15,0	–	13,9
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	3,9	6,1	+	3,8	+	16,6	+
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	179,7	169,8	+	171,0	+	3,7	+

¹⁾ Errichtung neuer Gebäude.

²⁾ Volumen.

³⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

⁴⁾ Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

⁵⁾ Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@3 Löhne und Gehälter

	2001		2002			2001		2002		
	Dezember	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März		
	1995 = 100				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Bundesrepublik Deutschland										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	105,8	106,2	106,3	106,3	+ 2,2	2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	
auf Monatsbasis	105,2	105,6	105,7	105,7	+ 2,1	2,3	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	106,1	106,1	106,2	106,3	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	
auf Monatsbasis	104,6	104,7	104,7	104,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	
Früheres Bundesgebiet										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	104,3	104,6	104,7	104,8	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	
auf Monatsbasis	103,9	104,2	104,2	104,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	104,8	104,9	104,9	105,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	
auf Monatsbasis	103,5	103,6	103,6	103,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	113,5	114,7	114,7	114,7	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	
auf Monatsbasis	112,3	113,4	113,4	113,4	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0	
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	113,5	113,9	113,9	113,7	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	
auf Monatsbasis	111,9	112,3	112,3	112,1	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	

¹⁾ Bei der Berechnung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus wurden Pauschalzahlungen sowie lineare Erhöhungssätze zusammengefasst und auf die gesamte Laufzeit der Tarifverträge umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@4 Außenwirtschaft

@4.1 Einfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001	2002			
	Januar - Februar	Januar - Februar		Dezember	Januar	Februar	Januar - Februar	Januar - Februar
	Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %	
Einfuhr insgesamt	92 748	81 606	- 11 142	- 17,2	- 15,3	- 8,6	- 12,0	100
Güter der Ernährungswirtschaft.....	6 402	6 325	- 77	- 4,0	- 2,6	+ 0,3	- 1,2	7,8
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	77 450	68 642	- 8 808	- 20,9	- 14,3	- 8,4	- 11,4	84,1
Rohstoffe und Halbwaren.....	13 782	11 347	- 2 434	- 27,4	- 21,2	- 13,7	- 17,7	13,9
Rohstoffe.....	7 686	6 565	- 1 121	- 24,4	- 22,2	- 5,5	- 14,6	8,0
Halbwaren.....	6 096	4 783	- 1 314	- 31,1	- 19,9	- 23,3	- 21,5	5,9
Fertigwaren.....	63 669	57 295	- 6 374	- 19,5	- 12,7	- 7,3	- 10,0	70,2
Vorverzeugnisse.....	9 409	7 761	- 1 648	- 33,8	- 8,4	- 24,9	- 17,5	9,5
Enderzeugnisse.....	54 260	49 534	- 4 726	- 16,8	- 13,4	- 3,8	- 8,7	60,7
Landwirtschaftsgüter	2 560	2 491	- 69	- 10,8	- 2,9	- 2,5	- 2,7	3,1
Vorleistungsgüter.....	26 495	21 822	- 4 673	- 13,8	- 16,7	- 18,6	- 17,6	26,7
Investitionsgüter.....	28 037	24 703	- 3 333	- 9,8	- 14,6	- 9,0	- 11,9	30,3
Gebrauchsgüter.....	4 381	4 250	- 131	+ 8,0	- 6,1	- 0,0	- 3,0	5,2
Verbrauchsgüter.....	12 872	13 793	+ 920	- 2,0	+ 1,6	+ 12,8	+ 7,1	16,9
Energie.....	8 459	7 032	- 1 426	- 26,8	- 24,5	- 7,9	- 16,9	8,6
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	9 945	7 515	- 2 430	+ 32,7	- 32,7	- 14,8	- 24,4	9,2
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd...	2 382	2 351	- 31	- 19,1	- 1,5	- 1,1	- 1,3	2,9
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	97	70	- 28	- 14,2	- 26,3	- 30,9	- 28,4	0,1
Fische und Fischereierzeugnisse.....	81	70	- 10	- 20,3	- 14,3	- 10,7	- 12,7	0,1
Kohle und Torf.....	188	211	+ 22	- 18,1	+ 5,9	+ 18,2	+ 11,8	0,3
Erdöl und Erdgas.....	6 387	5 374	- 1 013	- 23,7	- 26,6	- 2,9	- 15,9	6,6
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-
Erze.....	386	340	- 46	- 39,5	+ 26,7	- 51,2	- 11,8	0,4
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	175	170	- 5	- 15,0	- 5,6	+ 0,2	- 2,9	0,2
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	4 006	3 942	- 64	+ 3,6	- 3,8	+ 0,8	- 1,6	4,8
Tabakerezeugnisse.....	102	96	- 6	+ 13,0	- 13,9	+ 0,3	- 5,7	0,1
Textilien.....	2 109	1 921	- 188	- 22,4	- 8,1	- 9,8	- 8,9	2,4
Bekleidung.....	3 178	2 930	- 248	- 17,3	- 6,1	- 9,4	- 7,8	3,6
Leder und Lederwaren.....	1 061	1 109	+ 48	- 0,9	+ 9,5	- 0,0	+ 4,5	1,4
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmac herwaren (ohne Möbel).....	684	636	- 48	- 18,6	- 6,7	- 7,3	- 7,0	0,8
Papier.....	2 212	1 737	- 475	- 11,9	- 25,9	- 16,7	- 21,5	2,1
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	341	359	+ 19	- 41,8	+ 1,6	+ 10,8	+ 5,5	0,4
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	1 829	1 378	- 450	- 22,7	- 19,6	- 30,1	- 24,6	1,7
Chemische Erzeugnisse.....	8 569	8 760	+ 191	- 36,2	+ 5,4	- 0,3	+ 2,2	10,7
Gummi- und Kunststoffwaren.....	2 010	1 934	- 75	- 13,6	- 10,1	+ 2,9	- 3,7	2,4
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	1 004	912	- 91	- 11,1	- 16,8	- 0,9	- 9,1	1,1
Eisen- und Stahlerezeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	4 659	3 803	- 856	- 29,6	- 17,6	- 19,1	- 18,4	4,7
Metallerzeugnisse.....	1 938	1 850	- 88	- 10,5	- 10,1	+ 1,1	- 4,6	2,3
Maschinen.....	6 186	5 658	- 528	- 18,3	- 10,1	- 6,9	- 8,5	6,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	5 249	4 551	- 698	- 10,2	- 18,9	- 6,0	- 13,3	5,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.....	4 275	3 525	- 750	- 15,9	- 21,0	- 13,7	- 17,5	4,3
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	6 042	4 385	- 1 658	- 22,1	- 30,0	- 24,6	- 27,4	5,4
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungs-, technische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	2 655	2 525	- 130	- 14,6	- 8,6	- 1,1	- 4,9	3,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	8 097	7 847	- 249	- 1,3	- 1,5	- 4,5	- 3,1	9,6
Sonstige Fahrzeuge.....	4 728	3 551	- 1 177	- 38,2	- 30,4	- 19,7	- 24,9	4,4
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	2 120	2 027	- 93	- 22,0	- 13,3	+ 4,7	- 4,4	2,5
Energie.....	55	70	+ 15	- 41,8	- 27,0	+ 116,2	+ 26,7	0,1
Sonstige Waren 3) 4).....	9 945	7 515	- 2 430	+ 7,5	- 32,7	- 14,8	- 24,4	9,2

1) Vorläufige Ergebnisse.

2) Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

3) Einschließlich nicht aufgelistebares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

4) Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

@4 Außenwirtschaft

@4.2 Ausfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001	2002				Anteil in %
	Januar - Februar	Januar - Februar		Dezember	Januar	Februar	Januar - Februar	Januar - Februar	
	Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Ausfuhr insgesamt.....	103 664	101 690	- 1 974	- 3,3	- 3,1	- 0,7	- 1,9	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	4 475	4 534	+ 59	- 0,6	+ 3,6	- 0,8	+ 1,3	4,5	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	93 875	92 021	- 1 854	- 7,4	- 3,3	- 0,7	- 2,0	90,5	
Rohstoffe und Halbwaren.....	5 128	4 844	- 284	- 21,9	- 8,8	- 2,3	- 5,5	4,8	
Rohstoffe.....	1 113	1 270	+ 158	+ 2,4	- 5,1	+ 32,7	+ 14,2	1,2	
Halbwaren.....	4 016	3 574	- 442	- 28,1	- 9,8	- 12,2	- 11,0	3,5	
Fertigwaren.....	88 747	87 177	- 1 570	- 6,4	- 3,0	- 0,6	- 1,8	85,7	
Vorzeugnisse.....	13 746	12 329	- 1 417	- 12,8	- 13,0	- 7,5	- 10,3	12,1	
Enderzeugnisse.....	75 001	74 849	- 152	- 5,4	- 1,1	+ 0,7	- 0,2	73,6	
Landwirtschaftsgüter.....	840	891	+ 51	- 26,2	+ 0,5	+ 11,3	+ 6,1	0,9	
Vorleistungsgüter.....	32 326	29 794	- 2 531	- 16,0	- 9,5	- 6,2	- 7,8	29,3	
Investitionsgüter.....	46 848	47 012	+ 164	- 4,2	- 0,7	+ 1,4	+ 0,4	46,2	
Gebrauchsgüter.....	3 726	3 596	- 130	- 4,1	- 2,5	- 4,4	- 3,5	3,5	
Verbrauchsgüter.....	10 875	11 172	+ 297	+ 7,1	+ 4,7	+ 0,9	+ 2,7	11,0	
Energie.....	1 394	1 430	+ 36	- 26,7	- 13,3	+ 21,1	+ 2,6	1,4	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	7 655	7 793	+ 138	+ 99,2	- 0,1	+ 3,7	+ 1,8	7,7	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd....	739	811	+ 72	- 24,5	+ 0,0	+ 19,0	+ 9,8	0,8	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	24	55	- 22	- 25,0	- 17,8	- 38,7	- 28,4	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	41	25	+ 0	- 56,9	+ 150,5	- 42,4	+ 1,8	0,0	
Kohle und Torf.....	41	35	- 6	- 52,4	- 20,9	- 7,8	- 14,1	0,0	
Erdöl und Erdgas.....	385	574	+ 188	+ 48,7	+ 5,0	+ 82,5	+ 49,0	0,6	
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erze.....	8	11	+ 3	- 41,3	- 9,8	+ 87,3	+ 38,9	0,0	
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	137	152	+ 15	- 20,6	+ 1,5	+ 21,6	+ 11,0	0,1	
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	3 439	3 456	+ 17	- 1,8	+ 2,9	- 1,9	+ 0,5	3,4	
Tabakerzeugnisse.....	351	317	- 34	+ 136,4	+ 12,5	- 19,5	- 9,6	0,3	
Textilien.....	1 863	1 807	- 56	- 15,8	- 5,4	- 0,5	- 3,0	1,8	
Bekleidung.....	1 247	1 328	+ 81	- 13,5	+ 5,2	+ 7,6	+ 6,5	1,3	
Leder und Lederwaren.....	429	528	+ 99	- 5,0	+ 14,0	+ 31,6	+ 23,1	0,5	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	545	549	+ 4	- 6,7	- 5,5	+ 6,8	+ 0,8	0,5	
Papier.....	2 308	2 104	- 204	- 14,7	- 10,5	- 7,2	- 8,8	2,1	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	673	762	+ 88	- 17,7	+ 16,0	+ 10,3	+ 13,1	0,7	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	855	749	- 106	- 48,4	- 18,7	- 3,2	- 12,4	0,7	
Chemische Erzeugnisse.....	13 075	12 189	- 887	- 3,5	- 6,2	- 7,3	- 6,8	12,0	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	2 997	3 185	+ 188	- 14,2	+ 1,6	+ 10,8	+ 6,3	3,1	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	1 272	1 279	+ 8	- 10,5	- 3,0	+ 4,0	+ 0,6	1,3	
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	5 104	4 417	- 687	- 17,3	- 16,0	- 11,0	- 13,5	4,3	
Metallerzeugnisse.....	2 916	2 949	+ 33	- 7,6	- 5,2	+ 7,6	+ 1,1	2,9	
Maschinen.....	14 167	14 113	- 54	- 11,5	+ 1,6	- 2,3	- 0,4	13,9	
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	2 930	2 795	- 134	- 24,3	- 20,2	+ 14,8	- 4,6	2,7	
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.....	5 284	4 972	- 312	- 15,0	- 9,4	- 2,3	- 5,9	4,9	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	5 552	4 579	- 973	- 4,6	- 15,7	- 19,4	- 17,5	4,5	
Medizin-, meß-, steuerungs-, Regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	3 877	4 036	+ 159	- 1,1	+ 5,9	+ 2,4	+ 4,1	4,0	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	19 141	19 338	+ 197	- 0,4	+ 3,0	- 0,9	+ 1,0	19,0	
Sonstige Fahrzeuge.....	4 909	5 074	+ 165	+ 10,1	- 5,3	+ 13,5	+ 3,4	5,0	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	1 552	1 635	+ 83	+ 2,6	+ 7,7	+ 3,2	+ 5,3	1,6	
Energie.....	113	73	- 40	- 39,9	- 16,1	- 54,9	- 35,6	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	7 655	7 793	+ 138	+ 99,2	- 0,1	+ 3,7	+ 1,8	7,7	

1) Vorläufige Ergebnisse.

2) Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

3) Einschließlich nicht aufgelisteter Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

4) Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

@4 Außenwirtschaft

@4.3 Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern^{*)}

Ländergruppe Ursprungsland	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001		2002				Anteil in %
	Januar - Februar	Januar - Februar		Dezember	Januar	Februar	Januar - Februar			
	Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Einfuhr insgesamt	103 664	101 690	- 1 974	- 3,4	- 3,1	- 0,7	- 1,9	100,0		
EU-Länder	59 644	56 841	- 2 803	- 4,4	- 4,2	- 5,2	- 4,7	55,9		
Frankreich	12 348	11 463	- 885	- 6,7	- 8,5	- 5,9	- 7,2	11,3		
Niederlande	6 633	6 168	- 466	- 9,8	- 8,5	- 5,5	- 7,0	6,1		
Italien	8 238	7 545	- 693	- 2,7	- 7,6	- 9,2	- 8,4	7,4		
Vereinigtes Königreich	8 643	8 794	+ 151	+ 3,3	+ 4,6	- 0,8	+ 1,7	8,6		
Irland	718	665	- 53	+ 14,6	+ 11,0	- 21,9	- 7,4	0,7		
Dänemark	1 656	1 685	+ 29	- 3,9	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,8	1,7		
Griechenland	848	971	+ 123	+ 5,1	+ 37,7	- 2,6	+ 14,5	1,0		
Portugal	1 086	1 068	- 19	+ 1,3	+ 2,6	- 6,0	- 1,7	1,0		
Spanien	4 717	4 548	- 169	+ 0,7	- 2,5	- 4,6	- 3,6	4,5		
Schweden	2 252	2 134	- 117	- 7,0	- 8,3	- 2,0	- 5,2	2,1		
Finnland	1 156	1 021	- 135	+ 3,7	- 13,4	- 9,9	- 11,7	1,0		
Österreich	5 358	5 167	- 191	- 7,8	- 6,3	- 0,7	- 3,6	5,1		
Belgien	5 536	5 144	- 391	- 12,0	- 4,0	- 10,1	- 7,1	5,1		
Luxemburg	455	468	+ 14	- 8,0	+ 0,4	+ 5,5	+ 3,0	0,5		
EFTA-Länder	5 145	4 902	- 243	+ 2,1	- 6,6	- 3,0	- 4,7	4,8		
Island	52	38	- 14	+ 8,2	- 12,3	- 38,0	- 26,9	0,0		
Norwegen	709	696	- 13	- 11,1	- 2,4	- 1,2	- 1,8	0,7		
Liechtenstein	48	53	+ 5	- 7,6	+ 1,6	+ 20,4	+ 10,6	0,1		
Schweiz	4 337	4 115	- 222	+ 4,3	- 7,4	- 3,0	- 5,1	4,0		
Andere europäische Länder ¹⁾	2 074	2 164	+ 90	- 19,8	- 16,6	+ 23,3	+ 4,3	2,1		
darunter:										
Türkei	1 075	964	- 112	- 30,0	- 24,9	+ 4,8	- 10,4	0,9		
Russische Föderation	1 113	1 663	+ 550	+ 42,8	+ 52,4	+ 47,0	+ 49,5	1,6		
Ukraine	258	311	+ 53	+ 12,6	+ 26,5	+ 15,8	+ 20,6	0,3		
Belarus	78	121	+ 43	+ 10,2	+ 53,0	+ 57,3	+ 55,0	0,1		
Estland	66	80	+ 14	+ 2,6	+ 22,7	+ 20,1	+ 21,3	0,1		
Lettland	92	117	+ 25	+ 22,1	+ 25,9	+ 28,8	+ 27,4	0,1		
Litauen	148	208	+ 60	+ 25,1	+ 57,6	+ 26,4	+ 40,4	0,2		
Polen	2 321	2 471	+ 149	- 2,4	- 1,0	+ 14,1	+ 6,4	2,4		
Tschechische Republik	2 305	2 415	+ 110	- 4,0	+ 2,7	+ 6,7	+ 4,8	2,4		
Slowakei	574	586	+ 13	+ 0,2	- 5,2	+ 9,4	+ 2,2	0,6		
Ungarn	1 662	1 719	+ 57	- 14,1	+ 2,1	+ 4,7	+ 3,4	1,7		
Rumänien	408	463	+ 55	+ 11,1	+ 13,5	+ 13,4	+ 13,4	0,5		
Bulgarien	129	183	+ 53	+ 20,7	+ 56,0	+ 26,5	+ 41,1	0,2		
Slowenien	376	358	- 18	- 2,8	- 8,7	- 0,4	- 4,7	0,4		
Kroatien	221	243	+ 22	- 3,2	+ 1,5	+ 18,4	+ 10,1	0,2		
Außereuropäische Länder	36 800	37 783	+ 982	- 1,7	- 0,1	+ 5,6	+ 2,7	37,2		
darunter:										
Vereinigte Staaten	11 251	10 580	- 672	- 6,0	- 12,0	+ 0,8	- 6,0	10,4		
Kanada	651	870	+ 219	+ 51,3	+ 48,1	+ 19,6	+ 33,7	0,9		
Südafrika	605	704	+ 99	+ 1,9	+ 11,5	+ 21,5	+ 16,4	0,7		
China	1 592	2 043	+ 451	- 2,6	+ 30,4	+ 26,1	+ 28,3	2,0		
Japan	2 196	1 883	- 313	- 2,8	- 14,9	- 13,6	- 14,2	1,9		
Australien	521	568	+ 47	+ 10,3	+ 5,2	+ 12,9	+ 9,1	0,6		
Neuseeland	76	80	+ 4	+ 26,5	- 11,2	+ 22,3	+ 5,0	0,1		
Nachrichtlich:										
Mittel- und osteurop. Länder	9 360	10 537	+ 1 176	+ 4,5	+ 10,7	+ 14,4	+ 12,6	10,4		
Entwicklungsländer ²⁾	12 782	13 280	+ 498	- 4,9	+ 2,7	+ 5,1	+ 3,9	13,1		
OECD-Länder ³⁾	89 039	85 573	- 3 466	- 4,1	- 4,9	- 2,9	- 3,9	84,2		
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	2 775	2 631	- 144	- 16,3	- 13,2	+ 4,3	- 5,2	2,6		
OPEC-Länder ⁵⁾	1 872	2 240	+ 368	+ 10,4	+ 16,1	+ 23,3	+ 19,6	2,2		
NAFTA-Länder ⁶⁾	12 817	12 288	- 529	- 2,6	- 8,6	+ 0,8	- 4,1	12,1		
ASEAN-Länder ⁷⁾	1 898	1 682	- 216	- 11,0	- 16,8	- 5,3	- 11,4	1,7		

^{*)} Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

¹⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

²⁾ Gemäß Liste der UN.

³⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

⁴⁾ Hongkong, Singapur, Republik Korea, Taiwan.

⁵⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁶⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁷⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.4 Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern*)

Ländergruppe Ursprungsland	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001	2002			Januar - Februar	Januar - Februar				
	Januar - Februar	Januar - Februar		Dezember	Januar	Februar	Januar - Februar						
	Mill. EUR			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			Anteil in %						
Ausfuhr insgesamt	92 748	81 606	-	11 142	-	17,2	-	15,3	-	8,6	-	12,0	100,0
EU-Länder	47 884	42 307	-	5 577	-	15,6	-	15,1	-	8,1	-	11,6	51,8
Frankreich	8 824	8 066	-	758	-	14,2	-	13,4	-	3,7	-	8,6	9,9
Niederlande	8 055	6 959	-	1 096	-	9,3	-	16,7	-	10,4	-	13,6	8,5
Italien	5 970	5 276	-	693	-	18,5	-	13,5	-	9,7	-	11,6	6,5
Vereinigtes Königreich	6 178	5 180	-	998	-	7,7	-	20,5	-	11,2	-	16,2	6,3
Irland	2 007	2 020	+	13	-	50,3	-	17,1	-	12,3	+	0,6	2,5
Dänemark	1 505	1 414	-	91	-	9,5	-	16,8	-	7,8	-	6,1	1,7
Griechenland	317	279	-	38	+	4,7	-	22,1	-	0,3	-	12,0	0,3
Portugal	1 007	765	-	241	-	23,8	-	24,0	-	23,9	-	24,0	0,9
Spanien	2 819	2 646	-	173	-	19,3	-	10,4	-	1,7	-	6,1	3,2
Schweden	1 732	1 309	-	423	-	32,6	-	20,5	-	28,3	-	24,4	1,6
Finnland	1 004	774	-	230	-	16,4	-	22,6	-	23,2	-	22,9	0,9
Österreich	3 298	3 131	-	167	-	10,8	-	5,2	-	4,9	-	5,1	3,8
Belgien	4 886	4 199	-	686	-	7,2	-	14,7	-	13,4	-	14,0	5,1
Luxemburg	284	289	+	5	+	0,2	+	19,7	-	14,0	+	1,8	0,4
EFTA-Länder	5 210	5 013	-	197	-	10,6	-	6,0	-	1,5	-	3,8	6,1
Island	59	74	+	15	-	15,6	-	21,2	-	88,1	+	25,5	0,1
Norwegen	2 018	1 804	-	215	-	19,4	-	18,9	-	0,6	-	10,6	2,2
Liechtenstein	54	51	-	4	-	10,9	-	8,1	-	5,3	-	6,7	0,1
Schweiz	3 079	3 085	+	6	-	3,9	+	4,0	-	3,3	+	0,2	3,8
Andere europäische Länder ¹⁾	1 723	1 816	+	93	-	16,3	+	6,9	+	3,9	+	5,4	2,2
darunter:													
Türkei	1 039	1 083	+	44	-	17,1	+	9,5	-	0,8	+	4,2	1,3
Russische Föderation	2 716	1 933	-	784	-	19,6	-	26,9	-	30,9	-	28,8	2,4
Ukraine	133	124	-	9	-	36,3	-	11,0	-	1,9	-	6,5	0,2
Belarus	52	48	-	3	-	21,0	-	14,4	+	3,0	-	6,6	0,1
Estland	46	56	+	10	-	16,3	-	2,3	+	41,9	+	20,9	0,1
Lettland	72	67	-	5	+	5,3	+	3,2	-	17,4	-	7,4	0,1
Litauen	117	103	-	14	+	7,5	-	17,4	-	5,9	-	11,6	0,1
Polen	2 080	2 146	+	66	+	1,2	-	3,8	+	10,1	+	3,2	2,6
Tschechische Republik	2 165	2 442	+	277	-	1,4	+	5,5	+	19,8	+	12,8	3,0
Slowakei	625	667	+	42	+	49,4	+	4,9	+	8,7	+	6,8	0,8
Ungarn	1 941	1 851	-	91	-	23,3	-	10,4	+	1,2	-	4,7	2,3
Rumänien	358	358	-	0	-	5,8	+	1,3	-	1,4	-	0,1	0,4
Bulgarien	106	127	+	21	-	2,9	+	29,8	+	9,8	+	19,7	0,2
Slowenien	399	439	+	39	-	13,5	+	5,7	+	13,4	+	9,8	0,5
Kroatien	118	109	-	9	-	21,8	-	14,2	-	0,5	-	7,3	0,1
Außereuropäische Länder	37 930	32 470	-	5 460	-	20,2	-	17,6	-	10,9	-	14,4	39,8
darunter:													
Vereinigte Staaten	8 199	6 211	-	1 988	-	32,6	-	27,1	-	21,3	-	24,3	7,6
Kanada	593	414	-	179	-	15,2	-	28,2	-	33,0	-	30,2	0,5
Südafrika	515	389	-	126	-	18,8	-	42,8	+	2,6	-	24,4	0,5
China	3 313	3 365	+	52	-	5,6	-	0,7	+	4,0	+	1,6	4,1
Japan	4 028	2 918	-	1 110	-	35,2	-	33,6	-	20,6	-	27,6	3,6
Australien	167	193	+	26	-	33,2	+	70,2	-	24,2	+	15,4	0,2
Neuseeland	69	71	+	2	+	4,6	+	6,1	-	1,1	+	2,5	0,1
Nachrichtlich:													
Mittel- und osteurop. Länder	10 682	10 157	-	526	-	8,7	-	8,9	-	0,9	-	4,9	12,4
Entwicklungsländer ²⁾	14 367	12 679	-	1 688	-	16,4	-	14,4	-	8,8	-	11,8	15,5
OECD-Länder ³⁾	75 074	66 270	-	8 804	-	17,2	-	15,3	-	8,1	-	11,7	81,2
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	3 189	2 733	-	456	-	11,6	-	19,3	-	7,9	-	14,3	3,3
OPEC-Länder ⁵⁾	1 504	1 049	-	454	-	40,0	-	38,0	-	22,0	-	30,2	1,3
NAFTA-Länder ⁶⁾	9 059	6 833	-	2 226	-	30,6	-	27,0	-	21,9	-	24,6	8,4
ASEAN-Länder ⁷⁾	2 960	2 404	-	556	-	16,2	-	20,7	-	16,7	-	18,8	2,9

¹⁾ Einschließlich nicht aufgeliertbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

²⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

³⁾ Gemäß Liste der UN.

⁴⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

⁵⁾ Hongkong, Singapur, Republik Korea, Taiwan.

⁶⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁷⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.5 Struktur des Außenhandels nach Warengruppen (Warenverzeichnis für den Außenhandel)¹⁾

Warenguppen	2001		2002		2001		2002	
	Jahr	Januar	Februar	Januar - Februar	Jahr	Januar	Februar	Januar - Februar
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil an der gesamten Einfuhr/Ausfuhr in %			
Einfuhr insgesamt	+ 2,2	- 15,3	+ 8,6	- 12,0	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	- 3,1	- 2,6	+ 0,3	- 1,2	7,3	8,1	7,4	7,8
Gewerbliche Wirtschaft	- 2,6	- 14,3	- 8,4	- 11,4	83,4	83,9	84,3	84,1
Rohstoffe	+ 0,3	- 22,2	- 5,5	- 14,6	7,6	8,1	8,0	8,0
Halbwaren	- 10,8	- 19,9	- 23,3	- 21,5	6,5	6,3	5,5	5,9
Fertigwaren	- 2,1	- 12,7	- 7,3	- 10,0	69,3	69,6	70,8	70,2
Vorzeugnisse	+ 1,5	- 8,4	- 24,9	- 17,5	10,9	9,6	9,4	9,5
Enderzeugnisse	- 2,7	- 13,4	- 3,8	- 8,7	58,4	59,9	61,4	60,7
Ausfuhr insgesamt	+ 6,7	- 3,1	- 0,7	- 1,9	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 0,2	+ 3,6	- 0,8	+ 1,3	4,4	4,4	4,5	4,5
Gewerbliche Wirtschaft	+ 3,2	- 3,3	- 0,7	- 2,0	90,6	90,5	90,5	90,5
Rohstoffe	+ 11,7	- 5,1	+ 32,7	+ 14,2	1,1	1,0	1,5	1,2
Halbwaren	- 6,8	- 9,8	- 12,2	- 11,0	3,7	3,6	3,4	3,5
Fertigwaren	+ 3,6	- 3,0	- 0,6	- 1,8	85,8	85,9	85,6	85,7
Vorzeugnisse	- 1,2	- 13,0	- 7,5	- 10,3	12,7	12,1	12,2	12,1
Enderzeugnisse	+ 4,5	- 1,1	+ 0,7	- 0,2	73,1	73,8	73,4	73,6

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4.6 Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr¹⁾

Index	2001			2002			2001		2002	
	Jahr	Dezember	Januar	Februar	Jahr	Dezember	Januar	Februar	Februar	
	1995 = 100						Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Einfuhr										
Index der tatsächlichen Werte	102,2	89,3	89,3	92,7	+ 2,2	- 17,2	- 15,2	- 8,6		
Index des Volumens	102,4	93,7	92,9	96,5	+ 2,4	- 9,6	- 9,0	- 4,1		
Index der Durchschnittswerte	99,8	95,2	96,1	96,0	- 0,2	- 8,5	- 6,9	- 4,8		
Ausfuhr										
Index der tatsächlichen Werte	106,7	97,2	100,7	103,6	+ 6,7	- 3,3	- 3,0	- 0,8		
Index des Volumens	104,7	96,1	97,9	101,9	+ 4,7	- 3,2	- 4,5	- 0,8		
Index der Durchschnittswerte	101,9	101,1	102,9	101,6	+ 1,9	- 0,1	+ 1,6	- 0,1		
Terms of Trade ~	102,1	106,2	107,1	105,8	2,1	9,3	9	4,9		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

²⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4.7 Handelsbilanzsaldo¹⁾ (in Mio. DM)

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	1999		2000		2001		2002	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	+ 4 170	x	+ 3 120	x	+ 4 453	x	+ 10 076	x
Februar	+ 5 521	+ 9 691	+ 7 121	+ 10 241	+ 6 463	+ 10 916	+ 10 008	+ 20 084
März	+ 5 628	+ 15 319	+ 6 131	+ 16 372	+ 8 889	+ 19 805		
1. Vierteljahr	+ 15 319	x	+ 16 372	x	+ 19 805	x		
April	+ 5 632	+ 20 952	+ 5 296	+ 21 668	+ 5 404	+ 25 209		
Mai	+ 3 249	+ 24 200	+ 4 503	+ 26 171	+ 7 418	+ 32 627		
Juni	+ 6 813	+ 31 014	+ 6 607	+ 32 778	+ 6 870	+ 39 497		
2. Vierteljahr	+ 15 694	x	+ 16 406	x	+ 19 692	x		
Juli	+ 7 103	+ 38 117	+ 5 943	+ 38 721	+ 8 762	+ 48 259		
August	+ 3 025	+ 41 142	+ 2 920	+ 41 640	+ 8 272	+ 56 531		
September	+ 5 545	+ 46 687	+ 4 254	+ 45 894	+ 6 472	+ 63 003		
3. Vierteljahr	+ 15 673	x	+ 13 116	x	+ 23 506	x		
Oktober	5.637	52.324	6.794	52.688	8.999	72.002		
November	7.805	60.129	4.765	57.453	6.717	78.718		
Dezember	5.082	65.211	1.675	59.128	8.333	87.051		
4. Vierteljahr	18.524	x	13.234	x	24.048	x		
2. Halbjahr.....	34.197	x	26.350	x	47.554	x		
Jahr	65.211	x	59.128	x	87.051	x		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.8 Leistungsbilanzsaldo (in Mio. Euro)

	1999		2000		2001		2002	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	- 4 419	- 4 419	- 7 943	- 7 943	- 5 309	- 5 309	+ 510	+ 510
Februar	- 264	- 4 683	+ 765	- 7 178	+ 1 336	- 3 973	+ 3 009	+ 3 519
März	+ 1 651	- 3 032	+ 3 913	- 3 265	+ 3 140	- 833	+ 7 452	+ 10 971
1. Vierteljahr	- 3 032	x	- 3 265	x	- 833	x	+ 10 971	x
April	+ 2 681	- 351	- 1 710	- 4 975	+ 1 989	+ 1 156		
Mai	- 3 778	- 4 129	- 3 241	- 8 216	+ 170	+ 1 326		
Juni	+ 2 846	- 1 283	+ 191	- 8 025	- 4 592	- 3 266		
2. Vierteljahr	+ 1 749	x	- 4 760	x	+ 2 433	x		
Juli	- 1 158	- 2 441	- 3 027	- 11 052	- 2 418	- 5 684		
August	- 4 379	- 6 820	- 5 936	- 16 988	+ 2 936	- 2 748		
September	- 2 585	- 9 405	- 2 035	- 19 023	+ 586	- 2 162		
3. Vierteljahr	- 8 122	x	- 10 998	x	+ 1 104	x		
Oktober	- 1 708	- 11 113	- 591	- 19 614	+ 4 027	+ 1 866		
November	- 179	- 11 292	- 2 313	- 21 927	+ 1 540	+ 3 406		
Dezember	- 3 127	- 14 419	- 6 683	- 28 610	+ 1 384	+ 4 790		
4. Vierteljahr	- 5 014	x	- 10 929	x	+ 6 951	x		
2. Halbjahr	- 13 136	x	- 21 927	x	+ 8 055			
Jahr	- 14 419	X	- 32 856	X	+ 9 655			

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@4.9 Zahlungsbilanz und Währungsbestände

	2001		2001			2002		
	Jahr	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	
		Mill. DM	Mill. Euro					
Zahlungsbilanz								
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten ¹⁾ (Zunahme: +)	+ 6 032	- 1 001	+ 204	+ 2 882	- 1 747	+ 67	+ 328	
Leistungsbilanz	+ 2 251	+ 4 175	+ 1 540	+ 1 384	+ 510	+ 3 009	+ 7 452	
Außenhandel ²⁾	+ 94 195	+ 9 634	+ 7 337	+ 8 333	- 10 067	+ 10 008	+ 12 441	
Ergänzungen zum Warenverkehr ³⁾	- 4 887	- 98	- 284	- 172	- 448	- 387	- 497	
Dienstleistungsbilanz	- 47 382	- 3 998	- 2 811	- 2 536	- 4 081	- 3 237	- 3 431	
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 12 606	+ 1 282	+ 53	- 2 603	- 5 760	- 360	+ 1 719	
Laufende Übertragungen	- 26 665	- 2 793	- 2 754	- 1 637	- 724	- 3 015	- 2 780	
Vermögensübertragungen	- 967	- 140	- 180	- 156	+ 477	- 155	- 162	
Kapitalbilanz (Nettokapital export: -)								
Direktinvestitionen	- 12 766	- 7 120	- 2 565	+ 8 785	+ 7 884	- 971	+ 3 523	
Wertpapiere	- 15 762	+ 7 623	+ 10 605	- 33 168	- 9 725	- 15 611	- 665	
Finanzderivate	- 6 073	- 175	- 1 106	+ 475	+ 1 072	+ 988	- 613	
Kreditverkehr	- 22 907	- 1 991	- 29 398	+ 10 950	- 962	- 1 381	- 12 371	
Sonstige Kapitalanlagen	- 1 353	- 223	- 91	- 18	- 236	- 133	- 26	
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	- 46 084	- 1 886	- 17 425	- 12 977	- 1 698	- 17 109	- 10 163	
Restposten der Zahlungsbilanz	+ 38 369	+ 1 148	+ 15 861	+ 8 867	+ 2 458	+ 14 187	- 2 535	
Bestandsangaben								
Auslandsposition der Deutschen Bundesbank								
Bruttonährungsreserven	
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland	
Auslandsverbindlichkeiten	
Netto-Auslandpositionen	67 396	104 704	97 841	67 396	87 658	88 036	89 410	
Saldo der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute	- 168 823	- 196 562	- 180 425	- 168 823	- 201 218	- 197 756	- 185 915	

¹⁾ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Ausfuhr (fob.), Einfuhr (cif.).

³⁾ Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@5 Arbeitsmarkt

@5.1 Früheres Bundesgebiet

	2001		2002			2001		2002		
	Dezember	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März		
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Arbeitsmarkt 1)										
Arbeitslose insgesamt	2 584,0	2 789,1	2 789,1	2 682,6	+	5,3	+	6,4	+	6,3
Männer	1 462,7	1 622,8	1 631,3	1 562,3	+	7,5	+	8,7	+	8,7
Frauen	1 121,2	1 168,5	1 157,8	1 120,3	+	2,6	+	3,4	+	3,2
Arbeitslosenq uote										
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	8,6	9,3	9,2	8,9	-	-	-	-	-	-
Männer	9,1	10,1	10,1	9,7	-	-	-	-	-	-
Frauen	8,0	8,3	8,2	8,0	-	-	-	-	-	-
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	7,7	8,3	8,3	8,0	-	-	-	-	-	-
Kurzarbeiter insgesamt	146,6	179,0	207,2	216,8	+	177,9	+	157,9	+	127,3
Offene Stellen insgesamt	334,0	366,6	419,0	448,7	-	17,5	-	14,9	-	12,8
Beschäftigte										
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)	5 707p	5 647p	5 626p	...	-	1,2p	-	2,0p	-	2,5p
Vorleistungsgüterproduzenten	2 531p	2 521p	2 519p	...	-	1,4p	-	1,9p	-	2,2p
Investitionsgüterproduzenten ..	2 007p	1 990p	1 979p	...	+	0,3p	-	0,5p	-	1,3p
Gebrauchsgüterproduzenten ..	255p	254p	253p	...	-	3,9p	-	3,7p	-	4,1p
Verbrauchsgüterproduzenten ..	914p	882p	875p	...	-	3,0p	-	4,7p	-	5,4p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1000 6)	640,4	624,5	-	6,8	-	6,7	...
Geleistete Arbeitsstunden 4)										
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)5)	391 182p	447 243p	434 969p	...	-	6,9p	-	5,2p	-	5,1p
Vorleistungsgüterproduzenten	391 182p	215 456p	209 308p	...	-	7,5p	-	5,8p	-	5,0p
Investitionsgüterproduzenten ..	130 327p	148 267p	146 048p	...	-	6,6p	-	4,4p	-	5,4p
Gebrauchsgüterproduzenten ..	17 803p	21 378p	20 519p	...	-	7,9p	-	5,8p	-	6,1p
Verbrauchsgüterproduzenten ..	57 572p	62 142p	59 094p	...	-	5,2p	-	4,6p	-	4,1p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 6)	42,4	47,2	-	10,3	-	9,5	...
darunter:										
Wohnungsbau Mill. Std. 6)	17,5	19,1	-	10,7	-	9,9	...
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 6)	14,8	15,9	-	10,4	-	9,3	...
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 6)	10,1	12,2	-	9,5	-	9,2	...

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Ab Januar 2001 einschließlich Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.

³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

⁴⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁵⁾ 1 000 Std.

⁶⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁷⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@5 Arbeitsmarkt

@5.2 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001	2002			2001	2002		
	Dezember	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsmarkt 1)								
Arbeitslose insgesamt	1 379,5	1 498,6	1 507,1	1 473,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,9
Männer	697,0	792,7	803,5	780,8	+ 5,0	+ 5,1	+ 3,8	+ 3,4
Frauen	682,5	705,9	703,5	692,7	- 1,3	- 1,6	- 1,7	- 1,8
Arbeitslosenquote								
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	19,0	20,6	20,7	20,3	-	-	-	-
Männer	18,7	21,2	21,5	20,9	-	-	-	-
Frauen	19,3	20,0	19,9	19,6	-	-	-	-
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	17,6	19,1	19,2	18,8	-	-	-	-
Kurzarbeiter insgesamt	28,9	32,8	39,2	40,9	+ 71,1	+ 44,7p	+ 29,3	+ 24,0
Offene Stellen insgesamt	55,1	55,8	67,5	78,4	+ 11,4	+ 4,2p	+ 6,5	+ 8,6
Beschäftigte								
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)	628p	623p	622p	...	+ 1,5p	+ 1,0p	+ 0,5p	...
Vorleistungsgüterproduzenten	282p	280p	280p	...	+ 1,6p	+ 1,3p	+ 0,9p	...
Investitionsgüterproduzenten ..	192p	191p	190p	...	+ 2,0p	+ 1,3p	+ 0,6p	...
Gebrauchsgüterproduzenten ..	26p	26p	26p	...	+ 4,5p	- 1,2p	- 1,9p	...
Verbrauchsgüterproduzenten ..	129p	127p	127p	...	+ 0,1p	+ 0,6p	+ 0,2p	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1 000 6)	223,6	215,2	- 15,0	- 13,9	...
Geleistete Arbeiterstunden 4)								
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)5)	51 796p	62 196p	58 653p	...	- 3,1p	- 1,3p	- 0,5p	...
Vorleistungsgüterproduzenten	23 944p	29 167p	27 717p	...	- 3,5p	- 1,4p	+ 0,1p	...
Investitionsgüterproduzenten ..	15 215p	18 469p	17 465p	...	- 3,2p	- 2,2p	- 1,6p	...
Gebrauchsgüterproduzenten ..	2 149p	2 702p	2 526p	...	- 2,7p	- 4,4p	- 3,3p	...
Verbrauchsgüterproduzenten ..	10 488p	11 858p	10 945p	...	- 2,2p	+ 1,1p	+ 0,4p	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 6)	15,5	17,3	- 20,5	- 9,5	...
darunter:								
Wohnungsbau Mill. Std. 5)	5,4	5,6	- 22,1	- 13,6	...
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 6)	5,5	6,2	- 21,9	- 11,0	...
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 6)	4,6	5,5	- 16,5	- 2,8	...

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Ab Januar 2001 einschließlich Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.

³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

⁴⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁵⁾ 1 000 Std.

⁶⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁷⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@6 Preise

	2002									
	April	1. Vj.	Februar	März	April	1. Vj.	Februar	März	April	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr bzw. dem Vormonat in %					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	111,2	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	
Nahrungsmittel, und alkoholfreie Getränke	108,1	+ 2,4	- 0,5	- 0,2	- 0,1	+ 4,8	+ 4,9	+ 3,7	+ 2,1	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	113,1	+ 3,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,5	
Bekleidung und Schuhe	103,9	+ 0,1	- 0,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	115,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,9	
Einrichtungsgegenstände (Möbel, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung)	104,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	
Gesundheitspflege	112,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	
Verkehr	120,4	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,0	
Nachrichtenübermittlung	82,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 1,4	- 1,8	- 0,6	+ 0,2	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur ..	105,8	+ 1,6	+ 1,7	- 0,4	- 1,9	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,7	
Bildungswesen	123,8	+ 1,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	110,8	+ 2,1	+ 0,5	- 0,1	+ 0,5	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,2	
Andere Waren und Dienstleistungen	112,0	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6	
Index der Einzelhandelspreise	105,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,2	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	...	- 0,2	- 0,3	- 0,2	...	
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,6	...	- 1,8	- 2,1	- 1,5	...	
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,1	...	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6	...	
Konsumgüterproduzenten	+ 0,6	- 0,2	- 0,1	...	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,0	...	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+ 1,9	- 0,4	+ 1,2	...	+ 4,8	+ 4,3	+ 5,3	...	
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	...	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	...	
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,4	...	- 1,9	- 1,8	- 2,1	...	
Preisindex für Wohngebäude	+ 0,1 ³⁾	- 0,23)	
Preisindex für Straßenbau	+ 0,1 ³⁾	- 0,23)	
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	- 1,3	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,9	
pflanzlicher Produkte	+ 4,9	+ 2,1	+ 6,6	+ 7,8	
tierische Produkte	- 4,6	+ 0,4	- 3,2	- 2,7	
Index der Einfuhrpreise	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,8	...	- 3,1	- 3,5	- 2,5	...	
Güter der Ernährungswirtschaft	+ 5,5	- 0,6	- 0,4	...	+ 3,3	+ 3,8	+ 1,0	...	
Güter der gewerblichen Wirtschaft	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,0	...	- 3,9	- 4,4	- 2,9	...	
Rohstoffe und Halbwaren	+ 0,9	+ 1,9	+ 4,6	...	- 14,8	- 16,9	- 10,6	...	
Fertigwaren	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	...	- 0,4	- 0,3	- 0,4	...	
Index der Ausfuhrpreise	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,3	...	- 0,4	- 0,5	- 0,4	...	
dar. Fertigwaren	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	...	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	...	
HWWA-Index der Weltmarktpreise ²⁾	105,8	+ 5,8	+ 2,9	+ 12,4	+ 4,5	- 15,4	- 20,3	- 5,8	- 2,8	

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Index des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung; berechnet auf Dollarbasis.

³⁾ Ergebnis für November 2001.

... = Vorläufiges Ergebnis.

@7 Zinssätze

	2000		2001				2002		
	Dezember	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
	in % p.a.								
Bundesbankzinsen									
Diskontsatz
Lombardsatz
Pensionssatz ¹⁾
Geldmarktzinsen									
Dreimonatsgeld, Frankfurt/ Main ²⁾	4,92	4,75	4,74	4,69	3,33	3,32	3,34	3,37	
Dreimonatsgeld, Fibor ³⁾⁴⁾	
Sechsmonatsgeld Fibor ³⁾⁴⁾	
Kapitalmarktzinsen⁵⁾									
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	5,1	4,9	4,9	4,8	4,6	4,8	4,8	5,1	
dar. Anleihen der öffentlichen Hand	5,0	4,8	4,8	4,7	4,6	4,7	4,8	5,0	
Sollzinsen der Banken ⁶⁾									
Kontokorrentkredite ⁷⁾	10,27	10,30	10,15	10,3	9,64	9,62	9,58	9,64	
Wechseldiskontkredite ⁸⁾	6,98	6,99	6,98	7,00	6,23	6,34	6,36	6,28	
Hypothekarkredite auf Wohn- grundstücke ⁹⁾									
Festzinsen 5 Jahre	6,19	5,93	5,90	5,80	5,42	5,52	5,66	5,89	
Festzinsen 10 Jahre	6,44	6,22	6,17	6,12	5,87	5,95	6,05	6,26	
Gleitzinsen	6,81	6,72	6,71	6,67	6,15	6,13	6,14	6,16	
Habenzinsen der Banken ⁶⁾									
Festgelder (1 – 3 Monate) ¹⁰⁾ ..	4,05	3,96	3,87	3,95	2,76	2,73	2,66	2,70	
Spareinlagen (mit Mindest-/ Grundverzinsung ¹¹⁾	1,25	1,26	1,25	1,24	1,08	1,07	1,06	10,5	

¹⁾ Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).

²⁾ Ungewichtete Monatsdurchschnitte der täglichen Angaben am Frankfurter Bankplatz.

³⁾ Frankfurt Interbank Offered Rate.

⁴⁾ Seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.

⁵⁾ Tarifbesteuerte Schuldverschreibungen mit längster Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, sofern die mittlere Restlaufzeit noch mehr als 3 Jahre beträgt. Gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen.

⁶⁾ Ungewichtetes arithmetisches Mittel von 90 % der gemeldeten Zinssätze; jeweils 5 % der Meldungen mit den höchsten und niedrigsten Zinssätzen werden ausgeklammert.

⁷⁾ Bis einschließlich Dezember 2001 von 200 000 DM bis unter 1 Mio. DM, ab Januar 2002 von 100 000 € bis unter 500 000 €.

⁸⁾ Bis einschließlich Dezember 2001 bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM, ab Januar 2002 bis unter 50 000 €.

⁹⁾ Effektivverzinsung.

¹⁰⁾ Bis einschließlich Dezember 2001 von 100 000 DM bis unter 1. Mio. DM, ab Januar 2002 von 50 000 € bis unter 500 000 €.

¹¹⁾ Bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten. Es wird lediglich eine Mindest-/Grundverzinsung aber keine Prämie bzw. kein Bonus gewährt.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, Mai 2002

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz und Druck:

MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.